



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Eine Ideologiekritik der burkinischen Revolution von 1983-1987

Verfasser

Martin Bodenstein

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Johannes Jäger



## **Danksagung**

Die vorliegende Arbeit wäre ohne die Unterstützung und Mitwirkung vieler Personen nicht möglich gewesen. Ich möchte einige Menschen hervorheben, denen ich zu besonderem Dank verpflichtet bin: Mein Betreuer Dr. Johannes Jäger ist mir mit hilfreichen Anmerkungen und Ratschlägen zur Seite gestanden. Dr. Yacouba Banhoro hat es mir ermöglicht, meine ersten Recherchen zur burkinischen Revolution im Rahmen meines Auslandsaufenthalts in Burkina Faso von 2010 bis 2011 zu beginnen. Winfried Rust und die Zeitschrift „iz3w“ (Informationszentrum 3. Welt) boten mir die Gelegenheit, Teile meiner Forschungsergebnisse zu veröffentlichen. Meine Eltern Dietrich und Dorothee haben mich während meines Studiums vorbehaltlos moralisch und finanziell unterstützt. Meine beiden Brüder Matthias und Michael und meine Kollegin Eva haben sich als wertvolle KorrekturleserInnen herausgestellt. Nicht zuletzt hat meine Freundin Eva durch unbeirrbare Loyalität und Geduld einen unermesslichen Beitrag zur Entstehung dieser Arbeit geleistet.



# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Materialistische Ideologiekritik.....	6
2.1 Einführung.....	6
2.2 Elemente.....	7
2.2.1 Paradigma I: Ideologie und gesellschaftliche Verhältnisse.....	7
2.2.2 Paradigma II: Ideologie als „falsches Bewusstsein“.....	10
2.2.3 Paradigma III: Ideologie als Herrschaftslegitimation.....	13
3. Historischer Kontext.....	17
3.1 Obervolta unter kolonialer Herrschaft.....	17
3.2 Ökonomische Rahmenverhältnisse.....	20
3.3 Politische Rahmenverhältnisse.....	25
3.3.1 Staatliche Regime von 1960-1983.....	26
3.3.2 Akteure.....	29
3.4 Soziale Rahmenverhältnisse.....	36
4. Die burkinische Revolution von 1983-1987.....	38
4.1 Einführung.....	38
4.2 „La révolution du verbe“.....	39
4.2.1 Elemente.....	43
4.2.2 Nationalismus.....	45
4.2.3 Marxismus-Leninismus.....	49
4.2.4 Antiimperialismus.....	55
4.2.5 Revolutionäre Moral.....	59
4.2.6 Sonstige Elemente.....	62
5. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit.....	66
5.1 Einführung.....	66
5.2 Die politische Gesellschaft.....	67
5.2.1 Der „Conseil National de la Révolution“.....	67
5.2.2 Die Beteiligung der zivilen Linken.....	70
5.2.3 Die „Comités de défense de la Révolution“.....	74
5.2.4 Die „Tribunaux Populaires de la Révolution“.....	81
5.2.5 Öffentliche Verwaltung.....	84
5.2.6 Militär.....	88

5.3 Das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft.....	91
5.3.1 Gewerkschaften.....	91
5.3.2 RURale Welt.....	98
5.3.3 Frauen.....	106
5.3.4 Bourgeoisie.....	111
5.4 Internationale Beziehungen.....	118
5.4.1 Der CNR im globalen Kontext.....	119
5.4.2 Antiimperialistische Allianzen.....	122
5.4.3 Regionale Konflikte und Spannungen.....	124
5.4.4 Frankreich.....	129
6. Conclusio.....	134
7. Literaturverzeichnis.....	139
8. Anhang.....	160
8.1 Zusammenfassung/Abstract.....	160
8.2 Lebenslauf.....	162

## 1. Einleitung

Der westafrikanische Staat Burkina Faso<sup>1</sup> war in seiner kurzen Unabhängigkeitsgeschichte schon öfters der Schauplatz von Staatsstreichen, doch der „Coup d’État“ des 4. Augusts 1983 unterschied sich von seinen Vorgängern. Er brachte den jungen, ambitionierten und charismatischen Hauptmann Thomas Sankara an die Macht, der das neue Führungsorgan des „Conseil National de la Révolution“ (CNR) dirigierte. Die Putschisten<sup>2</sup> riefen eine „Révolution Démocratique et Populaire“ (RDP) aus, die unter dem Leitmotiv „La patrie ou la mort, nous vaincrons!“ (Sankara 2007b: 73) eine Neuordnung der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse herbeiführen wollte. Die vierjährige Herrschaft des CNR bedeutete eine präzedenzlose Erfahrung für die burkinische Bevölkerung, die sich tief in ihr kollektives Gedächtnis einbrannte (vgl. Schicho 2001: 155).

Die Verankerung der RDP in der nationalen Erinnerung ist bemerkenswert, da ihr nur ein kurzer Zeitraum für die Verwirklichung ihrer Projekte und Visionen bescheinigt war. Am 15. Oktober 1987 wurde der burkinischen Revolution ein abruptes Ende gesetzt, Sankara und zwölf andere Personen (fünf politische Kameraden und sieben Soldaten) wurden in einem blutigen „Coup d’État“ erschossen. Der mutmaßliche Drahtzieher des Komplotts, Blaise Compaoré, der engste Vertraute Sankaras während der RDP, übernahm die Macht als neuer Staatspräsident, die er bis heute innehat (vgl. Englebert 1998: 62f.; Wilkins 1989: 375).<sup>3</sup>

Die Nummer II des CNR legitimierte den Staatsstreich durch die Irr- und Abwege der burkinischen Revolution, welche die aus dem Komplott hervorgegangene „Front Populaire“ (FP) im Rahmen einer „rectification“ korrigieren wollte. Obwohl die FP die politischen Institutionen und Schlüsselposten des Revolutionsregimes auflöste, versprach sie, die Anliegen der Augustrevolution konsequent weiterzuführen (vgl. Front Populaire 2012: 170f.). Die „rectification“ entpuppte sich als ein leeres Versprechen, denn Compaoré warb lediglich um die Gunst derer, die sein Vorgänger mit seiner provokanten Rhetorik verstimmt hatte (vgl. Wilkins 1989: 388). Die 1988 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Internationalen

---

1 Das Land trägt diesen Namen erst seit dem 2. August 1984, als das Revolutionsregime die koloniale Bezeichnung Obervolta verwarf und durch Burkina Faso ersetzte (vgl. Englebert 1986: 15f.). Im Folgenden werden je nach historischem Zusammenhang beide Bezeichnungen verwendet.

2 In der vorliegenden Arbeit werden Begriffe nur dann gegendert, wenn sich die damit Bezeichneten sowohl aus Männern als auch aus Frauen zusammensetzen. Wenn dies nicht der Fall ist, wird auf eine geschlechtersensible Formulierung verzichtet, da sonst sexistische Machtverhältnisse ausgeblendet werden.

3 Vgl. für eine detaillierte Darstellung der Ereignisse des 15. Oktobers Andriamirado (1991: 27-34) und Somé (1990: 38-42) und für eine Analyse ihrer Hintergründe Jaffré (2007: 239-278).

Währungsfonds (IWF), die drei Jahre später zur Unterzeichnung von Strukturanpassungsprogrammen führten, und die Ausrufung der vierten Republik 1991 besiegelten endgültig das Scheitern der burkinischen Revolution (vgl. Harsch 1998: 627; Zagré 1994: 15f.).

In einer Hommage an Che Guevara, die Sankara kurz vor seinem Tod am 8. Oktober 1987 hielt, nahm der burkinische Revolutionsführer vorweg, was sich später bestätigen sollte: „C’est vrai, on ne tue pas les idées. Les idées ne meurent pas.“ (Sankara 2007z: 446) Während der von der RDP initiierte Wandel durch die Herrschaft Compaorés schnell zunichte gemacht wurde, lebte das politisch-theoretische Erbe des CNR weiter fort. Sankara verkörpert(e) den Gesellschaftsversuch eines abhängigen und marginalisierten Landes, sich aus der neokolonialen Fremdherrschaft zu emanzipieren und eine Ära von Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung einzuleiten (vgl. Otayek 1987: 117; Prairie 2007b: 25). Ndongo Samba Sylla charakterisiert den Mythos Sankara: „C’est un symbole qui est devenu patrimoine: un patrimoine du panafricanisme, un patrimoine mondial pour tous ceux qui croient sincèrement que tout individu a le droit à une vie digne et heureuse.“ (Sylla 2012b: 13)

Der Legendenstatus Sankaras geht zu einem gewissen Grad auf seinen Bruch mit der konventionellen Praxis von den meisten (afrikanischen) Staatschefs zurück. In der Wahrnehmung vieler war er kein kaltblütiger und egoistischer Despot, sondern ein populärer Leader, der sich mit Bescheiden- und Entschlossenheit im Dienste des Volks engagieren wollte (vgl. ebd.: 10). Der Revolutionsführer konnte durch sein außergewöhnliches Charisma bestechen, das durch ein eindrucksvolles Auftreten, eine spezifische Rhetorik und eine Nähe zur Bevölkerung charakterisiert war (vgl. Englebert 1986: 171-174; Le Vine 2004: 148). Seine Ermordung trieb die Mythosbildung weiter voran, da sie ihn als einen Volksmartyrer erscheinen ließ, der sein politisches Engagement mit dem Leben bezahlt hat (vgl. Otayek 1989b: 2).

Die Nachwehen der burkinischen Revolution, die sowohl in Burkina Faso als auch außerhalb spürbar sind, kommen in unterschiedlichen Phänomenen zum Ausdruck: In Ouagadougou versammeln sich am 15. Oktober jährlich hunderte, manchmal tausende Menschen an der Grabstätte Sankaras, um ihm die Ehre zu erweisen und die Herrschaft Compaorés anzuprangern (vgl. Harsch 1998: 625; Le Vine 2004: 147). Seit 1997 kämpft die „Campagne Internationale Justice pour Sankara“ (CIJS) für eine lückenlose Aufklärung seiner Ermordung

und die Bestrafung der Verantwortlichen (vgl. Fall 2012). Regime- und gesellschaftskritische Bewegungen in Burkina Faso wie jene, die aufgrund der Ermordung des Journalisten Norbert Zongo am 13. Dezember 1998 entstand, waren und sind „partly coloured by the revolutionary experience under Sankara.“ (Harsch 1999: 404) In der gegenwärtigen Parteienlandschaft des Landes gibt es viele Zusammenschlüsse, die sich explizit auf Sankara beziehen wie etwa die „Union pour la Renaissance/Parti Sankariste“ (UNIR/PS) (vgl. Sankara/Kientega 2012: 275). Der Mythos Sankara wirkt nicht nur als „icône continentale“ (Sylla 2012b: 8) fort, sondern schlägt seine Wellen bis weit über die afrikanischen Grenzen hinaus. Die deutsche Gruppe „Oldenburg postkolonial“ übermalte 2011 in einer öffentlich-symbolischen Aktion den kolonial belasteten Namen der Bismarckstraße mit jenem Sankaras, um auf neokoloniale und rassistische Kontinuitäten ihrer Stadt hinzuweisen (vgl. Nolte 2011). Ein Bündnis, das von Mariam Sankara (Witwe des Revolutionsführers) durch einen offenen Brief unterstützt wurde, protestierte in Paris entschieden gegen den Empfang Compaorés durch seinen französischen Amtskollegen François Hollande im September 2012 (vgl. Carayol 2012). Anlässlich des 25. Todestags von Sankara am 15. Oktober 2012 veranstaltete die Stiftung AfricAvenir eine öffentliche Kampagne für die Promotion seines politischen Erbes, die in der Veröffentlichung einer materialreichen Publikation mündete (vgl. Sylla 2012a).

Diese Beispiele zeigen, dass Sankara bis heute einen wichtigen Referenzpunkt für die Agitation unterschiedlicher politischer und sozialer Bewegungen bildet (vgl. Banégas 1993: 101; Englebert 1998: 56; Jaffré 2007: 10; Sylla 2012b: 8). Diese Bezugnahme ist tendenziell durch eine Idealisierung der RDP und ihres Anführers gekennzeichnet. So war für ZeitbeobachterInnen wie den kamerunischen Schriftsteller Mongo Beti die burkinische Revolution „l’une des plus authentiques d’Afrique, sans doute la première vraie révolution de l’Afrique francophone [...].“ (Beti 1986: 5) Diese Faszination hält bis in die Gegenwart an, der burkinische Reggae-Musiker Samsklejah äußert sich zum Beispiel wie folgt über den Revolutionsführer: „Pour moi, Sankara n’est pas le centre de la terre mais il est l’un des rayons du cerceau qui permet ou qui permettra au monde de rouler dans le bon sens.“ (Samsklejah 2012: 340)<sup>4</sup>

Auf der anderen Seite stehen die GegnerInnen und KritikerInnen der RDP, welche die vierjährige Herrschaft des CNR in einem äußerst düsteren Licht zeichnen: An vorderster

---

<sup>4</sup> Vgl. für weitere Beispiele von Idealisierung der burkinischen Revolution Andriamirado (1987f, 1991), Jaffré (1989, 2007), Prairie (2007b), Sawadogo (2001), Somé (1990), Sylla (2012b) und Ziegler (1986).

Stelle dieser Diskreditierung rangierten die Putschisten des 15. Oktobers 1987, die in der Gründungsproklamation der FP Sankara wie folgt darstellten:

A la faveur des méandres de l'histoire, cet autocrate s'est hissé à la tête de notre révolution pour mieux l'étouffer de l'intérieur. Cette haute trahison s'est illustrée par le bafouement de tous les principes organisationnels, les reniements divers aux nobles objectifs de la révolution démocratique et populaire, la personnalisation du pouvoir, la vision mystique quant aux solutions à apporter aux problèmes concrets des masses. (Front Populaire 2012: 170)

In der Rekonstruktion der RDP stehen sich so zwei Tendenzen gegenüber, die einerseits durch Idealisierung, andererseits durch Dämonisierung gekennzeichnet sind und die beide einer objektiven Analyse im Wege stehen. Die Stilisierung Sankaras als Inkarnation von Stolz, Hoffnung und Emanzipation sowie seine Darstellung als autoritärer und repressiver Despot behindern einen kritischen Blick auf die Realität der Revolution. Sie beschränken sich auf einen Aspekt der RDP und blenden ihre ökonomischen, politischen und sozialen Dynamiken und Widersprüche aus (vgl. Otayek 1989b: 2f.).

Die vorliegende Arbeit verschreibt sich der wissenschaftlichen Analyse der CNR-Herrschaft, die sowohl Idealisierung als auch Dämonisierung vermeiden sollte. Sie lehnt sich an ein Forschungsdesiderat an, das von René Otayek wie folgt formuliert wird:

Sankara ne mérite ni un excès d'honneur, ni l'excès d'indignité dont l'accablent ses successeurs et, hors du Burkina, ceux que dérangeait son verbe haut. N'en déplaise aux uns et aux autres, il n'était ni l'archétype du Bien, ni un Pol Pot en devenir. Simplement, il a incarné un certain projet politique: populiste d'inspiration, nationaliste, autoritaire, aux contours idéologiques assez mal définis. (ebd.: 3)

Die folgende Studie stützt sich theoretisch auf die materialistische Ideologiekritik, mit der Entstehung, Verlauf und Ausgang der burkinischen Revolution untersucht werden soll. In der Auseinandersetzung mit zentralen Vertretern dieses Ansatzes (Karl Marx, Friedrich Engels und Antonio Gramsci) werden drei Analyseparadigmen entwickelt, die sich auf Gesellschaftlichkeit, Inhalt und Funktion des Ideologischen beziehen. Diese drei Dimensionen des Ideologischen bestimmen die weitere Gliederung dieser Arbeit, jedes der folgenden Kapitel entspricht einem dieser Paradigmen.

Zunächst soll die Gesellschaftlichkeit der burkinischen Revolution(sideologie) aufgezeigt werden, die nicht aus sich selbst heraus, sondern nur im Zusammenhang mit ihren historisch gewachsenen Rahmenverhältnissen verstanden werden kann. Deshalb wird im ersten Kapitel der ökonomische, politische und soziale Kontext der RDP skizziert werden, der Entstehung und Verlauf der burkinischen Revolution beeinflusst hat. Die Kenntnis dieser Umstände ist auch deshalb von Bedeutung, da sich die politische Agenda des CNR als Kontrastprogramm

zu ihren Vorgängerregimen und den mit ihnen verbundenen Missständen definierte (vgl. Sankara 2007c: 107).

Die inhaltliche Dimension der burkinischen Revolution und ihrer Ideologie wird im daran anschließenden Kapitel, das den Hauptteil dieser Arbeit einleitet, analysiert. In diesem Abschnitt sollen die theoretischen und politischen Versatzstücke der Revolutionsideologie identifiziert, diskutiert und kritisiert werden. Dies vollzieht sich unter der Leitfrage, in welcher Art und Weise der CNR seinen politischen Diskurs eingesetzt hat, um seinen eigenen Macht- und Herrschaftsanspruch zu legitimieren.

Eine materialistische Ideologiekritik bliebe unvollständig, wenn sie den (ideologischen) Anspruch einer herrschenden Klasse/Gruppe nicht mit ihrer konkreten Herrschaftspraxis kontrastieren würde. Im letzten Kapitel wird deshalb analysiert, wieweit es dem CNR gelang, sein theoretisches Gesellschaftsprojekt in die Praxis umzusetzen. Dafür wird nicht nur der Aufbau und die Entwicklung der staatlichen Institutionen nachgezeichnet, sondern ebenso deren Verhältnis zu den wichtigsten Akteuren der Zivilgesellschaft sowie der internationalen Gemeinschaft. In der Gegenüberstellung von theoretischem Anspruch und konkreter Praxis der CNR-Herrschaft treten klaffende Widersprüche zutage und offenbaren den ideologischen Charakter des Revolutionsregimes.

## 2. Materialistische Ideologiekritik

### 2.1 Einführung

Der Ideologiebegriff hat in seiner Geschichte eine Reihe von Definitionen durchlaufen und kennt daher weder eine einheitliche noch eine feststehende Bedeutung.<sup>5</sup> Er ist vielmehr Gegenstand von Debatten, in denen (politisch) unterschiedliche bis gegensätzliche Standpunkte und Sichtweisen das Monopol auf seine Beschreibung, Erklärung und Interpretation beanspruchen. Aufgrund dieser theoretischen Bandbreite muss sich eine Anwendung der Ideologiekritik auf gewisse Referenzwerke konzentrieren, die miteinander verbunden werden können.

Die vorliegende Arbeit ist in dem Spektrum einer radikal-aufklärerischen Ideologiekritik<sup>6</sup> verortet, die untrennbar mit den Schriften von Karl Marx (1818-1883), die er teilweise gemeinsam mit Friedrich Engels (1820-1885) verfasst hat, verbunden ist. Neben seinem genuin theoretischen Wert übte das Marx'sche Werk einen enormen Einfluss auf die in seiner Tradition stehenden Debatten und Auseinandersetzungen aus (vgl. Hauck 1992: 8; Lenk 1964: 33; Lieber 1985: 35; Rejai 1991: 11). In diesem Zusammenhang ist das Werk von Antonio Gramsci (1891-1937) angesiedelt, der mit seiner „Philosophie der Praxis“<sup>7</sup> die Marx'sche Ideologiekritik um wichtige theoretische Innovationen ergänzt bzw. modifiziert hat (vgl. Eagleton 2000: 133-146; Rehmann 2008: 82-101).<sup>8</sup>

Da Marx und Gramsci mit unterschiedlichen Ideologiebegriffen operieren, kann eine Auseinandersetzung mit ihnen kaum eine einheitliche Ideologiedefinition, welche die ganze ideologiekritische Debatte schuldig bleibt (vgl. Eagleton 2000: 7), entwickeln. Vielmehr sollen Analyseparadigmen für „gesellschaftliche Genesis, Funktionsnotwendigkeit, Wirkungsweise und Wirksamkeit“ (Rehmann 2008: 12) des Ideologischen herausgearbeitet

---

5 Vgl. zu den Anfängen der Ideologiekritik Eagleton (2000: 77-85), Lenk (1964: 18-30) und Rehmann (2004: 718-720, 2008: 20-23).

6 Dieser steht im Gegensatz zur konservativen Strömung der Ideologiekritik, deren Analyse einen elitären Anspruch vertritt und sich affirmativ auf herrschende Gesellschaftsformationen bezieht (wie etwa Arthur Schopenhauer, Friedrich Nietzsche und Vilfredo Pareto). Die radikal-aufklärerische Ideologiekritik hingegen versucht die gesellschaftlichen Formen und Prozesse zu analysieren, die dem Ideologischen zugrunde liegen und verfolgt einen Anspruch gesellschaftlicher Emanzipation (vgl. Lenk 1964: 41-46).

7 Gramsci war unter dem Eindruck der permanenten Gefängniszensur gezwungen, marxistische Begriffe durch Synonymbildungen (wie zum Beispiel „Philosophie der Praxis“ für Marxismus oder „Superstrukturen“ für Überbau) zu ersetzen (vgl. Hall 1989: 57). Gleichzeitig spiegeln diese Wortkreationen aber auch seine theoretischen Modifikationen innerhalb des Marxismus wider (vgl. Jehle 1994: 166).

8 Einen weiteren Meilenstein in der marxistischen Ideologiekritik stellt die Ideologietheorie von Louis Althusser (1918-1990) dar (vgl. Althusser 1977; Anderson 1977: 84f.; Rehmann 2008: 102-120), die in dieser Arbeit aber nur peripher Berücksichtigung finden wird.

werden. Die Ideologiekritik von Marx, Engels und ihrem Nachfolger Gramsci wird im Folgenden weniger als dogmatische Methode, sondern vielmehr als direktives Forschungsprogramm verstanden (vgl. Hauck 1992: 9).

## **2.2 Elemente**

### **2.2.1 Paradigma I: Ideologie und gesellschaftliche Verhältnisse**

Die von Marx 1845 verfassten „Thesen über Feuerbach“ sind als philosophisches Gründungsdokument der materialistischen Geschichtsauffassung bzw. des Historischen Materialismus in die marxistische Theorie eingegangen (vgl. Weber 1995: 29). In der sechsten These wirft Marx Feuerbach vor, das menschliche Wesen nicht aus seinen konkreten, materiellen und praktischen Zusammenhängen abzuleiten, sondern es in einem ahistorischen und isolierten Verfahren auf einen abstrakten Gehalt festzulegen. Demgegenüber betont Marx, dass es keine unveränderliche Substanz des Menschen gebe, sondern dieser „das ensemble [sic!] der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx 1969: 6) sei. Alle späteren theoretischen Einsichten und Innovationen von Marx basieren auf diesem Paradigma, das die Beschaffenheit von menschlichen Individuen und sozialen Phänomenen kategorisch in der Wechselwirkung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen fasst (vgl. Berger 2004: 12; Weber 1995: 29).

In den von 1845 bis 1847 in Zusammenarbeit mit Friedrich Engels entstandenen Manuskripten, die als „Deutsche Ideologie“<sup>9</sup> bekannt geworden sind (vgl. Marx/Engels 1969), wird der Zusammenhang von gesellschaftlichen und ideologischen Verhältnissen zu einem Forschungsprogramm ausgebaut (vgl. Weber 1995: 39). In dieser Schrift fordern Marx und Engels in Abgrenzung zu dem „von aller Praxis losgelösten metaphysischen Gedanken“ (Lenk 1986: 134) der Junghegelianer<sup>10</sup> einen Paradigmenwechsel hin zu einer materialistisch fundierten Ideologiekritik. Diese geht davon aus, dass Ideologie kein autonomes Phänomen ist und demnach nicht aus sich selbst heraus adäquat analysiert und kritisiert werden kann, sondern nur im Zusammenhang mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen.

---

<sup>9</sup> Während der Originaltitel dieses „Konvolut[s] sehr heterogener und fragmentarischer Texte“ (Schmieder 2006: 5) als „Die deutsche Ideologie“ in den Marx-Engels-Werken (MEW) verzeichnet ist, wird diese im Folgenden aus Gründen der Lesbarkeit nur als „Deutsche Ideologie“ bezeichnet, wie beispielsweise auch bei Eagleton (2000), Rehmann (2008) und Schmieder (2006).

<sup>10</sup> Die Kritik der „Deutschen Ideologie“ richtete sich konkret gegen Ludwig Feuerbach, Bruno Bauer und Max Stirner, denen eigene Kapiteln gewidmet sind (vgl. Marx/Engels 1969).

Materialistische Ideologiekritik setzt daher nicht an den Vorstellungen des Menschen über sich und die Welt an, sondern es wird „von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt.“ (Marx/Engels 1969: 26) Der Schlüssel zur Erklärung und Kritik der Ideologie ist nicht in ihr selbst angelegt, sondern in der Art und Weise, wie die Menschen ihr Leben produzieren und reproduzieren. Diese materiellen Verhältnisse prägen nicht nur die „sinnliche Wahrnehmung“ der gesellschaftlichen Realität, sondern auch deren „gedankliche Verarbeitung“ (Berger 2004: 12): „Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein, als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.“ (Marx/Engels 1969: 26) Bewusstsein bzw. Ideologie lassen sich als inhärente Bestandteile sozialer Praxis nur aus dieser heraus adäquat verstehen (vgl. Rehmann 2008: 26f.), sie sind „gesellschaftliches Produkt [...]“<sup>11</sup> (Marx/Engels 1969: 31)

Marx und Engels betonen zwar, dass die Menschen die ProduzentInnen ihrer ideologischen Vorstellungen seien (vgl. Marx/Engels 1969: 26), diese werden aber nicht unter freien Voraussetzungen, sondern unter geschichtlich gewordenen Verhältnissen hervorgebracht (vgl. ebd.: 25). Diese weisen einen herrschaftlichen Charakter in Form von Klassenhierarchien auf, da Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in einer antagonistischen Beziehung zueinander stehen. Die natürlichen, materiellen, technischen, organisatorischen, geistigen etc. Möglichkeiten der Produktion (Produktivkräfte) befinden sich in einem Gegensatz mit der Art und Weise, wie Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion gesellschaftlich geregelt sind (Produktionsverhältnisse) (vgl. Berger 2004: 236f.; Marx/Engels 1969: 22-25; Weber 1995: 31-34).

In der von 1858 bis 1859 entstandenen Schrift „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ verdichtet Marx den Zusammenhang zwischen materiellen und ideologischen Verhältnissen in dem berühmt gewordenen Modell von Basis und Überbau:

In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. (Marx 1971: 8)

---

<sup>11</sup> In einigen Rezeptionslinien von Marx ist das Verhältnis von Sein und Bewusstsein als starre und klar trennbare Dichotomie aufgefasst worden, wie beispielsweise in gewissen Spielarten des Marxismus-Leninismus. Demgegenüber ist zu betonen, dass sich eine derartige Interpretation auf gewisse Metaphern der Marxschen Texte bezieht, nicht aber auf deren theoretische Inhalte (vgl. Haug 1995: 217; Rehmann 2008: 24-27; Weber 1995: 28, 41).

Diese Konzeption definiert die ökonomischen Verhältnisse als den allgemeinen Rahmen des Ideologischen, der seine Entstehungs-, Artikulations- und Wirkungsbedingungen strukturiert. Sie behauptet nicht, dass der ideologische Überbau in jeder Hinsicht von der ökonomischen Basis determiniert ist. Es gibt keinen eindeutigen Kausalzusammenhang zwischen Ökonomie und Ideologie, da dieselbe Basis unter dem Einfluss von verschiedensten Faktoren wie Geschichte, Naturverhältnisse etc. unzählige Variationen und Abstufungen im Überbau hervorbringen kann (vgl. Weber 1995: 38, 40).

Das Marx'sche Modell, das den ideologischen Überbau relational zur ökonomischen Basis setzt, bestimmt Ideologie als eine dynamische und flexible Kategorie. Es werden nur diejenigen Prozesse und Formen als ideologisch bezeichnet, die einen funktionalen Stellenwert für die Aufrechterhaltung und Legitimation einer herrschaftlichen Gesellschaftsorganisation aufweisen. Ideologie bildet das Terrain, auf dem die ungleichen Verhältnisse des ökonomischen Unterbaus in politische, rechtliche, kulturelle etc. Formen ratifiziert und legitimiert werden (vgl. Eagleton 2000: 97-100).

Die Trennung der gesellschaftlichen Verhältnisse in eine Basis und in einen Überbau ist eine rein analytische Operation, denn in der Praxis sind beide Sphären untrennbar miteinander verbunden. Das Ideologische wird über das Ökonomische vermittelt, genauso verhält es sich vice versa (vgl. Lenk 1964: 40). Eine materialistische Ideologiekritik muss in einem integralen und wechselseitigen Verfahren beide Sphären aufeinander beziehen, da – wie Gramsci schreibt – „die materiellen Kräfte historisch nicht begreifbar wären ohne die Form, und die Ideologien individuelle Schrullen wären ohne die materiellen Kräfte.“ (Gramsci 1992: 877)

Gramsci kritisiert den reduktionistischen Ökonomismus<sup>12</sup>, der alle politischen, kulturellen und ideologischen Formen auf bloße Erscheinungen der ökonomischen Instanz festlegt. Dieser Ansatz schafft es erstens nicht, die ökonomische Struktur in einer Art „fotografischen Momentaufnahme“ festzuhalten und zu analysieren.<sup>13</sup> Zweitens schreibt er dem Verhalten von Einzelpersonen und Gruppen eine unfehlbare Systemrationalität zu und vernachlässigt so die Möglichkeit von (individuellen) Fehlern. Drittens wird übersehen, dass politische

---

12 Gramsci untermauert seine Ablehnung mit Referenzen auf ausgewählte Schriften von Marx, wie „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ oder „Die orientalische Frage“ (vgl. Gramsci 1992: 878).

13 Die Forderung von Marx, die materiellen Verhältnisse nach naturwissenschaftlichen Kriterien zu analysieren (vgl. Marx 1971: 9), könnte ebenfalls dieser Kritik unterzogen werden. Allerdings verwendet Marx den Begriff naturwissenschaftlich eher als Metapher, „die den Anspruch auf Faktizität und einen Standpunkt außerhalb der ideologischen Formen und ihrer hermeneutischen Lektüre reklamieren soll.“ (Weber 1995: 37)

Entscheidungen und Prozesse nicht nur vor dem Hintergrund der ökonomischen Verhältnisse gefällt werden, sondern auch im Zusammenhang mit Klassen- und Allianzenbildungen, die für die Herstellung von Hegemonie<sup>14</sup> unerlässlich sind (vgl. ebd.: 878f.).

Gramsci propagiert in den Gefängnisheften ein integrales Verfahren, in dem sowohl Basis als auch Überbau ihre angemessene Berücksichtigung finden, ohne sie jedoch zu verabsolutieren. In diesem Zusammenhang kritisiert er sowohl „Ökonomismus“ als auch „Ideologismus“, da „in dem einen Fall [...] die mechanischen Ursachen überschätzt“ werden, „in dem anderen wird das 'voluntaristische' und individuelle Element hervorgehoben.“ (Gramsci 1996: 1557) Materialistische Ideologiekritik muss in einem Mittelweg die gegenseitigen Übersetzungsprozesse zwischen Basis und Überbau analysieren, die zwischen ökonomischen Strukturen, sozialen Kräfteverhältnissen und staatlicher Macht ideologisch vermitteln (vgl. Hall 1989: 65).

### **2.2.2 Paradigma II: Ideologie als „falsches Bewusstsein“**

Materialistische Ideologiekritik geht davon aus, dass unter den Bedingungen der herrschaftsförmigen Klassengesellschaft die Konzepte und Vorstellungen des Menschen über sich und die Welt nicht mit deren eigentlicher Beschaffenheit korrespondieren. Der epistemologische Ideologiebegriff von Marx und Engels, der in der „Deutschen Ideologie“ geprägt wird (vgl. Eagleton 2000: 96), definiert sich über das Moment der Verkehrung bzw. der Falschheit<sup>15</sup>, das mit der Metapher der Camera obscura beschrieben wird:

Wenn in der ganzen Ideologie die Menschen und ihre Verhältnisse wie in einer Camera obscura auf den Kopf gestellt erscheinen, so geht dies Phänomen ebensowohl aus ihrem historischen Lebensprozess hervor, wie die Umdrehung der Gegenstände auf der Netzhaut aus ihrem unmittelbar physischen. (Marx/Engels 1969: 26).<sup>16</sup>

Marx und Engels prägen weitere Begriffe, die Ideologie über ihren Inhalt definieren wie

---

14 Der Hegemoniebegriff spielte bereits in der sozialistischen Bewegung Russlands wie etwa bei Georgi Plekhanov, Pawel Axelrod und Wladimir Lenin eine gewisse Rolle. Seine volle theoretische Spannweite erfuhr das Hegemoniekonzept aber erst in den Gefängnisheften (vgl. Anderson 1977: 79; Hall 1989: 72).

15 Der Begriff der Falschheit bezieht sich auf die inhaltlichen Elemente von Ideologie und nicht auf ihren Wirklichkeitsgehalt (vgl. Eagleton 2000: 31). Als „falsches Bewusstsein“ antwortet Ideologie, wie Gramsci feststellt, auf Problemstellungen in der alltäglichen Lebenswelt der Menschen (vgl. Gramsci 1994: 1376). Diese Beobachtung stellt eine wichtige theoretische Innovation der Ideologiekritik dar, nämlich den „Übergang von Ideologie als 'System von Vorstellungen' zu Ideologie als gelebter, habitueller gesellschaftlicher Praxis [...]“ (Eagleton 2000: 136)

16 Vgl. zur Kritik an der Metapher der „Camera obscura“ bzw. allgemeiner an der Theorie eines „falschen Bewusstseins“ Eagleton (2000: 18-28, 92-94) und Rehmann (2008: 24-33).

beispielsweise „falsche Vorstellungen“ (ebd.: 13), „Illusionen des Bewußtseins“ (ebd.: 20) oder auch „Nebelbildungen im Gehirn [...]“ (ebd.: 26) Mit diesen Metaphern wollen die beiden Theoretiker aber weniger zeigen, dass alle semantischen Elemente von Ideologie pauschal widerlegbar seien. Es geht ihnen vielmehr um einen allgemeinen Verkehrungszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft, der als grundlegendes Paradigma allen Marx'schen Ideologiekonzeptionen zugrunde liegt (vgl. Rehmann 2008: 27).

Die Falschheit von Ideologie kann nicht auf die Manipulation des Bewusstseins durch die herrschenden Eliten reduziert werden, sondern ist in den gesellschaftlichen Verhältnissen angelegt (vgl. Lenk 1986: 134). So schreibt Marx in seiner von 1843 bis 1844 verfassten Schrift „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, dass zwar der Mensch die Religion hervorbringe, allerdings nicht aus freien Stücken, sondern eingebunden in Strukturen wie Staat und Gesellschaft: „Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein *verkehrtes Weltbewusstsein*, weil sie eine *verkehrte Welt* sind.“ (Marx 1976: 378; H.i.O.) Die Ursache für die ideologische Verzerrung der Wirklichkeit liegt in den widersprüchlichen und komplexen Verhältnissen der Gesellschaft begründet, die von ihren Mitgliedern nicht durchdrungen werden können (vgl. Lieber 1985: 37).<sup>17</sup>

Die Charakterisierung von Ideologie als „verkehrtes“ bzw. „falsches Bewusstsein“<sup>18</sup> verweist auf inhaltliche Elemente, die in einem Spektrum von Verzerrung, Illusion und Mystifikation angesiedelt sind (vgl. Eagleton 2000: 9; Rejai 1991: 4). Ideologie kann demnach nicht neutral als ein Bündel von Überzeugungen, Einstellungen und Werten definiert werden, sondern als verzerrte und verzerrende Darstellung und Vermittlung gesellschaftlicher Realität (vgl. Žižek 1997: 8). Diese Entstellung der Wirklichkeit tritt erst dann zutage, wenn semantische Artikulationen mit der sozialen Realität kontrastiert werden, für die sie Beschreibung, Erklärung und Interpretation beanspruchen. Materialistische Ideologiekritik prüft, wieweit es ideologischen Äußerungen (nicht) gelingt, „den inneren Zusammenhang und die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Prozesse, von denen das Leben der Menschen bestimmt ist, in ihren Kategorien sichtbar zu machen.“ (Lenk 1986: 161f.)

---

<sup>17</sup> Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und ideologischen Artikulationen ist in der Marx'schen Fetischismuskritik systematisiert worden, die vor allem im ersten Band des Kapitals ausgearbeitet wurde (vgl. Marx 1962). Vgl. ausführlicher zu dieser Thematik Grigat (2007: 33-87), Heinrich (2005: 69-78, 179-201), Marxhausen (1999) und Rehmann (2004: 721-723, 2008: 33-50).

<sup>18</sup> Marx selbst hat den Begriff des „falschen Bewusstseins“ nie verwendet, er geht auf einen Brief von Engels an Franz Mehring aus dem Jahr 1893 zurück (vgl. Eagleton 2000: 106).

Der Vorstellung eines „verkehrten“ bzw. eines „falschen Bewusstseins“ liegt die Annahme zugrunde, dass die Darstellung der sozialen Wirklichkeit qualitativ unterschieden werden kann. In aktuellen erkenntnistheoretischen Debatten wird kritisiert, dass diese Annahme auf einem absoluten und universalen Wissensanspruch basiert (vgl. Eagleton 2000: 18). Materialistische Ideologiekritik operiert aber nicht von einem Standpunkt absoluter Wahrheit aus, sondern sieht diese als historisch und gesellschaftlich vermittelt an (vgl. Lenk 1986: 162). Sie versteht sozial konstruierte Wissens- und Wahrheitsansprüche als kritisierbare Gegenstände, die mehr oder weniger gut die Wirklichkeit abbilden (vgl. Eagleton 2000: 63). Ideologie kann in ihrer Gesamtheit nicht als „falsches Bewusstsein“ gebrandmarkt werden, da sie sich sowohl aus empirischen als auch aus normativen Elementen zusammensetzt (vgl. Eagleton 2000: 25; Rejai 1991: 4). Die normativen Bausteine der Ideologie, die ihre jeweilige Weltanschauung widerspiegeln, bestimmen, in welcher Art und Weise die empirischen Versatzstücke ausgewählt und eingesetzt werden. In dieser Hinsicht kann Ideologie, wie Terry Eagleton schreibt, „als ein komplexes Netz empirischer und normativer Elemente“ definiert werden, „wobei die Anforderungen der normativen Elemente letztendlich Art und Anordnung der empirischen bestimmen.“ (Eagleton 2000: 32)

Die heterogene, inkohärente und widersprüchliche Zusammensetzung des Ideologischen wird von Gramsci mit dem Begriff des Alltagsverstands theoretisiert. Dieser wird nicht einfach von den Interessen und Vorstellungen der herrschenden Klassen in Beschlag genommen, sondern er stellt einen umkämpften Schauplatz konkurrierender Ideologien dar (vgl. Eagleton 2000: 144; Jehle 1994: 165). Die Ausprägung von Ideologie im Alltagsverstand hängt aber nicht nur von dem Ausgang dieser hegemonialen Auseinandersetzungen ab, sondern auch von der sozioökonomischen Position des jeweiligen Individuums. Die Religion, die einen wichtigen Stellenwert im Alltagsverstand einnimmt (vgl. Rehmann 2008: 90), wird daher von Gramsci in jene der Bauern, der Kleinbürger, der Arbeiter, der Frauen und der Intellektuellen unterschieden (vgl. Gramsci 1994: 1394).

Der Alltagsverstand setzt sich aus einem konfusen Ensemble unterschiedlichster Vorstellungen zusammen (vgl. Jehle 1994: 164). In ihm sind „Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, Vorurteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Intuitionen einer künftigen Philosophie“ (ebd.: 1376) enthalten. Im Alltagsverstand sind „verfestigte Schichtungen“ (ebd.)

vergangener historischer Epochen abgelagert, welche durch Ideologien ver-, weiter- und umgearbeitet werden (vgl. Rehmann 2008: 88). Die Widersprüchlichkeit des Alltagsverstands bildet den Ansatzpunkt emanzipatorischer Politik, die sein kreatives Potential zu einem gesunden Menschenverstand entwickeln kann (vgl. Eagleton 2000: 139f.; Hauck 1992: 85): „Es ist dies der gesunde Kern des Alltagsverstandes, das, was eben gesunder Menschenverstand genannt werden könnte und das es verdient, entwickelt und einheitlich und kohärent gemacht zu werden.“ (Gramsci 1994: 1379)

### **2.2.3 Paradigma III: Ideologie als Herrschaftslegitimation**

In der „Deutschen Ideologie“ führen Marx und Engels neben ihrem epistemologischen Ideologiebegriff als „verkehrtes“ bzw. „falsches Bewusstsein“ eine politische Ideologiekonzeption ein (vgl. Eagleton 2000: 95f.). Ideologie stellt in dieser Definition kein (klassen-)neutrales Phänomen dar, sondern einen Herrschaftsdiskurs der gesellschaftlichen Elite: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht.“ (Marx/Engels 1969: 46; H.i.O.) Die Vormachtstellung der Herrschenden beschränkt sich demnach nicht auf den ökonomischen Bereich der Produktionsverhältnisse, sondern übersetzt sich auch in den politischen, ideologischen und kulturellen Überbau.

Marx und Engels gehen davon aus, dass Ideologie einen konstitutiven Bestandteil der Klassenherrschaft bildet, da sich die materiellen Verhältnisse nicht von selber reproduzieren. Die herrschende Klasse muss deshalb ihre Machtposition über ideologische Diskurse legitimieren, die ihre partikularen Interessen als allgemeine darstellen:

Jede neue Klasse nämlich, die sich an die Stelle einer vor ihr herrschenden setzt, ist genötigt, schon um ihren Zweck durchzuführen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, d.h. ideell ausgedrückt: ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen, allgemein gültigen darzustellen. (ebd.: 47)

Die Universalisierung einer partikularen Klassenideologie zu einer allgemein gültigen Wahrheit verdeckt ihren herrschaftlichen Charakter und immunisiert gegen Kritik (vgl. Lenk 1964: 38).

Gramscis Hegemonietheorie nimmt ebenfalls an, dass sich eine ökonomische

Vormachtstellung nicht automatisch in eine kulturelle Dominanz übersetzt (vgl. Scherrer 2007: 72, 74). Eine stabile und dauerhafte Hegemonie muss beide Ebenen beinhalten, denn einerseits „kann [sie] nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt.“ (Gramsci 1996: 1567) Andererseits muss diese ökonomische Herrschaft im Bereich der Superstrukturen legitimiert und reproduziert werden, indem die Normen, Werte und Vorstellungen der Herrschenden über Konsens und Zustimmung als universelle Kultur verallgemeinert werden (vgl. Demirović 2007: 34f.). In der Hegemonietheorie werden so ökonomische, politische, soziale, ideologische und kulturelle Machtverhältnisse zu einem integralen Herrschaftskomplex verdichtet (vgl. Eagleton 2000: 134; Hall 1989: 71).<sup>19</sup>

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden in der Arena des Staats ausgefochten, den Gramsci mit folgender prägnanter und innovativer Formel charakterisiert: „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang [...].“ (Gramsci 1992: 783)<sup>20</sup> Der moderne Staat definiert sich durch die jeweilige Interaktion zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 815f.). Die enge Verwobenheit der beiden Sphären in den westeuropäischen Staaten bildet für Gramsci die Erklärung, warum dort eine Revolution nach russischem Muster ausgeblieben war: „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft.“ (ebd.: 874)<sup>21</sup>

Unter politischer Gesellschaft versteht Gramsci den Staat in seinem konventionellen Sinn, der „'legal' die Disziplin derjenigen Gruppen gewährleistet, die weder aktiv noch passiv 'zustimmen', der aber für die gesamte Gesellschaft in der Voraussicht von Krisenmomenten im Kommando und in der Führung, in denen der spontane Konsens schwindet, eingerichtet ist.“

---

19 Gramscis Ideologiebegriff stellt eine Übergangskategorie dar, die sukzessive in die übergeordnete Hegemonietheorie eingearbeitet wird. Beide Konzepte lassen sich gut miteinander in Einklang bringen, da sie eine ähnliche Fragestellung verfolgen, nämlich jene nach der freiwilligen Unterordnung von Individuen in herrschaftliche Strukturen (vgl. Rehmann 2008: 93, 95, 99).

20 Althusser's Unterscheidung zwischen repressivem Staatsapparat (RSA) und ideologischen Staatsapparaten (ISA) knüpft an diese Definition an (vgl. Althusser 1977: 119-123; Rehmann 2008: 102; Wolff 2004: 761-764).

21 In diesem Zusammenhang verwendet Gramsci die Metaphern des „Bewegungs-“ und „Stellungskrieges“ (vgl. Gramsci 1992: 873f., Gramsci 1996: 1587). Während die russische Revolution den Staatsapparat schlagartig mit einem „Bewegungskrieg“ eingenommen habe (vgl. Gramsci 1992: 874), könne im Westen nur ein „Stellungskrieg“ langfristig Erfolg haben, der eine genaue Kenntnis der Elemente des integralen Staats erfordern würde (vgl. Gramsci 1996: 1590).

(Gramsci 1996: 1502) Die politische Gesellschaft bezeichnet also jene staatlichen Apparate in Form ihrer legislativen, exekutiven und judikativen Organe, die über die Ausübung von Zwang und Gewalt<sup>22</sup> die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung gewährleisten (vgl. Gramsci 1992: 772f., Gramsci 1996: 1502).

Moderne Herrschaft basiert aber nicht nur auf den Zwangsmaßnahmen der politischen Gesellschaft, sondern wird durch die hegemoniebildende Funktion der Zivilgesellschaft ergänzt. Diese bezeichnet jenen Bereich, der „zwischen der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang“ (Gramsci 1994: 1267) vermittelt. Als Bestandteil der „superstrukturellen Ebene“ umfasst sie das „Ensemble der gemeinhin 'privat' genannten Organismen [...]“ (Gramsci 1996: 1502) Neben der Presse zählt Gramsci „die Bibliotheken, die Schulen, die Zirkel und Clubs unterschiedlicher Art, bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und zu den Namen derselben“ (Gramsci 1991b: 374) dazu.<sup>23</sup> Während im Bereich der politischen Gesellschaft vor allem durch Zwang und Repression Denken und Verhalten der Menschen reglementiert werden, kommen in der Zivilgesellschaft subtilere Mechanismen zum Zug, die auf Zustimmung und Konsens zielen (vgl. Demirović 2007: 24f.). Das Einverständnis zwischen herrschenden und beherrschten Gruppen wird in Verhandlungsprozessen hergestellt, die von der Elite Kompromisse und Zugeständnisse verlangen (vgl. ebd.: 32): „Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet [...]“ (Gramsci 1996: 1567) Die hegemoniale Klasse/Gruppe muss sich zur Stabilisierung ihrer Herrschaft sowohl als herrschend gegenüber den unterdrückten Klassen als auch führend gegenüber den verbündeten Klassen erweisen (vgl. Gramsci 1991a: 101). Diese Doppelposition kann sie nur über strategisches Geschick erreichen, Allianzen und Kompromisse mit den verbündeten/beherrschten Klassen auszuhandeln.

Hegemonie liegt nach Gramsci erst dann vor, wenn Struktur und Superstrukturen einen „geschichtlichen Block“ (Gramsci 1993: 1045) bilden. In diesem kommt es zur temporären

---

22 Die Zwangsapparate der politischen Gesellschaft müssen aber gleichzeitig über ein gewisses Maß an Legitimität in der Gesellschaft verfügen, um ihre Funktion reibungslos vollziehen zu können (vgl. Eagleton 2000: 135).

23 Eine Auflistung der einzelnen zivilgesellschaftlichen Apparate muss je nach Zeit, Ort und Beschaffenheit einer Gesellschaft erfolgen. In einer aktualisierten Erweiterung von Gramscis Aufzählung nennt beispielsweise Alex Demirović „Radio, Fernsehen, Film, die verschiedenen Sparten der Unterhaltungsmusik, Sport, Psychiatrie, Medizin und Psychotherapie [...]“ (Demirović 2007: 25)

und prekären Ab- und Übereinstimmung von Basis und Überbauten, von ökonomischer Struktur, politischer und ziviler Gesellschaft (vgl. Demirović 2007: 26; Scherrer 2007: 74). Ideologie bildet einen immanenten Bestandteil hegemonialer Herrschaft, die über die Apparate der Zivilgesellschaft getragen und artikuliert wird (vgl. Hauck 1992: 85f.). Der Bereich des Ideologischen bildet einen zentralen und umkämpften Schauplatz im Ringen um gesellschaftliche Hegemonie, der fest in der „materiellen Struktur“ (Gramsci 1991b: 374) der Zivilgesellschaft verankert ist. Durch ihre Verankerung in den zivilgesellschaftlichen Apparaten existieren Ideologien „als 'objektive', materielle Formen, die bestimmte Denk- und Erkenntnisweisen hervorbringen.“ (Rehmann 2008: 92)

### **3. Historischer Kontext**

#### **3.1 Obervolta unter kolonialer Herrschaft**

Die französische Kolonialmacht begann ab der Berliner Kongokonferenz von 1884 bis 1885 mit der militärischen Eroberung Obervoltas (vgl. Englebert 1998: 18; Speirs 1991: 90). Ab diesem Zeitpunkt veränderte Frankreich in mehreren Etappen willkürlich Status und Grenzen der westafrikanischen Kolonie: Bis 1904 unterstand das Gebiet als Teil des französischen Sudans einer militärischen Verwaltung, ab dann bis 1919 war es in die Kolonie des oberen Senegal und Niger eingegliedert und durchlief anschließend eine Phase administrativer und finanzieller Autonomie mit einem eigenen Gouverneur bis 1932. Danach wurde es auf drei angrenzende Kolonialterritorien aufgeteilt und nahm erst ab 1947 seine heutige Form als Obervolta an (vgl. Englebert 1998: 18-28; Savonnet-Guyot 1985: 32; Schicho 2001: 142; Speirs 1991: 92; Zagré 1994: 33-37).

Das koloniale System wurde in Obervolta als indirekte Herrschaft von einer Allianz französischer Verwaltungsbeamter und Vertretern der lokalen Aristokratie getragen. Während Repräsentanten der Mossi-Elite<sup>24</sup> bereitwillig ihre Funktion in diesem „decentralized despotism“ (Berman 1998: 316) übernahmen, leisteten auf der anderen Seite Gesellschaften ohne zentrale Autorität teilweise heftigen Widerstand: Im Nordwesten des Landes kam es beispielsweise von 1915 bis 1916 zu einer Revolte mit etwa 300.000 Beteiligten gegen die Zumutungen der Fremdherrschaft, die von der französischen Verwaltung brutal niedergeschlagen wurde (vgl. Schicho 2001: 143).

Die koloniale Wirtschaftspolitik Frankreichs hatte widersprüchliche Auswirkungen auf die Ökonomie Obervoltas: Einerseits stellte sie einen schwerwiegenden Eingriff in die vorkolonialen Netzwerke dar, indem sie traditionelle Produktions- und Distributionsstrukturen zerstörte. Andererseits bildete die koloniale Intervention die Grundlage für die Entstehung eines modernen Wirtschaftssystems (vgl. Englebert 1998: 79f.). Die Zwangsmaßnahmen der kolonialen Verwaltung, welche die gravierendsten Veränderungen innerhalb der lokalen Wirtschaftsstrukturen hervorriefen, waren militärische Rekrutierung, Zwangsarbeit, Besteuerung der lokalen Bevölkerung und die Einführung von „cash crops“ (vgl. Englebert 1998: 21; Gervais/Mandé 2000: 60f.; Le Vine 2004: 48-51; Speirs 1991: 91f.).

---

<sup>24</sup> Über 50 Prozent der Bevölkerung gehörte der Ethnie der Mossi an, die zahlenmäßig das weitaus stärkste Segment unter den insgesamt 60 ethnischen Gruppen bildete (vgl. Englebert 1998: 119).

Obervolta wurde von der französischen Administration bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs vor allem auf seine Funktion als Rekrutierungsreservoir von Soldaten und Arbeitskräften reduziert. So wurden für den Ersten Weltkrieg etwa 34.000 Soldaten aus seinem Gebiet eingezogen (vgl. Schicho 2001: 144), für den zweiten waren es nicht weniger als 63.660 (vgl. Zagré 1994: 37). Die Zwangsarbeit, die in den angrenzenden Kolonialgebieten in Infrastrukturprojekten (Straßen- und Eisenbahnbau) und in Agrarplantagen eingesetzt wurde (vgl. Blion 1996: 134; Schicho 2001: 144; Zagré 1994: 34), vertrieb eine enorme Anzahl an Menschen aus ihrer Heimat. Die Rekrutierung war so massiv, dass Obervolta einen Bevölkerungsrückgang verzeichnete, während im gleichen Zeitraum die angrenzenden Kolonien ein Wachstum aufwiesen (vgl. Zagré 1994: 36).

Die Zwangsrekrutierung bedeutete für das Land den Rückgang eines großen Teils seiner wichtigsten Ressource in Form der menschlichen Arbeitskraft (vgl. Englebert 1998: 77). Dieser Abfluss wurde weiter verstärkt durch die sogenannte „freiwillige Migration“, bei der „[w]irtschaftlicher Druck, Überbevölkerung, Konsumanreiz, Steuern, Ausbildungskosten, Brautgeld und andere familiären Verpflichtungen“ (Schicho 2001: 145) zu den Hauptmotiven zählten. Die MigrantInnen gingen vor allem in die angrenzenden Gebiete der Goldküste und der Côte d’Ivoire, um dort ihr Glück zu versuchen. Im Jahr 1931 belief sich ihre Anzahl in der Goldküste auf circa 220.000 bis 290.000 Menschen, zu denen noch die saisonalen ArbeiterInnen (zwischen 30.000 und 60.000) dazukamen (vgl. Schicho 2001: 146f.; Zagré 1994: 35).<sup>25</sup>

Die hohe Migration in Obervolta ging zu einem gewissen Grad auf die Einführung einer kolonialen Kopfsteuer zurück, die unabhängig von Wohlstand und Einkommen in der gesamten Bevölkerung eingehoben wurde. Diese Schikane zwang sie dazu, ihre Produkte zu vermarkten oder in Regionen auszuwandern, wo sich das Geld leichter verdienen ließ (vgl. Englebert 1998: 79f.). Diese Besteuerung bildete für die französische Administration die wichtigste Einnahmequelle, die Ende der 20er Jahre ungefähr 80 Prozent des lokalen Budgets ausmachte. Die koloniale Steuer wurde von einer recht moderaten Summe im Jahr 1919 auf willkürlicher Basis kontinuierlich bis 1931 erhöht. Im Kontext der globalen Wirtschaftskrise führte das dazu, dass die Bevölkerung zahlungsunfähig wurde und die Steuer 1932 ausgesetzt werden musste (vgl. Schicho 2001: 146; Zagré 1994: 34).

---

<sup>25</sup> Die große Spannbreite dieser statistischen Zahlen liegt daran, dass in den einschlägigen Quellen keine eindeutigen Daten vorliegen (vgl. Gervais/Mandé 2000: 63-65).

Die Einführung von „cash crops“ wie Baumwolle, Seide und Gummi bildete eine weitere Maßnahme, die zur Transformation der lokalen Ökonomie beitrug (vgl. Englebert 1998: 22). Frankreich setzte insbesondere auf den Anbau von Baumwolle, die für die heimische Textilproduktion nach dem Ersten Weltkrieg benötigt wurde, jedoch von anderen Ländern importiert werden musste. Obwohl ein durch Zwangsarbeit geschaffenes Straßennetz für den Abtransport der Baumwolle in Obervolta zur Verfügung stand, war ihr Erfolg nur von kurzer Dauer. Die Produktion von Baumwolle und anderen „cash crops“ fiel oftmals zulasten der Nahrungsmittelproduktion aus und der Ertrag blieb unter den erwarteten Zahlen. Diese Erfahrung hinderte die koloniale Administration aber nicht daran, auch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf Baumwolle als wichtigstes Exportprodukt zu setzen (vgl. Schicho 2001: 145-147).

Summa summarum blieb Obervolta aufgrund seiner schlechten Ressourcenlage und seiner klimatischen Rahmenbedingungen eine vernachlässigte Kolonie der französischen Überseemacht (vgl. Englebert 1998: 79). Diese unternahm weder im „cash crop“- noch im „food crop“-Sektor ernsthafte Versuche, die Produktivitätsraten zu erhöhen (vgl. Speirs 1991: 94). Im Gegenteil führten die rücksichtslosen Maßnahmen und Programme der Kolonialverwaltung zu Hungersnöten in den Jahren 1927 und 1931, denen sie mit Gleichgültigkeit begegnete (vgl. Schicho 2001: 146f.). Allen voran rief die koloniale Zwangsherrschaft eine massenhafte Auswanderung von Arbeitskräften hervor, die desaströse Auswirkungen auf die lokale Ökonomie hatte, wie von Pascal Zagré beschrieben wird: „Cette très grande pression coloniale sur les ressources humaines de la colonie provoqua une désorganisation profonde des structures de production et porta l'estocade mortelle à la vitalité économique de la colonie.“ (Zagré 1994: 35)

Die koloniale Politik Frankreichs zeichnete verantwortlich für eine Reihe von gewaltsam durchgesetzten, ökonomischen Transformationsprozessen, die das Land mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts durchlaufen sollte. Diese werden von Pierre Englebert wie folgt zusammengefasst: „Most of all, colonialism transformed the local economy by turning peasants into workers, sedentary people into migrants, and rural dwellers into urban dwellers, fostering commercial exchange at the expense of subsistence and altering regional trade patterns.“ (Englebert 1998: 80) Während die französische Intervention zwar den Hintergrund für die Herausbildung einer modernen Ökonomie bildete, war sie gleichzeitig die Ursache für

die anhaltende Abhängigkeit des Landes, die sich auch nach dem formellen Ende der kolonialen Herrschaft nicht substantiell veränderte (vgl. Englebert 1986: 204).

Eine wichtige Zäsur in der politischen Entwicklung des Landes stellte die Konferenz von Brazzaville 1944 dar, auf der Politiker des freien Frankreichs mit hohen Vertretern der Kolonialverwaltung über die Zukunft der Kolonialgebiete diskutierten. Neben der Abschaffung der Zwangsarbeit wurde beschlossen, dass die Besitzungen Frankreichs zwar vereint bleiben sollten, aber die Kolonien von nun an Vertreter in das französische Parlament entsenden durften. Diese Beschlüsse markierten den Startschuss offizieller politischer (Partei-)Aktivitäten in Obervolta. Einen weiteren Meilenstein für die Entwicklung des politischen Lebens bedeutete die Adaption des „loi-cadre Defferre“ im Jahr 1956: Als Rahmengesetz erhöhte es die Autonomie der Kolonien, stärkte die Bedeutung ihrer lokalen politischen Strukturen (wie die des „Assemblée territoriale“) und führte das allgemeine Wahlrecht ein (vgl. Englebert 1986: 23-27, Englebert 1998: 27-32; Le Vine 2004: 61- 69; Speirs 1991: 92f.).

Das Referendum vom 28. September 1958, das die fünfte französische Republik einläutete, wurde in Obervolta mit 98,9 Prozent der Stimmen angenommen. In weiterer Folge wurde Obervolta zu einer autonomen Republik innerhalb der „communauté française“, der Maurice Yaméogo als Ministerratspräsident vorstand. Bei der Wahl zwischen einem Verbleib in der Mali-Föderation<sup>26</sup> oder dem „Conseil de l’Entente“<sup>27</sup> entschied sich Obervolta unter dem diplomatischen Druck der Côte d’Ivoire für einen Verbleib im zweiten. Am 5. August 1960 erlangte Obervolta die Unabhängigkeit von Frankreich (vgl. Englebert 1998: 32-36, 43).

### **3.2 Ökonomische Rahmenverhältnisse**

Das unabhängige Obervolta zählte zu einem der am wenigsten entwickelten Länder der Welt (vgl. Speirs 1991: 89), es rangierte in verschiedenen Entwicklungsstatistiken notorisch am unteren Ende der Skala (vgl. Englebert 1998: 112). Die Produktivkräfte waren nicht gut ausgebildet und die wichtigsten Produktionsmittel stellten die menschliche Arbeitskraft und die Böden dar (vgl. Coquery-Vidrovitch 1994: 71-74). Die vorwiegend ländliche Bevölkerung

<sup>26</sup> In dieser Vereinigung, die nur kurze Zeit bestand, waren lediglich der Französisch-Sudan (späteres Mali) und Senegal organisiert (vgl. Englebert 1998: 36).

<sup>27</sup> Diesem im Mai 1959 gegründeten Zusammenschluss gehörten die Côte d’Ivoire, Dahomey (später Benin), Obervolta und Niger an (vgl. Blion 1996: 137f.).

litt unter extremer Armut, das jährliche Pro-Kopf-Einkommen belief sich 1983 auf lediglich 180 US-Dollar (vgl. Martin 1987: 82). Obervoltas Nationalökonomie kam auf dem Weltmarkt eine äußerst marginale Position zu, betrug doch beispielsweise 1992 das Bruttonationaleinkommen des Landes weniger als 0,5 Prozent von dem der USA (vgl. Englebert 1998: 77).<sup>28</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung Obervoltas kämpfte vor allem mit folgenden Problemen: Als Binnenland wies es keinen direkten Meerzugang auf und es befanden sich auf seinem Territorium nur wenige ökonomisch verwertbare Ressourcen wie etwa Gold oder Baumwolle (vgl. Englebert 1998: 77; Zagré 1994: 25). Daneben kamen pedologische und klimatische Faktoren erschwerend hinzu: Die Böden des westafrikanischen Landes waren größtenteils wenig fruchtbar und das tropische Klima, das durch eine lange Trockenzeit gekennzeichnet war, trug nicht zur Verbesserung der Lage bei (vgl. Brisset 1987: 31; Tallet 1996: 119; Zagré 1994: 26f.). In den ländlichen Gebieten rief die Knappheit an Land und Ressourcen soziale Konflikte hervor, die durch hohe Bevölkerungswachstums- und Migrationsraten verschärft wurden (vgl. Tallet 1985: 65, Tallet 1996: 120).

Nach dem offiziellen Abzug der französischen Kolonialmacht aus Obervolta blieb eine umfassende Modernisierung seiner wirtschaftlichen Strukturen aus. Im Gegenteil deuten die statistischen Indikatoren darauf hin, dass sich die ökonomische Situation seit der Unabhängigkeit bis zur burkinischen Revolution verschlechtert hat, wie von Guy Martin zusammengefasst wird: „Adverse economic and climatic conditions added over twenty years of economic mismanagement, corruption and downright plunder have left the Burkinabè economy in shambles.“ (Martin 1987: 82)

Der postkoloniale Staat setzte ähnlich wie sein kolonialer Vorgänger auf eine Agrarpolitik, die eine Bevorzugung des „cash crop“-Sektors (der seine wichtigste Einnahmequelle bildete) und eine Benachteiligung von „food crops“ beinhaltete. Die Produktivitätsraten von „cash crops“ konnten durch Investitionen und die Intervention von halbstaatlichen Organisationen und ausländischen Unternehmen teilweise gesteigert werden. Demgegenüber hielten sich die

---

<sup>28</sup> Bei der Beschreibung von grundlegenden Verhältnissen fließen in diese Arbeit auch Zahlen und Indikatoren ein, die erst nach der burkinischen Revolution erhoben wurden, sich aber über längere Zeiträume hinweg sehr beständig zeigen. Dies lässt sich zum Beispiel anhand der Anzahl der Menschen, die im Landwirtschaftssektor tätig waren bzw. sind, nachvollziehen: So waren sowohl 1960, als auch 1990 ungefähr 90 Prozent der Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt (vgl. Englebert 1998: 83).

Erträge der „food crop“-Produktion auf einem konstant niedrigen Niveau.<sup>29</sup> Der Einfluss privater HändlerInnen, die als ökonomisch mächtige Akteure den Markt bestimmten, wirkte sich negativ auf die NahrungsmittelproduzentInnen aus (vgl. Speirs 1991: 95-98).

Die Ausbeutung der AgrarproduzentInnen setzte sich auch nach dem formalen Ende des Kolonialismus fort, die seitdem von einer Allianz zwischen wirtschaftlichen, politischen und internationalen Akteuren gewährleistet wurde, wie Mike Speirs festhält: „The emergence of new alliances between the rural elite (including the chiefs and merchants) and the bureaucratic class, together with foreign aid agencies, has prevented many peasant farmers from controlling their means of production and exchange.“ (ebd.: 99f.)

Die Marginalisierung der Bauern und Bäuerinnen betraf die große Mehrheit der Bevölkerung, da circa 90 Prozent der EinwohnerInnen von der subsistenzorientierten Landwirtschaft lebte, die in kleinen Produktionseinheiten organisiert war (vgl. Asche 1994: 13; Englebert 1998: 92). Die ökonomische Produktivität des Agrarsektors war bis auf wenige Ausnahmen äußerst gering, da er mit einer kaum vorhandenen Modernisierung, (staatlicher) Misswirtschaft und seiner Abhängigkeit von natürlichen Faktoren belastet war (vgl. Englebert 1998: 83f.; Martin 1987: 82; Speirs 1998: 95).

Da nur etwa 0,1 Prozent der landwirtschaftlichen Gesamtfläche bewässert war, standen und fielen die Produktivitätsraten des Agrarsektors mit der Wassermenge der zyklischen Regenfälle. So führten etwa Dürreperioden wie jene in den Jahren 1973 bis 1974 und 1984 bis 1985 zu enormen Produktionsausfällen und erklärten die starken Schwankungen in den landwirtschaftlichen Erträgen sowie im Bruttoinlandsprodukt (vgl. Englebert 1998: 84). Die extreme Abhängigkeit von dem Faktor Regenfall war der Hauptgrund für „the substantial vulnerability of the agricultural sector and of the whole economy.“ (ebd.)

Diese düstere Bestandsaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion verdeckt starke regionale Differenzen: Während die westlichen und südwestlichen Provinzen Obervoltas Produktionsüberschüsse und den Anbau von „cash crops“ vorweisen konnten, war der in der Sahelzone gelegene Norden besonders hart von schwachen oder ausbleibenden Regenfällen, Desertifikation und daraus resultierender Unterproduktion betroffen (vgl. Englebert 1998: 88; Speirs 1991: 99; Zagré 1994: 26). Die Überschüsse der produktionsstarken Regionen konnten

---

<sup>29</sup> So stiegen beispielsweise die Erträge im Anbau von Baumwolle zwischen 1960 und 1972, während Rückgänge in der Erdnuss- und eine Stagnation in der Getreideproduktion verzeichnet wurden (vgl. Schicho 2001: 147).

aufgrund der schlechten Infrastruktur sowohl in guten wie in schlechten Erntejahren nicht das Defizit der anderen Regionen kompensieren. Obervolta blieb somit regelmäßig auf Lebensmittelimporte und Nahrungsmittelhilfe angewiesen (vgl. Englebert 1998: 88; Speirs 1991: 89, 97).<sup>30</sup>

Obervoltas Staat engagierte sich seit seiner Unabhängigkeit aktiv in der Entwicklungspolitik des Landes, die stark von Mitteln ausländischer Geber abhängig war (vgl. Englebert 1998: 106f.). Seine Intervention in den Agrarsektor fand auf mehreren Ebenen statt, er agierte „as an associate of villagers in production and distribution; as a powerful seller, purchaser, and price-setter; or as an agricultural policymaker.“ (ebd.: 92) Allerdings konnten seine Institutionen, die zur Entwicklung der ländlichen Regionen eingerichtet wurden, ihre Aufgabe nur unzureichend erfüllen (vgl. Labazée 1985b: 15). Die 1965 eingerichteten „Organismes Régionaux de Développement“ (ORDs) litten unter schlechtem Management und Korruption (vgl. Speirs 1991: 95; Tallet 1989: 39f.). Das 1971 gegründete „Office National des Céréales“ (OFNACER) kämpfte mit finanziellen Schwierigkeiten und konnte sich gegenüber den mächtigen GetreidehändlerInnen nur schwer behaupten. Außerdem war es an billigen KonsumentInnenpreisen interessiert, um die soziale Lage in den Städten unter Kontrolle zu halten (vgl. Englebert 1998: 93; Speirs 1991: 97-99).

Der Sekundärsektor des westafrikanischen Landes, der vom ausländischen (vor allem französischen) Kapital dominiert wurde (vgl. Labazée 1985c: 89f.), trug am wenigsten zu dem Bruttonationaleinkommen bei. Er war bis auf ein paar wenige industrielle Unternehmen, die für 80 Prozent der Wertschöpfung dieses Sektors verantwortlich zeichneten, quasi inexistent (vgl. Englebert 1998: 98f.; Zagré 1994: 38f.).<sup>31</sup> Der Tertiärsektor, der sich in Obervolta vor allem aus dem Banken- und Transportwesen und dem Tourismus zusammensetzte, wies bis in die 80er Jahre ein kontinuierliches Wachstum auf. Die Hälfte der Wertsumme dieses Sektors ging auf die Auszahlung von Gehältern im öffentlichen Dienst zurück (vgl. Englebert 1998: 100-103). Der Abbau von Bodenschätzen (der je nach Klassifikation entweder im Primär- oder Sekundärsektor verortet wird) wie Gold, Zink oder Mangan stellte einen wirtschaftlichen

---

30 Das strukturelle Defizit in der Getreideproduktion, das seit 1960 konstant gestiegen war, betrug 1984 in etwa 165.000 Tonnen (vgl. Labazée 1985b: 15, Labazée 1985c: 89).

31 Pascal Labazée fasst die Probleme für die nationalen Unternehmen, die meistens weder rentabel waren noch positive Effekte auf andere wirtschaftliche Bereiche hatten, zusammen: „[L]a situation géo-économique défavorable du pays et la faiblesse du marché intérieur alourdissent les charges fixes des entreprises, les rendant médiocrement compétitives vis-à-vis des importations européennes et des productions concurrentes d'autres États de la CEAO [...]“ (Labazée 1985b: 22)

Hoffnungsträger dar (vgl. ebd.: 96-98).<sup>32</sup>

Die Wirtschaft Obervoltas war mit einem enormen Handelsdefizit belastet: Während 1982 der Export von vorwiegend landwirtschaftlichen Waren 18 Milliarden F CFA (Franc de la Communauté Financière d'Afrique) ausmachte, mussten Güter im Wert von 90 Milliarden F CFA importiert werden (vgl. Englebert 1986: 17). Nichtsdestotrotz fiel die Leistungsbilanz des westafrikanischen Staats relativ gut aus, da private Geldüberweisungen von EmigrantInnen und westliche Entwicklungsgelder das Minus der Handelsbilanz kompensierten (vgl. Englebert 1998: 107; Labazée 1985a: 13; Zagré 1994: 14). Dennoch war das staatliche Budget Obervoltas mit einer enormen Auslandsverschuldung belastet (vgl. Speirs 1991: 89), die in den Jahren vor 1983 massiv zunahm, nämlich von 62 Millionen US-Dollar 1975 auf 461 Millionen 1983 (vgl. Martin 1987: 82).

Über die Hälfte des nationalen Budgets wurde für die Gehälter und Prämien der zahlreichen BeamtenInnen ausgegeben, die mit einer Anzahl von 30.000 im Jahr 1983 einen aufgeblähten Staatsapparat füllten (vgl. Englebert 1986: 58; Otayek 1989: 19f.). Die abhängige und eingeschränkte Wirtschaftspolitik Obervoltas zeigte sich darin, dass 1982 mehr als 40 Prozent der staatlichen Verwaltungskosten direkt von Frankreich finanziert wurden (vgl. Englebert 1986: 204). Über regionale Zusammenschlüsse wie die von Frankreich dominierte „Union Monétaire Ouest-Africaine“ (UMOA) sicherte sich Paris seinen Einfluss auf die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer, unter denen Obervolta war (vgl. Martin 1987: 83).

Die ökonomische Lage verschärfte sich dramatisch in den Jahren vor der burkinischen Revolution, die mit extrem ungünstigen Ausgangsbedingungen zu kämpfen hatte: Das Land sah sich mit einer Trockenperiode Anfang der 80er Jahre, einem Zusammenbruch der Getreideproduktion in den zentralen und östlichen Regionen und einem Rückgang der Viehexporte (wegen der Sättigung der Märkte in der Côte d'Ivoire und Nigeria) konfrontiert (vgl. Labazée 1985b: 25; Otayek 1989a: 20). Diese Faktoren führten unter anderem zu der bereits erwähnten Explosion der Auslandsverschuldung und zu einer durchschnittlichen Inflationsrate von 10,8 Prozent zwischen 1973 und 1983 (vgl. Martin 1987: 82).

In der gleichen Periode musste die Diskrepanz zwischen dem Wachstum der Bevölkerung und jenem des Bruttoinlandsprodukts durch steigende Lebensmittelimporte kompensiert werden

---

<sup>32</sup> Die wichtigste Goldmine des Landes in Poura wurde 1966 geschlossen (vgl. Englebert 1998: 96).

(vgl. Jaffré 1989: 139). Die während des Kolonialismus stark ausgeprägte Migration bildete auch im unabhängigen Obervolta ein konstantes Merkmal der gesellschaftlichen Entwicklung. Viele Bauern und Bäuerinnen versuchten im Rahmen von Binnenmigration ihr Glück in anderen Regionen, wobei dieses Phänomen durch ungünstige Regenfälle (insbesondere in der Dekade zwischen 1970 und 1980) verschärft wurde (vgl. Tallet 1985: 67). Daneben gab es auch eine starke Migration ins Ausland: 1985 lebten nach offiziellen Zählungen 740.000 Burkinabè im Ausland, deren Hauptziel die Côte d'Ivoire bildete (vgl. Blion 1996: 139). Dieser Abfluss von Arbeitskräften hatte einen negativen Einfluss auf die ökonomische Situation Obervoltas (vgl. Zagré 1994: 14).

### **3.3 Politische Rahmenverhältnisse**

Am 5. August 1960 wurde die französische Kolonie Obervolta zur unabhängigen Republik erklärt. Es handelte sich um eine vorwiegend symbolische Statusänderung, denn die Unabhängigkeit bildete im Vergleich zur Konferenz von Brazzaville und zum „loi-cadre Deferre“ eine weniger wichtige Zäsur. Sie bedeutete praktisch kaum eine ökonomische und politische Einflussverringeringung Frankreichs (vgl. Englebert 1998: 36). Mit der Unabhängigwerdung wurde eine äußerst turbulente politische Entwicklung in Gang gesetzt: In den 23 Jahren bis zur burkinischen Revolution durchlief das Land drei verschiedene Verfassungen, mehrere militärische „Coups d'État“<sup>33</sup> und eine rasante Fluktuation von Parteien und Politikern. Die staatliche Herrschaft war in diesem Zeitraum kein einziges Mal in der Lage, eine stabile politische und soziale Hegemonie zu errichten (vgl. ebd.: 43).

Die Frustration über die ausbleibende ökonomische Entwicklung bildet einen wichtigen Erklärungsschlüssel für die hohe Anzahl von „Coups d'État“ in Obervolta. Vice versa hat die politische Instabilität, von der die vielen militärischen Staatsstriche zeugen, ihrerseits wiederum wirtschaftliches Wachstum behindert, wie Pat McGowan und Thomas Johnson herausstreichen: „We are left with the image of a vicious circle in which economic stagnation and decline lead to military interventions, which themselves in turn usually produce more economic uncertainty and stagnation.“ (McGowan/Johnson 1984: 659)

<sup>33</sup> Je nach Zählweise fanden vor dem 4. August 1983 vier bzw. fünf militärische Staatsstriche statt: Neben jenen des 3. Jänners 1966, des 8. Februars 1974, des 25. Novembers 1980 und des 7. Novembers 1982 wird manchmal auch noch der 17. Mai 1983 als ein „Coup d'État“ gewertet (vgl. Englebert 1986: 16, 74-78; McGowan/Johnson 1984: 662-666).

### 3.3.1 Staatliche Regime von 1960-1983

Seit der Unabhängigkeit war das Kennzeichen aller politischen Regime Obervoltas eine staatliche Herrschaft, die auf klientelistischen Netzwerken basierte. Diese waren durch einen permanenten Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die jeweils ihrer eigenen Logik folgten, charakterisiert (vgl. Berman 1998: 334f.; Otayek 1989a: 18). Die wichtigste Machtstütze der staatlichen Herrschaft bildete die große Zahl der Staatsangestellten, die über Privilegien in der Entlohnung und im Wohnbereich an den Staat gebunden werden konnten (vgl. Banégas 1993: 84; Englebert 1986: 157; Labazée 1985b: 18). Eine massive Rekrutierung von neuen Beamten und Militärs sicherte dem Staat diese soziale Machtbasis (vgl. Banégas 1993: 46f.; Labazée 1985b: 17; Otayek 1989a: 17f.).

Das klientelistische Herrschaftssystem brachte korrupte Praktiken mit sich, die alle Regime von 1960 bis 1983 kennzeichneten. In der Regel konnte Korruption ohne größere Hindernisse praktiziert werden, die Ausnahme stellten öffentlich gewordene Skandale wie die sogenannte Watergrain-Affäre dar, die sich während der Dürrekatastrophe von 1973 bis 1974 ereignete: In diesem Zusammenhang hatten Armeemitglieder und HändlerInnen internationale Hilfsmittel für die betroffenen Regionen unterschlagen und für den persönlichen Profit weiterverkauft (vgl. Jaffré 2007: 84; Martens 1989: 70f.; Schicho 2001: 151).

Das erste politische Regime nach der Unabhängigkeit bestand von 1960 bis 1966 und wurde von dem Gewerkschaftsführer Maurice Yaméogo angeführt (vgl. Schicho 2001: 148f.). Dieser setzte auf eine autoritäre Herrschaftsstrategie, die durch einen Konfrontationskurs mit wichtigen politischen Akteuren gekennzeichnet war. Während dieser Periode wurde das konstitutionelle Mehrparteiensystem zunehmend in einen Einparteiensstaat transformiert, die Privilegien der Mossi-Aristokratie eingeschränkt,<sup>34</sup> ArbeiterInnen- und Streikrechte beschnitten und willkürliche Postenbesetzungen<sup>35</sup> vorgenommen. Ein geplantes Sparprogramm in der Verwaltung für das Jahr 1966, das drastische Lohnsenkungen und Kürzungen im Sozialsystem vorhersah, brachte das Fass zum Überlaufen. Am 3. Jänner 1966 leitete eine von dem gewerkschaftlichen Spektrum angeführte, heterogene Protestbewegung „the first of a long line of coups d'état“ (Wilkins 1989: 378) ein (vgl. Englebert 1986: 31-43,

---

34 Im Gegensatz zur Vergangenheit sollten die Mossi-Chefs durch allgemeine Wahlen bestimmt werden und kein Gehalt mehr bekommen (vgl. Savonnet-Guyot 1985: 38).

35 Seit seinem Machtantritt im Oktober 1958 wechselte Yaméogo 16 Mal seine Regierung aus und 38 Minister mussten während seiner Herrschaft den Hut nehmen (vgl. Jaffré 2007: 42; Schicho 2001: 150).

Englebert 1998: 43-46; Otayek 1989a: 15f.; Sandwidi 1996: 332).<sup>36</sup>

In dieser intensiven Phase politischer Auseinandersetzungen übernahm die Armee die Rolle des Schiedsrichters und General Sangoulé Lamizana wurde das neue Staatsoberhaupt. Seine 14-jährige Herrschaft war durch einen konstanten Wechsel zwischen militärischen und zivilen Regierungsperioden gekennzeichnet.<sup>37</sup> Im Gegensatz zu seinem Vorgänger bemühte er sich weitgehend um ein Gleichgewicht mit der Zivilgesellschaft. Er festigte seine Herrschaft über klientelistische Netzwerke, in denen politische und soziale Kräfte (wie politische Parteien, Gewerkschaften und traditionelle Autoritäten) als Vermittlungsinstitutionen zwischen Staat und Zivilgesellschaft fungierten. Diese Integrationsstrategie sicherte Lamizana zwar über einen längeren Zeitraum seine Herrschaft, stieß aber schlussendlich an ihre Grenzen. Wie schon bei Yaméogo läutete eine politische heterogene, gewerkschaftliche Protestbewegung, die im Oktober und November 1980 Streiks und Demonstrationen organisierte, den Sturz Lamizanas ein (vgl. Englebert 1986: 43-57; Englebert 1998: 46-51; Otayek 1989a: 16-18).

Dem gewerkschaftlichen Spektrum gelang erneut keine Machtübernahme, stattdessen putschte der Oberst Saye Zerbo am 25. November 1980 mit Unterstützung breiter Teile der Armee gegen Lamizana. Das neue Regime des „Comité Militaire de Redressement pour le Progrès National“ (CMRPN) galt zwar anfänglich als Hoffnungsträger für verschiedene soziale und politische Kräfte,<sup>38</sup> transformierte sich aber zunehmend in eine autoritäre und repressive Militärherrschaft. Während die politischen Parteien vom Anbeginn des CMRPN verboten waren,<sup>39</sup> geriet die gewerkschaftliche Opposition im Laufe der Zeit ebenfalls ins Visier der neuen Machthaber. Zerbo konnte so den zivilgesellschaftlichen Widerstand zwar einigermaßen unter Kontrolle halten, aber innerhalb der Armee hatte sich eine strategische Allianz zwischen reaktionären und progressiven Kräften<sup>40</sup> gegen ihn gebildet (vgl. Englebert

---

36 An dem Umsturz waren ehemalige Regierungsmitglieder, Funktionäre der verbotenen Parteien, Vertreter von Armee, Kirche und Mossi-Aristokratie sowie StudentInnen und SchülerInnen beteiligt (vgl. Englebert 1986: 41; Jaffré 2007: 42; Schicho 2001: 150).

37 Von 1966 bis 1969 waren politische Aktivitäten und Parteien verboten, zwischen 1970 und 1974 kam es zur Einführung eines konstitutionellen Parlamentarismus (auf den Lamizana und die Armee aber weiterhin einen dominanten Einfluss ausübten), 1974 putschte sich die Armee nach einer parlamentarischen Krise wieder an die Staatsspitze und ab 1977 wurde das zivile Parteiensystem schrittweise erneut eingeführt (vgl. Englebert 1986: 43-57, Englebert 1998: 46-51).

38 Darunter waren die traditionellen Autoritäten, die katholische Kirche, die urbane Jugend und der ehemalige Präsident Yaméogo (vgl. Englebert 1986: 62).

39 Einzig die Mitglieder der „Front Progressiste Voltaïque“ (FPV) nahmen aktiv am neuen Regime teil (vgl. Englebert 1986: 63).

40 Die reaktionären Militärs wurden von den Kommandanten Gabriel Somé Yorian und Fidèle Guébré repräsentiert. Der progressive Flügel wurde vor allem mit Thomas Sankara assoziiert (vgl. Englebert 1986:

1986: 60-66; Englebert 1998: 52f.; Jaffré 2007: 105-117).

Am 7. November 1982 putschte sich dieses Bündnis, das anfänglich durch seine Opposition zu Zerbos autoritärem Regime zusammengehalten wurde, an die Macht. Der neue Präsident Jean-Baptiste Ouédraogo, ein Kompromisskandidat der beiden Fraktionen, schaffte es nicht lange, die schwelenden Gegensätze innerhalb der Armee auszugleichen. Zwar versuchte der „Conseil de Salut du Peuple“ (CSP) die Zivilgesellschaft über eine Reihe von Maßnahmen in sein Herrschaftsprojekt einzubinden,<sup>41</sup> dennoch konnte er seine interne Spaltung niemals überwinden. Am 17. Mai 1983 kam es zum offenen und gewaltsamen Ausbruch dieses Konflikts, da die reaktionäre Fraktion eine groß angelegte Repressionswelle gegen ihre linken Widersacher organisierte. Der progressive Flügel wurde im Rahmen dieser „clarification“ aus den staatlichen Machtpositionen verdrängt und aus dem CSP I ging der CSP II hervor (vgl. Englebert 1986: 67-78, Englebert 1998: 53-55).<sup>42</sup>

Dieser Komplott fiel zeitlich mit dem Besuch von Guy Penne, dem Afrika-Berater des französischen Präsidenten François Mitterrand, in Ouagadougou zusammen, dem seitdem eine Beteiligung in den Geschehnissen nachgesagt wurde (vgl. Englebert 1998: 152). Der CSP II war das politische Regime mit der kürzesten Lebensdauer in der Geschichte Obervoltas. Sein kompromissloses Vorgehen am 17. Mai führte zu einer tiefen Legitimationskrise und hoher politischer Instabilität. Die linken Kräfte agitierten im Untergrund weiter und organisierten große Demonstrationen für die Befreiung des inhaftierten Sankaras. Sein Genosse Compaoré konnte der Repressionswelle entkommen und zog sich zu seinen Truppen des „Centre National d'Entraînement Commandos“ (CNEC)<sup>43</sup> nach Pô zurück. Innerhalb dieses Kontexts bekam die Allianz zwischen Ouédraogo und den reaktionären Kräften zunehmend mehr Bruchstellen.<sup>44</sup> Die Situation war reif für den Ausbruch der burkinischen Revolution (vgl. Brittain 1985: 45; Englebert 1986: 74-78, Englebert 1998: 53-55).

Die politischen Regime Obervoltas zwischen 1960 und 1983 bauten ihre Herrschaft auf zwei unterschiedlichen Modellen auf, nämlich jenes „de l'Etat mou“ und jenes „de l'Etat total“

---

70; Jaffré 2007: 119).

41 So stellte er beispielsweise die unter Zerbo stark eingeschränkten Gewerkschafts- und Pressefreiheiten wieder her (vgl. Englebert 1986: 71).

42 Dieser Putsch beinhaltete eine präzedenzlose Verfolgung der linken militärischen und zivilen Strömung, von der man 400 RepräsentantInnen verhaften wollte (vgl. Jaffré 2007: 136).

43 Seit 1976 führte Thomas Sankara das CNEC an, zwei Jahre später wurde Compaoré sein Stellvertreter, der 1981 die Führung der Eliteeinheit übernahm (vgl. Jaffré 2007: 110, Martens 1989: 72).

44 Ouédraogo setzte gegen Ende des CSP II sogar Yorian als obersten Befehlshaber der Streitkräfte ab (vgl. Jaffré 2007: 143f.).

[...].“ (Banégas 1993: 4) Der schwache Staat versuchte die zivilgesellschaftlichen Akteure im Rahmen einer kooperativen Hegemonie in sein Entwicklungsprojekt einzubinden. Im Gegensatz dazu setzte der starke Staat auf Konfrontation mit der Zivilgesellschaft, indem er den Einfluss aller Kräfte einschränken wollte, die seine Herrschaft gefährdeten. Während die Regime von Yaméogo und Zerbo den Konfrontationskurs des starken Staats repräsentierten, stellte der CSP I eine kooperative Hegemonie dar. Lamizanas Herrschaft war durch einen Wechsel zwischen beiden Modellen gekennzeichnet (vgl. Banégas 1993: 4f.; Englebert 1998: 69f.; Otayek 1989a: 16f.).

Staatliche Herrschaft war weder durch Kooperation noch durch Konfrontation mit der Zivilgesellschaft in der Lage, eine stabile Hegemonie herzustellen. Der kooperative Ansatz kämpfte mit dem Problem, dass die politische (Parteien-)Landschaft von Spaltungen und Konflikten durchzogen war, welche die dauerhafte Herstellung von Konsens verunmöglichten. Der konfrontative Kurs scheiterte an der Zurückhaltung und dem Widerstand der Zivilgesellschaft (vgl. Englebert 1998: 71). Die hegemonialen Projekte des Staats mussten in diesem Zusammenhang fast zwangsläufig scheitern, „because of the state’s institutional weakness and because of the continued strength of civil society.“ (ebd.: 69)

### **3.3.2 Akteure**

Der Staat Obervoltas wies keine historische Legitimität auf, da er sich aus dem ökonomischen, politischen und militärischen Zwangsapparat des Kolonialismus entwickelte. Als koloniales Erbe entstand er nicht aus den Konflikten und Widersprüchen der Zivilgesellschaft heraus, sondern bildete ein von außen importiertes Herrschaftsinstrument (vgl. Berman 1998: 329; Englebert 1998: 69). Staat und Zivilgesellschaft standen in einem spannungsreichen Konfliktverhältnis zueinander, in der jeweils die eine Seite ihre Stellung auf der andere Seite verstärken wollte. Verschiedene Gruppierungen der politischen und der zivilen Gesellschaft konkurrierten miteinander um Einflussnahme auf den postkolonialen Staat (vgl. Speirs 1991: 102).

Der Zugang zu politischen Ressourcen und Entscheidungen war durch einen ausgeprägten Antagonismus zwischen Stadt und Land geregelt: Während sich die staatliche Politik

weitgehend auf den urbanen Raum beschränkte (vgl. Englebert 1986: 169; Schicho 2001: 150),<sup>45</sup> war der Großteil der ländlichen Bevölkerung von wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Dieser „urban bias of all regimes“ (Englebert 1998: 93) führte zur Privilegierung der städtischen und zur Marginalisierung der ländlichen Bevölkerung. Denn während erstere über klientelistische Netzwerke Zugang zu staatlichen Ressourcen hatte, gingen die ruralen Gemeinschaften als Verlierer aus den Kämpfen um Einfluss und Macht auf den Staat hervor (vgl. Speirs 1991: 89f.). Die wichtigsten politischen Akteure in der Unabhängigkeitsgeschichte des Landes waren neben der Armee die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die linken Kräfte der Zivilgesellschaft (vgl. Jaffré 1989: 11).

Die Armee stellte seit dem Sturz des Präsidenten Yaméogos 1966 den wichtigsten politischen Akteur dar. Alle nachfolgenden Regime wurden von Vertretern des Militärs angeführt und mit der Machtübernahme des CMRPN (welcher der zivilen Regierungsperiode während Lamizanas Herrschaft ein Ende setzte) avancierte die Armee definitiv zur vorherrschenden politischen Institution (vgl. Englebert 1986: 67). Zerbos Herrschaft führte zur „increased militarization of politics and politicization of the military and the interruption of the cyclical returns to civilian rule that characterized Lamizana’s government.“ (Englebert 1998: 53) Die Armee war in alle „Coups d’État“ involviert, die das Land von der Unabhängigkeit bis zur burkinischen Revolution erlebt hatte (vgl. ebd.: 69).

Das Militär stellte keinen einheitlichen ideologischen Block dar, sondern wurde durch die Erfahrung mit Macht und Herrschaft politisiert und in konkurrierende Gruppen fraktioniert (vgl. Englebert 1986: 90f.; Otayek 1985: 5f.). Ein progressiv orientierter Flügel bildete sich im Laufe der 70er Jahre heraus und machte im Rahmen der Watergrain-Affäre von 1973/1974 erstmals von sich zu sprechen. Er veröffentlichte ein Flugblatt, das einen verdächtigen Kommandanten anprangerte, der sich aus den Hilfslieferungen persönlich bereichert haben soll. Die Autoren, Thomas Sankara und Jean-Baptiste Lingani, unterschrieben das Pamphlet mit dem mysteriösen Kürzel ROC<sup>46</sup> (vgl. Martens 1989: 70f.). Diese Gruppierung war

---

45 In der Stadt waren alle relevanten politischen Akteure vereint, wie Alain Marie schreibt: „[...] il y a d’abord les différentes fractions de la classe politique [...]; il y a ensuite la moyenne et petite-bourgeoisie, turbulente et politisée, des professions libérales, des jeunes technocrates de la Fonction publique, des enseignants, des employés et des ouvriers stabilisés, [...] les mouvements lycéens et étudiants; il y a enfin, originalité burkinabè, la puissante hiérarchie traditionnelle [...]“ (Marie 1989: 27)

46 Die Bedeutung von ROC ist umstritten: Einige sehen darin die Abkürzung für „Regroupement des Officiers Communistes“ (vgl. Englebert 1986: 82), andere meinen, es komme von „dur comme le roc“ („hart wie ein Felsen sein“) (vgl. Jaffré 2007: 85).

verantwortlich für eine Reihe von weiteren Flugblättern (manche auch mit ARETE signiert), die korrupte Praktiken von Politikern und Armeeangehörigen scharf verurteilten (vgl. Jaffré 2007: 84f., 91).

Die bekanntesten Mitglieder des ROC-Zirkels waren neben Thomas Sankara Blaise Compaoré, Jean-Baptiste Lingani und Henri Zongo (vgl. ebd.: 100), die späteren vier „chefs historiques“ der burkinischen Revolution (vgl. Englebert 1986: 122). In den 70er Jahren agierte dieser Zusammenschluss noch weitgehend im Untergrund. Mit dem Aufkommen des CMRPN betrat die militärische Linke erstmals die offizielle Bühne der Politik, denn Sankara wurde von Zerbo zum „*sécretaire d'État à l'Information*“ ernannt.<sup>47</sup> Die Machtübernahme des CSP, an dem die militärische Linke aktiv beteiligt war, bedeutete für sie eine massive Einflussvergrößerung innerhalb des staatlichen Systems: Neben der Mitgliedschaft von zahlreichen linken Militärs im CSP wurde Sankara am 10. Jänner 1983 sogar zum Premierminister bestellt (vgl. ebd.: 66, 71).

Der Machtzuwachs der progressiven Armeefraktion verlief nicht reibungslos, sondern stieß auf erheblichen Widerstand von Teilen der Armee. Eine reaktionäre Strömung, die zwar anfänglich mit dem linken Flügel ein strategisches Bündnis eingegangen war, konkurrierte mit ihm um die Führung innerhalb des CSP. Da die progressiven Militärs aber trotz der unterschiedlichen Beschwichtigungsversuche (wie die Ernennung Sankaras zum Premierminister) nicht von ihrer politischen Radikalität abwichen, setzten die reaktionären Kräfte am 17. Mai 1983 auf offene Repression.<sup>48</sup> Sankara, Lingani und Zongo konnten in dieser Repressionswelle verhaftet werden, nur Compaoré gelang die Flucht nach Pô zu seinen dortigen Einheiten des CNEC (vgl. ebd.: 74).

Die progressive Armeefraktion unterhielt von Anfang an Kontakte mit ideologisch nahestehenden, außerparlamentarischen Kräften der Zivilgesellschaft (vgl. Andriamirado 1985a: 43; Wilkins 1989: 379). Diese Vernetzungen legten, wie Victoria Brittain schreibt, „the groundwork for the military/civilian revolutionary alliance which took power in August 1983.“ (Brittain 1985: 42) Während des CMRPN und vor allem während des CSP intensivierte sich die Vernetzung zwischen militärischen und zivilen Linken. Das Zusammenrücken ging nach

---

<sup>47</sup> Zerbos Hoffnung, die progressive Armeefraktion durch die Ernennung in höhere Posten neutralisieren zu können, scheiterte: Sankara übte sein ihm zugewiesenes Amt lediglich vier Monate aus und wurde nach seinem spektakulären Rücktritt unter Hausarrest gestellt (vgl. Englebert 1986: 66; Jaffré 2007: 109-111, 115)

<sup>48</sup> Die Annäherung zwischen Sankara und Muammar al-Gaddafi im CSP I war einer der Hauptgründe für die gewaltsame Neutralisierung des progressiven Flügels (vgl. Englebert 1986: 201).

dem 17. Mai 1983 so weit, dass eine Allianz den „Coup d’État“ des 4. Augusts gemeinsam detailliert planen und verwirklichen sollte (vgl. Andriamirado 1985a: 45; Jaffré 2007: 115f.; 141-143).

Die Gründung der wichtigsten politischen Parteien ging auf die Periode vor der Unabhängigkeit zurück, als die französische Verwaltung den rechtlichen Rahmen politischer Aktivitäten zunehmend lockerte. In dieser Phase bildete sich eine Vielzahl an neuen Parteien heraus (vgl. Englebert 1986: 25-29, Englebert 1998: 27-32), das politische Feld blieb aber vor allem durch den Gegensatz zwischen traditionellen Autoritäten und der neuen politischen Klasse<sup>49</sup> bestimmt. Erstere waren in der „Union Voltaïque“ (UV) und nachfolgenden Formationen organisiert, zweitere vor allem in dem 1946 gegründeten „Rassemblement Démocratique Africain“ (RDA)<sup>50</sup>, der zwischen dieser Phase und 1980 die wichtigste Parteienkraft darstellte. Der Konflikt zwischen frankreichloyalen Mossi-Parteien und der RDA war einer der wenigen konstanten Faktoren in einer ansonsten sehr unbeständigen politischen Entwicklung (vgl. Englebert 1998: 28; Savonnet-Guyot 1985: 35-37; Speirs 1991: 92).

Die Entwicklung eines demokratisch-pluralistischen Parteienspektrums wurde durch zwei Faktoren behindert: Einerseits sahen sich Parteiaktivitäten über lange Zeiträume hinweg mit Repression und Illegalisierung konfrontiert. Andererseits scheiterten sie in Phasen, in denen sie zugelassen waren (wie unter Lamizana zwischen 1970 und 1974), an der Erlangung eines Konsens. So führte zum Beispiel die interne Zersplitterung des RDA zwischen Gérard Kango Ouédraogo und Joseph Ouédraogo 1974 zu einer politischen Pattstellung, die erst durch die Intervention der Armee aufgelöst wurde (vgl. Englebert 1986: 51-53; Jaffré 2007: 78; Schicho 2001: 151f.).

Das Parteienfeld war durch tiefsitzende Konflikte und Zerwürfnisse zwischen Clans und Einzelpersonen gespalten (vgl. Englebert 1986: 47). Der Zusammenhalt innerhalb der Parteien(bündnisse) basierte weniger auf ideologischen Gemeinsamkeiten als auf individuellen Machtambitionen (vgl. Englebert 1986: 26, Englebert 1998: 31f.). Diese führten

---

49 Eine Transformation der politischen und sozialen Kräfteverhältnisse hatte diese Klasse in Form des Kleinbürgertums hervorgebracht, zu der BeamtInnen, LehrerInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen zählten (vgl. Schicho 2001: 148).

50 Das von Félix Houphouët-Boigny mitbegründete RDA war bis 1950 mit der „Parti Communiste Français“ (PCF) verbündet. Sein Bruch mit den KommunistInnen und die daraus hervorgegangene Allianz mit Mitterrands „Union Démocratique et Socialiste de la Résistance“ (UDSR) bezeichnete einen Wendepunkt in seiner politischen Orientierung weg vom Radikalismus hin zum Reformismus. So hatte das spätere RDA nicht mehr viel gemeinsam mit dem vor 1950 (vgl. Englebert 1998: 28-31).

zu einer ganzen Flut an Neugründungen, Umbildungen, Koalitionen, Spaltungen, Zersplitterungen und persönlichen Konflikten (vgl. Jaffré 2007: 40). Die politischen Strukturen (wie Verfassung und Parlamentssystem), in denen die Parteien zeitweise agierten, wiesen nur eine schwache Institutionalisierung und eine kurze Lebensdauer auf (vgl. Englebert 1986: 52).

Die Gewerkschaften bildeten einen der wichtigsten Akteure innerhalb der politischen Auseinandersetzungen Obervoltas, die den Verlauf der unterschiedlichen Regime wesentlich (mit)geprägt haben. Ihre Agitation hat bei quasi allen politischen Machtwechseln (mit Ausnahme der Militärintervention 1974 und der Machtübernahme des CSP) eine gewisse Rolle gespielt. Sie können nicht auf ihre genuine Funktion der ArbeiterInnenvertretung reduziert werden, sondern stellten ebenso eine politische Kraft dar, die sich für bürgerliche und demokratische Grundrechte einsetzte (vgl. Banégas 1993: 48; Diawara 1996: 235; Englebert 1986: 18, 34, 150; Jaffré 1989: 16; Sandwidi 1996: 331-334).

Die große Mehrheit der gewerkschaftlichen AktivistInnen rekrutierte sich aus dem urbanen Milieu, insbesondere aus den Angestellten des (halb-)öffentlichen Sektors und der Staatsunternehmen (vgl. Labazée 1988: 233f.). Dieses gewerkschaftliche Klientel stellte eine wichtige politische Kraft dar, weil es das Machtfundament staatlicher Herrschaft bildete. Bei einem Versagen der klientelistischen Mechanismen, welche die Loyalität der NutznießerInnen gegenüber dem Staat sicherten, konnte das Mobilisierungspotential der Gewerkschaften zu einer ernsthaften Bedrohung für das herrschende Regime werden (vgl. Banégas 1993: 84).

Die Anfänge der gewerkschaftlichen Bewegung, die eine wichtige Rolle im antikolonialen Kampf einnahm, gingen auf die letzte Phase des französischen Kolonialismus zurück. Die Gründung von Gewerkschaften fiel zeitlich mit der von politischen Parteien ab 1946/1947 zusammen (vgl. Englebert 1986: 34; Sandwidi 1996: 325f.). Die Gewerkschaften stellten ein heterogenes Spektrum dar, das von vier Zentralen dominiert wurde. Erstens von der „Confédération Nationale des Travailleurs Voltaïques“ (CNTV), zweitens von der „Union Syndicale des Travailleurs Voltaïques“ (USTV), drittens von der „Organisation Voltaïque des Syndicats Libres“ (OVSL) und viertens von der „Confédération Syndicale Voltaïque“ (CSV) (vgl. Sandwidi 1996: 327-329).

Die gewerkschaftliche Bewegung war durch zwei gegensätzliche politische Ausrichtungen gespalten: Während die CNTV und die OVSL in ihrer politischen Agitation auf einen

reformistischen Kurs bauten, vertraten die USTV (in der Theorie) und die CSV einen revolutionären Syndikalismus (vgl. Sandwidi 1996: 329f.). Das gewerkschaftliche Milieu stellte einen Bereich zur (Re-)Produktion von politischen Eliten dar, die aktiv in das staatliche Geschehen eingriffen (vgl. Labazée 1988: 234). Diese Funktion der Gewerkschaften verleitete einige ihrer Führungsfiguren zu einem opportunistischen Verhalten, das die ArbeiterInneninteressen zugunsten individueller Machtambitionen opferte (vgl. Sandwidi 1996: 331).

Die Gewerkschaften fungierten sowohl für Parteien als auch für außerparlamentarische linke Gruppen als Organisationsstruktur (vgl. Englebert 1986: 150), wobei sich dieses Phänomen besonders in Phasen politischer Repression zeigte. Während Yaméogos Einparteienherrschaft bediente sich beispielsweise das „Mouvement de Libération Nationale“ (MLN) von Joseph Ki-Zerbo<sup>51</sup> der USTV, um seine oppositionellen Aktivitäten zu führen (vgl. ebd.: 35). Am CMRPN konnte die Nachfolgeorganisation der MLN, die FPV, über das von ihr beeinflusste „Syndicat National des Enseignants Africains de Haute-Volta“ (SNEAHV) erstmals an der Macht partizipieren. Die klandestin agierenden linken Organisationen vergrößerten ihren Einflussbereich ebenfalls über gewerkschaftliche Zusammenschlüsse (vgl. Englebert 1986: 63, Englebert 1998: 55).

In den 80er Jahren war die CSV die einflussreichste Zentrale im gewerkschaftlichen Spektrum (vgl. Sandwidi 1996: 333). Seit 1977 wurde sie von Soumane Touré angeführt, der die Mitgliedsgewerkschaften dazu drängte, von den offiziellen Parteien und Politikern Abstand zu nehmen (vgl. Jaffré 2007: 99). Die CSV vertrat in ihrem politischen Programm eine Vertretung von ArbeiterInneninteressen, einen Kampf für individuelle und kollektive Grundrechte und eine antiimperialistische Ausrichtung (vgl. Sandwidi 1996: 333).

Die zivile Linke bildete analog zum offiziellen Parteienfeld ein heterogenes Spektrum, das durch ideologische Streitfragen tief gespalten war (vgl. Ziegler 1984: 10). Die „Parti Africain de l'Indépendance“ (PAI) gründete sich bereits Anfang der 60er Jahre, in den 70er Jahren folgten zahlreiche weitere Zusammenschlüsse. So entstand nicht nur das ROC innerhalb der Armee, sondern auch außerparlamentarische Organisationen, Gewerkschaften und studentische Gruppierungen, die weitgehend von der offiziellen Politikbühne fernblieben. Die

---

<sup>51</sup> Ki-Zerbo war einer der wichtigsten Politiker in der Unabhängigkeitsgeschichte Obervoltas und Gründer des MLN, das in die FPV überging. Neben seiner politischen Tätigkeit gilt er als bedeutender Afrikahistoriker, der wichtige Publikationen verfasst hat (vgl. Ki-Zerbo 1981; Prairie 2007d: 456f).

AktivistInnen rekrutierten sich vorwiegend aus dem studentischen Milieu und viele von ihnen waren im Ausland mit marxistischen Ideen in Kontakt gekommen (vgl. Jaffré 2007: 96-100).

Die wichtigste Gruppierung innerhalb der zivilen Linken bildete die 1963 gegründete PAI und die ihr zugehörige „Ligue Patriotique pour le Développement“ (LIPAD), die 1973 ins Leben gerufen wurde (vgl. Englebert 1986: 80; Jaffré 1989: 184, Jaffré 2007: 46, 86).<sup>52</sup> Die PAI-LIPAD verstand sich als antiimperialistisch-nationalistische Avantgardepartei, die bewusst außerhalb der offiziellen Politik agierte. Sie besaß Ende der 70er Jahre ein Büro in Ouagadougou, gab eine Zeitschrift namens „le Patriote“ heraus, verfügte über Sektionen in fast allen Städten des Landes und organisierte antiimperialistische Solidaritätswochen und öffentliche Diskussionen. Ihre politische Stärke basierte zu einem großen Teil auf den gewerkschaftlich organisierten AnhängerInnen der CSV, mit der sie engste Verbindungen pflegte (vgl. Andriamirado 1984c: 28; Englebert 1998: 55; Jaffré 2007: 99).

Aus einer Spaltung der PAI-LIPAD entstand 1977 die „Organisation Communiste Voltaïque“ (OCV), aus der sowohl die „Parti Communiste Révolutionnaire Voltaïque“ (PCRV) als auch die „Union de Lutte Communiste“ (ULC) hervorging (vgl. Jaffré 2007: 97). Die ULC tauchte im Jahr 1981 unter und erlebte während des CSP II mit ihrem neuen Namen „Union de Lutte Communiste Reconstituée“ (ULCR) ein politisches Comeback (vgl. Englebert 1986: 132f.). Die Entstehung dieser Zusammenschlüsse bezeichnete, wie Bruno Jaffré feststellt, „la naissance du mouvement révolutionnaire voltaïque qui jouera un rôle de tout premier plan aux côtés des jeunes officiers progressistes.“<sup>53</sup> (Jaffré 2007: 99)

Das radikal-linke Spektrum profitierte von dem Machtzuwachs des progressiven Flügels innerhalb der Armee, mit dem es gute Verbindungen pflegte. Während des CMRPN ernannte Sankara als „secrétaire d’État à l’Information“ Vertreter der zivilen Linken in sein Kabinett (vgl. Jaffré 2007: 110f.). Mit dem Aufkommen des CSP konnten linke Organisationen ihren Einfluss vergrößern, da sie wichtige Positionen innerhalb des Regimes besetzten (vgl. Englebert 1986: 71).<sup>54</sup>

---

52 Sankara kam erstmals 1966 über seinen damaligen Lehrer am „Pyrtané militaire du Kadiogo“, Adama Touré, in Kontakt mit dieser Organisation. Später erhielten Sankara, Compaoré und ein paar ihrer Vertrauten innerhalb der Armee eine Einführung in den Marxismus durch Mitglieder der PAI-LIPAD (vgl. Jaffré 2007: 45-47, 96).

53 Die PCRV war die einzige dieser Organisationen, die nicht am Putsch des 4. Augusts teilnahm, da sie ihn als ordinären Staatsstreich und nicht als progressive Revolution klassifizierte (vgl. Jaffré 2007: 99).

54 In diesem Zusammenhang legitimierte Jean-Baptiste Ouédraogo die Repressionswelle des 17. Mais durch den Einfluss der PAI-LIPAD (der das Streben nach einer kommunistischen Gesellschaft nachgesagt wurde) auf die linken Militärs (vgl. Jaffré 2007: 136).

### 3.4 Soziale Rahmenverhältnisse

Die katastrophale ökonomische Situation Obervoltas, die sich von der Unabhängigkeit bis zum Ausbruch der burkinischen Revolution nicht wesentlich verändert hatte, spiegelte sich in allen sozialen Bereichen wider. Was soziale Indikatoren wie Bildung oder Gesundheit anging rangierte Obervolta im internationalen Vergleich am unteren Ende der Statistiken (vgl. Englebert 1998: 133). Die wenigen Ressourcen, die das Land aufweisen konnte, waren unter den fast acht Millionen EinwohnerInnen (laut der offiziellen Zählung von 1985) äußerst ungleich verteilt (vgl. Englebert 1986: 17): Der überwältigenden Mehrheit der extrem armen ländlichen Bevölkerung stand eine kleine (vorwiegend urbane) Aristokratie gegenüber, welche die ökonomische und politische Macht innerhalb ihrer Reihen konzentrierte (vgl. Coquery-Vidrovitch 1994: 71).

In Obervolta gab es eine extrem hohe Analphabetismusrate, welche die Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen erschwerte. Um 1983 wurde der Anteil der Menschen, die weder lesen noch schreiben konnten, auf circa 90 Prozent der EinwohnerInnen geschätzt (vgl. Jaffré 2007: 128f.), wobei der Prozentsatz unter Frauen deutlich höher lag. Die Bildungspolitik kämpfte mit dem Problem, dass die Einschulungsraten sowohl in der primären als auch in der sekundären Stufe sehr niedrig waren. Bildung stellte in den frühen 80er Jahren ein Privileg einer sozial besser gestellten, männlich dominierten Minderheit dar (vgl. Benabdessadok 1985: 55; Englebert 1998: 135).

Im Gesundheitsbereich kämpfte Obervolta ebenfalls mit alarmierenden Zahlen: Die Lebenserwartung belief sich im Jahr 1983 auf lediglich 44 Jahre und es gab eine hohe Kindersterblichkeitsrate (vgl. Englebert 1998: 133; Martin 1987: 82). Die Gründe dafür lagen in Krankheiten, Unter- bzw. Fehlernährung, schlechten hygienischen Verhältnissen und dem defizitären Gesundheitssystem. Das Land wies ein hohes Bevölkerungswachstum auf, das diese gesellschaftlichen Missstände weiter verschärfte (vgl. Englebert 1998: 117, 133f.).

Geschlecht und Alter bildeten soziale Kategorien der Ungleichheit in Obervolta: Frauen, deren traditionell wichtige Position durch die Einführung der Marktwirtschaft geschwächt wurde, hatten besonders unter den miserablen sozioökonomischen Verhältnissen zu leiden (vgl. Benabdessadok 1985: 55-57). Während sie für etwa 60 bis 80 Prozent der arbeitsintensiven, agrarischen Tätigkeiten aufkamen, waren sie gleichzeitig häufig Betroffene

von sexistischen Praktiken wie der Polygamie oder der Beschneidung (vgl. Englebert 1998: 139f.). Brigitte Hannequin fasst die Auswirkungen der patriarchalen Mossi-Gesellschaft für die darin lebenden Frauen zusammen: „La vie des femmes mossi est largement conditionnée par l'échange matrimonial, les responsabilités imposées à leur sexe, leur changement de statut avec l'âge ainsi qu'avec le statut de leur mari dans une société fortement patriarcale.“ (Hannequin 1990: 37)

Aber auch junge Menschen, die den überwiegenden Anteil der Bevölkerung ausmachten (vgl. Zagré 1994: 29),<sup>55</sup> waren in den traditionellen sozialen Systemen starren Hierarchien unterworfen. So galt beispielsweise innerhalb der sozialen Organisation der Mossi Alter als Macht- und Autoritätskennzeichen, das in der patriarchalen Vaterfigur verkörpert wurde. Innerhalb dieses Systems wurden die jüngeren Mitglieder zu Gehorsam und Unterordnung gezwungen (vgl. Banégas 1993: 64f.). Außerdem waren die jungen StadtbewohnerInnen besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. Jaglin 1996: 250).

---

<sup>55</sup> Im Jahr 1985 waren 48,3 Prozent der Burkinabè jünger als 15 Jahre (vgl. Englebert 1998: 119).

## 4. Die burkinische Revolution von 1983-1987

### 4.1 Einführung

Die Machtergreifung des CNR am 4. August 1983 war kein *deus ex machina*, sondern hatte sich bereits im vorangegangenen Regime des CSP angekündigt. Als Premierminister hatte Sankara in mehreren Reden<sup>56</sup> offen und provokant die Eckpfeiler seines ideologischen Programms (wie Antiimperialismus, soziale Gerechtigkeit und Kampf gegen Korruption) propagiert. Der progressive Flügel setzte sich teilweise mit Erfolg dafür ein, dass diese politischen Standpunkte in die Praxis umgesetzt wurden.<sup>57</sup> Sankara stattete ideologisch nahestehenden Ländern wie Libyen und Nordkorea Besuche ab (vgl. Englebert 1986: 72; Jaffré 2007: 124f.; Martin 1987: 77f.; Ziegler 1984: 10).<sup>58</sup> In diesem Zusammenhang entschied sich der reaktionäre Flügel des CSP für die Ausschaltung des populären Premierministers, die allerdings zum Gegenteil des intendierten Effekts führte.

Seine Verhaftung rief nämlich eine präzedenzlose Vernetzung und Kooperation innerhalb des linken Milieus hervor, das seine ideologischen Differenzen hinter das gemeinsame Ziel der Befreiung Sankaras zurückstellte. So kam es in den Folgetagen zu Protesten (vor allem von Studierenden und SchülerInnen), die zur Legitimationskrise des CSP II beitrugen (vgl. Englebert 1986: 76f.; Jaffré 2007: 136f.). Diese wurde weiter verschärft durch den Rückzug von Compaoré in das CNEC, das die Region um Pô kontrollierte und sich zu einem militärischen Ausbildungslager für linke AktivistInnen entwickelt hatte. In dieser Funktion erhielt es logistische Unterstützung von Libyen, Ghana und der PAI-LIPAD (vgl. Bamouni 1986: 79; Englebert 1986: 79; Jaffré 2007: 139f.).

Compaoré und seine CNEC-Truppen leiteten am 4. August 1983 den fünften bzw. sechsten „Coup d’État“ in der Geschichte des unabhängigen Obervoltas ein, der den CNR unter der Führung von Sankara an die Macht beförderte. Der entscheidende Akteur innerhalb dieses Machtwechsels war die progressive Armeeformation, welche die entscheidenden militärischen und polizeilichen Operationen koordinierte bzw. ausführte (vgl. Jaffré 2007: 145-151). Der

<sup>56</sup> Dazu zählten seine Antrittsrede als Premierminister am 10. Jänner 1983, sein Auftritt am Gipfel der Blockfreien in Neu Delhi vom 7. bis 12. März und seine beiden Ansprachen anlässlich großer Versammlungen am 26. März in Ouagadougou und am 15. Mai in Bobo-Dioulasso (vgl. Englebert 1986: 71-74; Jaffré 2007: 126-132; Sankara 2007a).

<sup>57</sup> So erwarteten während des CSP I BeamtInnen, die außerhalb der Bürozeit in Bars angetroffen wurden, harte Strafen, Ärzte konnten nicht mehr auf Preisnachlässe hoffen und die Prämien von Soldaten wurden gesenkt (vgl. Jaffré 2007: 123).

<sup>58</sup> Neben diesen Besuchen (von denen Ouédraogo nicht informiert war) knüpfte er Kontakte mit Algerien, Benin, Ghana und Kuba (vgl. Englebert 1986: 72; Englebert 1998: 54).

zivilen Linken kam eine indirekte und direkte Beteiligung in dem Staatsstreich zu: Die Proteste der urbanen Jugend, die sich nach der Verhaftung Sankaras abspielten, hatten einerseits einen Anteil an der politischen Instabilität des CSP II. Andererseits waren Teile der organisierten Linken (PAI-LIPAD und ULCR) aktiv in der Vorbereitung und Durchführung des Machtwechsels involviert. Einige ihrer AktivistInnen, die im öffentlichen Dienst angestellt waren, sabotierten beispielsweise Elektrizitäts- und Telefonleitungen, um den Putsch zu erleichtern (vgl. Englebert 1986: 80-82; Jaffré 2007: 148, 151).

Am Abend des 4. Augusts wandte sich Sankara in einer im öffentlichen Radio ausgestrahlten Deklaration an die Bevölkerung Obervoltas und verlautbarte die Gründung der zwei Organisationen, die künftig das politische Leben bestimmen sollten. Es handelte sich einerseits um das Führungsorgan des CNR, das versprach, „la défense des intérêts du peuple voltaïque, la réalisation de ses profondes aspirations à la liberté, à l'indépendance véritable et au progrès économique et social“ (Sankara 2007b: 72) zu gewährleisten. Andererseits rief die Deklaration die BürgerInnen auf, „Comités de Défense de la Révolution“ (CDR) zu gründen, um am revolutionären Projekt des CNR mitzuwirken und die internen und externen Feinde des neuen Regimes zu bekämpfen (vgl. ebd.: 72).

Der „Coup d'État“ des 4. Augusts war der erste in der Geschichte Obervoltas, der politische Todesopfer forderte (vgl. Englebert 1998: 55): Die Kommandanten Yorian und Guébré, die reaktionären Gegenspieler der progressiven Kräfte innerhalb des CSP I, wurden im Gefolge der Augustrevolution exekutiert, da sie – so die offizielle Version – Fluchtversuche begehren wollten. Jean-Baptiste Ouédraogo wurde verhaftet und blieb zwei Jahre inhaftiert (vgl. Jaffré 2007: 149f.). Die politischen Parteien wurden mit sofortiger Wirkung verboten (vgl. Sankara 2007b: 72).

#### **4.2 „La révolution du verbe“**

Das revolutionäre Vorhaben des CNR kann analytisch in zwei Sphären getrennt werden, nämlich in den theoretischen Anspruch und die praktische Dimension seiner Herrschaft: Ersterer umfasst den politischen Diskurs des Revolutionsregimes, der sich aus bedeutungs- und sinnstiftenden Inhalten zusammensetzt, die Otayek als „révolution du verbe“ (Otayek 1985: 7) bezeichnet. Zweitere betrifft die Ebene der konkreten Entscheidungen, Maßnahmen

und Praxen, mit denen der CNR sein revolutionäres Projekt in die Tat umsetzen wollte. Sie kann als strukturelle Revolution definiert werden (vgl. Banégas 1993: 13). Ein adäquates Verständnis der burkinischen Revolution und ihrer Ideologie kann nur in einer Analyse beider Dimensionen bestehen, wobei sich der ideologische Gehalt der sprachlichen erst in der Kontrastierung mit der praktischen Ebene ergibt.

Mit seiner „révolution du verbe“ wollte der CNR eine neue individuelle und kollektive Identität hervorbringen, auf deren Bildung er das Monopol beanspruchte (vgl. ebd.). Gegenüber diesem totalitären Anspruch nahmen konkurrierende Ideologien (wie zum Beispiel Religion) aber weiterhin einen wichtigen Einfluss auf die Bedeutungs- und Sinnproduktion der Burkinabè. So können zwei unterschiedliche Sphären des politischen Diskurses unterschieden werden: Einerseits der „marché institutionnel“, in dem der CNR das Monopol und die Kontrolle über die in ihm verbreiteten Inhalte hatte.<sup>59</sup> Andererseits gab es neben diesem Herrschaftsdiskurs noch einen „marché parallèle“, in dem unterschiedliche Akteure die Vormachtstellung des Führungsorgans und seiner Inhalte anzweifelten (vgl. Labazée 1989: 11).

Das politische Programm des CNR wies zwar viele Gemeinsamkeiten mit dem seiner Vorgänger auf (Kampf gegen Korruption, ökonomischer Voluntarismus, Appell an den Volkswillen), unterschied sich allerdings in zwei zentralen Punkten: Einerseits in seinem entschlossenen Willen zur Gesellschaftsveränderung, die aus einer Machtübertragung von der Bourgeoisie zum Volk bestehen sollte. Andererseits in seiner „politique de développement autocentré“ (Labazée 1985c: 88), die mit den eigenen Ressourcen und Kräften des Landes die sozioökonomischen Ziele des Regimes verwirklichen wollte (vgl. Otayek 1985: 7). Die Transformation der Gesellschaft war das konstitutive Paradigma der CNR-Ideologie, deren Hauptziel „[l]a constitution d’un nouveau 'bloc hégémonique' [...]“ (ebd.: 8) bildete.

Die RDP war durch neuartige Konzepte und Begrifflichkeiten charakterisiert, die den Bruch mit der Vergangenheit verkörpern sollten: Mit dem Machtantritt des CNR kam es zu einer Welle an unbekanntem Reden, Leitparolen, Slogans, Ausdrücken und Hymnen, welche die Sprache einer neuen Politik strukturierten (vgl. Dubuch 1985: 45). In einer metaphernreichen

---

<sup>59</sup> Der „marché institutionnel“ ist deckungsgleich mit dem offiziellen Diskurs des Revolutionsregimes und wird von Labazée als „la somme des textes fondateurs et des déclarations faites par les détenteurs reconnus d’un droit de production des orientations politiques“ (Labazée 1988: 219) definiert. Der CNR sicherte sich sein Monopol auf diesen Bereich, indem er die Verbreitung von öffentlichen Informationen (via Presse, Radio, Fernsehen) einer rigorosen Kontrolle unterwarf (vgl. Dubuch 1985: 46; Labazée 1989: 12f.).

Sprache wurden innovative Begrifflichkeiten (wie etwa „camarade“) eingeführt und konventionelle Begrifflichkeiten (wie etwa „fétichiste“) umgedeutet. Diese Neologismen sollten die revolutionäre Gesellschaftsvision symbolisch verkörpern und eine kollektive Mentalität hervorbringen (vgl. Banégas 1993: 20-25; Dubuch 1985: 47f.).

Eine Diskussion und Analyse der „révolution du verbe“ ist mit einer breiten Fülle an Primärquellen konfrontiert, die sich aus Deklarationen, Reden, Interviews, Hymnen etc. zusammensetzen.<sup>60</sup> Die ausgewählten Texte sollten mehreren Kriterien entsprechen: Sie müssen ein repräsentatives Zeugnis der politischen Weltanschauung des CNR gewesen sein und einen wichtigen Stellenwert in der Agitation des CNR eingenommen haben. Sie sollten außerdem die theoretischen und politischen Bausteine enthalten, auf denen das Gesellschaftsprojekt des Revolutionsregimes basierte, denn so Richard Banégas: „Pour construire un certain ordre, il faut d’abord l’ordonner et le faire comprendre. C’est ici la fonction première de l’idéologie [...].“ (Banégas 1993: 40)

Der am 2. Oktober 1983 im öffentlichen Rundfunk ausgestrahlte und später in schriftlicher Form publizierte „Discours d’Orientation Politique“ (DOP) entspricht in einem hohen Maße diesen Anforderungen (vgl. Martin 1987: 88; Sankara 2007c). Er sollte ursprünglich gemeinsam von Vertretern der unterschiedlichen Bestandteile des CNR (Armee, PAI-LIPAD, ULCR) verfasst werden. Die fraktionsübergreifende Redaktion kam aber nie zustande und so wurde der DOP aufgrund des steigenden zeitlichen Drucks an einem einzigen Tag hauptsächlich von Valère Somé (ULCR) und Sankara (unter Mitwirkung von Compaoré) verfasst (vgl. Jaffré 2007: 199f.).<sup>61</sup> Nichtsdestotrotz stellte der DOP eine Art Kompromissergebnis zwischen den unterschiedlichen Kräften innerhalb des CNR dar, der zumindest temporär ihre gemeinsame politisch-theoretische Basis zum Ausdruck brachte (vgl. Englebert 1986: 82, 97).

Anlässlich des vierten Geburtstages des DOP am 2. Oktober 1987 unterstrich Sankara in einer Rede seinen Stellenwert für die burkinische Revolution:

Le Discours d’orientation politique s’impose à nous comme guide. Il est l’oeuvre collective des

---

60 Eines der umfangreichsten Archive, das sich der Sicherung und Bewahrung von Quellen der burkinischen Revolution verschrieben hat, ist die Internetseite <http://thomassankara.net/>. Neben dieser gibt es noch zwei Sammelbände, in denen zahlreiche Reden von und Interviews mit Sankara dokumentiert sind (vgl. Prairie 2007a; Sylla 2012a).

61 Dieser spezielle Entstehungskontext erklärt, warum einzelne Abschnitte des DOP sorgfältig theoretisch ausgeführt wurden, während andere lediglich grob die Standpunkte des Regimes wiedergaben (vgl. Jaffré 2007: 200).

Burkinabè. Il est la réflexion collective de tous ceux qui se sont engagés consciemment dans la Révolution démocratique et populaire. C'est pourquoi le Discours d'orientation politique doit être notre référence, notre étoile polaire qui nous guide et nous indique le chemin. Cette étoile qui nous évite de nous égarer. (Sankara 2007y: 429)

Die herausragende Relevanz des DOP wird auch in der einschlägigen Literatur betont: So gilt er unterschiedlich als „fil conducteur“ (Bamouni 1986: 109), als „charter of the revolution“ (Otayek 1989a: 21), als „texte de référence“ (de Saint-Paul 1993: 64) oder auch als „main ideological manifesto [...]“ (Englebert 1998: 57) In dieser Hinsicht kann er als inoffizielle Verfassung der CNR-Herrschaft angesehen werden (vgl. Le Vine 2004: 148), zumal das Führungsorgan während seiner gesamten Regierungszeit kein eigenes juristisches Statut für seine Machtausübung ausgearbeitet hat (vgl. Diallo 1996: 310). Das theoretische Herzstück der Revolution wurde durch den CNR und seine Institutionen massenhaft verbreitet (vgl. Englebert 1998: 57). Allerdings muss aufgrund der hohen Analphabetismusrate innerhalb der burkinischen Bevölkerung auf den eingeschränkten Wirkungsbereich seiner theoretischen Inhalte hingewiesen werden (vgl. Englebert 1986: 119; Jaffré 2007: 210).<sup>62</sup>

Die „base discursive“ (Englebert 1986: 95) der burkinischen Revolution erschöpfte sich nicht in sprachlichen Inhalten von Reden, Interviews und Texten (wie dem DOP), sondern fand sich ebenfalls in performativen Praxen wieder.<sup>63</sup> Die „symbolic performance of invented community“ (McClintock 1991: 108; H.i.O.), welche die revolutionären Ansichten zu einer sinnlichen und erfahrbaren Realität gerinnen lassen sollte, bildete einen integralen Bestandteil der Regimepropaganda. Sie drückte sich unter anderem in großen Meetings und Reden Sankaras, in den inszenierten Verhandlungen der „Tribunaux populaires de la révolution“ (TPR), in offiziell ausgerufenen Feier- und Gedenktagen und in der Praxis des Massensports aus (vgl. Augustin/Drabo 1989; Banégas 1993: 112-118, 122-125; Englebert 1986: 139).

Die Ideologie der burkinischen Revolution bildete kein statisches Phänomen mit unveränderbaren Inhalten, sondern war Dynamiken und Veränderungen unterworfen. Diese hingen mit den Schwierigkeiten und Widerständen zusammen, auf die das Regime bei der Implementierung seines revolutionären Projekts stieß. Diese Brüche in Rhetorik und Praxis manifestierten sich zunehmend am Ende der CNR-Herrschaft. Die revolutionäre Führung

<sup>62</sup> In diesem Zusammenhang ist der häufige Gebrauch von Metaphern und Personifikationen im offiziellen Diskurs zu sehen, mit denen der CNR seine abstrakten theoretischen Inhalte konkretisieren und verkörpern wollte (vgl. Banégas 1993: 23f.).

<sup>63</sup> Die Trennung zwischen Sprache und Performanz wird hier nur in analytischer Hinsicht vollzogen: Sprachliche Artikulationen weisen nämlich ebenfalls eine performative Kraft auf, indem sie die soziale Wirklichkeit (mit) hervorbringen (vgl. Banégas 1993: 19).

lockerte beispielsweise Ende 1985 ihren anfänglich harten Kurs gegenüber den sogenannten Feinden des Volks zunehmend auf. Am vierten Jahrestag der Revolution wurde sogar ihre Wiedereingliederung in den revolutionären Prozess gefordert (vgl. Banégas 1993: 97-99; Jaffré 2007: 221f.; Labazée 1989: 11).

Entstehung und Ausprägung der CNR-Ideologie sind nicht ausschließlich als von der politischen Elite gesteuerte und kontrollierte Prozesse zu verstehen und können somit nicht auf eine „one-way street“ (Schmidt 2005: 981) reduziert werden. Ideologische Artikulationen stehen im Wechselspiel mit ökonomischen, politischen und sozialen Kräfteverhältnissen und stoßen auf konkurrierende Modelle. Die Burkinabè waren mehr als nur passive EmpfängerInnen, sondern kreative Akteure, die mit unterschiedlichen Strategien auf ihre ideologische Anrufung reagierten (vgl. Althusser 1977: 140-144). So entwickelten Teile der Bevölkerung als (oppositionelle) Antwort auf die revolutionäre Sprache unterschiedliche Umgangsweisen wie Humor, Ironie, Spott, Kritik und Aneignung, die der CNR nur schlecht kontrollieren konnte (vgl. Dubuch 1985: 49f.; Banégas 1993: 25-32).<sup>64</sup>

#### **4.2.1 Elemente**

Die Ambitionen der burkinischen Revolution waren per se keine außergewöhnlichen Vorhaben, sondern standen in einer Kontinuität mit ähnlichen Gesellschaftsprojekten, die sowohl in Afrika als auch außerhalb für ihre Vision sozialer Befreiung und Gerechtigkeit gekämpft haben (vgl. Martin 1987: 83). Die Wortführer der RDP ließen sich nur selten Bekenntnisse entlocken, welche theoretischen und politischen Strömungen auf ihre Revolutionsideologie Einfluss genommen haben. Die Betonung der Originalität der burkinischen Revolution und die Ablehnung von pauschalen Klassifikationen bildete stattdessen eine der wenigen Übereinkünfte innerhalb der verschiedenen Fraktionen des CNR (vgl. Bamouni 1986: 95; Englebert 1986: 98; Sankara 1983b: 43, Sankara 2007c: 97).

Die burkinische Revolution unterschied sich durch ihre ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenverhältnisse sowie durch ihren spezifischen Verlauf von anderen, ähnlich gelagerten Gesellschaftsprojekten. Die RDP-Ideologie teilte dennoch „certaines lignes de

---

<sup>64</sup> So wurde unter anderem der offizielle Leitspruch des Regimes „La patrie ou la mort, nous vaincrons!“ in unterschiedliche ironische Phrasen umfunktioniert wie etwa „A partir de la mort nous verrons“. Vgl. für Beispiele dieser kreativen Umwandlungen Dubuch (1985: 49f.).

forces“ (Englebert 1986: 99) mit anderen Revolutionen. Die Klassifikation dieser inhaltlichen Elemente ist schwer festzulegen, wie Englebert bemerkt: „La qualification de la révolution burkinabè n'est pas aisée: révolution socialiste? nationaliste? de libération nationale? marxisme-léninisme orthodoxe ou socialisme africain?“ (ebd.: 97) Erschwerend kommt hinzu, dass der CNR kein einheitliches Führungsorgan bildete, sondern von verschiedenen politischen Kräften getragen wurde, die miteinander um die Deutungshoheit über die Revolution und ihrer ideologischen Inhalte konkurrierten (vgl. ebd.: 101).

Bei der Bestimmung der politischen und theoretischen Einflüsse der RDP scheiden sich in der Literatur die Geister: Banégas meint, die Revolutionsideologie sei ein Synkretismus gewesen, der sich aus dem Marxismus (in Form der chinesischen Kulturrevolution und Frantz Fanon), jakobinischen Ideen, der Religion (insbesondere der Befreiungstheologie) und einem freimaurerischen Humanismus zusammensetzte (vgl. Banégas 1993: 106-108). Englebert behauptet 1986, dass die ideologischen Fundamente der CNR-Herrschaft aus Marxismus-Leninismus, Antiimperialismus und (Befreiungs-)Nationalismus bestanden hätten (vgl. Englebert 1986: 99-117). 12 Jahre später schreibt er, dass Populismus, Marxismus-Leninismus, (Befreiungs-)Nationalismus, „Robin Hoodism“, Dependenztheorien und Antiimperialismus die wesentlichen Kennzeichen der Revolutionsideologie gebildet hätten (vgl. Englebert 1998: 57f.).

Die CNR-Ideologie definierte sich als radikales Kontrastprogramm zu dem seiner Vorgänger: Sie propagierte das Ende neokolonialer Fremdbestimmung und den Aufbau einer „société nouvelle débarrassée de l'injustice sociale, débarrassée de la domination et de l'exploitation séculaires de l'impérialisme international.“ (Sankara 2007c: 83) Für die Diskreditierung der Vergangenheit und die Inszenierung von Gegenwart und Zukunft wurde ein Feindbild entworfen (vgl. Banégas 1993: 18f.), das für die Missstände des Landes verantwortlich gemacht wurde. Diese wurden pauschal auf das Konto einer neokolonialen Elite verbucht, die für „la corruption, le détournement des deniers et de la chose publics, les trafics d'influence et la spéculation immobilière“ (Sankara 2007c: 88) die Schuld tragen sollte.

Die Vision einer neuen und besseren Gesellschaft bildete den Kernbestandteil des ideologischen Programms des CNR. Dieser wollte nicht viel weniger als „l'édification d'une société voltaïque nouvelle, libre, indépendante et prospère“ (Sankara 2007c: 83) in Angriff nehmen. Der CNR bediente sich verschiedener politischer Ideologien (wie Nationalismus,

Marxismus und Antiimperialismus), die auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Status quo abzielten (vgl. Rejai 1991: 9), um seine Vision theoretisch zu untermauern (vgl. Englebert 1986: 118). Diese unterschiedlichen Strömungen nahmen daher einen gewissen Einfluss auf die burkinische Revolutionsideologie, wenngleich ihr Stellenwert unterschiedlich gelagert war. Entgegen der Annahme, die RDP habe keine autonome Theoretisierung hervorgebracht (vgl. Englebert 1986: 98), zeichnete die spezifische Zusammensetzung und Synthese der verschiedenen ideologischen Elemente für ihre Originalität verantwortlich (vgl. Banégas 1993: 102, 106; Brisset 1987: 30; Englebert 1986: 97-99).

#### **4.2.2 Nationalismus**

Der Nationalismus<sup>65</sup> stellte einen zentralen theoretisch-politischen Einfluss der burkinischen Revolutionsideologie dar. Das Subjekt des Nationalismus, das Volk, wurde im DOP nicht nur zur zentralen Triebkraft der Geschehnisse des 4. Augusts, sondern auch zum unmittelbaren Nutznießer der revolutionären Umgestaltung erklärt (vgl. Martin 1987: 78): Die Augustrevolution wurde in dieser Perspektive als „l’aboutissement de la lutte du peuple voltaïque sur ses ennemis toujours“ (Sankara 2007c: 83) dargestellt. In diesem Zusammenhang wäre es die Aufgabe der RDP, einen neuen Staat hervorzubringen, der „l’exercice démocratique du pouvoir par le peuple et pour le peuple“ (ebd.: 98) garantieren sollte.

Die Definition des burkinischen Volks als revolutionäres Subjekt vollzog sich im DOP über eine marxistisch inspirierte Klassenanalyse,<sup>66</sup> die es ex negativo über den Gegensatz zu seinen Feinden definierte (vgl. Jureit 2001: 7f.). In dieser Dialektik der In- und Exklusion wurden letztere als eine ausbeuterische, skrupellose und moralisch verdorbene Elite dargestellt, die sich auf Kosten des Volks bereichert hatte (vgl. Sankara 2007c: 88). Dieses wurde in Abgrenzung dazu als ein fleißiges, mutiges und ehrliches Kollektiv beschrieben, das sich in einem heroischen Kampf gegen diese Unterdrückung aufgelehnt hatte (vgl. ebd.: 82, 89, 93).

---

<sup>65</sup> In der Literatur wird häufig ein fundamentaler Unterschied zwischen okzidental und afrikanischen Nationalismen behauptet, da letztere primär emanzipatorische und weniger nationalistische Inhalte beinhaltet hätten (vgl. Davidson 1992: 164; Englebert 1986: 113). Die ideologische Funktion des Nationalismus, eine politische Herrschaft durch verzerrte und verzerrende Inhalte zu legitimieren, bildet aber den gemeinsamen Nenner zwischen seinen verschiedenen örtlichen und zeitlichen Variationen. Diese können deshalb ideologiekritisch in gleicher Weise analysiert werden.

<sup>66</sup> Vgl. dazu ausführlicher Kapitel 4.2.3.

In dieser Differenzkonstruktion bildete die revolutionäre Nation einen ideologisch konstruierten, imaginären Zusammenhang, sie war in Benedict Andersons Worten „eine vorgestellte politische Gemeinschaft [...]“ (Anderson 2005: 15)

Die Feinde des Volks wurden pauschal und kategorisch für die Abhängigkeit und Misere der Gesellschaft Obervoltas verantwortlich gemacht, da sie eine neokoloniale und imperialistische Ordnung aufrechterhielten. Zum Volk wurden all jene sozioökonomischen Gruppen gerechnet, die sich nicht in dieser reaktionären Allianz wiederfanden wie das (Lumpen-)Proletariat, die kleine Bourgeoisie und die rurale Bevölkerung (vgl. Sankara 2007c: 94-96). Die neokoloniale Gesellschaft, die zwischen dem Volk und seinen Feinden einen sozialen Antagonismus hervorbrachte, war ein „paradis pour les uns et enfer pour les autres.“ (ebd.: 91)

Die Vergangenheit der Bevölkerung Obervoltas wäre – so der DOP – bis zur Revolution des 4. Augusts vor allem eine Leidens- und Unterdrückungsgeschichte gewesen: In der 1984 entstandenen Nationalhymne „Ditanyé“<sup>67</sup> wurde eine historische Kontinuität vom innerafrikanischen Sklavenhandel des Altertums über den Kolonialismus bis zur jungen Unabhängigkeitsgeschichte des Landes behauptet (vgl. Englebert 1986: 107, 113; Labazée 1988: 219). Das burkinische Volk hätte sich nicht ohne Gegenwehr diesen Formen der Fremdherrschaft untergeordnet, sondern in verschiedenen „lutttes héroïques“ (Sankara 2007c: 82) erbitterten Widerstand geleistet. Diese Geschichtsversion fand sich in ähnlicher Weise auch im DOP, der sich aber vorwiegend auf die neokoloniale Phase Obervoltas konzentrierte. Die nationale Würde und Größe des Landes hätten sich in den 23 Jahren Unabhängigkeit nicht entfalten können, da es unter der Knechtschaft des Imperialismus gestanden hätte (vgl. ebd.: 86).

Der CNR schrieb sein revolutionäres Projekt in eine direkte Kontinuitäts- und Traditionslinie mit den heroischen Volkskämpfen ein, die im DOP konkretisiert wurden: Der Widerstand des Volks hätte sich im Jänner 1966, im Dezember 1975, im Mai 1979, im Oktober und November 1980, im April 1982 und im Mai 1983 manifestiert (vgl. ebd.: 84). Diese Daten, die allesamt den Zeitraum von gewerkschaftlichen Protestbewegungen bezeichneten, wurden vom CNR in Beschlag genommen, um sie auf das Konto der Volkskämpfe zu verbuchen (vgl. Englebert 1986: 109f.). Er stellte sich damit in eine direkte Kontinuität mit dem gewerkschaftlichen Widerstand seit der Unabhängigkeit, der als heroischer Kampf des Volks umgedeutet wurde

---

67 Alle ihre vier Strophen sind bei Englebert (1986: 255f.) abgedruckt.

(vgl. Banégas 1993: 50f.). Englebert fasst zusammen: „The *DOP* highjacked Voltaic history for the benefit of the CNR, which was represented as the historical revolutionary outcome of social conflicts since independence.“ (Englebert 1998: 57; H.i.O.)<sup>68</sup>

Der DOP gestand den (gewerkschaftlichen) Kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung zwar integrale Motive zu, dennoch bedeuteten sie nicht deren Ende (vgl. Sankara 2007c: 89). In der CNR-Ideologie sollte erst die Augustrevolution den historischen Wende- und Übergangspunkt von den dunklen Kapiteln der Geschichte Obervoltas hin zu einer neuen Ära bezeichnen: Die Machtergreifung des CNR wäre demnach nichts anderes als „la consécration et l’aboutissement conséquent des luttes du peuple voltaïque contre la domination et l’exploitation néocoloniales, contre l’assujettissement de notre pays, pour l’indépendance, la liberté, la dignité et le progrès de notre peuple“ (ebd.: 84) gewesen. Die RDP verstand sich nicht nur als Fortsetzung der heroischen Kämpfe der Bevölkerung, sondern wollte deren Anliegen in einer neuen Phase von Emanzipation und Selbstbestimmung verwirklichen. So pries der Refrain der „Ditanyé“ die Revolution als Geburtsstunde der neuen Nation an:

Et une seule nuit a rassemblée en elle  
L’histoire de tout un peuple  
Et une seule nuit a déclenché sa marche triomphale  
Vers l’horizon du bonheur  
Une seule nuit a réconcilié notre peuple  
Avec tous les peuples du monde  
A la conquête de la liberté et du progrès  
La Patrie ou la mort, nous vaincrons. (zit. nach Englebert 1986: 255)

Der burkinische Revolutionsnationalismus verband eine spezifische Repräsentation von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die zu einem schicksalhaften Zusammenhang verschmolzen wurden (vgl. Renan 1990: 11, 19; Tanner 2001: 51). Er interpretierte die RDP als Ausdruck eines historischen Prinzips, dem mit der Machtübernahme des CNR endlich Rechnung getragen wurde. Dieses lineare und teleologische Denken begriff Geschichte als zielgerichteten Prozess und neigte zur selektiven Umdeutung und Verklärung historischer Tatsachen. Diese Wiedergabe der Vergangenheit wurde in Verbindung mit einem visionären Entwurf der Gesellschaft gebracht, der sich als Fortführung und Erfüllung einer geschichtlichen Gesetzmäßigkeit verstand (vgl. Balibar 2011: 93).

Im DOP wurde die Einheit und Kohäsion der burkinischen Nation durch mehrere Faktoren

<sup>68</sup> Der CNR erließ einen neuen revolutionären Kalender, um diese Selbstpositionierung auf symbolischer Ebene zu vollziehen. In diesem wurden ehemalige offizielle Feiertage gegen neue Anlässe (wie dem 20. Mai, an dem 1983 die urbane Jugend gegen die Verhaftung Sankaras protestiert hatte) ersetzt (vgl. Banégas 1993: 115).

begründet: Neben der kollektiven Leidens- und Widerstandserfahrung des Volks wurde die ethnische Pluralität des Landes genannt. Diese wurde paradoxerweise (strebt doch der Nationalismus nach Homogenität) positiv als Essenz der revolutionären Nation gedeutet: „Il existe en effet dans notre pays une multitude d’ethnies se distinguant les unes des autres par leur langue et leurs coutumes. C’est l’ensemble de ces nationalités qui forment la nation voltaïque.“ (Sankara 2007c: 115f.) Diese widersprüchliche und arbiträre Definition des burkinischen Volks ging darauf zurück, dass dieses nicht über objektive, sondern nur über ideologisch selektive Merkmale bestimmt werden konnte (vgl. Hobsbawm 1996: 15f.).

Das CNR-Regime unterstrich sein nationalistisches Programm mit einer Vielzahl von (symbolischen) Maßnahmen und Aktionen. So nahm beispielsweise die Referenz auf Länder, in denen nationale Befreiungsbewegungen erfolgreich gekämpft hatten, einen wichtigen Platz in der Propaganda ein (vgl. Englebert 1986: 110f.).<sup>69</sup> Anlässlich des ersten Jahrestags der Revolution ließ der CNR Obervolta in Burkina Faso umbenennen. Dieser Name setzt sich aus den beiden Hauptsprachen des Landes, Mòoré und Dioula, zusammen und bedeutet soviel wie „Land der ehrenwerten Menschen“. Es wurde ebenso eine neue Nationalhymne und -flagge eingeführt, um mit dem Erbe des Kolonialismus zu brechen und die revolutionäre Identität zu stärken (vgl. Brittain 1985: 47; Englebert 1986: 116f.; Selhami 1984a: 34). Die Existenz einer nationalen Kultur wurde über die Organisation von „Semaines nationales de la culture“ propagiert (vgl. Englebert 1986: 113).

Obwohl sich der CNR vehement gegen eine pauschale Klassifikation der RDP wehrte, leugnete er nicht seine nationalistische Gesinnung. So bekannte zum Beispiel Sankara in einem Interview mit Siradiou Diallo 1983: „Si vous tenez absolument à nous classer, vous pouvez me considérer comme faisant partie des éléments patriotes.“ (Sankara 1983b: 43) Der Nationalismus übte den dominanten Einfluss in der burkinischen Revolutionsideologie aus, der die (emanzipatorischen) Inhalte der anderen politischen Elemente zurückdrängte (vgl. Diallo 1983: 42; Englebert 1986: 113, 117f.).

---

<sup>69</sup> Dies zeigt sich am Leitspruch der Revolution „La patrie ou la mort, nous vaincrons!“, welche der kubanischen Revolution („Patria o muerte, venceremos!“) entlehnt wurde und Ähnlichkeiten mit den Devisen anderer nationaler Befreiungsbewegungen aufweist (vgl. Englebert 1986: 111).

### 4.2.3 Marxismus-Leninismus

Der Einfluss des Marxismus-Leninismus, der für die politischen Kräfte innerhalb des CNR eine wichtige Bezugsgröße darstellte (vgl. Diallo 1984a: 30f.),<sup>70</sup> spiegelte sich in den theoretischen Inhalten des DOP wider. Außerdem bezog sich Sankara in mehreren Reden positiv auf die Oktoberrevolution 1917 in Russland (Sankara 2007e: 144, Sankara 2007i: 177), wie etwa vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 4. Oktober 1984: „La grande révolution d’octobre 1917 a transformé le monde, permis la victoire du prolétariat, ébranlé les assises du capitalisme et rendu possible les rêves de justice de la Commune française.“ (Sankara 2007i: 177) Die Referenz auf den Marxismus-Leninismus kam im DOP in drei Aspekten zum Ausdruck: Erstens in der Klassenanalyse der Gesellschaft Obervoltas, zweitens in dem linearen und teleologischen Fortschrittsdenken und drittens in der Darstellung und Kritik des postkolonialen Staats (vgl. Labazée 1989: 16).

Der DOP bezog sich auf die marxistische Klassenanalyse, um ein „système complet de représentation de l’espace social“ (Banégas 1993: 36) Obervoltas zu entwickeln. Das zentrale Paradigma dieses Repräsentationssystems war der manichäische Gegensatz zwischen dem Volk und seinen Feinden. Diese dualistische Klassifikation der Bevölkerung bildete die Grundlage für die vom CNR angestrebte Transformation der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse. Sie fixierte über den Mechanismus der In- und Exklusion für jede sozioökonomische Gruppe eine feststehende Position im revolutionären Prozess. In einer Differenzkonstruktion wurden die revolutionären Volksklassen auf- und die konterrevolutionären Feinde abgewertet (vgl. Otayek 1989: 21f.).

Der DOP behauptete, dass sich die Feinde des Volks aus zwei Fraktionen zusammensetzen würden, nämlich einerseits aus der „bourgeoisie voltaïque“, andererseits aus den „forces rétrogrades“. Die erste Kategorie wurde wiederum in verschiedene Untergruppen differenziert: Erstens in eine „bourgeoisie d’État“ bzw. „bourgeoisie politico-bureaucratique“, die sich aufgrund des maroden politischen Systems unlauter bereichern könne. Zweitens in eine „bourgeoisie commerçante“ bzw. „bourgeoisie compradore“<sup>71</sup>, die in einer Allianz mit

<sup>70</sup> Die PAI-LIPAD verschrieb sich seit ihrer Gründung 1963 der Verbreitung marxistischer Theorie und die ULCR bezog sich in ihrer Namensgebung offen auf den Kommunismus (vgl. Jaffré 2007: 46). Die militärische Linke war durch ihre Vernetzungen mit diesen Gruppen in Kontakt mit den Ideen des Marxismus-Leninismus gekommen. In einem Interview mit Elisabeth Nicolini im März 1986 bekräftigte Sankara, Teile des Marxschen Kapitals und das gesamte Werk Lenins gelesen zu haben (vgl. Sankara 1986b: 1).

<sup>71</sup> Der Begriff stammt von Nicos Poulantzas, der damit diejenige Klasse bezeichnet, „die, mit schwacher

dem Imperialismus stünde und durch Spekulation und Manipulation auf Kosten des Volks lebe.<sup>72</sup> Drittens in eine „bourgeoisie moyenne“, die aufgrund ihrer Angst vor dem Volk tendenziell gemeinsame Sache mit dem Imperialismus mache. Die „forces rétrogrades“ waren synonym mit den traditionell-feudalen Autoritäten, die sich nach der Unabhängigkeit mit der Bourgeoisie verbündet hätten, um das Volk zu unterdrücken (vgl. Sankara 2007c: 94f.).<sup>73</sup>

Alle sozioökonomischen Gruppen, die nicht in diese Einteilung fielen, wurden pauschal zu Bestandteilen des Volks erklärt: Erstens die „classe ouvrière voltaïque“, die trotz ihrer quantitativen Schwäche in sozialen Kämpfen ihr revolutionäres Potential bewiesen habe. Zweitens die „petite bourgeoisie“, die sehr unterschiedliche Gruppen wie kleine HändlerInnen, Intellektuelle (BeamtenInnen, StudentInnen, SchülerInnen, Angestellte des privaten Sektors) und HandwerkerInnen beinhaltete. Drittens die „paysannerie voltaïque“, die zahlenmäßig die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung darstellte und die am meisten unter der kapitalistisch-imperialistischen Herrschaft zu leiden habe. Viertens das „lumpenprolétariat“, das durch Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit zu einem unerbittlichen Verteidiger der Revolution avancieren könne (vgl. ebd.: 96f.).

Obwohl im DOP bei der Konstruktion des Volks und seiner Feinde von einem starren Klassifikationssystem Gebrauch gemacht wurde, fanden sich in diesem ambivalente Fälle: Die „bourgeoisie moyenne“ könne potentiell ins Lager der Revolutionsanhänger geholt werden, da sie als Verlierer aus der Konkurrenz mit dem Imperialismus um die Marktherrschaft hervorgehe und daher Ressentiments gegen ihn hege (vgl. ebd.: 94f.). Die „petite bourgeoisie“ sei in ähnlicher Weise zwischen den Anliegen des Imperialismus und jenen des Volks hin- und hergerissen, in ihrer großen Mehrheit würde sie sich aber auf die Seite der Bevölkerung schlagen. Das „lumpenprolétariat“ sei aufgrund seiner Arbeitslosigkeit anfällig für die reaktionären Kräfte, könne aber über die Einbeziehung in den revolutionären Prozess konvertiert werden (vgl. ebd.: 96f.).

Die Kategorisierung und Hierarchisierung der burkinischen Gesellschaft in klar trennbare Gruppen war problematisch, da diese mehr einer ideologischen Konstruktion als einer

---

ökonomischer Basis im eigenen Lande, als finanzielles und kommerzielles Gelenk für die Operationen des imperialistischen Auslandskapitals fungierte und diesem direkt unterworfen war.“ (Poulantzas 1977: 12)

72 Mit dieser Kategorie wurden die mächtigen „commerçants véreux“ (Sankara 2007c: 94) angesprochen, die sich hauptsächlich aus den ethnischen Gruppen der Dioula und Yarga rekrutierten (vgl. Labazée 1989: 13).

73 Diese doppelte Frontstellung des CNR (gegen Bourgeoisie/feudale Elite und Imperialismus) war ein typisches Kennzeichen des Guerrilla-Kommunismus, wie er von Mao Zedong, Hồ Chí Minh und Fidel Castro vertreten wurde (vgl. Rejai 1991: 146f.).

theoretischen Abstraktion entsprangen. So wurde im DOP festgestellt, dass die RDP charakterisiert sei durch „l’inexistence d’une classe ouvrière consciente de sa mission historique et organisée et, par conséquent, ne possédant aucune tradition de lutte révolutionnaire.“ (ebd.: 98) Diese Passage des DOP stand im Widerspruch zu der idealisierten Darstellung des Proletariats als revolutionäre Kraft und deutete deren fiktiven Charakter an. Die burkinische ArbeiterInnenklasse, so Labazée, „n’a qu’une place virtuelle dans l’espace social burkinabè, et la fonction du CNR est de s’y inscrire.“ (Labazée 1989: 15)

Da weder das Proletariat noch die Bourgeoisie die organisatorische und ideologische Stärke hätten, die burkinische Gesellschaft in einer Revolution umzuwälzen (vgl. Sankara 2007c: 98f., Sankara 2007w: 406), müssten sie durch einen anderen sozioökonomischen Akteur ersetzt werden. Die „petite-bourgeoisie“, zu der sich die Führungspersonen des Regimes zählten, wurde zur wichtigsten Triebkraft der RDP erhoben (vgl. Englebert 1986: 103f.). Trotz dieser Ernennung zum revolutionären Subjekt sei sie, so der CNR, nicht vor reaktionären Rückfällen und der Anbiederung an den Westen gefeit. Sankara forderte deshalb, dass die „petite-bourgeoisie“ von ihren Privilegien Abschied nehmen und die ideologische Mobilisierung des Volks vorantreiben solle (vgl. Sankara 2007i: 169f.).

Zur Ableitung und Unterscheidung der antagonistischen sozialen Akteure wurden vom CNR zwei Kriterien herangezogen: Sie wurden einerseits objektiv durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln bestimmt, das mechanistisch ihre ökonomischen Interessen determinieren sollte (vgl. Labazée 1989: 15). Andererseits wurden sie subjektiv über ihr Ausmaß an (revolutionärem) Bewusstsein unterschieden, das sich vor allem über ihr jeweiliges Verhältnis zum Imperialismus definierte. Die Überschneidung von objektiven und subjektiven Kriterien brachte eine „double norme“ (ebd.: 20) hervor, die als arbiträres Klassifikationsschema je nach Bedürfnis und Interesse vom CNR geändert werden konnte (vgl. Banégas 1993: 34-37; Labazée 1989: 13-20). Diese eigenwillige Klassenanalyse stattete die revolutionären Machthaber mit „le pouvoir d’exclure, ou d’associer, chaque segment de l’espace social dans leur stratégie“ (Labazée 1988: 222) aus.

Das normative Doppelregister der DOP-Klassenanalyse lag der Dämonisierung der Feinde des Volks zugrunde. Diese waren einer aggressiven Diskreditierung und Denunzierung unterworfen, die mit entmenschlichenden Analogien operierte: Lediglich durch ihre egoistischen Interessen angetrieben seien sie nichts anderes als „une bourgeoisie

véritablement parasitaire ne sachant plus retenir leurs appétits voraces.“ (Sankara 2007c: 88)<sup>74</sup>  
In dem Diallo-Interview traute ihnen Sankara sogar den Pakt mit dem Teufel zu (vgl. Sankara 1983b: 46). In der Revolutionsideologie wurde das (ökonomische) Verhalten der reaktionären Klassen nicht auf die strukturellen Zwänge des Kapitalismus, sondern auf deren moralische Verdorbenheit zurückgeführt. Das subjektive Kriterium des revolutionären Bewusstseins wurde zur exklusiven Bezugsgröße, das die objektiven Faktoren ignorierte.

Diese Tendenz wurde im DOP weiter verstärkt, da die diffamierten Klasseneigenschaften der Feinde des Volks zu unveränderbaren Werten und Einstellungen essentialisiert wurden: „Quoi que l'on fasse, quoi que l'on dise, elles resteront égales à elles-mêmes et continueront de tramer complots et intrigues pour la reconquête de leur 'royaume perdu'.“ (Sankara 2007c: 93)  
Die Reduktion der gesellschaftlichen Probleme und Antagonismen auf eine moralisch korrumpierte Elite bezeichnete den Übergang von einer materialistischen Kritik zu einem personifizierenden Voluntarismus, die zueinander in einem widersprüchlichen Verhältnis in der Revolutionsideologie standen (vgl. Banégas 1993: 102).<sup>75</sup>

Die Übertragung von marxistisch-leninistischen Theorieelementen (die in einem spezifischen räumlich-zeitlichen Kontext entstanden waren) auf die burkinische Gesellschaft war in mehrerer Hinsicht problematisch: Die Klassenanalyse und die daraus resultierenden Kategorien konnten nicht der sozialen Realität des Landes gerecht werden (vgl. Englebert 1998: 58). Sie stellte daher weniger eine kritische Analyse als eine dogmatische Operation dar, wie Englebert bemerkt:

Elle apparaît en effet comme la superposition d'une théorie, vidée de son contenu dynamique et devenue rigide et figée, sur une réalité pour laquelle elle n'a pas été conçue. Elle représente davantage un travail de classement de catégories sommairement définies qu'une véritable analyse. (Englebert 1986: 104)

Die manichäische Konstruktion von antagonistischen Klassen war ideologisch motiviert, indem sie eine doppelte Herrschaftsfunktion gewährleisten sollte: Einerseits wurde über die Legitimierung des Volks und die Delegitimierung seiner Feinde darüber entschieden, wer (nicht) am politischen Diskurs partizipieren durfte (vgl. Otayek 1989a: 21f.). Andererseits

<sup>74</sup> Neben dieser Diffamierung wurden sie im offiziellen Diskurs unterschiedlich als „des 'margouillats', des 'crapauds', des 'rats voleurs', des 'caméléons équilibristes' [...], des 'musaraignes', voire des 'araignées'“ (Dubuch 1985: 47) verunglimpft.

<sup>75</sup> An anderer Stelle betonte der DOP aber auch wieder den sozialen Charakter von Unterdrückung und Ausbeutung. Die katastrophale Situation Obervoltas sei so zurückzuführen auf die „organisation de la société sur des bases injustes au seul profit d'une minorité [...]“ (Sankara 2007c: 93)

hatte die doppelte Klassifikationsnorm zur Folge, dass keine der sozialen Kategorien (bis auf das Proletariat als reine Verkörperung des revolutionären Bewusstseins) von der revolutionären Kritik verschont blieb (vgl. Labazée 1989: 19). Die DOP-Klassenanalyse, so Banégas, „contribue directement à la construction d’un nouvel ordre symbolique et participe à l’entreprise hégémonique du CNR, à la constitution d’un nouveau bloc historique.“ (Banégas 1993: 39)

Die Revolutionsideologie des CNR baute auf einem marxistischen Fortschrittsdenken auf, wie es von Marx und Engels unter anderem im „Kommunistischen Manifest“ entwickelt wurde (vgl. Marx/Engels 1972; Englebert 1998: 125). Im DOP wurde betont, dass der Verlauf von Revolutionen davon abhinge, in welchem Entwicklungsstadium sich das jeweilige Land befinde bzw. wie weit es in das kapitalistisch-imperialistische Weltsystem eingebunden sei (vgl. Sankara 2007c: 97). Die RDP finde demnach „dans le cadre des limites du régime économique et social bourgeois“ (ebd.: 98) statt. Da aber der Bourgeoisie die Stärke für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft fehle (vgl. ebd.: 99), müsse das Kleinbürgertum (zu dem sich der Großteil der RevolutionärInnen zählte) ihre Rolle übernehmen (vgl. Englebert 1998: 58).

Die RDP, die sich in einer Tradition und Kontinuität mit den heroischen Volkskämpfen verortete, bezeichne demnach den Kulminationspunkt einer historischen Entwicklung. Dem 17. Mai 1983 komme in diesem „marche révolutionnaire“ (Englebert 1986: 109) eine wichtige Bedeutung zu, da er „un saut qualitatif important dans la compréhension de la situation“ (Sankara 2007c: 85) darstelle. Im Rahmen der reaktionären Repressionswelle seien die sozialen Antagonismen (verstanden als Konflikt zwischen Volk und seinen Feinden) so offen zutage getreten, dass sie nicht mehr länger kompensiert haben werden können. Dieses Datum bezeichne in der Darstellung des DOP das historisch-revolutionäre Moment, das der Bevölkerung die Identifikation des revolutionären Volks und seiner reaktionären Feinde ermöglicht habe: „Ainsi, dorénavant en Haute-Volta, tout le monde sait qui est qui; qui est avec qui et contre qui; qui fait quoi et pourquoi.“ (ebd.: 86)

Der 17. Mai, der als Meilenstein in der revolutionären Bewusstseinsbildung dargestellt wurde, setze „un cheminement dialectique“ (ebd.: 85) in Gang, der in der RDP münde. Diese solle das Ende der sozialen Widersprüche und den Auftakt einer emanzipatorischen Entwicklung bezeichnen: „La révolution d’août arrive par conséquent comme la solution des contradictions

sociales.“ (ebd.: 86) Der revolutionäre Prozess wurde anfänglich in der Phase einer „révolution démocratique et populaire“ (ebd.: 98) verortet, in weiterer Hinsicht sollten je nach politisch-ideologischem Standpunkt weitere Etappen (wie beispielsweise die sozialistische Revolution) folgen (vgl. Englebert 1986: 99-101). Im Laufe dieser Entwicklung sollte das Kleinbürgertum als revolutionäre Avantgarde sukzessive durch das Proletariat und das Bauerntum ersetzt werden (vgl. Englebert 1998: 58).

Die Staatsanalyse und -kritik des CNR waren in ihrem Instrumentalismus ebenfalls von der marxistisch-leninistischen Theorie beeinflusst (vgl. Jaffré 2007: 159f.). Im DOP wurde der postkoloniale Staat als ein Werkzeug verstanden, mit dem sich die reaktionäre Elite ihre Herrschaft über das Volk sicherte (vgl. Sankara 2007c: 88f.). Die revolutionäre Agenda sah vor, diesen ausbeuterischen und repressiven Staat durch ein im Dienste des Volks stehendes Gemeinwesen zu ersetzen. Die RDP „devra procéder à la destruction de la machine d’État neocoloniale et organiser une nouvelle machine capable de garantir la souveraineté du peuple.“ (ebd.: 100) Neben diesem politischen Machttransfer sollte das Volk auch die Kontrolle über die ökonomischen Produktions- und Distributionsstrukturen erlangen (vgl. ebd.: 114). Im DOP wurde offen „une remise en cause des fondements socio-économiques de la société voltaïque“ (ebd.: 106) propagiert, die durch „une économie nationale indépendante, autosuffisante et planifiée“ (ebd.: 111) ersetzt werden sollten.

Der DOP stellte nicht das einzige politische Dokument des Revolutionsregimes dar, in dem es zu Referenzen auf den Marxismus-Leninismus kam. Am internationalen Frauentag am 8. März 1987 bezog sich Sankara auf den dialektischen Materialismus, der theoretische Einsichten für die Mechanismen patriarchaler Unterdrückung bereithalte: „Nous devons assurément au matérialisme dialectique d’avoir projeté sur les problèmes de la condition féminine la lumière la plus forte, celle qui nous permet de cerner le problème de l’exploitation de la femme à l’intérieur d’un système généralisé d’exploitation.“ (Sankara 2007u: 359)

Der Einfluss des Marxismus-Leninismus spiegelte sich zwar klar in der Klassenanalyse, dem Fortschrittsdenken und in der Staatskritik des DOP wider, dennoch spielte er im Gegensatz zu anderen ideologischen Elementen der Revolutionsideologie eine untergeordnete Rolle. Seine Anwendung auf Geschichte, Gegenwart und Zukunft der burkinischen Gesellschaft war eine streng dogmatische Operation, die weniger analytischen, dafür umso größeren ideologischen Charakter hatte (vgl. Englebert 1998: 125). In dieser Hinsicht kann Englebert

zusammenfassen, dass „les manifestations du marxisme au Burkina [...] en fait très superficielles“ (Englebert 1986: 118) waren. Unter seiner Oberfläche verbarg sich vielmehr, wie S. Taleb anmerkt, „une forme de nationalisme, une manière d’affirmer sa rupture avec les anciens colonisateurs et les nouvelles formes d’exploitation, plutôt qu’une adhésion délibérée à une idéologie et à un système.“ (Taleb 1983: 32).

#### **4.2.4 Antiimperialismus**

Der CNR verstand sich als Bestandteil nationaler Befreiungsbewegungen, für die der Antiimperialismus eine wichtige politisch-theoretische Bezugsgröße bildete (vgl. Englebert 1986: 105): „Notre révolution fait partie intégrante du mouvement mondial pour la paix et la démocratie, contre l’impérialisme et toute sorte d’hégémonisme.“ (Sankara 2007c: 116) Der CNR stellte die RDP als „une victoire sur l’impérialisme international et ses alliés nationaux“ (ebd.: 83) dar. Antiimperialismus und Nationalismus gingen in ihrem Kampf gegen ausländische Fremdherrschaft und für nationale Unabhängigkeit eine komplementäre Liaison ein.<sup>76</sup> Die antiimperialistische Politik war ebenfalls gut mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar, da sie einen klassischen Bestandteil seines theoretischen Repertoires bildete (vgl. Englebert 1986: 105, 118).

Der Antiimperialismus des CNR generierte sich aus einer spezifischen Analyse der kolonialen und postkolonialen Geschichte Obervoltas: Die Unabhängigkeit des Landes – so der DOP – sei zwar eine formale Statusänderung gewesen, habe aber nicht das Ende kolonialer Strukturen und Verhältnisse bedeutet: „Dans leur essence, la société néocoloniale et la société coloniale ne diffèrent en rien.“ (Sankara 2007c: 88) Mit dem Rückzug der französischen Kolonialmacht 1960 habe lediglich eine Veränderung der imperialistischen Herrschafts- und Ausbeutungsformen stattgefunden, die seit diesem Zeitpunkt von einer neuen nationalen und internationalen Klassenallianz ausgeübt worden seien (vgl. Rejai 1991: 49; Sankara 2007c: 87).

Die französischen Kolonialherren zogen sich nach der Unabhängigkeit des Landes zwar offiziell aus ihren Herrschaftspositionen zurück, sicherten sich aber weiterhin ihren Einflussbereich, indem sie nationale Verbündete an ihrer Stelle einsetzten (vgl. Sankara

---

<sup>76</sup> In diesem Zusammenhang sind antiimperialistische Bewegungen des Trikonts als Spielformen westlicher Nationalismen charakterisiert worden (vgl. Ashcroft/Griffiths/Tiffin 2001: 151).

2007c: 88). Diese imperialistische Allianz wurde im DOP für die ökonomischen, politischen und sozialen Missstände des Landes verantwortlich gemacht: „Des nationaux voltaïques entreprient avec l'appui et la bénédiction de l'impérialisme d'organiser le pillage systématique de notre pays.“ (ebd.: 88) Die antiimperialistische Kritik des CNR wies eine doppelte Stoßrichtung auf: Sie richtete sich einerseits gegen die mächtigen Akteure und Institutionen im globalen Kontext, andererseits gegen deren lokale Vollstrecker auf nationaler Ebene (vgl. Englebert 1986: 108).<sup>77</sup>

Der CNR entwickelte während seiner Herrschaft keine klare, einheitliche und verbindliche Definition des Imperialismus.<sup>78</sup> Dieser wurde im DOP vor allem über seinen diametralen Gegensatz zum emanzipatorischen Widerstand des Volks definiert (vgl. Sankara 2007c: 85). In dieser Verwendung bezeichnete er alle ökonomischen, politischen und sozialen Kräfte, die der freien Entfaltung und Entwicklung des Volks im Wege standen. Die Gleichsetzung von Imperialismus und Feinden des Volks hatte Sankara bereits vor der RDP in einer Rede am 26. März 1983 vollzogen. In dieser bezeichnete der damalige Premierminister die Machtübernahme des CSP als legitim, da sich dieser im „combat contre les ennemis du peuple: l'impérialisme“ (Sankara 2007a: 68) engagierte.

Die Feinde des Volks, die in dieser Hinsicht zum Äquivalent des Imperialismus geworden waren, wurden im DOP als eine Klassenallianz zwischen nationalen und internationalen Kräften bestimmt. Ihre arbiträre Definition, die sich aus einer doppelten Norm von objektiven und subjektiven Kriterien zusammensetzte, erklärte die Dynamik des Imperialismusbegriffs des CNR, der zwischen konkreten und abstrakten Konzeptionen schwankte. In ersterer Bedeutung bezeichnete er ein klar umrissenes, reaktionäres Klassenbündnis, in zweiterer Hinsicht bezog er sich auf schwammige Kriterien (wie das der revolutionären Moral), die potentiell jedes Individuum als Revolutionsfeind brandmarken konnten (vgl. Banégas 1993: 44).

Der Antiimperialismus des CNR verwandelte sich während der RDP von einer analytischen Kategorie in eine ressentimenthafte Diffamierung. Er verstand sich anfänglich vor allem als Bestandteil einer umfassenderen antikapitalistischen Kritik, wie sie von Sankara im Rahmen

---

<sup>77</sup> In dieser Konzeption trug der Antiimperialismus des Revolutionsregimes Elemente der Dependenztheorie in sich (vgl. Englebert 1998: 58).

<sup>78</sup> In seiner Bestimmung war der CNR wie in vielen anderen theoretischen und politischen Fragen gespalten: Die LIPAD vertrat zum Beispiel einen antiokzidentalistischen Antiimperialismus, der in dieser Form nicht von allen Mitgliedern des Führungsorgans geteilt wurde (vgl. Englebert 1986: 108).

des Gipfels „France-Afrique“ im Oktober 1983 ausgeführt wurde (vgl. Jaffré 2007: 170-174).

Die Feinde des Volks (also der Imperialismus) wären

tous ceux qui ont organisé l'exploitation du peuple voltaïque, de ses ressources humaines et matérielles. Et ces ennemis, c'est d'abord le capitalisme international, ce capitalisme international envahissant et débordant qui veut faire ployer la Haute Volta, qui veut la soumettre à son organisation de pillage. (Sankara 1983a)

In einem Interview mit dem Journalisten Ernest Harsch 1985 bekräftigte Sankara, dass sich der Imperialismusbegriff auf ein globales Ungleichheitssystem beziehe (vgl. Sankara 2007j: 199). An gleicher Stelle verwendete er aber folgende Metapher, um ihn zu beschreiben: „Et c'est dans la pratique que j'ai vu que l'impérialisme est un monstre, un monstre qui a des griffes, qui a des cornes, qui a des crocs, qui mord, qui a du venin, qui est sans pitié.“ (ebd.: 190f.) In dieser obsessiven Definition konnten alle politischen Kräfte im Dienste des Imperialismus verortet werden, die sich nicht dem revolutionären Einheitskurs fügten. So wurden etwa 1987 die Gewerkschaften von Sankara als Handlanger reaktionärer Kräfte verunglimpft, die sich somit „directly or indirectly at the service of imperialism“ (zit. nach Skinner 1988: 451) befinden sollten.

Durch das Leitmotiv der Revolutionsideologie – „L'impérialisme est partout“ (Sankara 1983b: 44) – konnte der CNR die verschiedensten ökonomischen, politischen und sozialen Missstände des Landes auf den Imperialismus zurückführen (vgl. Englebert 1986: 118). Er sollte hinter so unterschiedlichen Phänomenen wie zum Beispiel der Verschuldung der dritten Welt, dem Komplott des 17. Mais 1983 oder den Umweltproblemen des Landes stehen (vgl. Sankara 2007c: 85, Sankara 2007n, Sankara 2007v: 395-403). Der Imperialismus fungierte als universale Erklärungsinstanz für alle negativ wahrgenommenen Phänomene, wobei diese weder analytisch noch kritisch durchdrungen wurden.

Die personifizierende Systemkritik des CNR-Antiimperialismus tendierte dazu, Herrscher und Beherrschte zu jeweils homogenen Blöcken zu verschmelzen, erstere zu dämonisieren und zweitere zu verherrlichen (vgl. Bollinger 2004: 11). In dieser Perspektive wurden die ökonomischen, politischen und sozialen Aspekte weltweiter Konflikte ausgeblendet und auf einen Widerspruch zwischen imperialistischer Unterdrückung und völkischem Widerstand reduziert. Der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen wurde per se als ein heroischer Widerstandsakt glorifiziert, ohne seine jeweiligen politisch-ideologischen Inhalte näher zu beleuchten. Die Gleichsetzung von Antiimperialismus und Emanzipation beinhaltete einen

positiven Bezug auf Herrschafts- und Legitimationskategorien wie Staat, Nation und Volk, auf die sich die Befreiungsbewegungen in der Regel beriefen (vgl. Grigat 2007: 325).

Das antiimperialistische Weltbild des CNR wies – vor allem in seiner Übertragung auf den Nahostkonflikt – strukturelle Ähnlichkeiten mit antisemitischen Argumentationsmustern auf. Im DOP wurde die Solidarität des Revolutionsregimes mit dem nationalen Befreiungskampf der PalästinenserInnen explizit hervorgehoben (vgl. Sankara 2007c: 117). In seiner UNO-Rede klagte Sankara Israel an, in einer unsäglichen Komplizenschaft mit den mächtigen USA zu stehen und die internationale Gemeinschaft zu verhöhnen. Er verglich das Leid, das der israelische Staat über die palästinensische Bevölkerung gebracht hat, mit jenem, das den Juden und Jüdinnen während des Holocausts widerfahren war. Deshalb appellierte der burkinische Revolutionsführer für die Suspendierung Israels innerhalb der Vereinten Nationen und forderte es auf, eine Nation wie alle anderen zu werden (vgl. Sankara 2007i: 181, 186).

Anlässlich des Besuchs des nicaraguanischen Revolutionsführers Daniel Ortega in Burkina Faso im August 1986 setzte Sankara den Zionismus mit menschenverachtenden Ideologien gleich: Er unterstrich, dass „le colonialisme, le néocolonialisme, l’apartheid, le racisme, le sionisme et toutes les formes d’agression, d’occupation, de domination et d’ingérence étrangère“ (Sankara 2007q: 317) vehement zu verurteilen seien. Im Gegensatz dazu wurde der palästinensische Befreiungskampf als heroischer und legitimer Widerstand inszeniert, wie etwa von Sankara während seiner Rede vor der UN-Generalversammlung: „Courageux, déterminés, stoïques et infatigables, les Palestiniens rappellent à chaque conscience humaine la nécessité et l’obligation morale de respecter les droits d’un peuple.“ (Sankara 2007i: 176)

In der CNR-Darstellung des Nahostkonflikts fanden sich mehrere antisemitische Elemente: Die Gleichsetzung von jüdischer und palästinensischer Verfolgungsgeschichte bedeutete eine Relativierung des Holocausts (vgl. Bartov 2004: 30). Zudem wurden Verschwörungstheorien bedient, da eine imperialistische Allianz zwischen Israel und den USA behauptet wurde, die zur Unterdrückung der PalästinenserInnen etabliert worden sei. Die manichäische Gegenüberstellung von dem völkerrechtswidrigen Verhalten Israels und dem heldenhaften Widerstand des palästinensischen Volks griff ebenfalls auf antisemitische Topoi zurück (vgl. Haury 2004: 149f.). Sie dämonisierte den Zionismus bzw. den jüdischen Nationalstaat als einen illegitimen Aggressor und idealisierte die palästinensische Gegenwehr als rechtmäßige Reaktion (vgl. Beck 2004: 137f.; Walzer 2004: 53).

Der nationalistische Charakter des CNR-Antiimperialismus überschneidet sich ideologisch mit seinem Feindbild des (europäischen) Imperialismus. Ihre jeweilige Agenda beinhaltete nämlich, „den Nationalstaat als die wünschenswerteste Form politischer Gemeinschaft zu universalisieren.“ (Chakrabarty 2002: 304) Adaption und Verwendung eurozentrischer Kategorien (wie Nation, Revolution, Fortschritt, etc.) hoben gerade nicht die Eigen- und Besonderheit der RDP hervor, sondern pressten diese in ein vorgefertigtes Wahrnehmungs- und Erklärungsmuster (wie bei der Rekonstruktion der burkinischen Geschichte) (vgl. Conrad/Randeria 2002: 36). Die prinzipielle Ablehnung des Eurozentrismus als fremden Einfluss und die gleichzeitige Anwendung seines ideologischen Programms stellten einen der größten Widersprüche des politischen Diskurses des CNR dar. Dieses Paradox wurde verstärkt durch die Verwendung des Französischen als offizielle Sprache, die als koloniales Erbe für die Mehrheit der Bevölkerung nicht verständlich war (vgl. Dubuch 1985: 51f.).

#### **4.2.5 Revolutionäre Moral**

In der burkinischen Revolutionsideologie bildete „l’immense œuvre de moralisation et de responsabilisation“ (vgl. Englebert 1986: 174) einen konstitutiven Bestandteil. Die RDP wollte nicht nur eine ökonomische, politische und soziale Umgestaltung der Gesellschaft Obervoltas herbeiführen, sondern ebenfalls „une révolution des mentalités“ (Banégas 1993: 6) in Gang setzen. Die Erschaffung eines „Voltaire nouveau, avec une moralité et un comportement social exemplaires“ (Sankara 2007c: 104) bildete die Grundlage für den Aufbau einer „société nouvelle débarrassée de la corruption, du vol, du mensonge et de l’individualisme de façon générale.“ (ebd.: 105)

Das Bewusstsein stellte, wie bereits oben erwähnt, neben der ökonomischen Position das zweite Klassifikationskriterium für die hierarchische Einordnung der Burkinabé in den revolutionären Prozess dar. Im politischen Diskurs des CNR wurden ab dem Jahr 1986 die objektiven Parameter zunehmend zugunsten der subjektiven Einstellungs- und Verhaltensmuster zurückgedrängt (vgl. Labazée 1989: 21). Mit diesem Paradigmenwechsel änderten sich die Feinde des Volks, sie transformierten sich von einer klar umrissenen, sozioökonomischen Klassenallianz hin zu „un ennemi flou et fluide qui est potentiellement en chaque individu [...]“ (Banégas 1993: 121) Diese Reorientierung erlaubte dem CNR die

Bildung von neuen Klassenallianzen, die auf der Grundlage der starren und manichäischen Kategorisierung im DOP nicht möglich waren. Sie ist dennoch nicht überzubewerten, da subjektiv-moralische Kriterien von Anfang an einen integralen Bestandteil des sozialen Ordnungssystems des CNR bildeten (vgl. ebd.: 99f.).

Das Erbe des Kolonialismus – so der DOP – habe sich tief in die Persönlichkeitsstruktur der ehemaligen Kolonisierten eingebrannt (vgl. Sankara 2007c: 104).<sup>79</sup> Diese Verankerung stellte für Sankara eines der zentralen Probleme der RDP dar: „La plus grande difficulté que nous avons rencontrée, c’est celle qui est constituée par l’esprit de néocolonisé qu’il y a dans ce pays.“ (Sankara 2007j: 189) Der CNR wollte diese unterdrückte Subjektivität von ihren kolonialen Spuren befreien, um sein revolutionäres Projekt sozialer Emanzipation zu ermöglichen. Im Gegensatz zur kolonialisierten Mentalität propagierte der DOP eine revolutionäre Moral, die sich aus Idealen wie Bescheidenheit, Voluntarismus, Opfer- und Hingabebereitschaft zusammensetzte (vgl. Banégas 1993: 101-105; Beti 1986: 8; Rejai 1991: 7f.).

Die revolutionäre Moral, welche die Interessen des nationalen Kollektivs vor jene des Individuums reihte, erwartete von den Burkinabè volle Leistungs- und Einsatzbereitschaft für die Anliegen der burkinischen Revolution, denn diese „n’est pas et ne sera pas l’œuvre d’un seul jour. C’est une tâche ardue qui exigera de nous des sacrifices énormes.“ (Sankara 2007c: 101) In seinem/ihrem Engagement für die RDP solle sich der/die echte RevolutionärIn, der/die sich von opportunistischen MitläuferInnen unterscheiden müsse, durch folgende Merkmale auszeichnen (vgl. ebd.: 105): Er/Sie solle über „une discipline et une ligne de conduite exemplaires“ (ebd.: 106) verfügen und sich in Bescheidenheit und Demut vor dem Volk üben. Der revolutionäre Idealtypus solle mit aller Entschlossenheit die ihm zugeordneten Aufgaben durchführen und sich dafür keinerlei Gegenleistung erwarten (vgl. ebd.: 105f.).

Der revolutionäre Asketismus stellte einen der wichtigsten Bestandteile der CNR-Ideologie dar, der das revolutionäre Verantwortungsgefühl der Burkinabè stärken sollte, wie Sankara in dem Harsch-Interview betonte:

Le plus important, c’est la transformation des mentalités que nous avons entreprise. Cette transformation des mentalités fait que chacun de nous sent que maintenant le pouvoir est son affaire, sent que le destin du Burkina Faso est l’affaire de tous les Burkinabè et non pas seulement de quelques personnes et que chacun a son mot à dire. (Sankara 2007j: 189)

<sup>79</sup> In diesem Aspekt gibt es eine Überschneidung mit der Analyse von Frantz Fanon zur kolonialisierten Subjektivität der Schwarzen, die er vor allem in seinem Werk „Schwarze Haut, weiße Masken“ entwickelt hat (vgl. Fanon 1985).

In der Umgestaltung der Gesellschaft durch den CNR sollte kein/e arbeitsfähige/r Burkinabè seiner/ihrer revolutionären Pflicht entkommen (vgl. Banégas 1993: 103). Burkina Faso habe sich in „un vaste chantier de travail où le concours de tous les Voltaïques valides et en âge de travailler sera requis pour le combat sans merci“ (Sankara 2007c: 116) zu verwandeln. Die staatlichen Organe wie die CDR, die Armee oder die Verwaltung sollten diese Arbeits- und Einsatzbereitschaft musterhaft verkörpern und sich im Gegensatz zu ihren neokolonialen Vorgängermodellen im Dienste des Volks engagieren (vgl. Banégas 1993: 103; Martin 1987: 84; Sankara 2007c: 104-109).

Die Einführung eines „code moral“ (Labazée 1989: 24) diene dem CNR als normativer Maßstab, um AnhängerInnen und GegnerInnen des Regimes zu identifizieren. Das Revolutionsregime etablierte, wie Claude Dubuch schreibt, „une modification des codes et des rites sociaux et l’instauration de comportements uniformisés, répétitifs, qui apparaissent comme un véritable conditionnement permanent [...].“ (Dubuch 1985: 46)<sup>80</sup> Der „Burkinabè nouveau“ (Banégas 1993: 95) diene den machtpolitischen Interessen des CNR-Regimes, indem er seine revolutionäre Leitlinie musterhaft verkörpern sollte. Die pathetische Konstruktion des/der echten Revolutionärs/in sollte die burkinische Bevölkerung in einen Zustand permanenter Einsatz- und Alarmbereitschaft versetzen, um die Revolution vor allen internen und externen Feinden verteidigen zu können (vgl. Englebert 1986: 196).

Der Voluntarismus bildete ein zentrales Versatzstück der revolutionären Moral (vgl. Brisset 1987: 30). Er war die Grundlage für das visionäre Vorhaben des CNR, der trotz der ungünstigen Ausgangs- und Rahmenbedingungen an seinen hochgesteckten Zielen festhielt (vgl. Banégas 1993: 101f.). In einem Interview mit Jean-Philippe Rapp aus dem Jahr 1986 propagierte Sankara: „Il faut oser inventer l’avenir. [...] Tout ce qui sort de l’imagination de l’homme est réalisable par l’homme.“ (Sankara 1986: 103) Dieser Voluntarismus kehrte das materialistische Paradigma („Das Sein bestimmt das Bewusstsein“) in sein Gegenteil und stand daher in einem widersprüchlichen Verhältnis zu den marxistisch-leninistischen Bestandteilen der Revolutionsideologie. Er bildete das Fundament für den Entwicklungsoptimismus des CNR, der durch eine Revolution der Individuen eine Veränderung der Gesellschaft herbeiführen wollte (vgl. Labazée 1989: 26).

---

<sup>80</sup> In seiner Reichweite ging zum Beispiel der revolutionäre Slogan „La patrie ou la mort, nous vaincrons!“ weit über die einer einfachen Devise hinaus, da er einen unerlässlichen Bestandteil von öffentlichen Anlässen bildete (vgl. Dubuch 1985: 46; Englebert 1986: 115).

#### 4.2.6 Sonstige Elemente

Der politische Diskurs des CNR stand in einem ambivalenten Verhältnis zur Religion und ihrer Institutionen. Im DOP wurden die religiösen Kräfte noch nicht explizit zu den Feinden des Volks gezählt. Diese Klassifikation erhielten sie erst 1984 in einer Ausgabe des staatlichen Journals „Carrefour africain“, in der sie zu den „forces rétrogrades“ gerechnet wurden, da sie das Volk im Fatalismus und Obskurantismus gefangen hielten (vgl. Banégas 1993: 34f., 139; Labazée 1989: 14). In seiner Rede am 8. März 1987 prangerte Sankara die Rolle der Religion in der Abwertung der Frauen und der Aufrechterhaltung des Patriarchats an (vgl. Sankara 2007u: 362). In einem Interview mit dem kubanischen „Radio Habana“ im August 1987 unterstellte der Revolutionsführer gewissen religiösen Kräften eine feindliche Haltung gegenüber der RDP (vgl. Sankara 2007w: 406).

Trotz dieser tendenziellen Ablehnung der Religion durch den CNR fanden sich in der burkinischen Revolutionsideologie religiöse Versatzstücke (vgl. Englebert 1986: 119, 172f.). In gewisser Hinsicht kann sie als „messianisme séculier“ (Banégas 1993: 108) gelesen werden, der durch die Errichtung einer neuen Ordnung Erlösung und Reinheit versprach (vgl. Banégas 1993: 104f.; Labazée 1989: 26).<sup>81</sup> Die revolutionäre Moral bediente sich aus dem Repertoire des christlichen Ethikkodex, wie etwa bei ihrem Ideal einer asketischen Lebensweise. Die revolutionäre Rhetorik machte öfters Gebrauch von Zitaten aus der Bibel und dem Koran, um ihre Argumentation zu untermauern (vgl. Banégas 1993: 102-104, 107f.). Diese religiösen Referenzen verstärkten sich seit der ideologischen Reorientierung des CNR 1986 (vgl. Labazée 1989: 26). In dem Nicolini-Interview erklärte Sankara, dass sich in seinen Reden „beaucoup de références biblique et coraniques“ fänden. Er fuhr fort, dass „la Bible et le Coran permettent de faire la synthèse de ce que les peuples ont pensé et pensent dans le temps et l’espace.“ (Sankara 1986b: 1f.)

Der Einfluss der Religion auf die Revolutionsideologie und insbesondere auf Sankara selbst schwächte tendenziell den Inhalt anderer ideologischer Elemente, wie Martens herausstreicht:

Thomas Sankara apparaît avant tout comme un révolutionnaire mû par une profonde indignation morale devant les innombrables injustices engendrées par l’impérialisme. Des sentiments humanistes et des considérations morales, puisés à des sources religieuses, prennent le devant de l’analyse matérialiste et

<sup>81</sup> Sankara war sich darüber bewusst, dass sein charismatisches Auftreten ein Mitläufertum innerhalb der Bevölkerung hervorgerufen hatte, das ihn als einen Quasi-Propheten wahrnahm (vgl. Banégas 1993:111f.; Englebert 1986: 173). Er versuchte, dieses Phänomen einzudämmen, wie in seiner Rede am Gipfel der Blockfreien am 3. September 1986 in Harare: „Oui, il n’y a ni prophète ni messie à attendre.“ (Sankara 2007r: 328)

de l'observation attentive des différents intérêts de classe. S'il maudit les bourgeois compradore et bureaucratiques, c'est pour rappeler tout de suite que le pêcheur repentí sera accueilli à bras ouverts. (Martens 1989: 249)

Die Emanzipation der Frauen bildete ein Leitmotiv im politischen Programm des CNR (vgl. Kanse 1989: 67). Im DOP wurde von einer Doppelunterdrückung der burkinischen Frauen ausgegangen: Einerseits teilten sie das Schicksal der männlichen Bevölkerung, andererseits erführen sie aber gleichzeitig durch diesen Teil der Gesellschaft eine spezifische, patriarchale Unterdrückung. In dieser Analyse der patriarchalen Strukturen bediente sich der CNR des materialistischen Paradigmas des Marxismus-Leninismus (vgl. Benabdessadok 1985: 61f.), da er die Grundlage der Frauenunterdrückung „dans le système d'organisation de la vie politique et économique de la société“ (Sankara 2007c: 110) verortete.<sup>82</sup> Die Revolution setzte sich mit der Frauenemanzipation gleich, da sie sich als eine radikale Umwandlung dieser ökonomischen und politischen Strukturen verstand. Widersprüchlich dazu appellierte der DOP an die Frauen, in einem selbstbestimmten Kampf für ihre Rechte zu kämpfen (vgl. ebd.: 109-111).

In seiner Forderung nach Gleichstellung und -berechtigung der Geschlechter griff der CNR auf ein emanzipatorisches Darstellungs- und Erklärungsschema der patriarchalen Strukturen zurück. Sein Frauendiskurs bediente sich aber auch eines traditionellen Paradigmas, das die weibliche Bevölkerung auf geschlechtsspezifische Rollen- und Arbeitsbereiche (wie etwa den Haushalt) reduzierte (vgl. Kanse 1989: 67f.). Diese Ambivalenz der revolutionären Geschlechterpolitik kam insbesondere in Sankaras Rede am internationalen Frauentag 1987 zum Ausdruck: In dieser propagierte er einerseits das Gleichheitspostulat und forderte die ökonomische, politische und soziale Emanzipation der Frauen (vgl. Sankara 2007u: 375f.). Andererseits schränkte er die Aufgaben der Revolutionärinnen auf die Reproduktionssphäre ein: „La femme dans son foyer devra mettre un soin particulier à participer à la progression de la qualité de la vie.“ (ebd.: 385) Er führte weiter aus, dass die Frau „le centre de la terre“ darstellen würde und „la permanence de notre peuple“ (ebd.: 391f.) sichern müsse.

Der Panafrikanismus fand keine spezielle Erwähnung im DOP, in ihm wurde lediglich festgehalten, dass für den CNR „les pays africains anti-impérialistes [...] nos alliés objectifs“

---

<sup>82</sup> Die Bezugnahme auf den Marxismus-Leninismus kam noch expliziter in Sankaras Rede am 8. März 1987 zum Ausdruck: „Engels a fait l'état de l'évolution des techniques, mais aussi de l'asservissement historique de la femme qui naquit avec l'apparition de la propriété privée, à la faveur du passage d'un mode de production à un autre, d'une organisation sociale à une autre.“ (Sankara 2007u: 360)

(Sankara 2007c: 117) darstellten. Auch in anderen Stellungnahmen des Regimes wurde nur selten auf panafrikanische Ideen Bezug genommen (vgl. Jaffré 2007: 193), wengleich diese doch zum Vorschein kamen: In einem Interview mit Mongo Beti 1985 bezog sich Sankara positiv auf die Vision Kwame Nkrumahs einer afrikanischen Einheit: „Il appartient à tous les peuples panafricanistes de reprendre le flambeau de Nkrumah pour donner espoir à l’Afrique.“ (Sankara 2007l: 263)<sup>83</sup> Die Revolution verortete sich selbst also durchaus in der Tradition des Panafrikanismus (vgl. Englebert 1986: 116f.), räumte diesem allerdings im Vergleich zum antiimperialistischen Kampf eine weniger hohe Priorität ein (vgl. Jaffré 2007: 194).

Im DOP spielten ökologische Fragen noch keine Rolle, diese nahmen erst in späteren Dokumenten einen gewissen Stellenwert ein.<sup>84</sup> Am 5. Februar 1986 hielt Sankara im Rahmen der „Conférence internationale sur l’arbre et la forêt“ eine Rede in Paris, die seine Standpunkte bezüglich dieser Thematik wiedergab: Er machte auf die Umweltprobleme seines Landes (wie Dürre oder Desertifikation) aufmerksam, für die er zu einem gewissen Grad Kolonialismus und Imperialismus verantwortlich machte (vgl. Sankara 2007n: 270f., 274f.). Er propagierte, dass sich der CNR für die Verbesserung der Umwelt einsetze, um „l’équilibre entre l’homme, la nature et la société“ (ebd.: 274) herbeizuführen. Der ökologische Aspekt der RDP wäre untrennbar verbunden mit ihrer politischen Dimension: „Cette lutte pour l’arbre et la forêt est surtout une lutte-anti-impérialiste. Car l’impérialisme est le pyromane de nos forêts et de nos savanes.“ (ebd.: 275)

Die politischen Ideale der französischen Revolution stellten einen wichtigen Referenzpunkt für die burkinische Revolutionsideologie dar. In mehreren Anlässen bezog sich Sankara positiv auf die Ereignisse in Frankreich rund um 1789, die Aufschlüsse für das Gesellschaftsprojekt des CNR beinhalten würden (vgl. Sankara 2007e: 144, Sankara 2007t: 350). In seiner UNO-Rede meinte der Revolutionsführer über die französische Revolution: „La révolution française de 1789, bouleversant les fondements de l’absolutisme, nous a

---

83 Zwei weitere Beispiele können genannt werden: Nach einer offiziellen Rundreise Sankaras in verschiedene afrikanische Länder propagierte der Revolutionsführer in einer Pressekonferenz am 5. August 1984 folgendes: „Il n’y a qu’une couleur: l’unité africaine.“ (Sankara 2007e: 136) Am vierten Jahrestag der Revolution erklärte Sankara den Austragungsort der Feierlichkeiten, Bobo-Dioulasso, zur „ville historique et pétulante dont le nom est définitivement lié à l’Afrique des luttes anticoloniales, l’Afrique des unités, l’Afrique des fédérations, en somme au panafricanisme vivifiant.“ (Sankara 2007x: 410)

84 Diese Beschäftigung mit Umweltfragen ist bemerkenswert, da zu diesem Zeitpunkt die ökologische Bewegung quasi noch nicht existierte (vgl. Jaffré 2007: 227f.).

enseigné les droits de l'homme alliés aux droits des peuples à la liberté.“ (Sankara 2007i: 177)  
Dieser Einfluss spiegelte sich sowohl in der positiven Bezugnahme des CNR auf Demokratie und bürgerliche Ideale als auch in seiner Achtung vor öffentlichen Allgemeingütern wider (vgl. Jaffré 2007: 36).<sup>85</sup>

---

<sup>85</sup> Mit hoher Wahrscheinlichkeit war die Wahl des 4. Augusts für die Machtergreifung des CNR kein Zufall, wurden doch an diesem Datum 1789 die sogenannten Augustbeschlüsse verkündet, welche die Einschränkung der feudalen Privilegien für Klerus und Adel bedeuteten (vgl. Jaffré 2007: 145).

## 5. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

### 5.1 Einführung

Im DOP wurde nicht viel weniger als das Ende der neokolonialen Ordnung und die Errichtung eines neuen hegemonialen Blocks versprochen (vgl. Otayek/Sawadogo/Guingané 1996: 10). Dieses Projekt bildete das Leitmotiv des Revolutionsregimes, vor dessen Hintergrund all seine Maßnahmen und Interventionen gelesen werden müssen, wie Banégas bemerkt:

Cosmocrate, l'Etat-CNR marque sa volonté de révolutionner totalement la société en cherchant à remodeler ses structures fondamentales en vue d'établir de nouveaux rapports hégémoniques sur la base d'une certaine vision des divisions sociales. Consignée dans le DOP, cette idéologie [...] sous-tend l'ensemble des actions visant à renverser les représentations de la stratification sociale, des rapports sociaux élémentaires et de l'espace, pour la constitution d'un nouveau bloc historique, d'un nouvel ordre social et symbolique. (Banégas 1993: 95)

Die „révolution du verbe“ propagierte eine radikale Neugestaltung der politischen und zivilen Gesellschaft sowie des Verhältnisses zwischen beiden Sphären (vgl. Otayek 1989a: 14). Ihr ideologischer Gehalt lässt sich nur dann erschließen, wenn dieser Anspruch mit der konkreten (Herrschafts-)Praxis des CNR kontrastiert wird. In einem solchen Verfahren kann das Ausmaß der „décalage entre les objectifs déclarés et les réalisations“ (Banégas 1993: 3) ermessen werden. Die Umwälzung der Theorie in die Praxis bildete den neuralgischen Punkt des CNR-Gesellschaftsprojekts, wie Labazée herausstreicht: „Il reste pourtant à transformer le travail d'élaboration théorique en un corps de pratiques politiques, à réaliser les alliances sociales et à définir les modalités de l'action politique.“ (Labazée 1989: 16)

Die einzelnen Anliegen der CNR-Utopie wurden von Sankara in seiner UNO-Rede konkretisiert:

Refuser l'état de survie, desserrer les pressions, libérer nos campagnes d'un immobilisme moyenâgeux ou d'une régression, démocratiser notre société, ouvrir les esprits sur un univers de responsabilité collective pour oser inventer l'avenir. Briser et reconstruire l'administration à travers une autre image du fonctionnaire, plonger notre armée dans le peuple par le travail productif et lui rappeler incessamment que sans formation politique patriotique, un militaire n'est qu'un criminel en puissance. Tel est notre programme politique. (Sankara 2007i: 172)

Die Verwirklichung des ideologischen Anspruchs des CNR hing vor allem von zwei Faktoren ab, die über Erfolg oder Misserfolg seines Gesellschaftsversuchs entschieden. Einerseits ging es darum, die neokolonialen Strukturen, Akteure und Allianzen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft zu bekämpfen und zu zerschlagen. Um den alten durch einen neuen hegemonialen Block zu ersetzen, mussten andererseits die revolutionären Zielgruppen als Klassen organisiert und in den revolutionären Prozess integriert werden. Diese revolutionäre

Mobilisierung sollte die Ideologie der kleinen intellektuellen Avantgarde, auf die sich die politischen Debatten der RDP beschränkten, im Alltagsverstand der Massen verankern (vgl. Englebert 1986: 119; Otayek 1989a: 22).

## **5.2 Die politische Gesellschaft**

### **5.2.1 Der „Conseil National de la Révolution“**

Nachdem er die Parteien und seine Gegner innerhalb der Armee ausgeschaltet hatte beanspruchte der CNR das Monopol über das politische Leben. Im DOP verstand er sich als „le pouvoir de conception, de direction et de contrôle de la vie nationale tant sur le plan politique, économique que social [...]“ (Sankara 2007c: 101) Diese Selbstdefinition stattete das revolutionäre Führungsorgan mit politischer Allmacht aus, die durch Geschichte und Volkswillen legitimiert wurde. Der CNR sah sich nicht als elitäres Führungsorgan, sondern als historischer Ausdruck des Triumphs des Volks über seine Feinde. Er setzte sich mit dem Willen des Volks gleich, da er sich zum Handlanger und Vollstrecker seiner Interessen erklärte (vgl. ebd.: 83, 86, 93).

Der CNR legitimierte so nicht nur seinen absoluten Führungsanspruch, sondern auch die autoritäre und hierarchische Gliederung des burkinischen Gesellschaftsprojekts (vgl. Rejai 1991: 111). Dieser ideologische Mechanismus wurde von James A. Gregor bereits 1967 in Bezug auf afrikanische Sozialismen beschrieben:

The labor unions, the farmer organizations, the cooperatives, the youth organizations and subsidiary adjuncts equal the people—the people equals the nation—and the nation finds expression in the ideology of the party—and the ideology is infallibly articulated by the leadership, most characteristically one leader, of the party. (Gregor 1967: 334)

Der CNR rechtfertigte seine Herrschaft zwar einerseits über seine Gleichsetzung mit dem Volk, andererseits zog er zwischen sich und den Massen eine klare Trennlinie, indem er sich als reine Verkörperung des revolutionären Bewusstseins definierte (vgl. Labazée 1989: 19).

In der hierarchischen Rangordnung der verschiedenen politischen Institutionen des Revolutionsregimes bildete der CNR die höchste Instanz, wie im DOP festgehalten wurde: „Le CNR constitue, en dehors des assises du congrès national, le pouvoir suprême. Il est l'organe directeur de tout cet édifice, dont le principe directeur est le centralisme

démocratique.“ (Sankara 2007c: 104)<sup>86</sup> Der demokratische Zentralismus war eine Form der revolutionären Organisation, die folgende Prinzipien umfasste: Die Unterordnung von AktivistIn/Minderheit/niedrigere Ebene unter Organisation/Mehrheit/höhere Ebene, Wahlen auf allen Ebenen, die jeweils von der höheren Instanz ratifiziert wurden, die relative Autonomie der lokalen Organisationen, Rechenschaftspflicht, die Abhaltung von Debatten und Kontroversen sowie Kritik und Selbstkritik. Die Einhaltung dieser organisatorischen Regeln wurde vom CNR als höchste Ebene kontrolliert (vgl. CNR 1986b: 245). Die Anwendung des demokratischen Zentralismus spielte sich daher „dans les limites et le respect des directives générales tracées par l’instance supérieure“ (Sankara 2007c: 104) ab.

Der inhärente Widerspruch des demokratischen Zentralismus, der zwischen selbstbestimmtem (demokratischem) und fremdbestimmtem (zentralistischem) Prinzip bestand (vgl. Johnstone 1995: 579), wurde in der RDP einseitig zugunsten des letzteren aufgelöst. Durch die Selbstpositionierung des CNR an der unanfechtbaren Spitze des revolutionären Prozesses war er der demokratischen Kontrolle entzogen, da es über ihm keine weitere Instanz gab. Der CNR legitimierte diese Vormachtstellung ideologisch über ein vermeintlich demokratisches Herrschaftsmandat in Form des Volkswillens, in der Praxis ließ er sich aber nicht von der Bevölkerung wählen (vgl. Martens 1989: 87f.). Organisation, Mitgliedschaft und Modalitäten waren innerhalb des CNR auf willkürliche Weise geregelt und trugen so zur Hierarchiebildung innerhalb seiner Strukturen bei. Das revolutionäre Führungsorgan wurde von den vier „chefs historiques“ (Sankara, Compaoré, Zongo und Lingani) angeführt (vgl. Englebert 1986: 122; Ziegler 1984: 10), wobei innerhalb dieses elitären Zirkels der Präsident Sankara nochmal eine übergeordnete Rolle einnahm (vgl. Otayek 1989a: 28).

Die Galionsfigur der burkinischen Revolution setzte sich öfters über die organisatorischen Bahnen des CNR hinweg, indem sie Beschlüsse und Maßnahmen im Alleingang und ohne Absprache mit seinen Mitgliedern durchsetzte. Die Funktionsweise des Führungsorgans basierte über zwei Jahre lang weder auf einer Satzung noch auf einem internen Regelwerk und so konnte Sankara die Generalversammlung einberufen, wann er wollte. Seine Machtkonzentration konnte auch nicht durch die Adaption einer internen Verfassung im Oktober 1985 verhindert werden, da diese keine klaren organisatorischen Richtlinien

---

<sup>86</sup> Der demokratische Zentralismus fand einerseits Verwendung in den unterschiedlichen Kommunistischen Parteien, andererseits galt er als offizielles Prinzip staatlicher Organisation in der Sowjetunion, China und anderen kommunistischen Ländern (vgl. Johnstone 1995: 569).

beinhaltete. Die parallele Existenz von einflussreichen und konkurrierenden Instanzen (wie CNR, CDR, Ministerrat und Présidence) wurde von Sankara zu seinem persönlichen Vorteil ausgenutzt, da diese fest in seinem Einflussbereich verankert waren und gegeneinander ausgespielt werden konnten (vgl. Martens 1989: 86-93; Otayek 1987: 121).

Die Entwicklung der burkinischen Revolution zu einem autoritären Präsidentialismus stand in einem starken Gegensatz zu ihrem propagierten demokratisch-populären Charakter. Einerseits versuchte Sankara zwar, die revolutionären Ideale beispielhaft zu verkörpern, wie etwa bei der Deklaration seines eigenen Vermögens vor der „Comission du Peuple chargée de la Prévention contre la Corruption“ (CPPC) (vgl. Jaffré 2007: 160-162). Andererseits waren seine Ambitionen, zum „unique centre de décision du CNR“ (Otayek 1987: 118) zu werden, unvereinbar mit den demokratischen Prinzipien der RDP. Es stellte sich daher die Frage, „why he himself did not live up to these principles and surrender his position as Chairman of the National Revolutionary Committee.“ (Skinner 1988: 452)<sup>87</sup>

Neben den vier „chefs historiques“ setzte sich der CNR aus zivilen und militärischen Gruppen zusammen, wobei die Armee die dominante Kraft darstellte (vgl. Diallo 1996: 305).<sup>88</sup> Er bestand nicht aus fixen Mitgliedsgruppen und -individuen, sondern seine Komposition wechselte öfters während seines vierjährigen Bestehens. Diese Dynamik ging zu einem gewissen Grad auf die politischen und ideologischen Divergenzen der unterschiedlichen Mitglieder zurück, die innerhalb des revolutionären Führungsorgans aufeinandertrafen (vgl. Jaffré 2007: 157). Genaue Angaben über die Zusammensetzung des CNR sind schwierig zu treffen, da seine Mitgliedschaft geheim gehalten wurde (vgl. Andriamirado 1983a: 32; Martin 1987: 80).

In dem anfänglichen CNR nahmen neben der militärischen Fraktion zwei zivile Gruppen teil, nämlich die PAI-LIPAD und die ULCR (vgl. Englebert 1998: 55).<sup>89</sup> Nach der „clarification“, die für die PAI-LIPAD das Ausscheiden aus dem Führungsorgan bedeutete (vgl. Englebert

---

87 Sankara wurde bereits während seiner Herrschaft mit dem autoritären Charakter der RDP konfrontiert. Er wies diesen Vorwurf stets mit dem Verweis zurück, gemäß dem Willen des Volks zu handeln, wie in dem Diallo-Interview 1983: „Je me pliera à ce que le peuple me dictera. Ce qui est dictature pour les ennemis du peuple est peut-être démocratie pour le peuple.“ (Sankara 1983b: 46)

88 Diese Vorherrschaft drückte sich auch quantitativ aus: So zählte Adama Touré bei einer Sitzung des CNR im Juni 1984 54 Militäranghörige und nur sieben Zivilisten (vgl. Martens 1989: 87).

89 Die ULCR-Mitglieder im CNR waren Valère Somé, Gilbert Kambiré, Basile Guissou und Eugène Dondassé. Die PAI-LIPAD wurde von Philippe Ouédraogo, Adama Touré, Soumane Touré und Paul Zoungrana vertreten (vgl. Jaffré 2007: 200).

1986: 125-127),<sup>90</sup> nahmen neu gegründete Organisationen an der revolutionären Spitze teil. Eine offizielle Deklaration, die Aufschluss über die Zusammensetzung des CNR gab, wurde erst am 17. Mai 1986 veröffentlicht: Sie wurde von der „Organisation Militaire Révolutionnaire“ (OMR), der ULCR, der „Union des Communistes Burkinabè“ (UCB)<sup>91</sup> und der „Groupe Communiste Burkinabè“ (GCB)<sup>92</sup> unterzeichnet (vgl. CNR 1986a: 131).

Der Zusammenschluss der linken Armeeinghörigen schien in diesem Text nicht mehr unter ROC, sondern unter dem neuen Namen OMR auf. Während die ULCR nach wie vor am CNR beteiligt war, gehörten UCB und GCB erst seit kurzem dieser Allianz an (vgl. Englebert 1986: 132f.). Neben dem Aufschluss über die Zusammensetzung des CNR beinhaltete die Deklaration einen Appell an alle organisierten und nichtorganisierten RevolutionärInnen. Diese sollten sich in den revolutionären Prozess einreihen, um „l'édification d'une organisation unique d'avant-garde garante de la continuité conséquente de la première révolution“ (CNR 1986a: 132) voranzutreiben. Dieser Aufruf wollte nicht nur die konkurrierenden linken Kräfte innerhalb einer Einheitspartei zusammenfassen (vgl. Englebert 1986: 133), sondern bestätigte ebenfalls die Vormachtstellung des CNR als avantgardistisches Führungsorgan (vgl. Labazée 1989: 12f., 19).

### **5.2.2 Die Beteiligung der zivilen Linken**

Mit der Machtübernahme des CNR traten erstmals marxistisch-leninistische Gruppen offiziell in Erscheinung, die direkt am revolutionären Führungsorgan beteiligt waren (vgl. Otayek 1985: 7f.). Ihre Partizipation an der Macht wurde aber weder in der Gründungsdeklaration des CNR noch im DOP explizit erwähnt (vgl. Jaffré 2007: 151). In letzterem wurden die AktivistInnen der PAI-LIPAD und der ULCR pauschal unter dem Begriff der „forces populaires démocratiques et révolutionnaires“ (Sankara 2007c: 84) subsumiert. Die Teilnahme und Mitwirkung der zivilen Linken in den staatlichen Institutionen des Regimes war dennoch ein entscheidender Faktor für die politische Entwicklung der RDP.

---

<sup>90</sup> Vgl. dazu ausführlicher Kapitel 5.2.2.

<sup>91</sup> Diese Gruppe wurde von Sankara gegründet, um ein Gegengewicht zur ULCR zu etablieren. Sie wurde anfänglich von dem Sankara-Vertrauten und CDR-Generalsekretär Pierre Ouédraogo angeführt, später dann von Watamu Lamien (vgl. Englebert 1998: 60f.; Somé 1990: 17).

<sup>92</sup> Diese Organisation bildete das Produkt einer Spaltung innerhalb der PCR. Sie wies nur eine sehr kleine politische Basis auf und leistete daher keinen nennenswerten Beitrag für das Hegemonieprojekt des CNR (vgl. Englebert 1986: 61).

Der CNR stellte eine heterogen zusammengesetzte Instanz dar, da er von unterschiedlichen militärischen und zivilen Gruppen getragen wurde (vgl. Englebert 1986: 123). Die Fragilität dieser Koalition ging zu einem großen Teil auf die Präsenz der linken zivilgesellschaftlichen Gruppen zurück, die in einem äußerst spannungsreichen Verhältnis zueinander standen. Diese Rivalität bezog sich auf ideologische Differenzen (in Bezug auf die Einordnung der Revolution)<sup>93</sup> und auf Konflikte, die im Zusammenhang mit einer möglichen Gründung einer Einheitspartei entstanden waren. Nicht zuletzt gingen sie auf die Machtambitionen der linken Organisationen zurück, der RDP ihren eigenen Stempel aufzudrücken (vgl. Englebert 1986: 81, 101, 126; Jaffré 2007: 199-201).

Die PAI-LIPAD, die als die stärkste zivile Kraft innerhalb des linken Spektrums galt (vgl. Otaiek 1989a: 27), nutzte sowohl ihre anfänglich starke Präsenz im CNR und in der Regierung als auch ihre soziale Basis, um die Revolution nach ihren Vorstellungen zu gestalten (vgl. Brittain 1985: 46; Jaffré 2007: 164). So setzten ihre AktivistInnen ohne Absprache mit dem CNR (staatliche) Unternehmensdirektoren ab, um an ihrer Stelle loyale Personen/Räte einzusetzen. Die PAI-LIPAD nutzte ebenfalls ihre neue Machtposition aus, um alte Rechnungen mit der FPV von Joseph Ki-Zerbo (ihrem ehemaligen schärfsten Rivalen) zu begleichen (vgl. Andriamirado 1984c: 28; Jaffré 2007: 201).

Die PAI-LIPAD scheute nicht davor zurück, die Herrschaftspraxis des CNR offen und scharf zu kritisieren. Auf den Versuch Sankaras, die linken Kräfte in einer gemeinsamen Struktur zu vereinen, reagierte sie am 15. Mai 1984 mit einem provokanten Brief. In diesem wurde sowohl die Hastigkeit der revolutionären Entwicklungsprojekte (wie zum Beispiel der Damm von Sourou) als auch die Vorherrschaft der Armee innerhalb des CNR kritisiert. Im Juni desselben Jahres äußerte die linke Organisation Kritik an der zentralistischen und wenig demokratischen Funktionsweise der CDR-Führung (vgl. Jaffré 2007: 203, 205).

Anlässlich des ersten Jahrestags der Verhaftung Sankaras im Mai 1983 geriet die PAI-LIPAD, vertreten durch den Minister der Jugend und des Sports, Ibrahima Koné, mit dem CDR-Generalsekretär Pierre Ouédraogo in einen offenen Konflikt. Die Feierlichkeiten sollten nach Beschluss des Ministerrates von beiden Personen/Institutionen gemeinschaftlich organisiert werden. Durch die gegenseitige Rivalität kam es aber zu zwei unterschiedlichen

---

93 Die moskautreue PAI-LIPAD ordnete die Geschehnisse als eine „Révolution Populaire de Libération Nationale“ (RPLN) ein. Die ULCR, die als loyal gegenüber China galt, setzte sich aber mit ihrer These der „Révolution Démocratique et Populaire“ (RDP) durch (vgl. Englebert 1986: 81, 101).

Veranstaltungen, jene der PAI-LIPAD am 20. Mai konnte dabei mehr BesucherInnen anziehen als die der CDR am 22. Mai. Nach diesem symbolischen Zusammenstoß wurde Koné unverzüglich seiner Funktion enthoben, da er – so die nationale Presse – die revolutionäre Führung zugunsten der PAI-LIPAD spalten wolle (vgl. Andriamirado 1984b: 27; Brittain 1985: 45f.; Jaffré 2007: 204).

Das widerspenstige Verhalten der PAI-LIPAD stieß auf wachsende Missbilligung der einflussreichen Kräfte innerhalb des CNR (vgl. Englebert 1986: 125; Jaffré 2007: 201).<sup>94</sup> Dies führte dazu, dass sich das Führungsorgan für den Ausschluss der PAI-LIPAD aus dem Herrschaftsbündnis<sup>95</sup> und die Konsolidierung der im DOP ausgearbeiteten, revolutionären Leitlinie entschied. Im August 1984 entledigte man sich im Rahmen der von nun an jährlich stattfindenden Regierungsauflösung der PAI-LIPAD-Minister (vgl. Englebert 1986: 126f.). Im selben Monat wurden ihre beiden Mitglieder Arba Diallo (damaliger Außenminister) und Adama Touré (damaliger Informationsminister) verhaftet. Ein weiterer hochrangiger Aktivist, Soumane Touré, wurde im Jänner 1985 verhaftet, nachdem er dem CNR die Veruntreuung von Geldern vorgeworfen hatte (vgl. Andriamirado 1985b: 30; Jaffré 2007: 206).<sup>96</sup>

Sankara legitimierte diesen repressiv-autoritären Kurs in einer Nachricht an die Nation am 4. August 1984. In dieser entrüstete er sich über alle abweichenden Interpretationen der RDP und rief alle politischen Kräfte zur rigorosen Einhaltung der im DOP ausgearbeiteten, revolutionären Dogmatik auf. Im Rahmen dieser „clarification“ sollte das ideologische Programm der RDP in den Köpfen verfestigt und der CNR effizienter strukturiert werden (vgl. Englebert 1986: 126). Durch die Kanonisierung der revolutionären Leitlinie wurden abweichende Bewegungen und Ansichten als konterrevolutionär gebrandmarkt, wie etwa die Aktionen der PAI-LIPAD und der ihr nahestehenden gewerkschaftlichen Bewegung, die als anarchistisch zurückgewiesen wurden (vgl. Jaffré 2007: 201, 206).<sup>97</sup>

Die Verdrängung der PAI-LIPAD führte nicht zur gewünschten Homogenisierung des

---

94 Bereits seit November 1983 drängte beispielsweise der ULCR-Führer Valère Somé darauf, die PAI-LIPAD, wenn nötig auch mit Gewalt, aus dem CNR zu eliminieren und die verbleibenden Kräfte innerhalb einer elitären Avantgardepartei zu bündeln. Dies geht aus einem Brief hervor, den Somé im besagten Monat an Sankara geschrieben hat (vgl. Martens 1989: 138-141).

95 Die Absetzung der PAI-LIPAD bezog sich aber nicht auf alle Bereiche, wichtige staatliche Stellen wurden weiterhin von ihren Mitgliedern besetzt (vgl. Englebert 1986: 127).

96 Der Gewerkschaftsführer blieb über eineinhalb Jahre inhaftiert und wurde erst am 3. Oktober 1986 freigelassen (vgl. Andriamirado 1987c: 37).

97 So wurde etwa die Verhaftung von Arba Diallo damit begründet, dass dieser konterrevolutionäre Aussagen getätigt habe (vgl. Englebert 1986: 129).

revolutionären Führungsorgans, im Gegenteil bezeichnete sie den Auftakt eines „process of decomposition and recomposition of alliances and influences within the CNR.“ (Otayek 1989a: 28) Für diesen bedeutete das Ausscheiden der PAI-LIPAD eine Schwächung seiner sozialen Basis, die er nicht kompensieren konnte (vgl. Englebert 1986: 127f.). Neue Zusammenschlüsse wie die von der OMR beeinflusste UCB konnten die Instabilität des CNR nicht verhindern und scheiterten an ihrer Aufgabe, die verbliebenen linken Kräfte in einer einheitlichen Struktur zu bündeln (vgl. Englebert 1998: 60f.; Jaffré 2007: 206, 220f.).

Die von der „clarification“ ausgelöste Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des CNR schlug sich zunächst zugunsten der ULCR aus, welche die Anzahl der von ihr gestellten Minister auf fünf erhöhen konnte (vgl. Englebert 1986: 129; Jaffré 2007: 165). Auf der anderen Seite reagierte die PAI-LIPAD auf ihre Marginalisierung nicht mit einer Rücknahme ihrer politischen Agitation. Im Gegenteil erlebte Ouagadougou im Jahr nach der „clarification“ eine rege Zirkulation von Flugblättern der PAI-LIPAD und der CSV. Arba Diallo und Adama Touré wurden 1985 bzw. 1986 aus der Haft entlassen und ersterer wurde in weiterer Folge sogar zum Berater Sankaras ernannt (vgl. Englebert 1986: 127-129).

Die Vereinheitlichung der konkurrierenden linken Organisationen war eines der zentralen Anliegen Sankaras, da seiner Meinung nach deren Rivalität den Fortschritt der RDP gefährdete (vgl. Jaffré 2007: 220). Er konnte dieses Projekt aber nie verwirklichen, da die linken Gruppen, die den Verlust ihres Einflusses und ihrer Unabhängigkeit befürchteten, zurückhaltend bis ablehnend darauf reagierten (vgl. Englebert 1998: 61). Dennoch hielt Sankara eisern an seinem Vorhaben fest, das sich etwa in der bereits erwähnten Deklaration des CNR vom 17. Mai 1986 widerspiegelte. Diese propagierte den gemeinsamen Willen von OMR, ULCR, UCB und GCB, den Aufbau einer Einheits- und Avantgardepartei in Angriff zu nehmen (vgl. CNR 1986a: 132). Am vierten Jahrestag der Revolution behauptete Sankara, dass die Basis für „la réalisation d’une unité réelle, d’une unité militante de l’ensemble des forces révolutionnaires de notre pays“ (Sankara 2007x: 419) gelegt wäre.

Das weitere Geschehen zeigte, dass Sankara den Eindruck revolutionärer Einheit wahren wollte, während im Hintergrund die Konflikte und Rivalitäten zwischen den verschiedenen CNR-Fraktionen die Instabilität des Regimes vorantrieben. Die linken Organisationen konnten ihre Machtambitionen nicht verwirklichen, da die zentralen Entscheidungen ausschließlich innerhalb des kleinen und elitären Zirkels des ROC/OMR gefällt wurden. Sankara spielte vor

allem am Ende seiner Herrschaft die unterschiedlichen Bestandteile des CNR gegeneinander aus. Dies führte zu seiner politischen Isolation und der Erosion seines Rückhalts innerhalb des linken Spektrums (vgl. Englebert 1998: 61; Otayek 1989a: 27-29).<sup>98</sup>

### **5.2.3 Die „Comités de défense de la Révolution“**

Die Gründungsdeklaration des CNR am 4. August 1983 forderte die Bevölkerung Obervoltas auf, „à constituer partout des Comités de défense de la révolution pour participer à la grande lutte patriotique du CNR et pour empêcher les ennemis intérieurs et extérieurs de nuire à notre peuple.“ (Sankara 2007b: 72) Während in diesem Dokument die CDR vor allem noch auf ihre Verteidigungsfunktion beschränkt wurden (vgl. Englebert 1986: 135), präzisierte der DOP ihre zukünftige Rolle innerhalb des revolutionären Prozesses. Ihre zentrale Aufgabe sei es, den Machtransfer von den Feinden des Volks zum Volk zu gewährleisten (vgl. Sankara 2007c: 100). Sie sollten dem CNR als Mittel dienen, „une décentralisation et une déconcentration du pouvoir administratif“ (ebd.: 101) herbeizuführen. Im gesamten Land sollten lokale CDR-Sektionen gebildet werden, „qui sont les représentants du pouvoir révolutionnaire dans les villages, les quartiers des villes, les lieux de travail.“ (ebd.)

Am 17. Mai 1984, also genau ein Jahr nach der Verhaftung Sankaras, wurden die offiziellen Statuten der CDR, die vom seinem Generalsekretariat ausgearbeitet wurden, veröffentlicht (vgl. Englebert 1986: 136). Der erste Artikel definierte die CDR als „une émanation du Conseil National de la Révolution [...].“ (CNR 1986b: 240). Ihr Spielraum wurde auf die verbindlichen Vorgaben des CNR eingeschränkt, da sie zu „l’application stricte des décisions, mesures et dispositions prises par le C.N.R.“ (ebd.) verpflichtet waren. Darüber hinaus sicherte sich das Führungsorgan seinen Einfluss auf die revolutionäre Massenorganisation, indem es ihre Schlüsselposten (wie Generalsekretär und Stellvertreter, kommunale BürgermeisterInnen und HochkommissarInnen) selber besetzte (vgl. ebd.: 244, 247, 251f.).

Der CNR verstärkte seine Kontrolle über die CDR durch ideologische Aufnahme- und Mitgliedschaftskriterien, die von ihm ausgearbeitet wurden. CDR-AktivistInnen sollten nur diejenigen werden können, die sich durch ihre Loyalität gegenüber den revolutionären Idealen auszeichneten und einen moralisch einwandfreien, disziplinierten und bescheidenen Charakter

---

<sup>98</sup> Die PAI-LIPAD war zum Beispiel Gerüchten zufolge, die unmittelbar nach dem 15. Oktober 1987 umhergingen, dem „Coup d’État“ der FP nicht abgeneigt (vgl. Otayek 1987: 122).

vorwiesen. Für die Angehörigen des CDR-Vorstands wurden die Zugangsbedingungen noch enger geschnürt: Ehemalige Mitgliedschaft in einer der aufgelösten Parteien, Opportunismus, Nähe zu den Volksfeinden und Verurteilung wegen Diebstahls, Betrugs, Hinterziehung oder Drogenhandels verhinderten kategorisch eine Aufnahme (vgl. ebd.: 252f.). Diese ideologischen Selektionskriterien standen in einem Widerspruch zur theoretischen Konzeption der CDR, die prinzipiell jede/n Burkinabè zu einem Mitglied erklärte (vgl. Sandwidi 1996: 338).

Die CDR waren organisatorisch in vier hierarchisch geordnete Ebenen unterteilt: Auf der untersten Stufe befanden sich die „CDR de base“, also Dorf-, Stadt-, Sektor- bzw. Quartier-, Betriebs-, Truppen- und SchülerInnen/StudentInnen-CDR. Eine Ebene darüber waren das „comité départemental“, das „comité de garnison“ und das „comité de coordination des services“ angesiedelt. Das dritte Niveau umfasste den „conseil provincial“, dem nur noch der CDR-Kongress übergeordnet war (vgl. CNR 1986b: 241). Der Vorstand des Kongresses wurde durch das „Secrétariat Général National“ (SGN) gewählt, das als höchste Instanz die Aktivitäten der CDR leiten und koordinieren sollte (vgl. ebd.: 245).

Zwischen den heterogenen Kräften innerhalb des CNR entfachte sich ein erbitterter Konflikt, wer die einflussreiche Führung des SGN übernehmen sollte. Die militärische Fraktion ging als Sieger aus dieser Auseinandersetzung hervor, da Sankara ohne Absprache mit dem CNR den Hauptmann Pierre Ouédraogo zum Anführer der CDR bestellte (vgl. Jaffré 1989: 183). Diese Wahl war strategisch motiviert, um einerseits in dem Konflikt zwischen PAI-LIPAD und ULCR (die beide einen Anspruch auf den Posten gestellt hatten) zu vermitteln (vgl. Jaffré 2007: 202f.). Andererseits besetzte Sankara diese wichtige Position mit einer loyalen Person, denn der neue Generalsekretär war ein enger Vertrauter Sankaras, der ihm bedingungslos untergeben war (vgl. Jaffré 1989: 183, Jaffré 2007: 202f.).

Die Tätigkeiten und Aufgaben der CDR umfassten, wie Kourita Sandwidi schreibt, Bereiche „d’ordres politique, économique, socio-culturel, militaire et para-militaire.“ (Sandwidi 1996: 338) In allen „CDR de base“ wurde ein/e Verantwortliche/r für politische Bildung, Propaganda und Information, sozioökonomische Tätigkeiten, kulturelle und sportliche Aktivitäten, Sicherheit und Finanzverwaltung gewählt. In den Dorf-, Stadt- und Sektor-CDR wurde zusätzlich ein/e Beauftragte/r für die Mobilisierung der Frauen ernannt (vgl. CNR 1986b: 241-243).

Die Kompetenzen der darüber liegenden CDR-Organe lagen vor allem in der Koordination und Beaufsichtigung der jeweils niedrigeren Ebene. Eine zentrale Rolle innerhalb des CDR-Systems nahm die „Pouvoir Révolutionnaire Provincial“ (PRP) ein, deren Mitglieder von dem „Conseil provincial“ gewählt wurden. Sie war mit besonderen Tätigkeitsfeldern beauftragt wie unter anderem Volksrechtsprechung, Infrastruktur/Kommunikation, landwirtschaftliche Entwicklung, Gesundheit, Handel, Bildung, Kultur/Handwerk, Sport und Tourismus/Hotelgewerbe (vgl. ebd.: 244).

Der revolutionäre Bildungsauftrag der CDR wurde durch die Klassenanalyse im DOP gedeckt, die grundlegende Defizite im Bewusstsein jeder Klasse bis auf das Proletariat behauptete (vgl. Banégas 1993: 38; Labazée 1989: 17). Die CDR sollten die Bevölkerung für die revolutionären Belange aufklären, mobilisieren und organisieren (vgl. CNR 1986b: 240). Die Erziehungsmission der CDR war eine zweckgerichtete Operation, denn sie sollte „ses membres à défendre la Révolution sur les fronts militaire, politique, économique, social et culturel“ (ebd.) bewegen. In der Praxis bedeutete dies die Vermittlung der revolutionären Theorie, der Inhalte des DOP oder der neuen Leitparolen (vgl. Jaffré 1989: 176).

Der CNR versuchte über die Gründung der omnipräsenten CDR die zivilgesellschaftlichen Akteure und Institutionen in seine Herrschaft einzubinden. Die politische Agitation der Bevölkerung sollte ausschließlich innerhalb der staatlichen Strukturen des Revolutionsregimes stattfinden. Diese Konzeption des Politischen manövrierte den revolutionären Staat in ein Konfliktverhältnis zu den Kräften der Zivilgesellschaft. Diese sollten nach den Vorstellungen des CNR ihr autonomes Dasein aufgeben und nahtlos in die Strukturen der CDR übergehen. Die CDR nutzten ihre breitenwirksame Verankerung und ihren Rückhalt durch das staatliche Gewaltmonopol, um die zivilgesellschaftlichen Akteure zu verdrängen (vgl. Rejai 1991: 111). Otayek schreibt, dass „the CDRs were accorded preeminence over all other mass organisations and were allocated the task of structuring social space in its totality; in the administrations, at the work places, in the neighbourhoods, in the villages.“ (Otayek 1989a: 22)

Der Konflikt zwischen politischer und ziviler Gesellschaft kann beispielhaft anhand der Gründung der „CDR de services“ nachvollzogen werden, die den CNR in einen hartnäckigen Konflikt mit den Gewerkschaften stürzte (vgl. Sandwidi 1996: 338f.). Diese besonderen CDR wurden in der Verwaltung und in allen staatlichen, halbstaatlichen und privaten Betrieben errichtet und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet (vgl. CNR 1986b: 242; Jaffré 2007:

202), die von den Statuten festgelegt wurden: „Il veille à la sécurité du service; il suscite toutes les activités culturelles et sportives susceptibles de garantir à ses membres un sain épanouissement révolutionnaire sur le plan physique, intellectuel, moral et sociale.“ (CNR 1986b: 248)

In den staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen übernahmen die Komitees die Geschäftsführung und wirkten auf allen betrieblichen Ebenen (wie Aufsichtsrat, Personalversammlung oder Disziplinarausschuss) mit. In den privaten Firmen sollten sie die Vertretung der ArbeiterInnen gegenüber der Direktion übernehmen und ebenfalls an allen Instanzen teilnehmen. Ihnen wurde das Recht garantiert, Zugang zu allen Informationen, die sie benötigten, zu erhalten (vgl. ebd.: 248). Die Mitglieder der „CDR de services“ bekamen einen Sonderstatus zugewiesen: Ohne Absprache mit dem Koordinationskomitee konnten keine Sanktionen über sie verhängt werden, solange sie gemäß den Richtlinien des CNR bzw. des SGN handelten (vgl. ebd.: 254).

Durch diesen breiten Kompetenzbereich entwickelten sich die CDR, wie Sandwidi herausstreicht, zu „des structures omniprésentes, omniconpétentes qui utiliseront leur toute puissance pour exercer la terreur sur les individus, les organisations et même sur les responsables dans les services.“ (Sandwidi 1996: 339) In dieser repressiven Funktion enttarnten sie zum Beispiel reaktionäre ArbeiterInnen, die in weiterer Folge oft entlassen wurden, stellten Zeugnisse für BeamtInnen aus, die sich direkt auf ihren beruflichen Werdegang auswirkten oder überwachten deren verpflichtende Anwesenheit auf den kollektiven Äckern der Verwaltung (vgl. Jaffré 1989: 181).

Die „CDR de services“, die in rechtlicher Hinsicht mit mehr Befugnissen und Kompetenzen als die Gewerkschaften ausgestattet waren (vgl. Sandwidi 1996: 340), stellten deren Monopolstellung in der ArbeiterInnenvertretung radikal in Frage. Die Gewerkschaften reagierten auf ihre Macht- und Einflussverringerung mit unterschiedlichen Widerstandsformen.<sup>99</sup> Die Betriebs-CDR stellten aber nicht nur „une alternative aux structures syndicales de base“ (Labazée 1988: 234) dar, sondern wurden auch zum Austragungsort der internen Konflikte des CNR. Das SGN nutzte die weitreichenden Befugnisse der CDR, um den Einfluss der PAI-LIPAD, die seine Funktionsweise scharf kritisiert hatte, zurückzudrängen (vgl. Jaffré 1989: 183).

---

<sup>99</sup> Vgl. zu diesem Punkt Kapitel 5.3.1.

Der CNR versuchte über eine organisatorische Erweiterung der CDR einen effizienteren Zugriff auf die sozialen Gruppen der Zivilgesellschaft zu erwirken. Die neu geschaffenen und strukturell an die CDR gebundenen Massenorganisationen waren die folgenden (vgl. Jaffré 2007: 210): Die „Union des Femmes Burkinabè“ (UFB), das „Mouvement National des Pionniers“ (MNP), die „Union Nationale des Anciens du Burkina“ (UNAB) und die „Union Nationale des Paysans du Burkina“ (UNPB). Diese Strukturen sollten die Eingliederung der gesamten Bevölkerung in den revolutionären Prozess garantieren. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Mobilisierung spezifischer Gruppen (Frauen, Junge, Alte, Bauern/Bäuerinnen) gelegt, da sich diese zur sozialen Basis des Regimes entwickeln sollten (vgl. Englebert 1986: 143-145, 148; Jaffré 2007: 210f.).

Über die „CDR de base“ und das MNP sollte etwa der junge Teil der Bevölkerung mobilisiert und zu entschiedenen RevolutionsanhängerInnen erzogen werden (vgl. Banégas 1993: 66). Die Widerstände, die diese Veränderung des Verhältnisses zwischen alt und jung hervorrief, sollten über die Gründung der UNAB eingedämmt werden (vgl. Englebert 1986: 145f.).<sup>100</sup> Der CNR hoffte mit dieser Institution den Generationswechsel in den politischen Machtbeziehungen legitimieren zu können, von dem besonders die Politik und die Armee betroffen waren. Sankara war einer der jüngsten Präsidenten des afrikanischen Kontinents und auch das Alter seiner MitkämpferInnen war relativ gesehen sehr niedrig (vgl. Englebert 1986: 91, 145; Otayek 1985: 8; Wilkins 1989: 381). In diesem Kontext verstand der CNR seine Revolution als eine Bewegung der jungen Bevölkerung, im DOP wurde „l’adhésion ouverte de tout un peuple et surtout de sa jeunesse aux idéaux révolutionnaires“ (Sankara 2007c: 85) behauptet.

Die CDR gehörten neben der Armee und der Polizei zur „pouvoir de contrainte physique“ (Englebert 1986: 180), über die der CNR verfügte. Sie stellten ein effektives soziales Kontroll- und Disziplinierungsinstrument dar, da sie juristische und exekutive Funktionen ausüben durften und in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen verankert waren (vgl. Englebert 1986: 95, 148f.; Otayek 1989a: 22). Als Handlanger des CNR bzw. ihres Generalsekretariats fungierten die CDR als „instruments of coercion“ (Speirs 1991: 105), welche die Order der

---

<sup>100</sup>Der CNR bewies in der Besetzung der UNAB-Posten strategisches Kalkül, indem er Sangoulé Lamizana zum Präsidenten und Maurice Yaméogo zum Vize-Präsidenten ernannte, die beide einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung aufwiesen (vgl. Andriamirado 1987d: 66; Englebert 1986: 130). Die beiden Politiker wurden sogar, wenn auch diskret, in offizielle Anlässe eingebunden, wie zum Beispiel in den Empfang zu Ehren von Mitterrand am 17. November 1986 in Ouagadougou (vgl. Dahmani 1986c: 57).

höheren Ebene auf rigorose Weise durchsetzten. In dieser Funktion bildeten sie, wie Diallo schreibt, „des brigades de vigilance chargées de la sécurité de la révolution dont ils sont à la fois les yeux et les oreilles.“ (Diallo 1984c: 37)

In der Praxis wandten die CDR eine Vielzahl von repressiven Methoden an: Sie verhafteten willkürlich (vermeintliche) Oppositionelle, führten harte Sanktionen gegenüber den reaktionären BeamtInnen durch, stigmatisierten steuersäumige Unternehmen oder schlossen aufsässige Schulen (vgl. Englebert 1986: 181; Jaffré 1989: 177; Jaffré 2007: 211f.). Im Vollzug des revolutionären Gesetzes in den Dörfern durften die CDR Land und Vieh beschlagnahmen oder ganze Gemeinden kollektiv bestrafen (vgl. Labazée 1986: 115). Die Befugnis für legitime Gewalt- und Zwangsausübung wurde in vielen Fällen durch die CDR missbraucht, um etwa persönliche Rechnungen zu begleichen oder politische GegnerInnen auszuschalten (vgl. Jaffré 2007: 212). In vielen Fällen hatten die Mitglieder der CDR, die sich zu einem großen Teil aus der jungen, arbeitslosen Bevölkerung rekrutierten, nicht die notwendige Kompetenz für ihre neuen Aufgabenbereiche und nutzten ihren Machtzuwachs aus (vgl. Jaglin 1996: 248).

Der Machtmissbrauch der CDR ging zu einem gewissen Grad auf ihre widersprüchliche personelle Zusammensetzung zurück, die zwischen ihren gut gebildeten AktivistInnen in der Führung und den jungen, arbeitslosen Mitgliedern in der Basis bestand. Während die höheren Posten durch Wahlen bestimmt wurden, rekrutierten sich die unteren Ränge ohne ein wirkliches Auswahlkriterium. Diese jungen CDR-AktivistInnen zeichneten vor allem für Verteidigungs- und Sicherheitsaufgaben verantwortlich, für die sie nach einer militärischen Ausbildung mit Waffen ausgerüstet wurden. Ihre Delikte (wie das Eintreiben von Schutzgeld, etc.) waren zum Teil darauf zurückzuführen, dass sie keinen regulären Lohn für ihre Arbeit erhielten (vgl. Brisset 1987: 30; Jaglin 1996: 250f.).

Der zentrale Auftrag der CDR, den Machttransfer von der neokolonialen Elite zur Bevölkerung zu garantieren, wurde in der alltäglichen Praxis häufig unterlaufen. Die formell entmachteten Dorfchefs sicherten sich beispielsweise weiterhin ihren Einfluss auf das lokale Geschehen, indem sich ihre Söhne bzw. Personen aus ihrem (familiären) Umfeld in die CDR wählen ließen (vgl. Jaffré 2007: 202, 211; Labazée 1987: 15; Otayek 1989a: 24). Durch diese Vorgehensweise, die den Fortbestand der traditionellen Strukturen sicherte, wurden sowohl die Kontroll- und Überwachungsfunktion der CDR als auch ihr politischer Auftrag unterlaufen (vgl. Englebert 1998: 72). Die Handlanger der traditionellen Hierarchie fielen darüber hinaus

durch ihren autoritären Führungsstil auf und wurden für die Misswirtschaft vieler lokaler CDR verantwortlich gemacht (vgl. Jaffré 2007: 211).

Das CNR-Regime kaschierte nicht den totalitären Aufbau der revolutionären Massenorganisation, im Gegenteil wurde dieser von Sankara bei seiner Abschlussrede der ersten Nationalkonferenz der CDR am 4. April 1986 bestätigt: „Sur le plan politique, sur le plan économique, sur le plan militaire, sur tous les plans de la vie nationale, à tous les niveaux de la vie des Burkinabè, nous, CDR, sommes impliqués directement.“ (Sankara 2007p: 294)

Durch ihre Omnipräsenz avancierten die CDR in der Bekämpfung der Revolutionsfeinde zur Speerspitze des repressiven Staatsapparats. So meinte etwa Compaoré in Bezug auf einen verhinderten Komplott im Mai 1984: „Tous les quartiers ont maintenant leur CDR. Nous sommes au courant de la moindre réunion dans chaque quartier grâce à la vigilance des CDR.“ (Compaoré 1984: 33)

Die Vorgaben des demokratischen Zentralismus, die Organisation und Praxis der CDR leiteten, sahen Kritik und Selbstkritik der eigenen Strukturen vor. Diesen Prinzipien wurde im Rahmen der ersten Nationalkonferenz der CDR in Ouagadougou vom 31. März bis zum 4. April 1986 Rechnung getragen. In seiner Abschlussrede verurteilte Sankara Mitgliedschaft und Praktiken der „mauvais militants“ (Sankara 2007p: 297): Er kritisierte die Präsenz der traditionellen und neofeudalen Autoritäten in den Rängen der CDR, die Übergriffe, Plünderungen und Kompetenzüberschreitungen der Patrouillen und den Machtmissbrauch von AktivistInnen, die persönliche Rechnungen aus der Vergangenheit beglichen (vgl. ebd.: 297-302). Er beklagte die Misswirtschaft der CDR in Form einer „gestion anarchique, frauduleuse, gabegique et concussionnaire des fonds [...]“ (ebd.: 303) Nicht zuletzt prangerte er das Engagement einiger CDR-Mitglieder in den Betrieben an, das nicht aus revolutionärer Überzeugung, sondern aus persönlichem Prestigedenken motiviert sei (vgl. ebd.: 304).<sup>101</sup>

Mit dieser Rede zeigte Sankara, dass er über die Missstände innerhalb der CDR gut informiert war (vgl. Jaffré 2007: 214). Dennoch betonte der Revolutionsführer, dass die CDR eine *conditio sine qua non* für den revolutionären Prozess darstellten. Denn einerseits habe es ohne ihre Beteiligung keine Erfolge und Errungenschaften der RDP geben können (vgl. Sankara 2007p: 294). Andererseits seien die CDR auch in Zukunft notwendig, um das revolutionäre

---

<sup>101</sup>Die Selbstkritik der CDR war bereits vor dieser Rede praktiziert worden, so gestand Pierre Ouédraogo in einem Interview mit Andriamirado im Juli 1985 in manchen Fällen den Machtmissbrauch der CDR ein (vgl. Ouédraogo 1985: 28).

Burkina Faso weiter umzugestalten: „Nous avons besoin des CDR et nous aurons toujours besoin des CDR, quelle que soit la forme qu'un jour ils pourraient prendre.“ (ebd.: 295)

Die Demokratisierung der Macht, mit der die CDR als wichtigste Mobilisierungs- und Aufklärungsinstitution des CNR-Regimes betraut war (vgl. Englebert 1986: 138, 150), konnte zu einem gewissen Grad erfüllt werden. Sie konnten die Einbindung breiter Teile der Bevölkerung in politische Vorgänge und Entscheidungen gewährleisten (vgl. Jaffré 2007: 210f.). In dieser Funktion waren die CDR für ein breites Spektrum von Aufgaben wie etwa die Organisation gemeinschaftlicher Arbeiten, die Lösung von Nachbarschaftskonflikten oder den Bau von Schulen und Krankenstationen zuständig (vgl. Banégas 1993: 60; Jaffré 2007: 209).

Die CDR blieben während der RDP von ihrem inneren Widerspruch geprägt, der zwischen Selbstbestimmung durch die Bevölkerung und Fremdbestimmung durch den CNR herrschte (vgl. Englebert 1986: 138f.). Sie entwickelten sich zusehends in ein Herrschafts- und Machtmittel des Revolutionsregimes (vgl. Englebert 1998: 58f.), das diese Instrumentalisierung durch ihre Definition als „pouvoir populaire“ verschleiern wollte, wie Labazée zusammenfasst: „En définitive, les CDR vivent sur l'illusion du pouvoir. Ils n'en sont que l'outil [...].“ (Labazée 1985a: 12) Es war dieser hierarchische, autoritäre und repressive Charakter der CDR, der sie in der Bevölkerung zunehmend unpopulärer werden ließ (vgl. Englebert 1986: 138, Englebert 1998: 59).

#### **5.2.4 Die „Tribunaux Populaires de la Révolution“**

Die „Tribunaux Populaires de la Révolution“ (TPR) stellten eine der wichtigsten Institutionen in der Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit des CNR-Regimes dar. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des DOP existierten die TPR noch nicht, ihre Gründung datiert auf den 19. Oktober 1983. Die revolutionären Gerichtshöfe verhandelten politische Verbrechen, Vergehen in Bezug auf die innere und äußere Staatssicherheit, Veruntreuungen öffentlicher Gelder und alle Verbrechen, die von BeamtInnen in der Ausübung ihrer Funktion verübt worden waren (vgl. Englebert 1986: 175f). Sie sollten einen Beitrag zur Bekämpfung der Korruption leisten, indem sie die Delikte der klientelistischen Netzwerke (der Vorgängerregime) offen legten und verurteilten (vgl. Banégas 1993: 104; Otayek 1989a: 19, 26).

Am symbolischen Datum des 3. Jänners 1984 (genau 18 Jahre nach dem Sturz Yaméogos)

hielt Sankara eine Eröffnungsrede anlässlich der ersten Sitzung der TPR. In dieser unterstrich er das Anliegen des Revolutionsregimes, den neokolonialen Staat durch einen im Dienste der Bevölkerung stehenden Apparat zu ersetzen. Dieses Vorhaben müsse, so der Revolutionsführer, eine radikale Umgestaltung der staatlichen Justiz umfassen (vgl. Sankara 2007d: 122). Im Gegensatz zur ehemaligen Judikative solle die revolutionäre Rechtssprechung „celle des opprimés et des exploités, contre la justice néocoloniale d’hier qui était celle des oppresseurs et des exploités“ (ebd.: 126) sein.

Mit der Bildung der TPR habe sich das Volk ein authentisches und adäquates Mittel in seinem Kampf gegen die neokoloniale Justiz und für demokratische Gerechtigkeit geschaffen: „Le monde des exploités, des spoliés, de tous ceux qui tirent avantage du système néocolonial tremble parce que le peuple voltaïque devenu désormais maître de sa destinée veut rendre sa justice.“ (ebd.: 119) Die TPR sollen nicht nur die vergangenen Delikte ehemaliger StaatsbeamtenInnen verurteilen, sondern ebenfalls zur Einhaltung der revolutionären Moral und Disziplin im CNR-Staat beitragen (vgl. ebd.: 123). Zusammensetzung und Funktion der TPR seien demokratisch legitimiert, da die Richter „au sein des travailleurs et par les seuls travailleurs avec la mission d’accomplir la volonté du peuple“ (ebd.: 120) gewählt worden seien.

Die TPR sollten durch ihre Darstellung als eine Art Klassenjustiz, die im Interesse des Volks und des Proletariats agiere, legitimiert werden. In der Praxis rekrutierten sie sich aber nicht aus der einfachen Bevölkerung bzw. den ArbeiterInnen, sondern setzten sich aus einem Richter und Mitgliedern der CDR und der Armee zusammen.<sup>102</sup> Sie führten Prozesse gegen ehemalige Staatsoberhäupter und hohe Politiker wie beispielsweise Sangoulé Lamizana, Saye Zerbo, Joseph Ki-Zerbo und Gérard Kango Ouédraogo (vgl. Englebert 1986: 176f.).

Die TPR wurden durch andere lokale Institutionen ergänzt, um ihren revolutionären Auftrag im gesamten Land erfüllen zu können: Neben ihnen gab es noch die „Tribunaux Populaires de Conciliation“ in den Sektoren und den Dörfern und die „Tribunaux Populaires Départementaux“ und die „Tribunaux Populaires d’Appel“ in jeder Provinz (vgl. ebd.: 176-178). Die Urteile der TPR fielen relativ mild aus, da bereits der öffentliche Charakter der Verhandlungen und die damit verbundene Demütigung für den/die Angeklagte/n als Teil der

---

<sup>102</sup>Englebert berichtet, dass die TPR aus fünf CDR-Mitgliedern, einem Armeeeingehörenden und einem Richter bestanden (vgl. Englebert 1998: 60). Im Gegensatz dazu schreibt Diallo, dass sie aus drei CDR-FunktionärInnen, drei Armeeeingehörenden und drei Richtern zusammengesetzt waren (vgl. Diallo 1984c: 37).

Strafe konzipiert waren (vgl. Andriamirado 1986e: 31). Sie fällten keine Todesurteile, sondern beschränkten sich auf (Teil-)Enteignungen, Geld- und Gefängnisstrafen (vgl. Englebert 1986: 176f.).

Die Urteile der TPR wurden in vielen Fällen durch Begnadigungsmaßnahmen abgeschwächt, die vom CNR ausgesprochen wurden, um die verurteilten neokolonialen Politiker und ihre UnterstützerInnen in sein revolutionäres Projekt zu integrieren. Am zweiten Jahrestag der RDP wurde beispielsweise der Strafraum von Saye Zerbo gesenkt und Gérard Kango Ouédraogo wurde von der Gefängnishaft in den Hausarrest überstellt. Der ehemalige Präsident des CSP, Jean-Baptiste Ouédraogo, wurde nach zwei Jahren Haft ohne ein Verfahren in die Freiheit entlassen (vgl. Andriamirado 1985d: 30; Englebert 1986: 128).

Die TPR sorgten für internationales Aufsehen im Rahmen eines großen Finanzskandals innerhalb der „Communauté Économique de l’Afrique de l’Ouest“ (CEAO) im Jahr 1984,<sup>103</sup> für dessen Aufklärung sie von den Mitgliedsländern eingesetzt wurden (vgl. Englebert 1986: 177f.). Die revolutionäre Justiz verurteilte am 3. April 1986 die drei Angeklagten Mohamed Diawara, Moussa Ngom und Moussa Diakité zu langjährigen Gefängnisstrafen (vgl. Andriamirado 1986e: 30). In dieser „affaire du siècle“ konnten die TPR von dem „bon fonctionnement de la justice burkinabè“ (Andriamirado 1986b: 42) überzeugen, da sie den hohen Funktionären einen gerechten Prozess gewährleisteten (vgl. Andriamirado 1986d).<sup>104</sup>

Die TPR stellten „l’illustration la plus spectaculaire de l’œuvre de moralisation“ (Englebert 1986: 178) des CNR dar. Das revolutionäre Führungsorgan nutzte die geschickte Inszenierung ihrer Verhandlungen, die öffentlich zugänglich waren und im Radio landesweit und nach Lomé, Abidjan und Bamako ausgestrahlt wurden, um seine ideologischen Inhalte in der Bevölkerung zu verbreiten (vgl. ebd.). Neben dieser „théâtralisation de la morale révolutionnaire“ (Banégas 1993: 113) bildeten sie ein effektives Instrument, um die klientelistischen Netzwerke der Vergangenheit und Gegenwart bekämpfen zu können (vgl. Englebert 1998: 70). Die TPR verkörperten die revolutionäre Vision einer besseren Gesellschaft, da die Verurteilungen von hohen Beamten den Bruch mit der neokolonialen

---

<sup>103</sup>Vom Juni 1981 bis zum August 1983 wurden 6 528 Millionen F CFA von dem „Fonds de Solidarité et d’Intervention pour le Développement de la Communauté“ (FOSIDEC) der CEAO auf Konten in der Schweiz und Frankreich überwiesen (vgl. Gaillard 1985: 35).

<sup>104</sup>Die Angeklagten verbrachten die Zeit von ihrer Verhaftung Ende 1984 bis zum Prozess im März/April 1986 in Gefangenschaft in Ouagadougou. In einer Reportage berichtete Sennen Andriamirado von den relativ guten Haftbedingungen Diawaras, der auf dem Gelände des „Conseil de l’Entente“ festgehalten wurde (vgl. Andriamirado 1985c).

Ordnung und die Affirmation der revolutionären Tugenden symbolisierten (vgl. Banégas 1993: 114).

### 5.2.5 Öffentliche Verwaltung

Der DOP forderte die BeamtInnen auf, dass sie der revolutionären Ethik mustergültig entsprechen und sich von ProfiteurInnen des neokolonialen Staats in vorbildliche, tüchtige und bescheidene DienerInnen des Volks verwandeln sollten (vgl. Sankara 2007c: 100). Der CNR wollte diese Transformation durch eine grundlegende Verwaltungsreform erreichen, welche die Defizite der neokolonialen Bürokratie beheben sollte:

Pour ce faire, il faudra la débarrasser de tous les maux qui la caractèrisent – à savoir la bureaucratie lourde, tracassière et ses conséquences – et procéder à une révision complète des statuts de la fonction publique. La réforme devra déboucher sur une administration peu coûteuse, plus opérante et plus souple. (ebd.: 113)

Im DOP fiel die Verortung der BeamtInnen innerhalb der RDP ambivalent aus. Einerseits wurden sie als Bestandteil der „bourgeoisie d’État“ bzw. der „bourgeoisie politico-bureaucratique“ zu den Feinden des Volks gezählt. Andererseits waren sie potentielle Mitglieder des Volks, da sie als Angehörige der „petite-bourgeoisie“ angesehen wurden (vgl. ebd.: 94, 96). Mit dieser Doppelklassifikation schaffte sich der CNR ein Instrumentarium, um die revolutionären von den konterrevolutionären BeamtInnen zu unterscheiden. Darüber hinaus konnte er die Präsenz von neokolonialen FunktionärInnen, die einen bedeutenden Teil des CNR-Establishments ausmachten (vgl. Labazée 1989: 18), in seinem Staatsapparat legitimieren, da die „petite-bourgeoisie“ vor allem anfänglich noch als eine wichtige Triebkraft der RDP konzipiert wurde (vgl. Englebert 1998: 58).<sup>105</sup>

Der CNR setzte bei der Umgestaltung der Verwaltung auf zwei Interventionsbereiche, um ihre negativen budgetären und sozialen Auswirkungen zu reduzieren (vgl. Otayek 1989a: 20).<sup>106</sup> Einerseits veranlasste das Regime eine rigorose Sparpolitik, die von den BeamtInnen Abstriche von ihren ehemaligen Privilegien und finanzielle Beteiligung an den revolutionären Entwicklungsprojekten forderte (vgl. Banégas 1993: 103). Andererseits führte der CNR eine

---

<sup>105</sup>Neben den ehemaligen FunktionärInnen rekrutierte sich die revolutionäre Verwaltung vor allem aus Intellektuellen, kleinen HändlerInnen und Mitgliedern der freien Professionen (vgl. Labazée 1989: 18).

<sup>106</sup>Im DOP wurde auf das Ungleichgewicht zwischen Verwaltungskosten und sozialen Investitionen Bezug genommen: „Les recettes de l’État financent, outre l’effort d’investissement national, les dépenses de l’État, dont 70 pour cent servent à payer les salaires des fonctionnaires et à assurer le fonctionnement des services administratifs. Que peut-il en rester alors pour les investissements sociaux et culturels?“

groß angelegte Säuberungskampagne innerhalb der Administration (und der Armee) durch (vgl. Schicho 2001: 154), der viele Angestellte zum Opfer fielen. Im DOP wurden diese Massenentlassungen wie folgt kommentiert: „En même temps, nous avons dégagé des fonctionnaires et militaires qui, pour des raisons diverses, ne peuvent suivre la cadence de la présente révolution.“ (Sankara 2007c: 101)

Die Sparpolitik in der öffentlichen Verwaltung baute auf einem „set of salary and fiscal measures [...], deductions [...] and more or less 'voluntary' contributions“ (Otayek 1989a: 20) auf. Im Jahr 1984 strich bzw. senkte der CNR verschiedene Prämien, von denen die BeamtInnen lange Zeit profitiert hatten. Ein Jahr später erließ er, dass jährlich ein Zwölftel von den BeamtInnengehältern abgezogen wurde. Seit 1986 kam es zur weiteren Belastung der Einkommen, da verpflichtende Abgaben (gestaffelt nach der Position in der Lohnhierarchie) für den „Effort Populaire d'Investissement“ (EPI) anfielen (vgl. Englebert 1986: 161; Labazée 1985b: 18f., Labazée 1989: 22; Zagré 1994: 132).

Von diesen Einsparungen waren alle Ebenen der BeamtInnenrangordnung betroffen, selbst von den CNR-MinisterInnen wurden Opfer erwartet: So wurden ihre damaligen Mercedes-Dienstwagen gegen weniger luxuriöse Renault 5 ausgetauscht. Auf Dienstreisen wurden sie dazu angehalten, ihre Flüge in der zweiten Klasse zu buchen und in bescheidenen Hotels abzusteigen (vgl. Jaffré 2007: 165). Der CNR institutionalisierte die jährliche Auflösung des MinisterInnenkabinetts, um die Regierung von der Korruption fernzuhalten und für die Probleme des Landes zu sensibilisieren (vgl. Skinner 1988: 451f.).<sup>107</sup> Sankara legitimierte diese Maßnahme in einem Gespräch mit burkinischen BasisaktivistInnen 1987 wie folgt: „Maintenant si on ne milite que quand on est ministre, c'est une erreur. Ministre ou pas ministre, on doit servir le peuple à tous les postes.“ (Sankara 1987: 9, 11) Nicht zuletzt wurden höhere BeamtInnen gezwungen, vor der CPPC öffentlich ihren Besitz zu deklarieren (vgl. Jaffré 2007: 160; Otayek 1989a: 26).

Mit der Senkung der Zahl der Angestellten im öffentlichen Dienst wollte der CNR zur Straffung der aufgeblähten Bürokratie beitragen. Die Anzahl der BeamtInnen, die im Rahmen der revolutionären Rationalisierung ihren Posten verloren, schwankt in der Literatur beträchtlich. Otayek geht von ein paar hundert entlassenen Bediensteten aus, Englebert schätzt die Zahl auf ungefähr 2.000 und Labazée geht von circa 3.000 aus (vgl. Englebert 1986: 160;

---

<sup>107</sup>Der CNR sandte viele MinisterInnen nach ihrer Amtszeit in rurale Regionen, wo sie das harte Leben der DorfbewohnerInnen kennen lernen sollten (vgl. Skinner 1988: 452).

Labazée 1985b: 18; Otayek 1989a: 20). Eine weitere Maßnahme war die Senkung des Pensionsantrittsalters von 55 auf 53 Jahre 1985, mit der es dem Regime in diesem Jahr gelang, 4.616 BeamtInnen in den Ruhestand zu schicken.<sup>108</sup> In vielen Fällen wurden die BeamtInnen aufgrund ihrer Inkompatibilität mit den revolutionären Tugenden entlassen. Diese konterrevolutionäre Einstellung wurde auf der Grundlage von „critères d'élasticité illimitée“ (Sandwidi 1996: 343) konstatiert wie etwa Faulheit, subversive Absichten oder kleinere Geldhinterziehungen (vgl. Englebert 1986: 161).

Die BeamtInnen sollten in der umstrukturierten Administration die revolutionären Tugenden und Leitmotive musterhaft verkörpern. Das Verhalten in Beruf und Freizeit wurde nach den ideologischen Kriterien des CNR beurteilt und zur Bedingung des weiteren Karriereverlaufs erklärt. Das Revolutionsregime erließ mehrere Maßnahmen, um Kriterien für die Unterscheidung zwischen revolutionären und reaktionären BeamtInnen zur Verfügung zu haben. So sollten sie während der Bürozeiten ausschließlich Kleidung vom burkinischen Hersteller „Faso Dan Fani“ tragen. Sie waren dazu angehalten, die kollektiven Äcker ihres jeweiligen Ministeriums zu bewirtschaften. Die Beteiligung an den unterschiedlichen Aktivitäten ihrer CDR wirkte sich positiv auf ihren beruflichen Werdegang aus (vgl. Banégas 1993: 121f.; Englebert 1986: 181, Englebert 1998: 60). In Aufnahmeprüfungen für staatliche Posten wurden ideologische Auswahlkriterien herangezogen, um ausschließlich echte RevolutionärInnen für neue Stellen zu rekrutieren (vgl. Banégas 1993: 45).

In der revolutionären Erziehung der BeamtInnen kam der Praxis des (Massen-)Sports eine besondere Bedeutung zu. Seit September 1984 hatte der Ministerrat sportliche Aktivitäten in der öffentlichen Verwaltung institutionalisiert. In der kollektiven Sportausübung sollten die revolutionären Tugenden (wie Leistungs- und Einsatzbereitschaft) trainiert und verbessert werden. Das Abschneiden der BeamtInnen in veröffentlichten Leistungsstatistiken (gestaffelt nach Alter, Geschlecht und Gesundheit) stellte einen Faktor für das berufliche Weiterkommen dar und galt als Indikator für die jeweilige Einsatzbereitschaft. Die revolutionäre Ordnung wurde in der Praxis des Sports verkörpert, welche die Einbindung der FunktionärInnen in die RDP garantieren sollte (vgl. Augustin/Drabo 1989: 61-63; Labazée 1989: 23).

---

<sup>108</sup>Die Reduktion des nationalen Budgetdefizits und die Senkung der Anzahl der Staatsangestellten entsprachen zu einem gewissen Grad den Richtlinien der Weltbank, ohne dass es ein entsprechendes Abkommen gegeben hätte (vgl. Speirs 1991: 102). Allerdings kam es während der RDP zu erhöhten Investitionen im Gesundheits-, Bildungs- und Infrastruktursektor, die im Gegensatz zum Rückgang des Sozialstaats standen, der mit den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank einherging (vgl. Harsch 1998: 627).

Die revolutionäre Neuausrichtung des öffentlichen Diensts stieß auf unterschiedliche passive oder aktive Widerstandsformen der BeamtInnen. Viele Staatsangestellte umgingen geschickt das Tragen der „Faso Dan Fani“-Kleidung oder die Arbeit auf den Feldern der Ministerien (vgl. Jaffré 2007: 207; Otayek 1989a: 24). Sie wendeten unterschiedliche Strategien an, um dem kollektiven Zwang des Sports zu entgehen. Dazu zählten das verspätete Eintreffen zu den Übungen, das diskrete Verschwinden nach dem Appell, das Fälschen von ärztlichen Attesten oder die Weigerung, sich die geforderte Sportkleidung (wie den CDR-Jogginganzug) zu kaufen (vgl. Augustin/Drabo 1989: 65).

Der CNR wollte einen (ökonomischen) Ressourcentransfer von den relativ privilegierten, urbanen Gruppen zur ländlichen Bevölkerung initiieren (vgl. Otayek 1987: 119). Diese Umverteilung ging unter anderem zu Lasten der BeamtInnen: Neben der Aufhebung ihrer Vorrechte und ihrem Einkommensrückgang wurde deren Situation durch eine anhaltende Inflation verschlimmert, die unter anderem auf den vom CNR erhöhten Getreidepreis zurückging (vgl. Tallet 1989: 42). Das Revolutionsregime versuchte über soziale Maßnahmen wie der Aufhebung der Mieten im Jahr 1985 den Rückgang ihres Lebensstandards zu kompensieren (vgl. Englebert 1986: 161f.).

In seiner Abschlussrede der CDR-Nationalkonferenz 1986 nahm Sankara Bezug auf die Gehaltssenkung und Kaufkraftminderung der BeamtInnen, die er auf deren luxuriösen Lebensstil zurückführte:

Qu'on ne nous dise pas que le salaire des gens a disparu du fait de l'Effort populaire d'investissement ou des autres retenues! Les salaires ont disparu à cause de la bière, des brochettes, du luxe insultant, des habitudes de consommation. [...] Ceux qui roulent dans des voitures hypothéquées, ceux qui jonglent, ceux qui vont chez les marabouts pour multiplier l'argent, ce sont ceux-là qui n'ont plus leur pouvoir d'achat. (Sankara 2007p: 311)

Die ökonomischen Auswirkungen der CNR-Verwaltungsreform fielen ambivalent aus: Einerseits konnten die Ausgaben für die Verwaltung von 1983 bis 1985 um 18 Prozent gesenkt werden und das Staatsbudget und die öffentlichen Investitionen stiegen von 1983 bis 1987 merkbar an (vgl. Englebert 1986: 163; Jaffré 1989: 148).<sup>109</sup> Gleichzeitig stagnierten aber in den 80er Jahren die Wachstumsraten des Tertiärsektors, an dem die BeamtInnengehälter einen wichtigen Anteil stellten (vgl. Englebert 1998: 103). Die sozialen Maßnahmen des CNR, die

---

<sup>109</sup>Das staatliche Budgetdefizit konnte von 24,5 Milliarden F CFA im Jahr 1984 auf 4,5 Milliarden F CFA 1985 reduziert werden. 1986 belief es sich wieder höher auf 12,7 Milliarden F CFA und 1987 auf 13,9 Milliarden F CFA (vgl. Zagré 1994: 131).

darauf abzielten, den Rückgang der urbanen Kaufkraft zu kompensieren,<sup>110</sup> wurden (wie etwa bei der Aufhebung der Mieten) trotz ihrer negativen ökonomischen Konsequenzen realisiert (vgl. Englebert 1986: 162).

Mit der Neugestaltung der staatlichen Bürokratie gelang es dem CNR zwar einerseits, finanzielle Ressourcen für seine (ländlichen) Entwicklungsprojekte freizusetzen, andererseits beraubte er sich aber einer wichtigen Machtbasis in Form der BeamtInnen. Seine Herrschaft wurde insbesondere durch den Kampf gegen die klientelistischen Netzwerke gefährdet, wie von Otayek zusammengefasst wird: „By short-circuiting clientelist networks, it put an end to the vertical redistribution of resources these allowed; a redistribution which would have compensated the heavy sacrifices demanded of salaried workers.“ (Otayek 1989a: 26)

### **5.2.6 Militär**

Anstelle der neokolonialen Streitkräfte, die der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Volks gedient hätten, propagierte der DOP die Errichtung einer „armée du peuple au service du peuple [...].“ (Sankara 2007c: 108)<sup>111</sup> Das Militär sollte nicht länger ein antagonistischer Gegenspieler der Bevölkerung sein, sondern lediglich „un détachement plus spécialisé que le reste du peuple pour les tâches de sécurité intérieure et extérieure de la Haute-Volta.“ (ebd.: 107) Im DOP wurde es mit drei Missionen beauftragt: Erstens mit der Bekämpfung von inneren und äußeren Feinden und der militärischen Ausbildung des Volks, zweitens mit der Beteiligung an der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion (wie zum Beispiel Ernte und Verteilung von Agrargütern, Bau von Infrastruktur etc.) und drittens mit der Ausbildung von Militärs zu revolutionären Aktivisten (vgl. ebd.: 108). Durch die aktive Einbeziehung der Armee in die RDP unterstrich der CNR, dass eine Rückkehr der Soldaten in die Kasernen nicht zur Debatte stand (vgl. Andriamirado 1984a: 26).

Das Militär übte einen dominanten Einfluss auf das politische System der RDP aus. Die vier „chefs historiques“ und die überwiegende Mehrheit des CNR setzten sich aus Militärangehörigen zusammen (vgl. Diallo 1996: 305). Armeemitglieder besetzten wichtige

<sup>110</sup>Dazu zählte ebenfalls ein groß angelegtes Wohnbauprogramm in Ouagadougou (die sogenannten Cités An II, An III und An IV), das neben seiner sozialen Funktion auch die moderne und funktionelle Ausrichtung der revolutionären Stadtpolitik verkörpern sollte (vgl. Marie 1989: 33).

<sup>111</sup>Diese Konzeption der Streitkräfte, die vom Aufenthalt Sankaras in Madagaskar zwischen 1969 und 1973 inspiriert war (vgl. Jaffré 2007: 63, 317), wies Ähnlichkeiten mit Maos Vorstellung der revolutionären Armee auf (vgl. Rejai 1991: 124).

Posten innerhalb der staatlichen Bürokratie wie etwa die Führung des SGN. Die (Selbst-)Legitimation des CNR beruhte auf seiner Gleichsetzung mit dem Volk, dennoch wollten die herrschenden Militärs zu keinem Zeitpunkt eine formelle Demokratie einführen (vgl. Andriamirado 1984a: 27). In den ersten zwei Jahren des Regimes bestand eine nächtliche Ausgangssperre, die erst im August 1985 aufgehoben wurde (vgl. Andriamirado 1985d: 30). Im Vergleich zu seinen Vorgängern wies die CNR-Herrschaft aber gewisse Demilitarisierungstendenzen auf: Einerseits nahm eine Vielzahl von ZivilistInnen am politischen Leben teil, andererseits verstanden sich viele ehemalige Armeeangehörige (wie etwa Pierre Ouédraogo) nicht mehr als solche (vgl. Englebert 1986: 122).

Neben der Armee baute der CNR auf alternative Strukturen, um die revolutionäre und militärische Ausbildung und Mobilisierung der Bevölkerung sicherzustellen. Er rief einen „Service National Populaire“ (SNP) ins Leben, der ein Jahr dauerte und für Männer und Frauen zwischen 20 und 35 Jahren obligatorisch war. Nach einer dreimonatigen militärischen Ausbildung wurden die RekrutInnen für neun Monate in dem Bereich ihrer jeweiligen Qualifikation eingesetzt und gering entlohnt. Der SNP zielte unter anderem darauf ab, die junge arbeitslose Bevölkerung der Städte zu beschäftigen. Er war verpflichtend für Burkinaabè, die Stellen im öffentlichen Dienst anstrebten (vgl. Englebert 1986: 180, Englebert 1998: 60).

Der CNR wandte die selben Mechanismen wie in der Verwaltung an, um seine Kontrolle über die Streitkräfte abzusichern. Im unmittelbaren Zeitraum nach seiner Machtübernahme kam es zu einer groß angelegten Säuberungsaktion (Verhaftungen, Entlassungen und Pensionierungen). Durch die Exekution von Yorian und Guébré konnte die konservative Strömung innerhalb der Armee ihrer Führung beraubt werden. Darüber hinaus sicherte sich der CNR seinen Einfluss auf das Militär, da Zugangs- und Aufstiegsbedingungen über ideologische Kriterien und die CDR reguliert wurden (vgl. Diallo 1984c: 39; Labazée 1985a: 12; Selhami 1984b: 35). Die Armee unterlag wie die Administration rigorosen Sparmaßnahmen (vgl. Banégas 1993: 103; Schicho 2001: 154).

Die politischen Konflikte innerhalb des Militärs traten dennoch vereinzelt gewaltsam zutage: Am 20. Mai 1984 zerstörte eine Explosion das Munitionslager der Garnison von Pô und am 19. Juli des gleichen Jahres wurde der Stabschef der Armee, Amadou Sawadogo, in einem Attentat getötet. 1985 kam es zu weiteren Anschlägen gegen militärische Einrichtungen: Im Mai wurden Militärlager in Ouagadougou und Bobo-Dioulasso durch Bombenattentate

erschüttert und am 1. Juni verursachte eine Explosion ein Todesopfer und drei Verletzte in einem weiteren Armeecamp in der Hauptstadt (vgl. Englebert 1986: 128; Labazée 1986: 118). Am 28. Mai verkündete der CNR, die Anführer eines geplanten „Coup d’État“ verhaftet zu haben. Laut seiner Darstellung wurde dieser von Joseph Ki-Zerbo<sup>112</sup> vom Ausland aus organisiert und von den USA, Frankreich und Israel unterstützt. Die Antwort des CNR war die repressivste Maßnahme während seiner gesamten Herrschaft. Obwohl der Vorfall durchaus im Kompetenzbereich der TPR gelegen wäre, wurden die sieben mutmaßlichen Anführer des Komplotts in einem wackligen Schnellverfahren durch ein Militärgericht zum Tode verurteilt (vgl. Andriamirado 1984d: 32; Compaoré 1984: 33; Englebert 1986: 182). Am 11. Juni wurden die Putschisten exekutiert, wobei es sich um die ersten politischen Hinrichtungen seit der Unabhängigkeit handelte (vgl. Englebert 1986: 160).<sup>113</sup> Compaoré legitimierte diesen negativen Höhepunkt der Regimerepression mit dem Willen des Volks: „Les gens ont manifesté dans la rue pour demander des sanctions exemplaires. Ils se sont exprimés à la radio, dans la presse. Même les familles des comploteurs ont approuvé les condamnations.“ (Compaoré 1984: 33)

Nach den eben erwähnten Anschlägen im Mai 1985 sprach der CNR zwar keine Todesstrafen für die Verdächtigen aus, diese berichteten aber, dass in der Haft Foltermethoden gegen sie angewendet wurden. Im Zuge seiner Ermittlungen musste der CNR den Tod einer Person bekanntgeben, die – so die offizielle Mitteilung – in Folge einer Krankheit verstorben war (vgl. Englebert 1986: 182, Englebert 1998: 60). Das Revolutionsregime entschied sich im Anschluss an einen späteren Komplottversuch, den es aufdecken konnte, für eine andere Vorgehensweise. Die Beschuldigten wurden von einem Militärtribunal aus Mangel an Beweisen freigesprochen (vgl. Jaffré 2007: 205).

Im Gegensatz zu den anderen „chefs historiques“ verfügte Sankara über keine direkte Befehlsgewalt über eine militärische Einheit. Deshalb begann er mit der Gründung einer paramilitärischen Einheit, die nicht der Armee, sondern dem „Ministère de l’Administration Territoriale et de la Sécurité“ unterstellt war (vgl. Martens 1989: 60).<sup>114</sup> Der breite Aufgaben-

---

112Dieser war umgehend nach der Machtübernahme des CNR nach Dakar geflüchtet (vgl. Andriamirado 1984d: 32).

113Die Hingerichteten waren der Oberst Didier Ouédraogo, die Oberstleutnante Moussa Kaboré und Maurice Ouédraogo und Moumouni Ouédraogo, Barnabé Kaboré, Anatole Tiendrébéogo und Adama Ouédraogo (vgl. Jaffré 2007: 205).

114Zu diesem Zeitpunkt wurde dieses Ministerium von Ernest Nongma Ouédraogo angeführt, der als einer der engsten Vertrauten Sankaras galt (vgl. Andriamirado 1991: 80f.).

und Kompetenzbereich dieser „Force d’Intervention du Ministère de l’Administration Territoriale et de la Sécurité“ (FIMATS) sah „la préservation des acquis de la révolution, notamment en assurant le maintien et le rétablissement de l’ordre révolutionnaire, la sécurité des dirigeants, la protection des points sensibles, la prévention et le combat actif contre les ingérences“ (Andriamirado 1991: 81) vor.

Nach dem Willen Sankaras sollte der Zivile Vincent Sigué<sup>115</sup>, der als ein loyaler Untergebener des Präsidenten galt, die Leitung dieser neu gegründeten Einheit übernehmen. Die drei anderen Führungsfiguren der burkinischen Revolution (Compaoré, Lingani und Zongo) waren entschlossene Gegner der FIMATS-Gründung, da sie die Einflussverringering ihrer Einheiten und den Machtzuwachs Sankaras befürchteten (vgl. Martens 1989: 60-63). Die FIMATS sollte sich als strategischer Fehler herausstellen, da sie Unmut innerhalb des CNR und der Armee hervorrief und zur politischen Isolation des Revolutionsführers beitrug (vgl. Elst 1987: 53; Englebert 1998: 61; Otayek 1989a: 29). Einen Tag nach der Absegnung der FIMATS durch den Ministerrat am 14. Oktober 1987, an dem Compaoré nicht teilnahm, wurde die RDP abrupt durch den gewaltsamen Tod Sankaras beendet (vgl. Martens 1989: 61).

### **5.3 Das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft**

#### **5.3.1 Gewerkschaften**

Der DOP bezog sich zwar positiv auf die gewerkschaftlichen Protestbewegungen in der Geschichte des unabhängigen Obervoltas, allerdings wurden diese nicht als solche benannt, sondern als „grandes luttes populaires“ (Sankara 2007c: 84) verklärt. In einer expliziten Referenz auf die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe wurde festgehalten, dass diese zwar temporär Druck auf die neokolonialen Autoritäten ausüben konnten, aber schlussendlich keine Emanzipation von den Zwängen kapitalistischer Ausbeutung bedeuteten: „Dans cette lutte sans fin, le travailleur s’en sort toujours perdant.“ (ebd.: 89) In der Darstellung des CNR sollte die RDP diesem Teufelskreis ein Ende setzen, da sie „un stade qualitatif supérieur“ (ebd.: 84) bezeichnete.

---

<sup>115</sup>Sigué, der eine wichtige Rolle in dem „Coup d’État“ des CNR spielte, war seitdem so etwas wie der persönliche Leibwächter Sankaras, der seine Missionen kaltblütig ausführte (vgl. Andriamirado 1991: 81-84). Er wurde unter anderem für politische Morde und die Anwendung von Folter verantwortlich gemacht (vgl. Englebert 1998: 61; Martens 1989: 38; Otayek 1989a: 29).

Das Revolutionsregime verstand sich zwar als legitimes Erbe der gewerkschaftlichen Kämpfe der Vergangenheit (vgl. Banégas 1993: 50f.; Kabeya-Muase 1989: 52), allerdings beschränkte sich sein Emanzipationsprojekt nicht auf die Gruppe der Lohnabhängigen. Der universelle Anspruch der RDP, der Gleichheit und Freiheit für das burkinische Volk versprach, befand sich nach Ansicht der politischen Machthaber in einem Widerspruch mit dem partikularen Kampf der Gewerkschaften für ArbeiterInnenrechte. Dieser Gegensatz sollte – so der Wunsch des CNR – die Gewerkschaften (so wie alle anderen zivilgesellschaftlichen Akteure) dazu bewegen, ihre Funktion als Interessenvertretung einer relativ privilegierten Minderheit abzulegen und ihre Agitation den revolutionären Erfordernissen anzupassen (vgl. Sandwidi 1996: 341).

Das Regime wurde sich während seiner Herrschaft schnell darüber bewusst, dass die Integration der Gewerkschaften in die RDP nicht seinen Vorstellungen entsprach. Diese reagierte auf die staatlichen Inkorporationsversuche mit Zurückhaltung und versuchten mit allen Mitteln, ihre demokratischen und gewerkschaftlichen Freiräume zu wahren. Demgegenüber gelang es dem CNR nicht, die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Zentralen in einer einheitlichen Struktur zusammenzufassen (vgl. Englebert 1986: 156, Englebert 1998: 59; Sandwidi 1996: 336). Die anfänglichen Eingliederungsversuche wichen sukzessive einer offenen Konfrontationsstrategie, die einerseits durch Marginalisierung, andererseits durch Repression gekennzeichnet war (vgl. Kabeya-Muase 1989: 56f.; Sandwidi 1996: 335).<sup>116</sup>

Der CNR nutzte für sein Gesellschaftsprojekt nicht das Mobilisierungspotential der Gewerkschaften, sondern gründete eigene Strukturen, die deren Relevanz radikal in Frage stellten. Die „CDR de services“ entwickelten sich zu ihrem wichtigsten Widersacher, da ihre Aufgaben- und Kompetenzbereiche mit denen der Gewerkschaften kollidierten (vgl. Sandwidi 1996: 337-340). Die Einrichtung dieser Institution, die nicht mit dem gewerkschaftlichen Milieu koordiniert war (vgl. Jaffré 2007: 202), bildete einen der zentralen Streitpunkte im Konflikt zwischen Staat und Gewerkschaften. Die „CDR de services“ profitierten in vollen Zügen von ihrer privilegierten Stellung innerhalb der Betriebe, um dort nicht nur die revolutionäre Disziplin durchzusetzen, sondern auch den Einfluss und Stellenwert der gewerkschaftlichen AktivistInnen zurückzudrängen (vgl. Sandwidi 1996: 339f.).

---

<sup>116</sup>Die Einflussverringerung der gewerkschaftlichen Bewegung ging einher mit einem Aufschwung von Entwicklungsorganisationen, die sich während der RDP zu einem institutionellen Feld entwickelten, das Zugang zu politischen Ressourcen versprach (vgl. Diawara 1996: 236).

Die vom CNR angestrebte Errichtung eines neuen hegemonialen Blocks, der zugunsten der ruralen und auf Kosten der urbanen Bevölkerung ging, führte zur weiteren Marginalisierung der Gewerkschaften. Diese Umverteilungspolitik wirkte sich negativ auf Kaufkraft und Lebensstandard der BeamtInnen aus, die das wichtigste Klientel der Gewerkschaften darstellten (vgl. Englebert 1986: 163; Sandwidi 1996: 342f.; Speirs 1991: 102). Für diese bedeutete die ökonomische Schwächung der Staatsangestellten einen Machtverlust, auf den sie mit Widerstand reagierten, der sich unter anderem gegen die Wirtschaftspolitik des CNR richtete (vgl. Banégas 1993: 51).

Nach der gescheiterten Integration stieß die Marginalisierungsstrategie des Revolutionsregimes ebenfalls an ihre Grenzen, da die Gewerkschaften nicht kampflös ihren angestrebten Legitimations- und Kompetenzverlust hinnahmen. Auf diese unterschiedlichen Widerstandsformen antwortete der CNR mit zunehmender Repression, die gravierende Einschnitte für die demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten bedeutete. Sandwidi fasst zusammen: „Les libertés d’association, de réunion, d’expression et d’opinion, de circulation, le droit syndical et le droit de grève seront les principales victimes dans l’offensive du CNR contre les droits et libertés traditionnellement reconnus.“ (Sandwidi 1996: 343)

Die staatliche Repression gegenüber dem gewerkschaftlichen Spektrum wurde von einem politischen Diskurs gestützt, der sie sowohl bei den Lohnabhängigen als auch in der öffentlichen Meinung diskreditieren wollte. In Pressekampagnen und offiziellen Anlässen wurden die Gewerkschaften und vor allem ihre Führer einer breiten Palette an Vorwürfen unterzogen, die von Korporatismus, Kleinbürgertum, Anarchosyndikalismus bis Parteilobbyismus reichten (vgl. Jaffré 2007: 206; Otayek 1989a: 27; Sandwidi 1996: 347). Exemplarisch für diese Diffamierung steht das Harsch-Interview, in dem Sankara die getrennte Entwicklung von RDP und Gewerkschaften behauptete:

Les syndicats ont beaucoup contribué à la révolution ici. Ils ont contribué aux luttes populaires de notre pays. Mais c’était en tant que petits bourgeois rêvant de balayer les bourgeois pour prendre leurs places. La révolution est venue et ils ont peur maintenant de la révolution. (Sankara 2007j: 195)

Das gewerkschaftliche Spektrum reagierte auf die Beschneidung ihrer Rechte und ihres Einflusses unterschiedlich: Der reformistische Flügel, der auf seiner apolitischen Position beharrte, verhielt sich passiv zum CNR. Die CSV, die sich als Teil der revolutionären Kräfte verstand, begrüßte anfänglich die RDP. Im Laufe der Zeit wechselte sie aber in das Lager der feindlich gestimmten Gewerkschaften, die durch die Revolution die Interessen der

ArbeiterInnen bedroht sahen (vgl. Sandwidi 1996: 336f.). Die oppositionellen Gewerkschaften brachten ihren Widerstand gegen das Regime in vielfältigen und unterschiedlichen Praxen zum Ausdruck und damit auch die Unfähigkeit des CNR, das gewerkschaftliche Spektrum in sein hegemoniales Projekt zu integrieren (vgl. Kabeya-Muase 1989: 56).

Die wichtigsten Akteure des gewerkschaftlichen Widerstands waren das SNEAHV (später „Syndicat National des Enseignants du Burkina“ (SNEB)), die CSV (später „Confédération Syndicale Burkinabè“ (CSB)) und die der PCRV nahestehenden, autonomen Gewerkschaften (vgl. Englebert 1986: 151). Obwohl sich die politischen Motive ihrer Gegnerschaft zur RDP unterschieden, gab es dennoch Gemeinsamkeiten und Überschneidungen in ihrer Kritik am CNR, die zu kollektiv unterzeichneten Traktaten und Deklarationen führten.<sup>117</sup> Diese Kongruenz ging darauf zurück, dass alle Gewerkschaften die Wiederherstellung ihrer Legitimität und Repräsentativität innerhalb der Lohnabhängigen beabsichtigten, um die sie mit dem CNR bzw. den CDR konkurrierten (vgl. Sandwidi 1996: 337).

Die erste Gewerkschaft, mit der die revolutionäre Führung einen offenen Konflikt austrug, war das SNEAHV, das unmittelbar nach dem 4. August 1983 seine Gegnerschaft zur Revolution zum Ausdruck gebracht hatte (vgl. Kabeya-Muase 1989: 50-52). Der CNR reagierte auf diese Kritik, die er im Dienste der nationalen und internationalen Reaktion sah, mit harter Repression: Am 9. März 1984 wurden die Anführer des SNEAHV unter dem Vorwand der Gefährdung der Staatssicherheit verhaftet. Die Gewerkschaft mobilisierte daraufhin zu einem Warnstreik, der vom 20. bis 22. März unter großer Beteiligung stattfand. Im Gegenzug verschärfte der CNR seinen Kurs, es kam zur Entlassung von 1.200 bis 2.600 StreikteilnehmerInnen,<sup>118</sup> die weder mit Pensionsanspruch noch mit Rückkehrrecht an ihre ehemaligen Arbeitsstellen suspendiert wurden (vgl. Kabeya-Muase 1989: 52; Sandwidi 1996: 343).

In dem Rapp-Interview verteidigte Sankara diese Vorgehensweise, die zu „une des mesures les plus impopulaires“ (Labazée 1986: 119) des Revolutionsregimes zählte: Da der Streik ein extern gesteuerter Putschversuch gewesen wäre, hätte sich die staatliche Repression nicht

---

<sup>117</sup>Die bereits 1983 formulierte Kritik des SNEAHV trug, wie Charles Kabeya-Muase ausführt, „l'essentiel des critiques sur la base desquelles va s'organiser la résistance syndicale“ (Kabeya-Muase 1989: 52) in sich.

<sup>118</sup>Jaffré geht von 1.200 bis 1.400 Entlassungen aus, Banégas und Englebert von 1.500, Labazée von 1.600, Otayek von 2.500 und Kabeya-Muase sogar von 2.600. Letzterer erwähnt, dass die vom CNR offiziell angegebene Zahl 1.300 betrug (vgl. Banégas 1993: 50; Englebert 1986: 152; Jaffré 2007: 204; Kabeya-Muase 1989: 52; Labazée 1986: 119; Otayek 1989a: 27). In der Bilanz der „Front syndical“ wurde von 1.380 suspendierten LehrerInnen gesprochen (vgl. Sandwidi 1996: 344).

gegen die beteiligten LehrerInnen, sondern lediglich „contre le complot qui veut utiliser les enseignants“ (Sankara 1986a: 90) gerichtet.<sup>119</sup> Dem CNR gelang es mit dieser Repressionswelle, die oppositionelle Ausrichtung des SNEAHV temporär zu neutralisieren (vgl. Englebert 1986: 152, Englebert 1998: 59). Allerdings sollte sein Vorgehen nicht gerade das Verhältnis zwischen politischer Macht und gewerkschaftlichem Spektrum entspannen. Darüber hinaus verursachte die Massenentlassung schwerwiegende Probleme in der Primärbildung (vgl. Jaffré 2007: 204), da die Repressionsopfer durch ein hastig zusammengestelltes Personal ersetzt wurden, das weniger wegen seiner Lehrqualifikation als wegen seiner revolutionären Tugenden rekrutiert wurde (vgl. Banégas 1993: 50; Englebert 1998: 136; Elst 1986: 9; Kabeya-Muase 1989: 52).<sup>120</sup>

Die von Soumane Touré angeführte CSV war genauso wie die mit ihr verbündete PAI-LIPAD ein anfänglich engagierter Unterstützer der RDP. Diese Loyalität brach aber im Laufe der Zeit weg und verwandelte sich in offene Opposition. Für diesen Wandel waren die folgenden Faktoren entscheidend: Erstens stieß sich die CSV (wie die anderen Gewerkschaften) an der Etablierung der CDR in den Betrieben.<sup>121</sup> Zweitens gelang es ihr nicht, den Posten des CDR-Generalsekretärs mit einem ihrer Mitglieder zu besetzen. Drittens erfuhr sie eine starke Marginalisierung durch das Ausscheiden der PAI-LIPAD aus dem CNR 1984. Viertens riefen ihre eigenständig koordinierten Aktionen (wie die Verdrängung von Direktoren etc.) Unmut innerhalb des CNR hervor (vgl. Andriamirado 1984c: 28; Brittain 1985: 46; Englebert 1986: 153; Jaffré 2007: 201).

Die Eskalation zwischen CNR und der mittlerweile zur CSB gewordenen Gewerkschaft fanden mit der Verhaftung von Soumane Touré im Jänner 1985 einen vorläufigen Höhepunkt. Für das Revolutionsregime brachte diese Repressalie das Gegenteil des gewünschten Effekts hervor, da sie die Vernetzung des gewerkschaftlichen Spektrums vorantrieb. Am 28. Jänner

---

<sup>119</sup>Diese Legitimation bot sich für den CNR an, da das SNEAHV in der Tat gute Verbindungen mit der von Joseph Ki-Zerbo angeführten FPV unterhielt (vgl. Kabeya-Muase 1989: 51).

<sup>120</sup>In dem Interview mit Rapp versprach Sankara, die LehrerInnen wieder einzustellen, wenn diese ihre revolutionäre Ausrichtung unter Beweis stellen könnten (vgl. Sankara 1986a: 90f.). Diese Reintegration wurde partiell realisiert, 250 StreikteilnehmerInnen wurden im Laufe der Zeit wieder eingestellt (vgl. Labazée 1986: 119, Labazée 1989a: 22).

<sup>121</sup>Anfänglich stand die CSV noch in einem ambivalenten Verhältnis zu den CDR: Im November 1983 brachte Soumane Touré seine offene Ablehnung der CDR-Ambitionen zum Ausdruck, die Rolle der Gewerkschaften im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu übernehmen (vgl. Andriamirado 1983a: 31). Diese Kritik revidierte er einen Monat später, um seine Chancen auf den Posten der SGN-Führung zu wahren. Nachdem er diesen nicht bekam, nahm er seine Opposition zu den CDR wieder auf (vgl. Englebert 1986: 153f.).

rangen sich CSB und zehn der PCRV nahestehenden Gewerkschaften<sup>122</sup> zu einer gemeinsamen Erklärung durch, die als Gründungsdokument einer „large front syndical contre le CNR“ (Kabeya-Muase 1989: 55) galt.<sup>123</sup> Diese Deklaration prangerte nicht nur die staatlichen Angriffe auf die demokratisch-gewerkschaftlichen Freiheiten an. Sie wies auch den Budgetplan für das Jahr 1985 zurück, der aufgrund der in ihm enthaltenen Maßnahmen (Lohnkürzungen, etc.) eine Einschränkung der urbanen Kaufkraft bedeutete (vgl. Andriamirado 1985b: 31; Englebert 1986: 154; Sandwidi 1996: 346).

Der CNR reagierte im Gegenzug mit voller Härte gegen die Verantwortlichen der „Front syndical“: Diese wurden am 1. Februar von ihrer öffentlichen Funktion enthoben und es kam zu Verhaftungen, Versammlungsaufösungen und Hausdurchsuchungen (vgl. Andriamirado 1985b: 30; Englebert 1986: 155; Jaffré 2007: 206; Sandwidi 1996: 343, 347). Die Gewerkschaften waren nicht nur mit direkter Repression konfrontiert, sondern auch mit einer Verschärfung ihrer rechtlichen Situation. Der CNR erließ im Jahr 1985 ein Dekret, das massive Einschränkungen für die gewerkschaftlichen Freiheiten mit sich brachte: So wurde das Streikrecht an keiner Stelle erwähnt und die gewerkschaftlichen Interessen sollten kategorisch jenen der Revolution untergeordnet sein (vgl. Kabeya-Muase 1989: 57).

Diese Repression, die zur Vernetzung und Kooperation innerhalb des gewerkschaftlichen Spektrums beitrug (vgl. Sandwidi 1996: 347), bekamen die Gewerkschaften ebenfalls am traditionell von ihnen besetzten Tag der Arbeit am 1. Mai zu spüren. Dieser wurde zum symbolischen Austragungsort des Konflikts zwischen Regime und Gewerkschaften, die konkurrierende Veranstaltungen organisierten: 1984 wurde es einer Gruppe autonomer Gewerkschaften untersagt, alternative Feierlichkeiten zu denen des offiziellen Regimes zu begehen. Im darauf folgenden Jahr lösten die CDR eine von der CSB abgehaltene Veranstaltung gewaltsam und mit Verhaftungen auf. 1986 integrierte der CNR die Bauern und Bäuerinnen symbolisch in seine Feierlichkeiten (wie 1987 auch) und kritisierte die gewerkschaftlichen Leader aufs Schärfste. Ein Jahr später plante das gewerkschaftliche Spektrum (CSB, USTB, CNTB, ONSL<sup>124</sup> und autonome Gruppierungen) auf der Basis einer

---

<sup>122</sup>Englebert legt eine Auflistung der einzelnen Gewerkschaften vor, wobei er die Repräsentativität einiger dieser Organisationen anzweifelt (vgl. Englebert 1986: 154f.).

<sup>123</sup>Die eigentliche „Front syndical“ ging auf den „Coup d’État“ des 4. Augusts zurück: Sie umfasste mehrere Gewerkschaften, die PCRV und die „Union Générale des Étudiants Voltaïque“ (UGEV), welche die Machtergreifung des CNR als einen ordinären Militärstreich zurückwiesen (vgl. Banégas 1993: 49).

<sup>124</sup>Durch die Namensänderung Obervoltas in Burkina Faso war die USTV zur USTB, die CNTV zur CNTB und die OVSL zur ONSL geworden (vgl. Sandwidi 1996: 329f.).

„unité d’action“ gemeinsam den 1. Mai zu begehen, die Versammlung wurde aber wiederum vom Regime unterbunden (vgl. Andriamirado 1987c: 37, Andriamirado 1987d: 67; Jaffré 2007: 207f.; Kabeya-Muase 1989: 56f.; Sandwidi 1996: 342).

Die Schwierigkeiten, auf die der CNR bei der Marginalisierung der Gewerkschaften stieß, veranlassten ihn zu einer neuen Schikane: Am 4. Mai 1987 wurden die Gewerkschaften in einer offiziellen Mitteilung dazu aufgerufen, ihre Führung bis zum 15. Juni neu zu besetzen. Das gewerkschaftliche Milieu reagierte ablehnend auf diesen wiederholten Inkorporationsversuch, der als strategische Rochade verstanden wurde. Sie sollten damit Recht behalten, denn am 23. Mai wurden Soumane Touré und andere gewerkschaftliche Führer verhaftet.<sup>125</sup> Im Fall der führungslos gewordenen CSB übernahmen die CDR die Organisation ihrer Versammlung, die neue und regimetreue Personen an ihre Spitze (wie auch bei anderen Gewerkschaften) setzen konnten (vgl. Andriamirado 1987c: 37; Jaffré 2007: 208; Labazée 1987: 15; Sandwidi 1996: 345).

Die „Front syndical“ zog nach dem Ende der RDP folgende Bilanz über die vom CNR verübte Repression gegen das gewerkschaftliche Spektrum: In dieser wurden 1380 entlassene LehrerInnen des SNEAHV, 47 gekündigte AktivistInnen, 90 Suspendierungen, 200 Verhaftungen, 47 Anwendungen von Folter, 55 Gehaltskürzungen, 15 Ausschlüsse von SchülerInnen aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der „Association des Élèves et Scolaires de Ouagadougou“ (AESO), drei Besetzungen von Gewerkschaftssitzen, 20 Auflösungen von Generalversammlungen (durch bewaffnete Einheiten) und die unablässige Auswechslung von Gewerkschaftsführern dokumentiert (vgl. Sandwidi 1996: 344). Angesichts dieser staatlichen Repression und Marginalisierung gegenüber dem gewerkschaftlichen Spektrum resümiert Englebert: „Thus the CNR, like all previous regimes unable to swallow the unions, gradually crushed their power as no regime had before.“ (Englebert 1998: 59)

In der Auseinandersetzung zwischen CNR und Gewerkschaften spiegelte sich das Spannungsverhältnis wider, das zwischen revolutionärem Ideal und sozioökonomischen Zwängen bestand (vgl. Otayek 1989a: 26). Obwohl sich das Regime als eine „pouvoir des travailleurs“ (Kabeya-Muase 1989: 52) verstand, erließ es viele Maßnahmen, die den Lebensstandard der Lohnabhängigen verschlechterten. Sein (ungelöster) Konflikt mit den Gewerkschaften muss als einer der Gründe für sein Scheitern gesehen werden. Hierzu hat

---

<sup>125</sup>Gewisse Kräfte innerhalb der CDR forderten im Anschluss an diese Verhaftungswelle sogar die Todesstrafe für Soumane Touré (vgl. Andriamirado 1987c: 36f.; Skinner 1988: 451).

nicht nur der anhaltende gewerkschaftliche Widerstand und die damit verbundene Schwächung des CNR beigetragen, sondern auch die Konflikte innerhalb des Führungsorgans, das in Bezug auf die gewerkschaftliche Frage tief gespalten war (vgl. ebd.: 57).

### **5.3.2 Rurale Welt**

Im DOP wurde die RDP als „le mouvement de l'immense majorité au profit de l'immense majorité“ (Sankara 2007c: 99) dargestellt. Der CNR wollte die rurale Bevölkerung von dem schweren Joch befreien, unter dem sie in der neokolonialen Vergangenheit zu leiden hatte (vgl. ebd.: 112). Die Bauern und Bäuerinnen, die als „créateur de richesses“ (ebd.: 90) gewürdigt wurden, sollten eine zentrale Rolle im revolutionären Prozess einnehmen. Sie sollten die primären NutznießerInnen der revolutionären Umgestaltung sein und sich daher zu „le pivot du nouveau bloc hégémonique“ (Banégas 1993: 80) entwickeln (vgl. Englebert 1986: 166; Otayek 1989a: 14, 19).

Die „pièce maîtresse“ (Otayek 1987: 119) dieser CNR-Vision bildete eine im DOP beschriebene Agrarreform, die folgende Ziele anstrebte: Die Erhöhung und Diversifikation der landwirtschaftlichen Produktion, die Emanzipation der ländlichen Bevölkerung von allen Zwängen und die Umformung der Landwirtschaft zum Ausgangspunkt der industriellen Entwicklung. Das rurale Entwicklungsprojekt des Revolutionsregimes orientierte sich am Leitmotiv der „autosuffisance alimentaire“. Im Kampf gegen die kapitalistisch-imperialistische Organisation der Landwirtschaft verwarf der CNR gigantische Projektentwürfe und wollte sich stattdessen auf kleinere Vorhaben konzentrieren (vgl. Sankara 2007c: 112).

Neben der ökonomischen Umstrukturierung der Landwirtschaft formulierte der DOP soziale Pläne, die auf eine Verbesserung des Lebensstandards der ruralen Bevölkerung zielten. Neben einem frei zugänglichen Gesundheitssystem wurde der Schutz von Müttern und Kindern, der Kampf gegen übertragbare Krankheiten und die Sensibilisierung für hygienische Standards genannt. Für die Umsetzung dieser Anliegen erhoffte sich der CNR die massenhafte Partizipation der ruralen Bevölkerung (vgl. ebd.: 115f.).

Der DOP ging realistischerweise davon aus, dass seine ländliche Entwicklungspolitik auf Widerstand der traditionellen Autoritäten stoßen werde. Der CNR warf diesen „forces

rétrogrades“ (die zu den Feinden des Volks gezählt wurden) vor, von der feudalen Organisation der ländlichen Gemeinschaften zu profitieren (vgl. ebd.: 95). Während die RDP den ländlichen Massen Emanzipation versprach, sagte sie diesen rückwärtsgewandten Kräften den Kampf an:

Dans la mesure où notre révolution vise à démocratiser les rapports sociaux dans nos campagnes, à responsabiliser les paysans, à mettre à leur portée plus d’instruction et plus de savoir pour leur propre émancipation économique et culturelle, ces forces rétrogrades s’y opposeront. (ebd.)

Die Verheißungen dieses ruralen Entwicklungsprojekts blieben keine leeren Worthüllen, sondern die burkinische Revolution stellte tatsächlich „a period of extreme state intervention in agricultural and economic life in general“ (Englebert 1998: 93) dar. Im Zentrum der staatlichen Entwicklungspolitik stand anfänglich das „Programme Populaire de Développement“ (PPD), das von Oktober 1984 bis Dezember 1985 lief und die Basis für weitere Interventionen legen sollte.<sup>126</sup> Es beinhaltete Investitionen auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene, welche die dringlichsten Bedürfnisse der Landbevölkerung befriedigen sollten (vgl. Martin 1987: 82). In der Praxis setzte sich das PPD aus vielen verschiedenen lokalen Initiativen und Projekten (wie beispielsweise dem Bau von Brunnen) zusammen, die durch die Dorf-CDR geplant und umgesetzt wurden (vgl. Englebert 1986: 167; Martin 1987: 82).

Daneben waren groß angelegte Infrastrukturprojekte ebenfalls Bestandteil des PPD (vgl. Speirs 1991: 101). Zu den spektakulärsten Unterfangen zählte etwa der Bau einer Eisenbahnstrecke von Ouagadougou nach Tambao, um die dortigen Manganvorkommen fördern zu können. Die Errichtung des Sourou-Staudamms sollte eine bewässerbare Anbaufläche von 40.000 Hektar Land ermöglichen und langfristig zehn Prozent der Lebensmittelnachfrage decken (vgl. Englebert 1986: 168, 170f., Englebert 1998: 84f., 92f.). In beiden Fällen erteilten ausländische Geber dem Finanzierungsplan eine Absage und daher musste das CNR-Regime auf die freiwillige und massenhafte Partizipation der Bevölkerung bauen. Im Rahmen des „Bataille du Rail“ konnten unter Mitwirkung von tausenden Burkinabè immerhin 100 Kilometer Bahnstrecke fertiggestellt werden (vgl. Skinner 1998: 445), der kommerzielle Abbau des Mangans begann aber erst 1993 (vgl. Englebert 1998: 98).

Ungefähr 70 Prozent der PPD-Vorhaben (also circa 7.800 Projekte vorwiegend kleinerer

---

<sup>126</sup>Der CNR entwickelte einen Fünfjahresplan, der direkt an das PPD anschließen und von 1986 bis 1990 laufen sollte (vgl. Martin 1987: 79).

Natur) konnte umgesetzt werden. Ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung engagierte sich in den lokal koordinierten Aktionen, von denen sie sich eine direkte Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erwarteten (vgl. Labazée 1985b: 13, Labazée 1986: 115). In seiner konkreten Umsetzung blieb das PPD von dem Widerspruch geprägt, der charakteristisch für die gesamte Wirtschaftspolitik des CNR war. Einerseits sollte es einen wichtigen Beitrag für die ökonomische Unabhängigkeit des Landes leisten, andererseits sollten 80 Prozent der anfallenden Kosten von ausländischen Gebern übernommen werden (vgl. Martin 1987: 82).

Das Herzstück der ländlichen Entwicklungspolitik des CNR bildete die im DOP beschriebene Agrar- und Landreform (vgl. Otayek 1989a: 20), die am 4. August 1984 verkündet und ein Jahr später per Dekret offiziell erlassen wurde (vgl. Zagré 1994: 145). Die „Réorganisation Agraire et Foncière“ (RAF) sah die Verstaatlichung der nationalen Gesamtfläche vor, die der „Domaine Foncier National“ (DFN) überschrieben wurde. Die Eigentums- und Verfügungsrechte über die Böden sollten so nicht länger von den traditionellen Autoritäten, sondern von den dörflichen CDR verwaltet werden (vgl. Banégas 1993: 60, 78; Faure 1996: 172; Labazée 1986: 116; Tallet 1989: 44).<sup>127</sup>

Der CNR wollte mit dieser Maßnahme eine sozial gerechte Neu- und Umverteilung der nutzbaren Flächen herbeiführen, die nicht mehr nach traditionellem Gewohnheitsrecht, sondern abhängig von der jeweiligen Bedürfnislage vergeben werden sollten (vgl. Englebert 1986: 166f.). Die RAF sollte einerseits bisher benachteiligten Gruppen wie jungen Menschen, Frauen und MigrantInnen einen Anspruch auf Bodenrechte ermöglichen. Andererseits sollte sie das soziale Konfliktpotential beruhigen, das zwischen der autochthonen und der migrantischen Bevölkerung aufgrund der Landknappheit herrschte (vgl. Faure 1996: 170; Tallet 1985: 65). Darüber hinaus erwartete sich der CNR eine Rationalisierung und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, die er für die Verwirklichung der „autosuffisance alimentaire“ dringend benötigte (vgl. Tallet 1996: 122).<sup>128</sup>

Die Agrar- und Bodenreform hatte in ihrer Anfangszeit Konsequenzen, die nicht intendiert waren: Sie wurde so interpretiert, dass die Landparzellen denen gehörten, die sie

---

<sup>127</sup>In der sozialen Organisation der ländlichen Gemeinschaften war der Dorfchef nicht unbedingt gleichbedeutend mit dem „chef de terre“. Während ersterer vor allem soziale Aufgaben übernahm, zeichnete letzterer als religiös-symbolische Figur für Vergabe und Fruchtbarkeit der Böden verantwortlich (vgl. Faure 1996: 171).

<sup>128</sup>Die staatlich verordnete Rationalisierung der Produktion sah unter anderem vor, dass der dörfliche Grund in vier Einheiten aufgeteilt werden sollte, nämlich in eine Wohn-, Anbau-, Viehzucht- und Forstzone (vgl. Banégas 1993: 78).

bewirtschafteten. Diese Auslegung führte zu negativen Auswirkungen, die von Armelle Faure zusammengefasst werden:

Immédiatement, les cultivateurs étendent leurs surfaces et conquièrent de nouveaux espaces. Partout des champs sont ouverts au détriment des réserves foncières et des zones pastorales. Cette politique d'occupation de l'espace se traduit aussi par des migrations continues, en provenance des terres appauvries du Plateau Mossi, vers les forêts du Sud et de l'Ouest. (Faure 1996: 172)

Neben diesen anfänglichen Auswirkungen blieb die revolutionäre Umgestaltung der Grund- und Bodenrechte auf den symbolischen Bereich beschränkt, in der Praxis erwies sie sich als eine kaum durchführbare Intervention. In der RAF überwog die politische Motivation, dem neuen Verhältnis zwischen Staat und Bauern/Bäuerinnen Ausdruck zu verleihen, gegenüber technischen und agronomischen Aspekten (vgl. Englebert 1998: 95, 124f.; Tallet 1989: 44). In diesem Zusammenhang stießen die CDR bei der konkreten Durchführung der Agrar- und Bodenreform auf zahlreiche Probleme (vgl. Tallet 1989: 45-47). Sie wagten es beispielsweise kaum, die heikle Verantwortung für die Verwaltung der Böden zu übernehmen, da sie fürchteten, das fragile Gleichgewicht zwischen den verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen durcheinander zu bringen (vgl. Labazée 1986: 116). Die Agrar- und Bodenreform war eine symbolische Maßnahme ohne praktischen Gehalt, wie von Otayek ernüchternd bilanziert wird: „En milieu rural, l'application de la réforme a été quasiment nulle.“ (Otayek 1987: 119)

Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der RAF hinderten den CNR nicht daran, den Kampf gegen den Feudalismus um weitere Maßnahmen zu ergänzen. Er setzte alle Gesetzesstellen außer Kraft, welche die Privilegien (wie Entlohnung) der traditionellen Autoritäten kodifiziert hatten. Dazu gehörte die im DOP versprochene administrative Neugliederung des Landes am 23. Jänner 1984, die das nationale Territorium in 30 Regionen und 300 Provinzen sowie die beiden größten Städte Ouagadougou und Bobo-Dioulasso in 30 bzw. 25 Sektoren teilte. Die Chefs sollten durch diese Maßnahme entmachtet werden, da die Verwaltung dieser Einheiten von ihren Händen in die der revolutionären Strukturen übergang (vgl. Marie 1989: 28; Meijenfeld/Santiso/Otayek 1998: 19; Sankara 2007c: 101; Savonnet-Guyot 1985: 42).

Das Revolutionsregime wollte die traditionellen Autoritäten zu normalen Bürgern transformieren, die sich im Dienst der RDP engagieren sollten (vgl. Labazée 1985b: 12; Savonnet-Guyot 1985: 42). Ihnen wurde deshalb weder „représentativité officielle, ni autorité

politique et administrative ni, à plus forte raison, d'indemnité“ (Diallo 1984c: 39) zugestanden. Dieser Angriff auf die althergebrachte Aristokratie war ein präzedenzloses Unternehmen, wie Claudette Savonnet-Guyot schreibt: „Jamais [...] le rôle de la chefferie et sa place dans l'État n'avaient été si brutalement remis en question.“ (Savonnet-Guyot 1985: 42)

Die Umsetzung der ländlichen Entwicklungsprogramme des CNR hing hauptsächlich von der Kapazität der mit Planung und Umsetzung der Mikroprojekte vertrauten CDR ab, die rurale Bevölkerung in diese miteinzubeziehen (vgl. Jaffré 2007: 229; Labazée 1985c: 88; Tallet 1989: 45). Das Regime musste das kulturelle Referenzsystem der DorfbewohnerInnen ändern, um sie für die revolutionären Vorhaben mobilisieren zu können (vgl. Labazée 1985b: 12). Der Machttransfer von den Chefs zu den Dorf-CDR sollte die Legitimität von Geschichte und Tradition entwerten und durch die der Revolution ersetzen (vgl. Englebert 1998: 124; Savonnet-Guyot 1985: 29). Der Entwicklungsoptimismus des CNR unterschätzte die mentale Verankerung der traditionellen Ordnung, die dazu führte, dass die rurale Bevölkerung kaum die Repräsentativität ihrer lokalen CDR anerkannte (vgl. Otayek 1989a: 21, 29; Otayek/Sawadogo/Guingané 1996: 10).<sup>129</sup>

Konzeption und Funktion der CDR wurden häufig durch lokale (Widerstands-)Praxen der DorfbewohnerInnen unterlaufen. Dazu zählte etwa die Wahl von Söhnen ehemaliger Dorfcheads zu Anführern der CDR. In anderen Fällen bediente sich der vom Ackerbau lebende Teil der Bevölkerung der repressiven Befugnisse der CDR, um den virulenten Konflikt mit den ViehzüchterInnen zu ihren Gunsten zu entscheiden (vgl. Banégas 1993: 60f.). Andere staatliche Institutionen wie die ORD oder die „Centres Régionaux de Production Agropastorale“ (CRPA), welche die kollektive Transformation der ruralen Bevölkerung in eine revolutionäre Klasse vorantreiben sollten, scheiterten ebenfalls an ihrer Mission (vgl. ebd.: 46). Sie führten zu einer Verschärfung der regionalen Ungleichheiten, da ihr Fokus auf den ökonomisch besser gestellten Teilen des Landes lag (wie im Fall des Sourou-Damms) (vgl. Tallet 1989: 40f.).

Das Spannungsverhältnis zwischen Landbevölkerung und CDR wurde weiter verschärft, da erstere unter den revolutionären Zwangsimperativen wie zum Beispiel der

---

<sup>129</sup>Der CNR musste in diesem Punkt das Scheitern seiner anfänglichen Strategie eingestehen und einen Richtungswechsel vornehmen, der die Kollaboration zwischen CDR und lokalen Autoritäten vorhersah (vgl. Tallet 1996: 123).

Arbeitsverpflichtung oder den solidarischen Beitragszahlungen zwischen den Provinzen zu leiden hatte (vgl. Banégas 1993: 59; Englebert 1986: 169; Jaffré 2007: 230). Ein weiteres Problemfeld in der Eingliederung der ländlichen Bevölkerung in den revolutionären Prozess stellte die Kommunikation dar. Die kulturelle und sprachliche Diversität des Landes erschwerte die Vermittlung und Umsetzung der CNR-Direktiven und begünstigte Missbrauch, da lokale CDR-VertreterInnen die Botschaften aus Ouagadougou zu ihrem eigenen Vorteil auslegen konnten (vgl. Englebert 1986: 169). Darüber hinaus stieß der CNR auf die Schwierigkeit, seine zentralen Begriffe (wie Imperialismus oder Bourgeoisie) in die lokalen Sprachen zu übersetzen. Angesichts dessen fand der offizielle Diskurs keinen großen Widerhall in den ländlichen Gebieten (vgl. Dubuch 1985: 51).

Eines der zentralen Vorhaben des CNR war die Erhöhung des ProduzentInnenpreises für Getreide, mit der die agrarische Produktivität angekurbelt werden sollte (vgl. Labazée 1985b: 14). Dafür baute das Revolutionsregime wie seine Vorgänger auf das OFNACER, das den Getreidehandel kontrollieren und die kommerzielle Spekulation eindämmen sollte. Diese Marktintervention sollte auf nationaler Ebene den Vorrat an Getreidereserven erhöhen, um die Versorgung der Städte und der schwachen Regionen sicherzustellen. In den Dörfern sollten die seit Mitte der 70er Jahre bestehenden Getreidebanken ausgebaut werden, um die Preisvariationen einzudämmen und die Verhandlungsposition der ProduzentInnen zu stärken (vgl. Speirs 1991: 103f.; Tallet 1989: 43).

Diese staatliche Preispolitik konnte nicht ihre Erwartungen erfüllen, da OFNACER weder über die finanziellen noch über die logistischen Mitteln verfügte, um ein Monopol über den kommerziellen Getreidehandel zu erlangen (vgl. Tallet 1996: 121). Summa summarum ließ es viele Preisabkommen platzen, die es mit den Getreidebanken ausgehandelt hatte und konnte lediglich 20 Prozent des Getreidehandels unter seine Kontrolle bringen (vgl. Labazée 1985b: 17; Speirs 1991: 104; Tallet 1989: 43). OFNACER war etwa nicht in der Lage, den Produktionsüberschuss an Getreide in der Saison 1985/1986, der durch die Preiserhöhung und guten Regenfall eingetreten war, zu vermarkten. Im Gegenteil kam es zu einem rapiden Preissturz (verstärkt durch die späte Lieferung der Lebensmittelhilfe nach der Dürre von 1984/1985) und das Getreide musste zu schlechten Konditionen an private HändlerInnen verkauft werden (vgl. Labazée 1986: 117; Speirs 1991: 104). Der Misserfolg dieser staatlichen Intervention in den Getreidehandel war einer der herbsten Rückschläge für das

Revolutionsregime (vgl. Speirs 1991: 104).

Das Revolutionsregime führte eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen durch, welche die Modernisierung des Agrarsektors<sup>130</sup> vorantreiben sollten: Dazu gehörten die Streichung der Kopf- und der Viehsteuer (vgl. Tallet 1989: 42; Zagré 1994: 165), die Errichtung des Netzwerks „Faso Yaar“ zur Distribution lokaler Produkte, das Importverbot für Gemüse und Obst aus der Côte d’Ivoire und der verstärkte Fokus auf den Baumwollsektor (vgl. Jaffré 2007: 225f.; Speirs 1991: 104). Staudammprojekte in Kompienga, Bagré und Nimbiel, deren Umsetzung auf finanzielle Schwierigkeiten stieß, sollten die Bewässerung von großen Anbauflächen ermöglichen (vgl. Brisset 1987: 31).

Neben diesen ökonomischen Initiativen führte der CNR verschiedene soziale Projekte durch: Er richtete zum Beispiel in jedem Dorf einen „Poste de Santé Primaire“ (PSP) ein (insgesamt 7 500), der die medizinische Basisversorgung sicherstellen sollte.<sup>131</sup> Von 25. Oktober bis 10. November 1984 ließ er in einer groß angelegten Kampagne 1 180 000 Kinder gegen Masern, 2 600 000 gegen Meningitis und 2 100 000 gegen Gelbfieber impfen. Durch den Bau von 932 neuen Schulen konnte zwischen 1983 und 1988 die Einschulungsrate von 16 auf 32 Prozent erhöht werden (vgl. Jaffré 1989: 79-81; Prairie 2007c: 46; Zagré 1994: 157f.).

Die ländliche Entwicklungspolitik des CNR umfasste Interventionen, die einen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit leisten sollten. Eine der bekanntesten Initiativen war jene der „trois luttés“, an denen die gesamte Bevölkerung teilnehmen sollte. Erstens sollte damit das exzessive Fällen von Holz in geregelte Bahnen gelenkt werden. Zweitens sollte herumschweifenden Tieren, die Felder und Bäume zerstörten, ein Ende gesetzt werden. Drittens wollte der CNR absichtlich gelegte Buschfeuer<sup>132</sup> eindämmen. Mit dem Bau von im Vergleich zu herkömmlichen Öfen sparsameren „foyer améliorés“ sollte dem relativ hohen Holzverbrauch begegnet werden. Die Aufforstung wurde vom Revolutionsregime angeregt, indem zum Beispiel jedes Dorf eine eigene Baumgruppe anpflanzen sollte (vgl. Andriamirado

<sup>130</sup>In diesem Vorhaben stieß der CNR auf das Dilemma, dass Modernisierung in der Regel eine Verstärkung von sozialen Ungleichheiten hervorrief, die er ja eigentlich reduzieren wollte (vgl. Tallet 1989: 49).

<sup>131</sup>Die Bekämpfung von AIDS stand nicht auf der Agenda des Revolutionsregimes, das diese Krankheit als Zeichen eines verwerflichen individuellen Verhaltens deutete, wie Sankara während der zweiten Nationalkonferenz der CDR im April 1987 in Dédougou ausführte: „Le pauvre n’a pas le SIDA“, nur „les Blancs, les riches, les exploités ont cette maladie“ und „tout africain qui a le SIDA est un Africain colonisé.“ (zit. nach Labazée 1989: 25)

<sup>132</sup>Diese konnten unterschiedlich motiviert gewesen sein: Erstens wurden sie für die Urbarmachung und Erneuerung der Anbauflächen gelegt, zweitens für die (Treib-)Jagd, drittens für die symbolische Inszenierung einer guten Ernte und viertens für die Demonstration einer oppositionellen Haltung gegenüber dem Regime (vgl. Andriamirado 1987e: 69; Faure 1996: 172f.).

1987e: 72; Sankara 1986a: 81f.; Tallet 1995: 122).

Die ökonomische Bilanz des ruralen CNR-Entwicklungsprogramms ist nicht leicht zu ziehen, da sie durch eine Reihe externer und nur schwer bis gar nicht kontrollierbarer Faktoren beeinflusst wurde. Zu diesen gehörten vor allem das Klima bzw. die Wassermenge der zyklischen Regenfälle, die sich beispielsweise im Rahmen der Dürrekatastrophe von 1984/1985 negativ auf die landwirtschaftliche Produktivität ausgewirkt haben (vgl. Englebert 1998: 84). Außerdem stand die ökonomische Entwicklung des Agrarsektors in einem engen Zusammenhang mit der Konjunktur des Weltmarkts, die starke Schwankungen in der Preisbildung von „cash crops“ (wie vor allem Baumwolle) verursachte (vgl. Englebert 1998: 90; Tallet 1989: 42). Nicht zuletzt war der CNR stark abhängig von ausländischen Gebern, deren Finanzierungswille über Erfolg oder Misserfolg seiner Projekte mitentschieden (vgl. Speirs 1991: 101).

Die Agrarpolitik des CNR konnte dennoch durch ihr Paket an ökonomischen, politischen und sozialen Maßnahmen Erfolge feiern. So verzeichnete etwa die Baumwollproduktion in den 80er Jahren ein kontinuierliches Wachstum. Die Getreideproduktion erreichte unmittelbar nach dem Ende der RDP 1988 zwei Millionen Tonnen (mehr als die doppelte Menge im Vergleich zu 1980). Hauptsächlich aufgrund des Wachstums im Baumwollanbau erlebte der gesamte Agrarsektor zwischen 1982 und 1987 einen Aufschwung, da er eine Wachstumsrate von 5,4 Prozent aufwies (vgl. Englebert 1998: 83f., 88; Labazée 1987: 15). Diese positive Konjunktur hatte allerdings kaum positive Effekte für ProduzentInnen und Staat, da einerseits die Kosten der Produktionsmittel (Dünge- und Pflanzenschutzmittel) stiegen und andererseits der globale Baumwollpreis einen starken Rückgang erfuhr (vgl. Tallet 1989: 42).

Die ökonomisch ungünstigen Rahmenbedingungen durchkreuzten die Pläne der ländlichen Entwicklungspolitik des Regimes. Der Ressourcentransfer von der urbanen zur ruralen Bevölkerung konnte zwar anfänglich verwirklicht werden, da etwa die Getreide- und Baumwollpreise für die ProduzentInnen stiegen, während die Reallöhne der BeamtInnen sanken. Der CNR sah sich aber aufgrund finanzieller Schwierigkeiten und der wegfallenden Unterstützung der Staatsangestellten dazu gezwungen, diesen Trend ab 1986 wieder umzudrehen (vgl. Englebert 1998: 93f.). Das Handelsdefizit verschärfte sich 1985 und 1986, da der globale Baumwollpreis fiel und die Lebensmittelimporte aufgrund der Dürrekrise von 1984/1985 erhöht werden mussten (vgl. ebd.: 107). Der Viehexport in die Côte d'Ivoire und

Nigeria erlebte wegen einer Marktübersättigung einen Einbruch genauso wie die Produktion von Hirse und Sorghum im Zentrum und Osten des Landes (vgl. Otayek 1989a: 20).

Der Entwicklungsoptimismus des CNR, der auf einem Top-Down-Ansatz beruhte (vgl. Tallet 1996: 122), ignorierte die heterogenen und widersprüchlichen Verhältnisse in der ruralen Welt, die sich gegenüber der revolutionären Politik in Zurückhaltung übte. Das Regime tendierte dazu, wie Bernard Tallet schreibt, „de sous-estimer les réalités du monde rural (diversité des systèmes de production et des organisations sociales, aptitudes à aménager des éco-systèmes souvent difficiles, aptitude à l’innovation... et, dans d’autres cas, dégradation des conditions de vie, blocages économiques...)“. (Tallet 1989: 45)

Summa summarum blieb das ländliche Entwicklungsprojekt des CNR weit unter seinen Erwartungen. Zwar konnte in manchen Bereichen eine Verbesserung des Lebensstandards der ruralen Bevölkerung erreicht werden, nichtsdestotrotz wurde das übergeordnete Ziel der „économie nationale indépendante, autosuffisante et planifiée“ (Sankara 2007c: 111) weit verfehlt. Das Ausscheiden der urbanen Bevölkerung aus dem revolutionären Projekt konnte nicht kompensiert werden, da sich die ruralen Massen nicht in den hegemonialen Block des CNR integrieren ließen (vgl. Tallet 1996: 124). Diese gescheiterte Allianz stellte einen der größten Rückschläge für das Revolutionsregime dar, dem es nicht gelang, Einfluss und Stellenwert der traditionellen Autoritäten und Strukturen zurückzudrängen (vgl. Otayek 1989a: 24).

### **5.3.3 Frauen**

Der CNR räumte den Frauen der burkinischen Gesellschaft eine besondere Rolle im revolutionären Prozess ein, ihre Emanzipation nahm im DOP dieselbe Priorität wie der Aufbau der nationalen Volksarmee und der unabhängigen Volkswirtschaft ein (vgl. Sankara 2007c: 107-115). Das Regime propagierte, dass Revolution und Frauenbefreiung Hand in Hand gingen. Es verpflichtete sich dazu, Frauen in politische Strukturen und Prozesse einzubeziehen, von denen sie früher ausgeschlossen waren: „Elle sera associée – à tous les niveaux de conception, de décision et d’exécution – à l’organisation de la vie de la nation entière.“ (ebd.: 110) Das Ziel der revolutionären Geschlechterpolitik bestand aus der Errichtung einer freien und wohlhabenden Gesellschaft, in der Frauen den Männern in allen

Bereichen gleichgestellt sein sollten (vgl. ebd.: 111). Das Thema Frauenemanzipation war, wie Labazée feststellt, „l'un des thèmes déterminants de l'expérience sankariste [...]“ (Labazée 1989: 23).

So wie das revolutionäre Projekt als Ganzes setzte auch der Kampf gegen Frauenunterdrückung an zwei Ebenen an: Einerseits wollte der CNR durch die Diskreditierung traditioneller Geschlechterrepräsentationen einen Mentalitätswandel herbeiführen. Andererseits sollte die Befreiung der Frauen durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorangetrieben werden (vgl. Jaffré 1989: 107). Sankara unterstrich in dem Beti-Interview, dass zum einen die Frauenemanzipation einen „combat légitime et indispensable pour libérer la société de toutes les emprises décadentes et de tous les préjugés“ (Sankara 2007l: 258) beinhalten müsse. Neben dieser Dekonstruktion von Geschlechterstereotypen sollte die RDP zum anderen eine ökonomische Besserstellung der weiblichen Bevölkerung hervorrufen, wie der Revolutionsführer betonte: „L'émancipation de la femme passe par son instruction et l'obtention d'un pouvoir économique.“ (ebd.)

Die zentrale Institution, mit der die Frauen in den revolutionären Prozess integriert werden sollten, war die UFB, die im September 1985 ins Leben gerufen wurde. So wie die anderen CDR-Unterorganisationen blieb sie von dem Widerspruch zwischen Selbst- und Fremdbestimmung geprägt. Einerseits wurde sie vom SGN gegründet, um eine höhere Beteiligung der Frauen (die in den konventionellen CDR sehr niedrig war) in den revolutionären Strukturen hervorzurufen. Andererseits schaffte sich der CNR mit der UFB ein Instrument, mit dem er sich eine effektivere Kontrolle über den weiblichen Teil der Bevölkerung erhoffte. Neben der UFB integrierte der SNP die weibliche Bevölkerung in die RDP, da ihn sowohl Männer als auch Frauen obligatorisch absolvieren mussten (vgl. Banégas 1993: 73; Englebert 1986: 143).

Der emanzipatorische Anspruch der revolutionären Frauenorganisation stieß in der Praxis auf zahlreiche Probleme: Frauen, die sich in ihr engagierten, partizipierten noch weniger als vorher an den Aktivitäten der CDR (vgl. Banégas 1993: 73). Die UFB-Aktivistinnen stammten in der Regel aus dem Kleinbürgertum und hatten Schwierigkeiten, die revolutionären Inhalte an neue Mitglieder zu vermitteln (vgl. Jaffré 1989: 108). Wenn sie in Planung und Durchführung von offiziellen Anlässen eingebunden wurden, reduzierte sie das SGN auf ihre traditionellen Rollenbilder wie etwa den Empfang der Gäste oder die Veranstaltung von

Tanzeinlagen (vgl. Kanse 1989: 68).

Die Verbesserung der weiblichen Lebensbedingungen sollte durch eine Reihe von konkreten und symbolischen Maßnahmen verwirklicht werden, die aber nur schwer umgesetzt werden konnten (vgl. Banégas 1993: 74).<sup>133</sup> Das „salaire vital“ stand beispielhaft für die revolutionäre Frauenpolitik: Es sah die Entnahme eines gewissen Prozentsatzes vom Lohn des Ehemanns vor, der direkt an seine Frau weitergeleitet werden sollte. Dies sollte ihr den finanziellen Spielraum ermöglichen, die grundlegenden materiellen Bedürfnisse des Haushalts zu befriedigen. Das „salaire vital“ rief viel Kritik hervor: Es würde – so seine GegnerInnen – neue Ungleichheiten schaffen, da nur die Haushalte mit Einkommen betroffen wären und daher die große Mehrheit der ruralen Bevölkerung ausgeschlossen würde. Darüber hinaus befürchteten viele in der Umsetzung des „salaire vital“ einen staatlichen Angriff auf die Privatsphäre (vgl. Benabdessadok 1985: 62f.; Kanse 1989: 70).

Der CNR setzte in seiner Frauenpolitik auf eine Transformation der patriarchalen Familienstrukturen, die sich in sexistischen Praxen wie der Polygamie, der Zwangsehe, der Mitgift oder dem Levirat äußerten (vgl. Sankara 2007u: 371, 378, 385). Diese würden, so Sankara in seiner Rede am 8. März 1987 in Bezug auf die Polygamie, die Frau auf „un objet d'exploitation pour sa force de travail et de consommation pour sa fonction de reproduction biologique“ (ebd.: 371) reduzieren. Das Vorhaben des Regimes, diesen Ritualen ein Ende zu setzen, stieß auf unterschiedlich motivierten Widerstand. Dieser ging einerseits von den muslimischen Ehemännern aus, welche die Ausübung ihrer traditionell-religiösen Praxen gefährdet sahen (vgl. Banégas 1993: 75; Labazée 1987: 15). Andererseits reagierten aber auch die geplanten Nutznießerinnen mit Skepsis, da sie den Verlust der durch die Polygamie ermöglichten zusätzlichen Arbeitskraft befürchteten, die sie von ihren harten alltäglichen Aktivitäten entlastete (vgl. Benabdessadok 1985: 61; Kanse 1989: 70f.).

Aufgrund dieser vorhandenen Opposition ging der CNR dieses Projekt vorsichtig an, immerhin konnte aber anlässlich der „Semaine nationale de la femme“, die im März 1985 in Ouagadougou stattfand, ein Konsens erreicht werden. Dieser erklärte die Monogamie zur Regel und die Polygamie zur Ausnahme. Darüber hinaus plädierten die Versammelten für die Konkretisierung eines neuen Familienrechts, das die geplanten Änderungen beinhalten sollte (vgl. Benabdessadok 1985: 59, 61). Die unter dem CNR begonnene Diskussion führte

<sup>133</sup>Vgl. zu dieser Thematik Hannequin (1990), die in einer Fallstudie die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Baus einer Mühle in dem burkinischen Dorf Matenga untersucht.

allerdings erst nach der RDP im November 1988 zu einer Reform des Familienrechts, welche die Monogamie institutionalisierte und das Prinzip der freien Ehe bestätigte (vgl. Englebert 1998: 140). Außerdem strebte der CNR die Abschaffung eines Gesetzes aus dem Jahr 1920 an, das Abtreibungen und die Verteilung von Verhütungsmitteln strengstens verboten hatte (vgl. Benabdessadok 1985: 63).

Neben dem Angriff auf die Polygamie bekämpfte das Revolutionsregime andere sexistische Praktiken, die – so Sankara in seiner Rede am 8. März 1987 – von der RDP gesenkt wurden: So wären „la prostitution et les pratiques avoisinantes comme le vagabondage et la délinquance des jeunes filles, le mariage forcé, l’excision et les conditions de vie particulièrement difficiles de la femme“ (Sankara 2007u: 378) zurückgegangen. In der gleichen Rede prangerte der Revolutionsführer die geschlechtsspezifischen Schönheitsnormen an, die einen Angriff auf die physische Integrität der Frauen darstellen würden: „Vous vous percez les oreilles et vous vous labourez le corps pour être acceptées par des hommes. Vous vous faites mal pour que le mâle vous fasse encore plus mal!“ (ebd.: 389)

Der Kampf gegen die Prostitution nahm einen wichtigen Stellenwert in der CNR-Frauenpolitik ein. Der Verkauf des weiblichen Körpers stellte für Sankara „la quintessence d’une société où l’exploitation est érigée en règle“ (ebd.: 368) dar. Frauenemanzipation müsse die Bekämpfung der Prostitution beinhalten, da sich Sexarbeiterin und Ehefrau nur durch „le prix et la durée du contrat“ (ebd.: 369) unterschieden. Das Vorgehen gegen die Prostitution wäre daher ein Beitrag zur Befreiung der weiblichen Bevölkerung (vgl. ebd.: 369f.). Die Prostituierten sollten durch die Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen (wie zum Beispiel als Sekretärinnen in der „Présidence“) von der Straße gebracht werden (vgl. Andriamirado 1986c: 43). Dieser Plan, der eine finanzielle Hürde für das Regime bedeutete, wurde mit Repression und Zwang durchgesetzt. Von nun an hatten Sexarbeiterinnen wie auch alle anderen Frauen, die sich in den abendlichen Stunden in der Stadt bewegten, mit scharfen und willkürlichen Kontrollen zu rechnen (vgl. Kanse 1989: 69f.).

Die versprochene Einbindung von Frauen in die (offizielle) Politik wurde partiell verwirklicht. Im Jahr 1987 waren fünf Frauen als Ministerinnen an der Regierung beteiligt und Funktionärinnen besetzten wichtige Posten in der Administration (vgl. Benabdessadok 1985: 63; Camacho 1987: 51; Kanse 1989: 69). Drei Frauen wurden als Botschafterinnen nach Accra, Bamako und Bonn entsandt (vgl. Andriamirado 1986c: 43). Trotz dieser

bemerkenswerten Integration von Frauen in das politische System blieben ihnen die meisten Führungspositionen verwehrt. Aktivistinnen kamen etwa nur selten über den Posten der „déléguée-adjointe“ in den „CDR de quartier“ hinaus (vgl. Banégas 1993: 73). Außerdem konnte sich der CNR in der Besetzung der staatlichen Stellen nicht völlig von seinem traditionellen Geschlechterbild emanzipieren. So waren die Ministerinnen genau jenen Ressorts zugeteilt, die den traditionell weiblichen Aufgabenbereichen entsprachen wie Familie, Gesundheit und Budget (vgl. Kanse 1989: 69).

Der CNR setzte ebenfalls auf spektakuläre Initiativen, die einen Mentalitätswandel in Bezug auf Geschlechterfragen hervorrufen sollten. Eine der außergewöhnlichsten Maßnahmen war der „Journée de l’homme au marché, au ménage et au foyer“, an dem die Männer einen Tag lang die alltäglichen Aufgaben der Frauen übernehmen sollten. Sie sollten so für die Lebensmittelpreise und die harten Anstrengungen des weiblichen Alltags sensibilisiert werden (vgl. Benabdessadok 1985: 62; Englebert 1986: 179). Sankara gründete eine Frauenband mit dem Namen „Colombes de la révolution“, welche die Emanzipation der burkinischen Frauen künstlerisch umsetzen sollte. Ihre Auftritte wurden begleitet von der kollektiven Verurteilung der „verdorbenen“ und „feudalen Ehemänner“ durch das Publikum (vgl. Kanse 1989: 67).

Der frauenpolitische Diskurs des Regimes basierte nicht ausschließlich auf emanzipatorischen Beweggründen, sondern wurde gezielt für die Aufrechterhaltung der CNR-Herrschaft eingesetzt. Diese Instrumentalisierung fand über die Gleichsetzung von RDP und Frauenemanzipation statt, die als zwei Seiten der gleichen Medaille konzipiert waren. In dieser Logik musste jede revolutionäre Politik den Kampf für Geschlechtergleichheit beinhalten, vice versa konnte Frauenpolitik nur dann emanzipatorisch sein, wenn sie im Dienste der Revolution stand (vgl. Banégas 1993: 71). In seiner Rede am 8. März 1987 proklamierte Sankara, „que le combat pour la libération de la femme est avant tout votre combat pour le renforcement de la révolution démocratique et populaire.“ (Sankara 2007u: 376)

Die Frauenpolitik des CNR war wie sein gesamtes Gesellschaftsprojekt von dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit geprägt. Die getroffenen Maßnahmen und Gesetze zeigten in der Realität nicht ihren gewünschten Effekt (vgl. Englebert 1998: 140). So kann Banégas zu dem ernüchternden Schluss kommen, „que les choses n’ont pas vraiment changé pour la femme au Burkina.“ (Banégas 1993: 72) Dennoch blieben die frauenpolitischen

Maßnahmen nicht gänzlich ohne Effekt, wie Christine Benabdessadok ausführt: „Ces manifestations, plus spectaculaires que profondément efficaces, ont cependant le mérite d’installer le doute sur les habitudes de pensée et de susciter le débat à la base.“ (Benabdessadok 1985: 62). Die ernüchternde Bilanz muss zusätzlich etwas relativiert werden, da in dem kurzen Zeitraum der RDP eine staatlich initiierte, grundlegende Änderung der Geschlechterverhältnisse kaum möglich war (vgl. Englebert 1998: 141).

### **5.3.4 Bourgeoisie**

Im DOP erklärte der CNR die Bourgeoisie, die er in eine politische („bourgeoisie d’État“) und in eine ökonomische Fraktion („bourgeoisie commerçante“ und „bourgeoisie moyenne“) unterteilte, pauschal zu den Feinden des Volks (vgl. Sankara 2007c: 94). In einer martialischen Rhetorik kündigte das Revolutionsregime das Ende der Herrschaft der „classes parasites“ (ebd.: 93) an: „Notre révolution sera pour eux la chose la plus autoritaire qui soit. Elle sera un acte par lequel le peuple leur imposera sa volonté par tous les moyens dont il dispose et, s’il le faut, par ses armes.“ (ebd.: 93f.)

Der CNR führte den Kampf gegen die politische Bourgeoisie, die sich vor allem aus den ehemaligen FunktionärInnen des neokolonialen Staats zusammensetzte, mit harten Bandagen. Die Säuberungskampagne innerhalb der staatlichen Verwaltung und die Verurteilung von ehemaligen Politikern und BeamtInnen durch die TPR zeugten von der Entschlossenheit des Regimes, die Staatsbourgeoisie zu eliminieren (vgl. Banégas 1993: 104; Schicho 2001: 154). Im DOP wurde diese rigorose Vorgehensweise durch den opportunistischen Charakter dieser Klasse legitimiert: „Cette fraction de la bourgeoisie ne renoncera jamais de plein gré à ses anciens avantages pour assister, passive, aux transformations révolutionnaires en cours.“ (Sankara 2007c: 94)

Im DOP wurde eine Unterscheidung zwischen der „bourgeoisie commerçante“ und der „bourgeoisie moyenne“ getroffen. Ersterer wurde unterstellt, beste und vielfältige Verbindungen zum Imperialismus zu pflegen und sich daher in starker Opposition zur RDP zu befinden. Aus dieser Kategorie sollten sich „les commerçants véreux qui cherchent à affamer le peuple en retirant de la circulation les vivres à des fins de spéculation et de sabotage économique“ (ebd.) rekrutieren. Im Gegensatz dazu sollte die „bourgeoisie moyenne“ zwar

über Kontakte mit dem Imperialismus verfügen, gleichzeitig konkurrierte sie aber mit ihm um die nationale Marktkontrolle (vgl. ebd.: 94f.). Sie nahm in der DOP-Klassifikation eine „position flottante“ (Labazée 1989: 16) ein, da sie zwischen den reaktionären und revolutionären Anliegen hin- und hergerissen sei.

Die Unterscheidung dieser beiden Bourgeoisiefractionen entsprach der Trennung von produktivem und spekulativem Kapital (vgl. Banégas 1993: 55f.). Ersteres wurde vom CNR ambivalent beurteilt: Einerseits wurde es in Form von handwerklichen und industriellen Unternehmen angeprangert, die das Proletariat durch die Abschöpfung von Mehrwert ausbeuteten. Andererseits bilde das Produktivkapital gerade durch den kapitalistischen Akkumulationsprozess die Voraussetzung für Konstitution und Vermehrung der ArbeiterInnenklasse (vgl. Labazée 1988: 220).

Der nationale Sekundärsektor stellte einen potentiellen Verbündeten für die CNR-Entwicklungspolitik dar, da er in einem Antagonismus mit den ausländischen Interessen und der Handelsspekulation stehen sollte (vgl. ebd.). Die burkinischen HändlerInnen, die das spekulative Kapital verkörperten, standen als „relais comprador“ (Labazée 1989: 13) der westlichen Interessen auf der Abschussliste des Regimes. Im DOP wurde daher nicht nur die Getreide-, sondern auch die Immobilienspekulation offen angeprangert und diffamiert (vgl. Sankara 2007c: 115).

Der revolutionäre Anspruch des CNR umfasste zwar die Umwälzung aller (also auch der ökonomischen) Verhältnisse, gleichzeitig musste er selbst zugeben, dass die RDP im engen Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft stattfand: „Notre révolution présente [...] s'effectue encore dans le cadre des limites du régime économique et social bourgeois.“ (ebd.: 98) Abgesehen von einer radikalen Minderheit<sup>134</sup> stand für das revolutionäre Führungsorgan die Aufhebung der bürgerlichen Verhältnisse nicht zur Debatte. Vielmehr vollzogen sich seine ökonomischen, politischen und sozialen Initiativen im abgesteckten Rahmen des kapitalistischen Systems.

Der CNR veranlasste dementsprechend keine Enteignungen bzw. Verstaatlichungen privater Firmen, sondern akzeptierte die Vorrangstellung der Marktwirtschaft, aus der er sich nach der

---

<sup>134</sup>Zu dieser gehörte etwa Babou Paulin Bamouni (vgl. Englebert 1986: 100), der in Bezug auf den bürgerlichen Gehalt der RDP folgendes schrieb: „A propos de conditions difficiles, il faut souligner que la Révolution d'Août a un contenu *bourgeois* en ce sens qu'elle repose encore pratiquement sur une base économique capitaliste avec tous les risques de récupération que cela comporte; en effet, la base économique de la bourgeoisie n'est pas encore totalement sapée.“ (Bamouni 1986: 112; H.i.O.)

finanziellen Bereinigung der staatlichen Unternehmen zurückziehen wollte (vgl. Labazée 1988: 222).<sup>135</sup> Die revolutionäre Wirtschaftspolitik beinhaltete kein kohärentes Ensemble von Entscheidungen, Maßnahmen und Interventionen. Im Gegenteil war das Regime in Bezug auf die grundsätzliche wirtschaftspolitische Orientierung der RDP gespalten. Es gab interne Auseinandersetzungen darüber, ob der öffentliche oder der private Sektor anvisiert, ob die kapitalistischen Aktivitäten eingeschränkt oder deren Gewinne einbehalten oder ob aus- oder inländische Unternehmen gefördert werden sollten (vgl. Labazée 1985b: 23; Labazée 1988: 218). Vor dem Hintergrund dieser Kontroversen hatten die ökonomischen Interventionen des CNR häufig einen improvisierten und voluntaristischen Charakter (vgl. Martens 1989: 198-201; Zagré 1994: 165).

Die Wirtschaftspolitik der RDP bedeutete einerseits eine Einschränkung der kapitalistischen Akkumulationsmöglichkeiten, andererseits eröffnete sie neue Möglichkeiten für Profitgewinnung (vgl. Labazée 1988: 224). Die staatliche Intervention in die Ökonomie, die durch den Vorwand der Rationalisierung gedeckt wurde (vgl. Otayek 1989a: 23), beinhaltete für die Unternehmen hauptsächlich drei Einschränkungen: Erstens eine Verkleinerung der Absatzmärkte, die zu einer Verlangsamung bzw. zu einem Rückgang der ökonomischen Aktivitäten führte. Zweitens den staatlichen Versuch, Kontrolle über die industriellen und kommerziellen Akkumulationsvorgänge zu gewinnen. Drittens das Unterfangen des Regimes, die unterschiedlichen Aktivitäten innerhalb der jeweiligen wirtschaftlichen Branche zu koordinieren (vgl. Labazée 1988: 224).

Der vom CNR angeregte Ressourcentransfer von der urbanen zur ruralen Bevölkerung wirkte sich negativ für die verarbeitenden, industriellen und kommerziellen Unternehmen aus, deren wichtigste AbnehmerInnen die städtischen LohnempfängerInnen waren. Die rigorose Sparpolitik in der öffentlichen Verwaltung (Gehaltskürzungen etc.) sowie die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise führten ab Ende 1984 zu einem spürbaren Rückgang der urbanen Kaufkraft. Die Folgen dieser Inflation ließen nicht lange auf sich warten: Die Umsätze der wichtigsten kommerziellen Unternehmen des Landes fielen zwischen 1983 und 1985 um 16 Prozent und erreichten ihren Stand von 1982 erst wieder 1987. Der nationale Bankensektor befand sich während der RDP in einer kritischen Situation, da viele KreditnehmerInnen (vor allem die BeamtInnen) aufgrund von Lohnkürzungen oder Entlassungen nicht mehr

---

<sup>135</sup>Nichtsdestotrotz übernahm der CNR-Staat die Hauptanteile an zwei nationalen Unternehmen, nämlich an der „Société Industrielle du Faso“ (SIFA) und an der Zündholzfabrik „SONICO“ (vgl. Labazée 1988: 223).

zahlungsfähig waren (vgl. Labazée 1985b: 19, Labazée 1986: 117, Labazée 1988: 224f.).

Im Gegensatz dazu waren die HändlerInnen, deren Einfluss zurückgedrängt werden sollte, weniger hart von der CNR-Wirtschaftspolitik betroffen. Die ökonomisch stärksten von ihnen schafften es sogar, ihre Umsätze zu vergrößern, da der Staat nur einen Bruchteil des vermarkteten Getreides kontrollierte und die Erhöhung des Verkaufspreises dem Handel in die Hände spielte. Zwischen 1985 und 1986 konnten etwa finanzkräftige HändlerInnen das Getreide zur Hälfte des offiziellen Preises erwerben. Allerdings verlagerten viele kommerzielle Unternehmen ihren Schwerpunkt in die Nachbarländer, da der Tauschverkehr durch unterschiedliche Maßnahmen des Revolutionsregimes (Erhöhung der Importsteuer, Importkontingentierung- und -verbot) empfindlich behindert wurde (vgl. Labazée 1988: 225f.; Speirs 1991: 104).

Eine weitere Einschränkung für ökonomische Aktivitäten war der Versuch des CNR, Akkumulations- und Profitmöglichkeiten in streng reglementierte Bahnen zu lenken. Die Unternehmen wurden dazu verpflichtet, einen Teil ihres Gewinns an staatliche Entwicklungsbanken wie der „Banque Populaire de l’Habitat“ (BPH) oder der „Union Révolutionnaire des Banques“ (UREBA) abzutreten. Einen weiteren Bestandteil dieser Strategie bildeten die TPR, die für den Kampf gegen Nepotismus und klientelistische Netzwerke eingesetzt wurden. Vom Jänner bis August 1984 verurteilten sie 126 Personen (unter ihnen zahlreiche ehemalige politische Verantwortliche und große UnternehmerInnen) zu einem Strafgesamtausmaß von 6,9 Milliarden F CFA (vgl. Labazée 1988: 227).

Im August 1984 wurde ein neues Investitionsgesetz verabschiedet, das die Vergabe von steuerlichen Vorteilen für Unternehmen davon abhängig machte, ob sich diese an den vom CNR festgelegten Entwicklungszielen beteiligten. Außerdem mussten Betriebe von nun an verpflichtende Abgaben an die „Caisse autonome des investissements“ entrichten (vgl. ebd.: 228). Neben diesen Einschränkungen sah das Investitionsgesetz aber auch finanzielle Anregungen für Unternehmen vor, die sich in Burkina Faso niederlassen wollten und etablierte liberale Richtlinien für deren Profitakkumulation (vgl. Englebert 1986: 165). In dieser Hinsicht konnten die Firmen also auch Vorteile aus der Neugestaltung der Investitionen ziehen (vgl. Labazée 1989: 22).

Die revolutionäre Reform stand in einem Widerspruch mit der Analyse im DOP, die auf die negativen Auswirkungen ausländischer Investitionen hingewiesen hatte: Diese

exercer des ponctions énormes sur l'économie du pays et ne contribuent donc pas à renforcer sa capacité d'accumulation. Une part importante de la richesse créée à l'aide des investissements étrangers est drainée vers l'extérieur, au lieu d'être réinvestie pour accroître la capacité productive du pays. (Sankara 2007c: 91)

Neben dem Investitionsgesetz sollte der „Conseil Révolutionnaire Économique et Social“ (CRES) die Unternehmen in die Ausarbeitung und Definition ökonomischer Schwerpunkte miteinbeziehen (vgl. Labazée 1988: 228). Außerdem versuchte der CNR über die Stärkung von bestehenden Strukturen wie „Faso Yaar“ und OFNACER die spekulativen Tätigkeiten des privaten Handels einzudämmen (vgl. ebd.: 231f.).

Die Entscheidung des Revolutionsregimes, die privaten Mieten für das ganze Jahr 1985 auszusetzen, stellte einen der größten Eingriffe in den Akkumulationsprozess dar. Kommerzielle Mieten hingegen, die von Unternehmen zur gewerblichen Nutzung von Räumlichkeiten entrichtet wurden, mussten zur Gänze in die Staatskassa weitergeleitet werden. Der CNR richtete zur Einhaltung und Überwachung dieser Verordnung eine „Délégation du Peuple au Logement“ (DPL) ein, die mit zahlreichen repressiven Kompetenzen ausgestattet war. Diese gingen von der Ausstellung von Geldstrafen bis zur Beschlagnahmung von Häusern, deren BesitzerInnen sich geweigert hatten, ihre Mietgewinne an den Staat zu übermitteln (vgl. ebd.: 229).<sup>136</sup>

Der CNR versuchte in die Entscheidungsvorgänge der ökonomischen Akteure einzugreifen, indem er die „CDR de services“ in den Unternehmen einrichtete und den Aufbau von „Groupements d'Intérêt Économique“ (GIE) vorantrieb. Erstere wurden zum Austragungsort von Konflikten zwischen den verschiedenen Kräften innerhalb des jeweiligen Betriebs. Die GIE (die nach wirtschaftlichen Sparten aufgeteilt waren) sollten die unternehmerischen Aktivitäten nach rationalen und effektiven Gesichtspunkten koordinieren und planen (vgl. ebd.: 233-238).

Öffentliche Investitionen bildeten einen wichtigen Bestandteil der CNR-Wirtschaftspolitik. Der Ausbau der Infrastruktur, der hohe staatliche Ausgaben in den Bereichen Energie (4,4 Milliarden F CFA), Transport und Kommunikation (55 Milliarden F CFA) und Wohnwesen (6 Milliarden) vorsah, hatte einen positiven Effekt auf die lokale Nachfrage (vgl. Labazée 1985: 24). Diese öffentliche Investitionspolitik wirkte sich insbesondere auf die Minen- und

---

<sup>136</sup>Pierre Ouédraogo drohte allen, die sich nicht an das neue Mietgesetz hielten, folgendes an: „Ceux qui ne veulent pas suivre la loi révolutionnaire verront purement et simplement leur maison saisie.“ (zit. nach Englebert 1986: 181)

Bausektoren positiv aus, die etwa durch die Wiedereröffnung der Goldmine von Poura 1984 und die Errichtung des Sourou-Damms angekurbelt werden konnten (vgl. Englebert 1998: 96, 99, 106).

Die wirtschaftspolitischen Interventionen des CNR hatten in vielen Fällen nicht den gewünschten Effekt zur Folge: Das harte Vorgehen der TPR führte zum Bankrott kleinerer und mittlerer Unternehmen, die von der revolutionären Judikative nicht verschont blieben. Außerdem drängten sie viele InvestorInnen in die Spekulationssphäre, die vom Staat nur schlecht überwacht werden konnte. Das Mietgesetz für das Jahr 1985 stürzte einerseits kleinere Unternehmen des Bau- und Wohnsektors in eine Rezession, von der ihre größeren Konkurrenten profitierten. Andererseits rief es Gegenstrategien wie Vorauszahlung, Senkung der gewerblichen Mieten etc. hervor, die häufig das Gesetz erfolgreich umgehen konnten (vgl. Labazée 1988: 228, 230).

Die CNR-Wirtschaftspolitik war durch den Widerspruch zwischen ideologischen Ambitionen und ökonomischen Zwängen charakterisiert, der sich etwa im Fall der burkinischen Brauereien zeigte. Zwischen 1985 und 1987 hob der CNR den Verkaufspreis von Bier, da er sowohl die Rohstoffimporte als auch den Konsum von Luxusprodukten senken wollte. Infolgedessen gingen die Umsatzzahlen der beiden burkinischen Brauereien um etwa 20 Prozent zurück, was die Arbeitsplätze von 800 Beschäftigten gefährdete. Die CDR mussten in solchen Angelegenheiten die schmale Gratwanderung zwischen der Durchsetzung der CNR-Imperative und der Vertretung der Lohnabhängigen meistern (vgl. ebd.: 236f.).

Die Um- und Durchsetzung der revolutionären Wirtschaftsmaßnahmen wurden durch heterogene Widerstandsformen der ökonomischen Akteure erschwert, die auf die staatliche Intervention mit Anpassung, Vermeidung oder Umgehung reagierten (vgl. ebd.: 238). Es gab keine kollektiv organisierte und geschlossene Gegenstrategie der wirtschaftlichen Gruppen, deren Interessen durch die CNR-Politik gefährdet wurden. Die Opposition entlud sich vielmehr in unterschiedlichen Praxen: Diese reichten vom individuellen Widerstand über informelle Netzwerke (die als alternative Profitquellen genutzt wurden) bis zu ethnischen oder konfessionellen Kollektiven, in denen der wachsende Unmut angestaut wurde (vgl. ebd.: 218). Mit dem Beginn des Jahres 1986 durchlief die ökonomische Strategie des CNR einen tiefen Wandel (vgl. Labazée 1986: 119): Dieser stand einerseits in einem engen Zusammenhang mit der militärischen Niederlage des Revolutionsregimes im „Guerre de

noël“,<sup>137</sup> andererseits mit dem Aufkommen einer Protestbewegung im Westen des Landes.<sup>138</sup>

Im Rahmen dieser Reorientierung wurde die Klassifikation der ökonomischen Akteure einer Neubewertung unterzogen, die nicht mehr über sozioökonomische, sondern über moralische Kriterien bestimmt wurden (vgl. Labazée 1988: 221).

Im November 1985 wurde das Gesetz, das die kostenlosen Privatmieten eingeführt hatte, abgeschafft und im darauffolgenden Jahr wurden Investitionen im Bau- und Wohnsektor ermutigt.<sup>139</sup> Am dritten Jahrestag der Revolution richtete sich Sankara öffentlich an die HändlerInnen und versicherte ihnen, dass die RDP nicht gegen ihre Privatinteressen gerichtet sei (vgl. Banégas 1993: 97f.; Speirs 1991: 101f.). 1986 wurden die hohen Zollgebühren gesenkt und der Fünfjahresplan für 1986 bis 1990 räumte privaten Investitionen einen wichtigen Stellenwert ein (vgl. Labazée 1986: 119f.).

Die Denunzierung der ökonomischen Bourgeoisie im DOP wurde in der Praxis nicht in ein politisches Programm umgesetzt. So stellt Englebert fest, dass „malgré le vocabulaire marxiste, le changement des alliances ne s’est pas traduit dans le domaine économique.“ (Englebert 1986: 164) Im Gegenteil ermutigte und förderte der CNR die ökonomischen Aktivitäten der Privatwirtschaft, die einen Beitrag zur Entwicklung und Modernisierung des Landes leisten sollten. In eine ähnliche Richtung ging sein Appell an die staatlichen Unternehmen, die ihre Betriebsführung marktwirtschaftlichen Prinzipien wie Effizienz und Rentabilität anpassen sollten (vgl. ebd.: 165).

Die Wirtschaftspolitik des CNR zielte einerseits auf eine größere Unabhängigkeit gegenüber den westlichen Geberstaaten, andererseits auf eine Modernisierung der verschiedenen ökonomischen Sektoren ab (vgl. Labazée 1985b: 27f.). Dem Revolutionsregime wurde schnell klar, dass dieses Projekt nicht ohne Mitwirkung der im DOP diskreditierten ökonomischen Bourgeoisie gelingen konnte. Diese wurde daher nach einer gewissen Zeit rehabilitiert, indem sie in den revolutionären Entwicklungsprozess einbezogen wurde. Nichtsdestotrotz hatten die Unternehmen schon bessere Zeiten als während der CNR-Herrschaft gesehen, da sie mit einem interventionistischen Staat zu kämpfen hatten, dessen Maßnahmen zu kleiner

---

<sup>137</sup>Vgl. näher zu diesem Thema Kapitel 5.4.3.

<sup>138</sup>Diese wurde von Mitgliedern der ethnischen Gruppen der Dioula und Yarse angeführt, die nach ihrer Verunglimpfung durch den DOP als „commerçants véreux“ (Sankara 2007c: 94) zu entschiedenen GegnerInnen der Revolution wurden (vgl. Englebert 1998: 58; Labazée 1989: 13).

<sup>139</sup>Die Abschaffung des Gesetzes wurde allerdings mit einer Warnung an die VermieterInnen verbunden, künftig keine exzessiven Mietzinsen einzuheben (vgl. Labazée 1989: 22).

werdenden Absatzmärkten und hohen Importkosten geführt hatten (vgl. ebd.: 24).

#### **5.4 Internationale Beziehungen**

Der CNR definierte sich als Bestandteil einer globalen revolutionären Bewegung, die sich für Frieden und Demokratie und gegen Imperialismus und Fremdbestimmung engagierte. Im DOP wurde den weltweit agitierenden, nationalen Befreiungsbewegungen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und Solidarität und Unterstützung versprochen. Das Regime schloss per se keine Länder aus seiner Allianzpolitik aus, solange die gegenseitigen Beziehungen auf folgenden Standards basierten: Wechselseitiger Respekt für Unabhängigkeit, territoriale Integrität und nationale Souveränität, Nichtangriffsprinzip, keine Einmischung in innere Angelegenheiten und gleichheitsbasierter Handel mit Vorteilen für beide Seiten (vgl. Sankara 2007c: 116f.).

Die revolutionären Machthaber versuchten die politischen Richtlinien und Normen, die im DOP ausgearbeitet waren, in ihrer Außenpolitik umzusetzen. Die propagierte Originalität und Unabhängigkeit der RDP sollte einerseits in einer diplomatischen Blockfreiheit zum Ausdruck gebracht werden. Andererseits sollte die antiimperialistische Ausrichtung der Revolution sowohl innen- als auch außenpolitisch Anwendung finden (vgl. Fauré 1985: 78). Die internationalen Beziehungen des CNR fanden vor dem Hintergrund der extremen Abhängigkeit von ausländischen Gebern und der guten Handelsbeziehungen mit Frankreich, Deutschland, den USA und Kanada statt. Der Anspruch der revolutionären Diplomatie wurde daher von einem großen Dilemma konterkariert. Der progressive Internationalismus des CNR, der einen radikalen Bruch mit der bisherigen Außenpolitik herbeiführen wollte, war nur schwer mit der marginalen Position des Landes im internationalen Kontext in Einklang zu bringen (vgl. Labazée 1985a: 13; Soudan 1987: 43).

Die diplomatischen Beziehungen des CNR-Regimes wirkten sich direkt auf seinen Werdegang aus (vgl. Speirs 1991: 100), da die revolutionären Entwicklungsvorhaben hauptsächlich von Investitionen ausländischer Geber abhängig waren (vgl. Englebert 1998: 107, 149). Mit der burkinischen Revolution rückte das kleine westafrikanische Land erstmals in das Scheinwerferlicht der internationalen Bühne, wie François Soudan bemerkt: „L'un des mérites – et non des moindres – de Thomas Sankara, aura sans doute été d'inscrire le Burkina sur la

carte du monde.“ (Soudan 1987: 43) Der provokante Kurs der revolutionären Außenpolitik polarisierte die internationale Gemeinschaft in Verbündete und Gegner der RDP (vgl. Englebert 1998: 152).

#### **5.4.1 Der CNR im globalen Kontext**

Der CNR entwickelte bereits kurze Zeit nach seiner Machtübernahme eine rege außenpolitische Aktivität, die in einer Kontinuität mit Sankaras internationalen Vernetzungsversuchen zu seiner Zeit als Premierminister stand (vgl. Jaffré 2007: 169). Die diplomatischen Beziehungen intensivierten sich in weiterer Folge, da Burkina Faso 1984 und 1985 zum nicht-ständigen Mitglied des UNO-Sicherheitsrates ernannt wurde (vgl. United Nations Security Council 1988: 118). Im Rahmen dieses Mandats bot sich Sankara am 4. Oktober 1984 die Gelegenheit, die Eckpunkte des burkinischen Revolutionsprogramms vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York zu präsentieren.

In seiner Rede betonte der Revolutionsführer, dass es ihm nicht nur um die Vertretung des burkinischen Volks gehe, sondern auch um die „du 'grand peuple des déshérités' [...].“ (Sankara 2007i: 167) Er wolle das globale Ansehen der UN-Generalversammlung nutzen, um den Marginalisierten, Unterdrückten und Ausgebeuteten der Welt eine Stimme zu geben (vgl. ebd.: 174, 176f.). Er unterstrich seine Solidarität mit weltweit diskriminierten Gruppen (wie Schwarzen, IndianerInnen, Frauen etc.) und mit nationalen Befreiungsbewegungen. In diesem Zusammenhang hob der burkinische Präsident den Widerstand des palästinensischen, nicaraguanischen, südamerikanischen, afghanischen, irländischen, grenadinischen und osttimorischen Volks hervor (vgl. ebd.: 176).

Im weiteren Verlauf der Rede nahm Sankara auf damals aktuelle, geopolitische Konflikte Bezug, die im Nahen Osten, im Tschad, in der Westsahara, im Archipel der Komoren, in Grenada, in Afghanistan, in Südafrika und in Namibia stattfanden (vgl. ebd.: 181-183). Er verurteilte die ausländisch-imperialistischen Interventionen und ihr praktiziertes Unrecht und lobte den heroischen Widerstand der nationalen Befreiungsbewegungen. Burkina Faso wolle sich in den globalen Antiimperialismus und Befreiungsnationalismus eingliedern und in der internationalen Politik die Rolle eines „facteur décisif, libéré de toute entrave vis-à-vis de toutes les grandes puissances“ (ebd.: 181) spielen.

Dieses Anliegen durchzog ebenfalls die Partizipation des CNR in der Bewegung der Blockfreien Staaten. Sankara betonte in seiner UNO-Rede, dass dieser globale Zusammenhang den institutionellen Rahmen für eine interkontinentale, antiimperialistische Solidarität bilde. Diese solle die Mitgliedsländer „dans un même combat contre les mêmes trafiquants politiques, les mêmes exploiters économiques“ (ebd.: 168) vereinigen. Die ersten Kontakte mit den Blockfreien gingen auf den CSP I zurück, als Sankara als damaliger Premierminister den 7. Gipfel der Bewegung in Neu-Dehli im März 1983 besucht hatte (vgl. Jaffré 2007: 125f.).

Am achten Gipfel der Bewegung in Harare/Simbabwe vom 1. bis zum 7. September 1986 verdeutlichte Sankara in einer Rede die Motive für die Mitgliedschaft seines Landes: „Membre du Mouvement des non-alignés, le Burkina s’y maintient parce qu’il y voit son intérêt et parce que les principes du mouvement sont conformes à sa foi révolutionnaire.“ (Sankara 2007r: 328) Er erhoffte sich von den Blockfreien „des solutions à ces problèmes de sécurité, de paix, de bon voisinage, de coopération économique, de dette extérieure et, enfin, pour espérer échapper à l’humiliation des petits par les grands [...].“ (ebd.)

In derselben Rede propagierte Sankara den antikolonialen, antiimperialistischen und klassenkämpferischen Charakter der Bewegung (vgl. ebd.: 321f.). Gleichzeitig kritisierte er aber ihr passives und wirkungsloses Verhalten in Bezug auf den Nahostkonflikt und das südafrikanische Apartheidsregime (vgl. ebd.: 324-326). Er forderte die Priorität der Themen Abrüstung, Frieden und Entwicklung sowie größere Geschlossenheit und klarere Leitlinien, um der Bewegung die ehemalige Stärke zurückgeben zu können (vgl. ebd.: 329-331).

In dem außenpolitischen Engagement des CNR nahm die Frage der Auslandsverschuldung der Trikontländer einen wichtigen Stellenwert ein. Während einer Konferenz der „Organisation für Afrikanische Einheit“ (OAE) am 29. Juli 1987 schlug Sankara in einer berühmt gewordenen Rede die Errichtung einer „front uni d’Addis-Abeba contre la dette“ (Sankara 2007v: 403) vor.<sup>140</sup> Die Mitgliedsländer sollten die Zurückzahlung der Schulden verweigern, da diese auf den Kolonialismus zurückgingen und ein effektives Instrument zur Unterwerfung und Beherrschung der Dritten Welt darstellten (vgl. ebd.: 397f.). Afrika habe – so der Revolutionsführer – keine Schulden beim Westen, im Gegenteil sei dieser verschuldet, da es afrikanische Soldaten gewesen seien, die ihn während des zweiten Weltkriegs vom

<sup>140</sup>Das Thema der Auslandsverschuldung wurde von Sankara bereits davor in seiner Rede in Harare thematisiert (vgl. Sankara 2007r: 327, 329).

Nationalsozialismus befreit hätten (vgl. ebd.: 398f.). Die Schuldenverweigerung sollte ein kollektiver Akt der OAE werden, denn „avec le soutien de tous, nous pourrions éviter de payer.“ (ebd.: 402)

Der Kampf gegen rassistische Unterdrückung und insbesondere gegen das südafrikanische Apartheidsregime stellte einen wichtigen Eckpfeiler der CNR-Außenpolitik dar, die sich voll und ganz mit dem „African National Congress“ (ANC) solidarisierte. Im Dezember 1983 empfing Sankara den angolanischen Präsidenten Eduardo Dos Santos, der sich damals im Kriegszustand mit Südafrika befand (vgl. Jaffré 2007: 174). Bei mehreren Anlässen (wie der UNO-Rede) forderte Sankara die Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela (vgl. Sankara 2007h: 164, 185). Burkina Faso boykottierte die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles, um seinem Kampf gegen die Apartheid Ausdruck zu verleihen: „Nous ne pouvons pas aller à des tels jeux aux côtés de ceux qui soutiennent l’Afrique du Sud dans sa politique raciste.“ (Sankara 2007e: 143)

Am 2. Oktober 1984 hielt Sankara, der wegen seiner UNO-Rede in New York war, eine Ansprache in Harlem (einem vorwiegend von Schwarzen bewohnten Viertel), um eine Ausstellung über burkinische Kunst zu eröffnen. Er erklärte, warum als Austragungsort für diese Exposition gerade Harlem gewählt wurde:

Parce que nous estimons que le combat que nous menons en Afrique et principalement au Burkina Faso est le même combat que vous menez à Harlem. [...] Tout chef d’État africain qui vient à New York devrait d’abord passer par Harlem, parce que nous considérons que notre Maison-Blanche se trouve dans le Harlem noir. (Sankara 2007g: 155).<sup>141</sup>

Nicht zuletzt gründete der CNR das „Institut des Peuples Noirs“ (IPN) in Ouagadougou, das einen Beitrag zur Rekonstruktion und Rehabilitierung der schwarzen Geschichte leisten sollte, seine wirkliche Arbeit aber erst 1990 aufnehmen konnte (vgl. Jaffré 2007: 175; Skinner 1988: 447).

Das Revolutionsregime forcierte die im DOP angekündigte Vernetzung mit anderen progressiv-antiimperialistischen Staaten des afrikanischen Kontinents (vgl. Sankara 2007c: 117). Vom 23. Juni bis 2. Juli 1984 besuchte Sankara mehrere afrikanische Länder, deren Regierungen eine ähnliche politische Linie wie der CNR verfolgten. Dazu zählten Äthiopien, Madagaskar, Mosambik, Kongo, Burundi, Tansania, Sambia, Angola und São Tomé und

---

<sup>141</sup>Sankaras Aufenthalt in New York stand unter diesem Leitmotiv, das er einen Tag später vor einer großen Versammlung in Harlem bekräftigen sollte: „Et c’est pourquoi j’ai toujours dit, et je le répète, que notre Maison-Blanche se trouve dans le Harlem noir.“ (Sankara 2007h: 160).

Príncipe (vgl. Englebert 1986: 200). Eine gewisse Aufmerksamkeit erlangte die klare Positionierung des burkinischen Staats in internationalen Konflikten: Er erkannte etwa die „République Arabe Sahraouie Démocratique“ (RASD) am 4. März 1984 an und einen Monat später war Sankara der erste Staatschef, der das befreite Territorium besuchte (vgl. Englebert 1986: 200; Jaffré 2007: 174). Im Tschad-Konflikt versuchte der CNR eine neutrale Position zu beziehen und verurteilte die ausländischen Interventionen von libyscher und französischer Seite (vgl. Englebert 1986: 200).

#### **5.4.2 Antiimperialistische Allianzen**

Die Kontakte des CNR mit Libyen gingen auf die Periode des CSP I zurück, als sich Sankara (als damaliger Premierminister) und das libysche Staatsoberhaupt Gaddafi im März und April 1983 gegenseitige Besuche abstatteten. Nach der Ausschaltung der progressiven Armeefraktion am 17. Mai 1983 erhielt diese von Libyen ideologische und logistische Unterstützung, die eine gewisse Rolle im „Coup d'État“ des 4. Augusts spielte (vgl. ebd.: 201f.). Das daraus resultierende Näheverhältnis changierte während der RDP zwischen revolutionärer Entwicklungszusammenarbeit und vorsichtigem Misstrauen. Das Gesellschaftsprojekt des CNR wurde von Gaddafis Revolution inspiriert und so gab es beispielsweise Ähnlichkeiten zwischen den libyschen Basisvolkskomitees und den CDR (vgl. Le Vine 2004: 159; Sankara 1983b: 44; Soudan 1987: 44).

Die libysche Hilfe in Form von militärischem Material, technologischen Geräten und Nahrungsmitteln hatte für das burkinische Regime den schalen Beigeschmack, an Konditionen geknüpft gewesen zu sein. Gaddafis Unterstützung war nicht nur durch revolutionäre Solidarität, sondern auch durch persönliche Machtambitionen motiviert. Er hoffte auf eine Vergrößerung seines politischen Einflusses, indem die RDP zu einer zweiten „Dschamahirija“ werden sollte (vgl. Selhami 1984c: 30f.). Der CNR, der auf dem Prinzip der Originalität und Unabhängigkeit der Revolution beharrte (vgl. Englebert 1986: 202), verweigerte die geradlinige Umsetzung der Direktiven aus Tripolis wie etwa den Bau von Moscheen oder die Verteilung der grünen Bibel (vgl. Jaffré 2007: 179). Die daraus hervorgegangene Spannung zwischen beiden Seiten wurde durch die burkinische Positionierung in internationalen Konflikten, an denen Libyen beteiligt war, weiter getrübt. Dazu zählte die Ablehnung der

libyschen Intervention im Tschad<sup>142</sup> wie auch die Kritik an Gaddafi, nachdem dieser seine Unterstützung für die RASD eingestellt hatte (vgl. Englebert 1986: 202).

Die Annäherung des CNR an Algerien bildete einen weiteren Konfliktgegenstand im Verhältnis zwischen burkinischem und libyschem Regime (vgl. Labazée 1985a: 13). Algier unterhielt eine militärische, technische und finanzielle Entwicklungszusammenarbeit mit dem Revolutionsregime. Die guten Beziehungen wurden am ersten Jahrestag der RDP symbolisch inszeniert, da an den Feierlichkeiten 50 algerische Offiziere teilnahmen (vgl. Selhami 1984c: 31). Es folgten wechselseitige Staatsbesuche und die Einrichtung einer Flugverbindung zwischen Algier und Ouagadougou (vgl. Englebert 1986: 202). Außerdem spielte der algerische Präsident Chadli Bendjedid eine wichtige Rolle in den Vermittlungsgesprächen, die nach dem „Guerre de Noël“ zwischen Burkina Faso und Mali stattfanden (vgl. Diallo 1986: 34).

Die konkreten Entwicklungsleistungen Libyens an Burkina Faso blieben insgesamt unter den Erwartungen des CNR. Daran änderte auch ein Kooperationsabkommen nichts, das zwischen Libyen, Benin, Burkina Faso und Ghana geschlossen wurde (vgl. Englebert 1998: 155). Während der letzten Treffen der vier Vertragspartner im Jänner und April 1985 in Ouagadougou kritisierten die drei westafrikanischen Staaten die Zusammenarbeit mit dem libyschen Regime als heuchlerisch und ineffizient (vgl. Englebert 1986: 203). Im Gegensatz dazu erlebten die Beziehungen zwischen Ouagadougou und Algier eine Blütezeit während der CNR-Herrschaft. Soudan geht davon aus, dass sie „sans doute plus solides et profondes que les amitiés encombrantes du colonel libyen“ (Soudan 1987: 44) waren.

Burkina Faso etablierte durch seine Mitgliedschaft in der Bewegung der Blockfreien sowohl zu Kuba als auch zu Nicaragua gute Beziehungen. Die Kontakte mit Kuba gingen auf den Gipfel in Neu-Delhi im März 1983 zurück, den Sankara besucht hatte. Diese Verbindung intensivierte sich durch die Unterzeichnung eines Entwicklungsabkommens im Dezember desselben Jahres, das eine Zusammenarbeit im Sicherheits- und Gesundheitsbereich fixierte (vgl. Jaffré 2007: 175). In den Folgejahren gingen viele burkinische StudentInnen nach Kuba, um dort eine universitäre Ausbildung zu erhalten, vice versa berieten kubanische ExpertInnen den CNR in ökonomischen, sozialen und infrastrukturellen Projekten (vgl. ebd.: 190f.). Das gute Verhältnis wurde am 25. September 1984 gewürdigt, als Fidel Castro Sankara mit der

---

<sup>142</sup>Besonders provokant für Tripolis war die Abhaltung einer Versammlung von tschadischen, anti-libyschen AktivistInnen vom 7. bis 12. August 1984 in Ouagadougou (vgl. Selhami 1984c: 31).

höchsten staatlichen Anerkennung Kubas, dem José-Martí-Orden, auszeichnete (vgl. Sankara 2007f).

Die guten Beziehungen zwischen dem CNR und Nicaragua gingen wie bei Kuba auf politische und ideologische Überschneidungen zurück. In seiner UNO-Rede positionierte sich Sankara auf der Seite von Daniel Ortega und forderte eine friedliche Lösung des Konflikts (vgl. Sankara 2007i: 183). Am 27. August 1986 stattete der nicaraguanische Präsident Burkina Faso einen offiziellen Staatsbesuch ab, in dessen Rahmen er die höchste Auszeichnung des Landes, „L'Étoile d'or de Nahouri“, verliehen bekam (vgl. Sankara 2007q). Am 8. November desselben Jahres hielt Sankara am 25. Geburtstag der „Frente Sandinista de Liberación Nacional“ (FSLN) eine Rede vor circa 200.000 Menschen in Managua und wurde mit dem Carlos-Fonseca-Orden der nicaraguanischen Regierung ausgezeichnet (vgl. Jaffré 2007: 190; Sankara 2007s: 340-343). Am Gipfel der Blockfreien in Harare 1986 schlug der burkinische Revolutionsführer vor, den nächsten Gipfel der Bewegung aus Solidaritätsgründen in Managua abzuhalten (vgl. Sankara 2007r: 330).

Mit Ghana unterhielt das Revolutionsregime ein gutes Verhältnis (vgl. Sankara 2007e: 131), da die beiden Länder durch ein ähnliches politisches Programm und die Freundschaft zwischen Sankara und dem ghanaischen Präsidenten Jerry Rawlings verbunden waren. Dieser hatte durch seine Unterstützung des CNEC einen gewissen Anteil an der Machtübernahme des CNR. Die beiden Länder organisierten in der Folgezeit gemeinsame militärische Manöver 1983 und 1985 (vgl. Englebert 1986: 192, Englebert 1998: 155; Jaffré 2007: 169f.; Labazée 1985a: 12). Allerdings schlug sich Ghana im Grenzkonflikt zwischen Burkina Faso und Mali im Dezember 1985 nicht auf die Seite des CNR, sondern rief lediglich zur Deeskalation auf (vgl. Labazée 1986: 118). Der burkinische Handel mit Ghana, der im Vergleich zu dem mit der Côte d'Ivoire nur sehr gering war, erfuhr nach einem Aufschwung zwischen 1982 und 1985 einen Rückgang (vgl. Englebert 1998: 155).

### **5.4.3 Regionale Konflikte und Spannungen**

Die Beziehungen des Revolutionsregimes zu Mali wurden von einem Grenzkonflikt überschattet, der auf die ungenaue territoriale Trennung der beiden Länder durch die französische Kolonialmacht zurückging. Den Streitgegenstand bildete der sogenannte

Agacher-Streifen, eine ungefähr 160 Kilometer lange Zone von 3.000 Quadratkilometer Größe der insgesamt 1.300 Kilometer umfassenden gemeinsamen Grenze. Dieses Gebiet beherbergte Bodenschätze wie Mangan, Titan und Erdgas, die allerdings aufgrund der fehlenden Infrastruktur nicht rentabel verwertbar waren. Der territoriale Konflikt, in dem nationales Prestige ebenfalls eine Rolle spielte, polarisierte die beiden Länder seit der Unabhängigkeit und hatte bereits einmal zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen Ende 1974 geführt (vgl. Hargrove 1986: 38f.; Leigh 1987: 411; Naldi 1986: 971).

Die ungelöste Causa gewann in den 80er Jahren wieder an Brisanz, da sich Mali 1982 für den Eintritt in die UMOA bewarb. Das CMRPN und der CSP nutzten das burkinische Vetorecht innerhalb der Union, um damit Druck auf Mali auszuüben und den Grenzkonflikt zu ihren Gunsten zu entscheiden (vgl. Englebert 1986: 193). Der CNR setzte in seiner Anfangszeit diese Eskalationspolitik nicht fort und hob das Veto gegen den Eintritt Malis in die UMOA auf. Dieser Schritt läutete ein politisches Tauwetter ein, das dazu führte, dass sich Sankara und der malische Präsident Moussa Traoré im September 1983 darauf einigten, die Agacher-Frage durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag entscheiden zu lassen (vgl. Diallo 1984b: 76; Hargrove 1986: 38; Leigh 1987: 412).

In weiterer Folge verschlechterten sich allerdings die diplomatischen Beziehungen aufgrund mehrerer Faktoren. Dazu zählte die Erklärung des malischen Generalsekretärs der CEAO, Drissa Keita, zur persona non grata durch das Revolutionsregime (vgl. Englebert 1986: 194; Andriamirado 1986a: 32).<sup>143</sup> Der von den TPR untersuchte Finanzskandal innerhalb der Gemeinschaft rief ebenfalls Unmut in Bamako hervor, da die burkinischen Behörden die Frau des malischen Präsidenten verdächtigten, in den Skandal verwickelt gewesen zu sein (vgl. Englebert 1986: 194). In dieser Phase hoher Anspannung kam es zu einem gegenseitigen Austausch von Drohgebärden und Vorwürfen der Destabilisierung.<sup>144</sup>

Eine provokante Rede Sankaras im September 1985 verschärfte die Situation zwischen beiden Ländern. In dieser unterstellte er den Feinden der Revolution, an allen Ecken und Enden Komplote und Intrigen gegen den CNR zu planen (vgl. Sankara 2007k: 249, 251). Diesen

---

<sup>143</sup>Keita hatte sich zuvor in der Wochenzeitschrift „Jeune Afrique“ kritisch über das Revolutionsregime geäußert, das sich daraufhin zur dieser Maßnahme gezwungen sah (vgl. Englebert 1986: 194).

<sup>144</sup>Bamako warf dem CNR vor, einen geplanten Generalstreik der malischen Bildungsgewerkschaft für den 18. Dezember 1985 manipuliert und für sich instrumentalisiert zu haben (vgl. Andriamirado 1986a: 34; Dahmani 1986b: 32). Im Gegenzug warf das Revolutionsregime Mali vor, an der Sabotage der RDP zu arbeiten. Der Aufenthalt von Joseph Ki-Zerbo in der malischen Hauptstadt im November 1985 wurde hierfür als Indiz gesehen (vgl. Englebert 1986: 194).

Machenschaften würde eine entschiedene und gnadenlose Antwort erwarten, denn „grâce à nos lance-flammes invincibles, nous les brûlions à jamais, nous déversons le feu pour calciner nos ennemis, les réduire en poudre.“ (ebd.: 252) Außerdem propagierte der burkinische Präsident den Export der RDP in andere Länder, der eine Lösung für ihre ökonomischen, politischen und sozialen Probleme bringen würde.<sup>145</sup> Diese Bewerbung der Revolution war expressis verbis an das malische Volk adressiert: „La révolution du peuple burkinabè est à la disposition du peuple malien qui en a besoin. [...] Seule la révolution lui permettra de se libérer.“ (ebd.: 251f.)

Die Situation zwischen Burkina Faso und Mali war Ende des Jahres 1985 extrem angespannt und die Zeichen deuteten immer mehr auf einen gewaltsamen Konfliktausbruch hin. Dieser wurde durch ein paar unmittelbare Eskalationsfaktoren begünstigt: Im November 1985 drangsalierten malische Polizisten die lokale Bevölkerung in Kounia, einem Dorf in der Agacher-Zone, indem sie drei Männer festnahmen und Vieh entwendeten. Im Gegenzug hielt der CNR an einer geplanten Volkszählung im Dezember fest, die aufgrund des Widerstands im umstrittenen Gebiet nur mit Hilfe der CDR und burkinischer Soldaten durchgeführt werden konnte (vgl. Andriamirado 1986a: 33; Naldi 1986: 972).

Am 25. Dezember 1985 brach der „Guerre de Noël“ zwischen Burkina Faso und Mali aus: Es kam zu militärischen Zusammenstößen und Angriffen, die sich auch außerhalb des Agacher-Streifens abspielten. Am Tag des gewaltsamen Konfliktausbruchs bombardierte die malische Luftwaffe burkinische Grenzstädte (unter anderem Ouahigouya, Djibo und Dori), die Antwort des CNR war ein Luftangriff auf Sikasso zwei Tage später (vgl. Hoeltgen 1986: 35). Am 30. Dezember kam es zu einem effektiven Waffenstillstand<sup>146</sup> unter Vermittlung des senegalesischen Präsidenten Abdou Diouf und seines ivoirischen Amtskollegen Houphouët-Boigny (vgl. Hargrove 1986: 38). Ein definitiver Schlussstrich unter den Grenzkonflikt wurde aber erst ein Jahr später gezogen, als beide Seiten den Beschluss des Internationalen Gerichtshofs, der das Territorium in zwei Hälften teilte, akzeptierten (vgl. Leigh 1987: 414).<sup>147</sup>

---

<sup>145</sup>Diese Drohung Sankaras war erstaunlich, hatte er doch 1984 beteuert, die RDP nicht in andere Länder übertragen zu wollen: „La révolution ne s’exporte pas. L’on ne peut imposer à aucun peuple un choix idéologique. Exporter la révolution signifierait d’abord que nous Burkinabè, nous pensions que nous pouvons aller enseigner à d’autres ce qu’ils doivent faire pour résoudre leurs problèmes.“ (Sankara 2007e: 143)

<sup>146</sup>Dem waren bereits drei Waffenstillstandsabkommen vorausgegangen, die allerdings alle gebrochen wurden (vgl. Hoeltgen 1986: 35).

<sup>147</sup>Vgl. für eine Beschreibung der einstweiligen Schutzmaßnahmen des Internationalen Gerichtshofs Naldi (1986) und für eine Zusammenfassung und Analyse des Verfahrens Leigh (1987).

Die Bilanzierung des Krieges fiel unterschiedlich aus, die offiziellen Zahlen sprachen von 47 Toten, während in anderen Quellen bis zu 300 Opfer genannt wurden (vgl. Dahmani 1986a: 30; Martin 1987: 86). Außerdem richteten die malischen Luftangriffe gravierende Schäden in den attackierten burkinischen Städten an (vgl. Diallo 1986: 34). Verlauf und Ausgang des „Guerre de Noël“ bedeuteten für das Revolutionsregime eine schwere Niederlage: Die malischen Truppen konnten weit ins burkinische Territorium (in die umstrittene Zone und darüber hinaus) eindringen und ihre militärische Überlegenheit unter Beweis stellen (vgl. Andriamirado 1986a: 34).<sup>148</sup> Die Allianzen, die der CNR mit anderen Ländern (wie Libyen, Algerien und Ghana) geschmiedet hatte, stellten sich angesichts des Krieges als wenig effizient heraus, was von der diplomatischen Isolation des CNR zeugte (vgl. Brisset 1987: 30; Labazée 1986: 118). Die revolutionäre Außenpolitik musste nach dieser militärischen Niederlage auf Druck von Frankreich und der Côte d'Ivoire einen moderateren Kurs einschlagen, von nun an war keine Rede mehr von einem Export der RDP in andere Länder (vgl. Englebert 1998: 155).

Die Beziehungen des CNR zur Côte d'Ivoire fanden vor dem Hintergrund der gemeinsamen Kolonial- und Migrationsgeschichte der beiden Länder statt. Die zahlenmäßig starke Auswanderung von Burkinabè in das Nachbarland setzte sich auch nach dem Ende des französischen Kolonialismus fort (vgl. Blion 1996: 136-139, 147). Die hohe Präsenz von burkinischen MigrantInnen stellte einerseits einen wichtigen Faktor für die Entwicklung des ivoirischen „cash crop“-Sektors (vor allem Kakao und Kaffee) dar. Andererseits bedeutete sie für Burkina Faso einen Arbeitskräfteabfluss mit negativen Auswirkungen auf die ökonomische und demographische Entwicklung (vgl. Diallo 1984b: 76; Englebert 1986: 189; Fauré 1985: 82; Martin 1987: 82).

Durch diesen Kontext unterhielten die beiden Länder quasi nolens volens gegenseitige diplomatische Beziehungen (vgl. Fauré 1985: 82). Diese wurden am Anfang der RDP durch gegenseitige Provokationen belastet. Sankara verschob mehrere offiziell geplante Staatsbesuche bei seinem Amtskollegen, der als „gardes-chiourmes de l'impérialisme“ vom

---

<sup>148</sup>Im Anschluss an den Krieg kam es zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Burkina Faso und Mali. Am 3. Jänner 1986 veranstaltete der CNR ein burkinisch-malisches Solidaritätstreffen, auf dem Sankara die guten Beziehungen zwischen beiden Bevölkerungen hervorhob: „C'est pourquoi je voudrais vous dire camarades, qu'en ce qui nous concerne, entre les peuples maliens et burkinabè, il n'y a jamais eu que l'amitié et l'amour.“ (Sankara 2007m: 267) Ab dem März 1986 unternahm das Revolutionsregime Bemühungen, eine Botschaft in der malischen Hauptstadt Bamako zu eröffnen (vgl. Andriamirado 1986b: 43).

CNR verdächtigt wurde, in Komplotts gegen das Revolutionsregime verwickelt gewesen zu sein. Im Gegenzug versuchte „le vieux“ (wie Houphouët-Boigny von der Bevölkerung genannt wurde), den Einfluss des Nachbarlandes in der Region gering zu halten. So blockierte er beispielsweise den Vorsitz Burkina Fasos in der CEAO (den es gemäß den Bestimmungen ausüben sollte) auf dem Gipfel in Niamey im Oktober 1983 (vgl. Andriamirado 1983b: 32-34, Andriamirado 1984b: 26; Diallo 1984b: 77; Fauré 1985: 80).

Die diplomatischen Beziehungen wurden durch weitere Vorfälle überschattet: Im Jänner 1984 wurden drei ivorische Zollbeamte von CDR-Mitgliedern nach Ouagadougou entführt. Einen Monat später wurde ein burkinischer Oppositioneller von drei Unbekannten, die möglicherweise im Auftrag des CNR handelten, in Abidjan misshandelt (vgl. Andriamirado 1984b: 27). Die gegenseitigen Feindseligkeiten erreichten am Gipfel des „Conseil de l'Entente“ in Yamoussoukro am 10. September 1985 ihren Höhepunkt: Die Côte d'Ivoire und die anderen Mitgliedsstaaten warfen dem CNR vor, an Destabilisierungsversuchen in ihren Ländern beteiligt zu sein (vgl. Jaffré 2007: 182).<sup>149</sup> Sankara erwiderte diese Unterstellung und forderte die AnhängerInnen der RDP in den Nachbarländern zur revolutionären Wachsamkeit auf: „Et il faut en appeler à nos militants qui sont à l'étranger pour qu'ils redoublent de vigilance, d'ardeur pour démasquer ces complots qui se trament [...].“ (Sankara 2007k: 252) Allerdings gab es bereits vor dem Gipfel in Yamoussoukro Anzeichen, die auf eine Normalisierung des burkinisch-ivorischen Verhältnisses hindeuteten:<sup>150</sup> Die Côte d'Ivoire hob ihr Veto gegen das revolutionäre Regime in der CEAO auf und unterstützte dessen Kandidatur für den Vorsitz in der „Banque Africaine de Développement“. Houphouët-Boigny schickte Glückwünsche zum zweiten Jahrestag der RDP und beteiligte sich finanziell an zahlreichen Entwicklungsprojekten im Nachbarland (wie dem Bau des Flughafens von Bobo-Dioulasso) (vgl. Fauré 1985: 80f.).

Im März 1986 stattete „le vieux“ anlässlich eines CEAO-Gipfels dem CNR erstmals einen offiziellen Staatsbesuch ab, der ihm in Ouagadougou einen wohlgesinnten Empfang bereitete.

---

<sup>149</sup>So kam es auch zwischen Burkina Faso und Togo zu diesen wechselseitigen Vorwürfen: Der togolesische Präsident Gnassingbé Eyadéma sah in einem gegen ihn gerichteten „Coup d'État“ eine burkinische Beteiligung. Der CNR warf seinem Widersacher eine Verstrickung in ein geplantes Attentat anlässlich des Besuchs von Mitterrand in Ouagadougou im November 1986 vor (vgl. Andriamirado 1987a, Andriamirado 1987b).

<sup>150</sup>Diese Entwicklung wurde vom CDR-Generalsekretär Pierre Ouédraogo bereits in dem Andriamirado-Interview im Juli 1985 unterstrichen: „Nous sommes aujourd'hui assurés que nos ressortissants en Côte d'Ivoire bénéficient de l'hospitalité africaine et non de subsides pour combattre notre révolution. La coopération s'est, de plus, bien installée entre nos deux pays.“ (Ouédraogo 1985: 28).

Darüber hinaus führte die vermittelnde Rolle des ivoirischen Präsidenten im „Guerre de Noël“, die den Vormarsch der malischen Truppen auf das burkinische Territorium gestoppt hatte, zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen (vgl. Dahmani 1986a: 32; Englebert 1986: 190f.). Als während des Gipfels des „Conseil de l’Entente“ im Februar 1985 in Yamoussoukro eine Bombe in dem Hotel explodierte, in dem Sankara residieren hätte sollen, nahm dieser dennoch an dem Treffen teil und sprach das ivoirische Regime von jeder Implikation frei (vgl. Fauré 1985: 81; Jaffré 2007: 181). So kann Englebert abschließend feststellen: „From then on, relations were normalized between the two countries, and the pattern of Burkina’s dependency on Côte d’Ivoire remained essentially unaffected.“ (Englebert 1998: 153)

#### **5.4.4 Frankreich**

Im DOP wurde Frankreich als eine imperialistische Großmacht dargestellt, die für die (post)koloniale Fremdherrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung in Burkina Faso (mit)verantwortlich zeichnete. Nach der Unabhängigkeit soll sich der französische Staat nationaler Marionettenregime bedient haben, die seinen Einfluss auf Ökonomie und Politik des Landes garantierten (vgl. Sankara 2007c: 87f.). In mehreren Anlässen wurde die französische Außenpolitik als neokoloniale Intervention zurückgewiesen. In dem Betti-Interview äußerte sich Sankara wie folgt über die CFA-Franc-Zone:

Dans ce cadre, je dirais que le franc CFA, lié au système monétaire français, est une arme de la domination française. L’économie française et, partant, la bourgeoisie capitaliste marchande française bâtit sa fortune sur le dos de nos peuples par le biais de cette liaison, de ce monopole monétaire. (Sankara 2007l: 262)

Frankreich wirkte auf seine ehemalige Kolonie vor allem über den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ein. Diese bestand aus finanziellen und technischen Hilfeleistungen, die vorwiegend in die Bereiche (Aus-)Bildung und Gesundheit investiert wurden. Darüber hinaus sicherte sich das französische Regime seinen Einfluss durch die von ihm dominierte CFA-Franc-Zone und die verbündete Côte d’Ivoire, zu der Burkina Faso in einer starken ökonomischen Abhängigkeit stand. Nicht zuletzt spielte französisches Kapital eine wichtige Rolle im Aufbau und in der Entwicklung wirtschaftlicher Kernsektoren des Landes. Diese französische Fremdbestimmung stand im starken Widerspruch zu dem Anspruch der RDP, eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen (vgl. Englebert 1986: 204;

Labazée 1985c: 89f.).

Die diplomatischen Beziehungen wurden nicht nur durch das asymmetrische Verhältnis zwischen beiden Ländern getrübt, sondern auch durch den Verdacht des CNR, dass Paris oppositionelle Aktivitäten unterstütze. Das Revolutionsregime führte als Beleg dafür einerseits das Bündnis zwischen der „Parti Socialiste“ (PS) Mitterands und der FPV von Joseph Ki-Zerbo, andererseits die Repressionswelle des 17. Mais 1983 an (vgl. Englebert 1986: 204; Sankara 2007l: 261). Diese war, so die Darstellung der CNR-Gründungsdeklaration, ein strategisches Manöver der „forces conservatrices réactionnaires qui ne savent rien faire d’autre que de servir les intérêts des ennemis du peuple, les intérêts de la domination étrangère et du néocolonialisme.“ (Sankara 2007b: 71)<sup>151</sup>

Der damalige französische Kooperationsminister Christian Nucci beteuerte stets, dass sein Land nichts mit dem internen Putsch des CSP zu tun gehabt hätte. So behauptete er in einem Interview, dass „il n’y a jamais eu d’intervention de la France dans les affaires intérieures de la Haute-Volta.“ (Nucci 1984: 94) Dem steht allerdings gegenüber, dass Frankreich kurz nach dem 17. Mai 1983 eine Lieferung von Waffen und Geld nach Burkina Faso veranlasste (vgl. Jaffré 2007: 182). Darüber hinaus soll Guy Penne seine Implikation in die Repressionswelle, die in Britains Worten „one of the most audacious neo-colonial interventions in post-colonial African history“ (Brittain 1985: 44) war, später zugegeben haben (vgl. Jaffré 2007: 135).

Die erste Gelegenheit für den CNR, seine revolutionäre Außenpolitik gegenüber dem ehemaligen Kolonisator unter Beweis zu stellen, bot sich am 20. Oktober 1983 anlässlich des Gipfeltreffens „France-Afrique“ in Vittel. Frankreich leistete sich beim ersten offiziellen Staatsbesuch Sankaras einen groben Fauxpas, denn er wurde am Flughafen von Guy Penne in Empfang genommen. Nach diesem Vorfall nahm Burkina Faso bis 1988 nicht mehr an den „France-Afrique“-Gipfeln teil (vgl. Englebert 1998: 161; Jaffré 2007: 174). Diese seien – so die Begründung des Revolutionsregimes für seine Abwesenheit am Treffen in Bujumbura 1984 – nichts anderes als „des carcans organisationnels hérités de l’époque coloniale“ und würden „un obstacle aux exigences de transformation des rapports entre les peuples“ (CNR 1986c: 259f.) darstellen.

Der CNR wollte sich in der Entwicklungszusammenarbeit nicht einfach den Konditionen

---

<sup>151</sup>Der CNR behauptete, dass zum Zeitpunkt der Repressionswelle ivoirische und togolesische Truppen (die von Frankreich unterstützt wurden) an der Grenze Burkina Fasos präsent gewesen seien, die dem reaktionären Putsch auf Bedarf zur Seite gestanden hätten (vgl. Andriamirado 1983b: 34).

Frankreichs beugen, sondern forderte eine Revision der Abkommen aus dem Jahr 1961 auf der Basis sozialistischer Standards (vgl. Fauré 1985: 78; Jaffré 2007: 183; Sankara 1983b: 45; Soudan 1987: 44). Die anfänglichen Hoffnungen, die das Regime in diesem Vorstoß in die PS setzte, wurden enttäuscht. Im August 1984 konstatierte Sankara die ungebrochene Kontinuität zwischen dem konservativen und dem sozialistischen Frankreich hinsichtlich seiner Afrikapolitik: „La France de mai 81 reprend pratiquement les mêmes chemins que les régimes précédents. Elle se trouve aussi face aux même interlocuteurs représentants de tel ou tel groupe d’Afrique. La France d’aujourd’hui n’est pas différente de la France d’hier.“ (Sankara 2007e: 141)

Im Rahmen mehrerer Anlässe kritisierte Sankara das Verhalten Frankreichs nicht nur in Bezug auf das südafrikanische Apartheidsregime, sondern auch hinsichtlich seiner ehemaligen Kolonien. Der Revolutionsführer forderte einerseits die französische Regierung auf, ökonomische, politische, diplomatische oder militärische Sanktionen gegen Südafrika einzusetzen (vgl. Sankara 2007t: 348). Andererseits prangerte er das Vorgehen der Großmacht in ihren (ehemaligen) Kolonien an, das in einer direkten Kontinuität mit der Außenpolitik von Charles de Gaulle stünde. Er meinte, „que la démarche pour défendre les intérêts français dans les ex-colonies (Tchad, Centrafrique) et colonies (Kanaki, Comores) rappelle étrangement les principes d’action foccartiens.“ (Sankara 2007l: 261)<sup>152</sup>

Diese verbalen Attacken zogen die konkrete Praxis der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Burkina Faso und Frankreich in Mitleidenschaft: Die „Official Development Assistance“ (ODA) des französischen Staats fiel von 43,5 Millionen Dollar 1983 auf 26,8 Millionen Dollar 1985 (vgl. Englebert 1998: 152). Frankreich weigerte sich, die CNR-Entwicklungsprojekte wie den Eisenbahnbau von Ouagadougou nach Tambao oder den Staudamm von Kompienga zu finanzieren. Die französischen Entwicklungsgelder verwandelten sich immer mehr von Geldspenden in Darlehen, welche die Schulden des burkinischen Staats verschärften. Die militärische Kooperation wie die Lieferung von Waffen ging in den ersten Jahren des CNR merkbar zurück (vgl. Englebert 1986: 204; Jaffré 2007: 182f.; Zagré 1994: 177).<sup>153</sup>

Der CNR reagierte auf diese Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen, die für sein  
<sup>152</sup>Jacques Foccart war französischer Beauftragter für Afrika und Madagaskar von 1958 bis 1974 (vgl. Prairie 2007d: 455).

<sup>153</sup>Dies war einer der Gründe für das schlechte Abschneiden des Revolutionsregimes im „Guerre de Noël“ (vgl. Jaffré 2007: 182f.).

Entwicklungsprogramm gravierende Auswirkungen hatte (vgl. Jaffré 2007: 183), mit unterschiedlichen Maßnahmen: Für französische StaatsbürgerInnen wurde einerseits eine Aufenthaltsgenehmigungspflicht (bei Wohnsitz in Burkina Faso) eingeführt, andererseits eine Visumpflicht (bei einem touristischen Aufenthalt). Außerdem forderte das Revolutionsregime die Räumlichkeiten der französischen Botschaft in Ouagadougou zurück. Diese lag nur 50 Meter von der „Présidence“ entfernt und wurde von den Burkinabè aufgrund historischer und sicherheitstechnischer Gründe zurückverlangt (vgl. Englebert 1986: 204f.).

Steigender ökonomischer und politischer Druck und die militärische Niederlage im Grenzkonflikt mit Mali führten 1986 zu einem grundsätzlichen Wandel der burkinischen Diplomatie. Dieser war durch eine Öffnung gegenüber den westlichen Geberstaaten und den konservativen Nachbarländern gekennzeichnet (vgl. Englebert 1998: 152, 161). Von dieser pragmatischen Wende des CNR profitierten auch die Beziehungen zu Frankreich. Am 4. Februar 1986 kam es zur Unterzeichnung eines neuen Entwicklungsabkommens, wenngleich einige Fragen (wie die der juristischen Zusammenarbeit) nicht geklärt werden konnten (vgl. Englebert 1986: 205). Frankreichs ODA erhöhte sich seitdem wieder und betrug 40,8 Millionen Dollar 1986 und ein Jahr später sogar 66,8 Millionen Dollar (vgl. Englebert 1998: 161).

Das politische Tauwetter, das mit dem Entwicklungsabkommen eingeläutet wurde, setzte sich in der Folgezeit fort. Einen Tag nach der Unterzeichnung der Verträge hielt Sankara am 5. Februar 1986 eine Rede im Rahmen der Umweltkonferenz „Silva“ in Paris (vgl. Sankara 2007n). Burkina Faso wohnte dem ersten Gipfel der Frankophonie bei, der vom 17. bis 19. Februar in Paris stattfand. In einer Nachricht an die TeilnehmerInnen hob Sankara den ambivalenten Charakter des Französischen hervor, das sowohl repressive (als Erbe des Kolonialismus) als auch emanzipatorische (als interkontinentales Kommunikationsmittel) Elemente in sich trage. Es gebe demnach

la langue française parlée par les Français de l'hexagone et la langue française parlée dans les cinq continents. C'est pour contribuer à l'enrichissement de ce français universalisé que nous entendons apporter notre participation et apprécier en quoi la langue française nous rapproche davantage des autres. (Sankara 2007o: 284)

Einen kleinen Rückschlag sollten die Beziehungen zwischen Burkina Faso und Frankreich während des offiziellen Empfangs für Mitterrand am 17. November 1986 in Ouagadougou erfahren. Dieser wurde zum Schauplatz eines verbalen Schlagabtauschs zwischen den beiden

Präsidenten, wobei vor allem Sankara nicht mit Kritik an der französischen Außenpolitik (insbesondere in Bezug auf Südafrika) sparte:

C'est dans ce contexte, monsieur François Mitterrand, que nous n'avons pas compris comment des bandits comme Jonas Savimbi, des tueurs comme Pieter Botha, ont eu le droit de parcourir la France si belle et si propre. [...] Et tous ceux qui leur ont permis de poser ces actes en porteront l'entière responsabilité ici et ailleurs, aujourd'hui et toujours. (Sankara 2007t: 348)

Diese Diffamierung stellte eine Weltpremiere dar, war es doch das erste Mal, dass ein afrikanischer Staatschef öffentlich und in einer derartigen Art und Weise den französischen Präsidenten bloß gestellt hatte (vgl. Jaffré 2007: 186).

## 6. Conclusio

Die materialistische Ideologiekritik der burkinischen Revolution baute auf drei Paradigmen auf: Erstens wurde Ideologie nicht als autonomes Phänomen behandelt, sondern im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen analysiert. Zweitens wurde das Ideologische über spezifische Inhalte definiert, die durch verzerrte und verzerrende Elemente gekennzeichnet sind. Drittens wurde Ideologie hinsichtlich ihrer Funktion untersucht, indem der theoretische Anspruch des CNR mit seiner konkreten Herrschaftspraxis kontrastiert wurde.

Die Verortung der burkinischen Revolution in ihrem historischen Kontext zeigte die ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen und Prozesse auf, die zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Diese Ausgangsbedingungen definierten Möglichkeiten und Grenzen der RDP, die durch die Abhängigkeit und Marginalisierung des Landes stark determiniert waren. Die Kenntnis dieser gesellschaftlichen Rahmenverhältnisse stärkte das Verständnis für die inhaltliche Ausprägung der burkinischen Revolutionsideologie, die sich vor allem als Kontrastprogramm zu den herrschenden Zuständen definierte.

Die CNR-Ideologie, die sich aus heterogenen und widersprüchlichen Bestandteilen zusammensetzte, definierte Ausrichtung, Vorgehensweise und Ziele der RDP. Sie versprach den Aufbau einer neuen, freien, unabhängigen und wohlhabenden Gesellschaft, die eine individuelle und kollektive Emanzipation von den (neo)kolonialen Zwängen ermöglichen sollte. Die einzelnen Elemente der synkretistischen Revolutionsideologie (wie Nationalismus, Marxismus-Leninismus, Antiimperialismus etc.) wurden in unterschiedlicher Weise für die Propagierung dieses gesellschaftlichen Projekts herangezogen. Die Darstellung des CNR von Geschichte, Gegenwart und Zukunft trug verklärende Züge in sich, die zur Rechtfertigung seiner Herrschaft eingesetzt wurden.

Das Revolutionsregime war durch einen klaffenden Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit gekennzeichnet. Sein hegemoniales Projekt, vor dessen Hintergrund all seine ökonomischen, politischen und sozialen Maßnahmen gesehen werden müssen, sah die Zerschlagung der neokolonialen Ordnung und den Aufbau einer revolutionären Gesellschaft vor (vgl. Otayek 1985: 8). Obwohl die RDP einen Wandel in dem Verhältnis zwischen Stadt und Land herbeiführen konnte, scheiterte diese Vision. Der CNR konnte zwar die neokoloniale Herrschaftsallianz empfindlich angreifen, aber nicht durch einen neuen

hegemonialen Block ersetzen (vgl. Banégas 1993: 136; Englebert 1986: 169; Labazée 1985b: 18, Labazée 1987: 15). Dieser Misserfolg resultierte aus mehreren ökonomischen, politischen und sozialen Faktoren, die vom Regime mehr oder weniger beeinflussbar waren.

Die schwerwiegendste Einschränkung für das CNR-Gesellschaftsprojekt war die ökonomische Situation des Landes, die dem revolutionären Entwicklungsvorhaben diametral entgegenstand. Der Aufbau einer unabhängigen, selbsterhaltenden und geplanten Volkswirtschaft entpuppte sich in diesem Zusammenhang als illusorische und realitätsferne Vorgabe (vgl. Martens 1989: 200). Die revolutionären Entwicklungsprojekte, die zwar durchaus Erfolge aufwiesen, blieben deshalb insgesamt unter ihren Erwartungen, wie Victor Le Vine resümiert: „In the end, even though many of Sankara’s programs could be adjudged successes, he could not rescue his country from its economic and social woes or change the basic social fabric of his society.“ (Le Vine 2004: 149) Die gesellschaftlichen Veränderungen, die das Revolutionsregime anstrebte, stellten sich während der kurzen Zeitspanne der RDP als nicht verwirklicht heraus.

In einer Umverteilung der knappen Ressourcen des Landes reduzierte der CNR die Privilegien der urbanen Bevölkerung und wollte dafür den Lebensstandard der ruralen Mehrheit erhöhen. Während die Kaufkraft in den Städten tatsächlich einen Rückgang erlebte, konnten die ländlichen Entwicklungsversprechen nicht eingehalten werden (vgl. Tallet 1996: 121). Die revolutionäre Agrarpolitik kämpfte mit ökonomischen und klimatischen Einschränkungen, die ihren guten Vorsatz zunichte machten, wie Tallet anmerkt: „Malgré l’attention portée aux problèmes du secteur agricole, les changements réels ont été réduits, les contraintes financières et climatiques ayant annulé bien des décisions prises par le pouvoir.“ (Tallet 1989: 49)

Die ökonomische Abhängigkeit des Landes war ebenfalls einer der Gründe für die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Außenpolitik des CNR. Dieser versuchte zwar neue Allianzen mit ideologisch verwandten Staaten zu schmieden, diese stellten sich aber im Vergleich zur Entwicklungszusammenarbeit mit den westlichen Partnerländern als Enttäuschung heraus. Das Revolutionsregime schaffte es nicht, sich von seinen traditionellen Gebern zu emanzipieren und eine neue Kooperation mit progressiven Ländern aufzubauen. Ab 1986 kam es zu einem Wandel in der Außenpolitik des Regimes, nachdem zuvor die Höhe der Entwicklungsgelder drastisch gesunken war (vgl. Englebert 1998: 152).

Vor diesem Hintergrund muss die Entwicklung der politischen und zivilen Gesellschaft sowie deren antagonistisches Verhältnis verstanden werden. Der CNR setzte für die Verwirklichung seines Gesellschaftsprojekts auf „a strong state, a totalising state.“ (Otayek 1989a: 15) Durch die Neudefinition der staatlichen Aufgaben- und Kompetenzbereiche wurden die repressiven und ideologischen Staatsapparate erweitert und ausgebaut. Das revolutionäre Führungsorgan sicherte sich über seine Interpretation des demokratischen Zentralismus einen uneingeschränkten Einfluss auf das politische System, dessen Institutionen von einer kategorischen Hierarchisierung durchzogen wurden: Während auf der einen Seite der CNR als unanfechtbare Avantgarde des revolutionären Prozesses bestimmt wurde, sollten auf der anderen Seite die „institutions gestionnaires“ (wie CDR, TPR etc.) die bedingungslose Umsetzung seiner Direktiven gewährleisten (vgl. Labazée 1989: 12, 25).

Der CNR bildete kein homogenes Führungsorgan, seine Mitglieder waren sowohl durch politische und ideologische Divergenzen als auch durch konkurrierende Machtambitionen gespalten. Die Armee, die vier „chefs historiques“ und insbesondere Sankara konnten sich zwar einen dominanten Einfluss auf den CNR sichern, der aber dennoch zum Schauplatz von Konflikten zwischen den unterschiedlichen militärischen und zivilen Trägerfraktionen wurde. Die Erosion des fragilen Herrschaftsbündnisses konnte weder durch die autoritäre Entwicklung des CNR noch durch den geplanten Aufbau einer Einheitspartei gestoppt werden. Die heterogene und konfliktive Zusammensetzung des CNR kosteten ihm seine politische Stabilität, wie Englebert schreibt: „Sankara’s failure to institutionalize his power (and the CNR’s parties’ failure to tame their ideological disputes) was thus central to the breakdown of his regime [...].“ (Englebert 1998: 61)

Vor dem Hintergrund dieser machinternen Auseinandersetzungen versuchte der CNR über einen starken Staat die zivilgesellschaftlichen Akteure in sein hegemoniales Projekt einzubinden und eine neue Beziehung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft aufzubauen (vgl. Otayek 1989a: 14). Dieses Projekt war, wie Englebert unterstreicht, „the strongest confrontational campaign the Burkinabè state had ever waged against its society.“ (Englebert 1998: 70) Die Zivilgesellschaft wurde einer ganzen Reihe von Disziplinierungs- und Kontrollmechanismen unterworfen, die auf Marginalisierung, Normierung und Vereinheitlichung ihrer Akteure zielte (vgl. Banégas 1993: 52; Otayek 1985: 9; Otayek 1989a: 22; Speirs 1991: 102). Diese sollten ihre Agitation den revolutionären Erfordernissen anpassen

und sich in die Strukturen des Regimes eingliedern. Wenn diese Inkorporationsstrategie scheiterte, versuchte der CNR, Einfluss und Stellenwert der zivilgesellschaftlichen Akteure, die sein politisches Monopol gefährdeten, einzuschränken (vgl. Speirs 1991: 102).

Die Zivilgesellschaft reagierte nicht passiv auf diesen Vereinnahmungsversuch, sondern entwickelte heterogene Widerstandsformen. So kann Banégas festhalten, dass „les Burkinabè ont pu et su s'aménager des sphères d'autonomie, inventer des formes de résistance, des pratiques d'insubordination, de subversion ou de réinvestissement qui sont autant de modes d'énonciation du politique.“ (Banégas 1993: 7) Diese Gegenstrategien (die durch unterschiedliche Beweggründe motiviert waren) und insbesondere die gewerkschaftliche Bewegung als „le dernier front d'opposition coordonnée au régime“ (Labazée 1988: 234) hatten maßgeblichen Anteil an der politischen Krise des CNR am Ende seiner Herrschaft (vgl. Banégas 1993: 6, 12).

Die Konflikte und Auseinandersetzungen, die der CNR-Staat mit den einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteuren führte, standen stellvertretend für sein Verhältnis zu der Gesellschaft als Ganzes. Dies galt etwa für seine Beziehungen mit den Gewerkschaften, mit der ruralen Bevölkerung und mit den Frauen (vgl. Kabeya-Muase 1989: 52, 57; Kanse 1989: 72; Otayek 1989a: 21). Das Revolutionsregime versuchte, diese politischen und sozialen Gruppen gemäß seinen Vorstellungen umzuformen und in sein hegemoniales Projekt zu integrieren. Allerdings fehlten ihm Mittel und Legitimität, um dieses Projekt zu realisieren, wie Otayek zusammenfasst: „The CNR obviously did not have the means to realise the changes it desired. Without a real grip on society, it found itself alone and confronted with itself.“ (vgl. Otayek 1989a: 24)

Der CNR wollte die herkömmlichen politischen und kulturellen Referenzsysteme diskreditieren und durch eine revolutionäre Weltanschauung ersetzen. Dieses Vorhaben scheiterte, da sich Tradition und Geschichte tief in die Mentalität der Bevölkerung, die mit Zurückhaltung und Widerstand auf die autoritäre Identitätskonstruktion des Staats reagierte, eingebrannt hatten (vgl. Otayek 1989b: 3). Durch den Bruch mit den zivilgesellschaftlichen Institutionen (wie den traditionellen und religiösen Autoritäten oder den Gewerkschaften) verlor der CNR ein potentielles Sprachrohr, das die Kommunikation zwischen Staat und Bevölkerung gewährleisten hätte können (vgl. Otayek 1989a: 26; Savonnet-Guyot 1985: 43).

Die Errichtung des hegemonialen Blocks, an der das Regime als „prisonnier de sa vision de la

société consignée dans le DOP“ (Otayek/Sawadogo/Guingané 1996: 11) doktrinär festhielt, blieb eine ideologische Konstruktion, die nicht in die Praxis übersetzt wurde. Der CNR unterschätzte die materielle Dimension der Klassenformierung und baute stattdessen auf die Überzeugungskraft seines politischen Diskurses. Die Kohäsion und Mobilisierung der RDP-Zielgruppen konnten nicht erreicht werden, da diese durch die revolutionäre Politik summa summarum eher benachteiligt als begünstigt wurden (vgl. Banégas 1993: 104). Banégas resümiert: „Les problèmes de redistribution peuvent être vus comme un des éléments explicatifs majeur de l'échec du CNR.“ (ebd.: 86)

Im Gegensatz zu seinem Anspruch, eine Herrschaft vom Volk für das Volk zu etablieren, war der CNR ein hochgradig ideologisches Regime, das durch die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis gekennzeichnet war. Die Gründe dafür werden von Otayek zusammengefasst:

The fall of Thomas Sankara is linked to a range of factors stemming from economic difficulties, the rise of social opposition, the crystallisation of political divergences within the CNR, and from personality conflicts that the excessive personalisation of power by Sankara had progressively exacerbated. More fundamentally, the failure of the CNR is also the failure of a certain political order which was unable to gain legitimacy to the extent that it insisted on trying to ignore the deep forces of the society it intended to govern. With the demise of the CNR, the latter had its revenge. (Otayek 1989a: 29)

Es sind diese Schattenseiten der RDP, die in vergangenen und gegenwärtigen Debatten ausgeblendet wurden und werden. Die Idealisierung der burkinischen Revolution und ihres Anführers führen zur Verzerrung dieser historischen Erfahrung und ihrer politisch-theoretischen Inhalte. Eine kritische Bezugnahme auf das CNR-Gesellschaftsprojekt muss sowohl seine positiven als auch seine negativen Aspekte diskutieren, um einen emanzipatorischen Anschluss an sein politisches Erbe zu ermöglichen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Arbeit einen Beitrag zu dieser Aufgabe geleistet hat.

## 7. Literaturverzeichnis<sup>154</sup>

Althusser, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie.* Hamburg/Westberlin: VSA.

Anderson, Benedict (2005): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts.* Frankfurt: Campus.

Anderson, Perry (1977): *Considerations on Western Marxism.* London: NLB.

Andriamirado, Sennen (1983a): *Le changement difficile.* In: *Jeune Afrique* 1193, 30–37.

— (1983b): *La menace, c’est le rejet.* In: *Jeune Afrique* 1194, 32–34.

— (1984a): *Les nouveaux militaires africains.* In: *Jeune Afrique* 1217, 24–27.

— (1984b): *Sankara nettoie, Houphouët attend.* In: *Jeune Afrique* 1223, 26–28.

— (1984c): *A marxiste, marxiste et demi.* In: *Jeune Afrique* 1223, 28.

— (1984d): *Haute-Volta. Premiers morts.* In: *Jeune Afrique* 1225, 32.

— (1985a): *Sankara le justicier.* In: *Jeune Afrique* 1251–1252, 42–49.

— (1985b): *Burkina. Est-ce la lutte finale?* In: *Jeune Afrique* 1259, 30–31.

— (1985c): *J’ai vu Diawara dans sa „prison“.* In: *Jeune Afrique* 1276, 32–34.

— (1985d): *Halte à l’embourgeoisement!* In: *Jeune Afrique* 1286, 30–31.

— (1986a): Sept millions de Burkinabè. In: *Jeune Afrique* 1306, 32–34.

<sup>154</sup>Alle URLs der betreffenden Titel wurden im Dezember 2013 überprüft.

- (1986b): L'„affaire du siècle“ à Ouagadougou. In: Jeune Afrique 1316, 42–43.
- (1986c): Les femmes burkinabè à l'honneur. In: Jeune Afrique 1316, 43.
- (1986d): Diawara devant la justice révolutionnaire. In: Jeune Afrique 1318, 32–33.
- (1986e): Procès Diawara: ce qui n'a pas été dit. In: Jeune Afrique 1319, 30–33.
- (1987a): Pourquoi Houphouët a annulé le sommet. In: Jeune Afrique 1359, 26–28.
- (1987b): Veillée d'armes à Ouagadougou. In: Jeune Afrique 1359, 28.
- (1987c): Finie l'amitié, la justice tranchera. In: Jeune Afrique 1381, 36–37.
- (1987d): Le paysan à l'honneur. In: Jeune Afrique 1387, 66–67.
- (1987e): La lutte contre le désert. In: Jeune Afrique 1387, 68–72.
- (1987f): Sankara le rebelle. Paris: Jeune Afrique Livres.
- (1991): Il s'appelait Sankara. Paris: Jeune Afrique Livres.

Asche, Helmut (1994): Le Burkina Faso contemporain. L'expérience d'un auto-développement. Paris: L'Harmattan.

Ashcroft, Bill/Griffiths, Gareth/Tiffin, Helen (2001): Introduction. In: Ashcroft, Bill/Griffiths, Gareth/Tiffin, Helen (Hg.): The Post-Colonial Studies Reader. London/New York: Routledge, 151–152.

Augustin, Jean-Pierre/Drabo, Yaya K. (1989): „Au sport, citoyens!“ In: Politique Africaine 33, 59–65.

- Balibar, Étienne (2011): *The Nation Form: History and Ideology*. In: Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel: *Race, Nation, Class: Ambiguous Identities*. London/New York: Verso, 86–106.
- Bamouni, Babou Paulin (1986): *Burkina Faso. Processus de la Révolution*. Paris: L'Harmattan.
- Banégas, Richard (1993): *Insoumissions Populaires et Révolution au Burkina Faso*. Bordeaux: Institut d'études politiques de Bordeaux.
- Bartov, Omer (2004) *Der alte und der neue Antisemitismus*. In: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt: Suhrkamp, 19–43.
- Beck, Ulrich (2004): *Entgrenzung der Intifada oder: Das Linienbus-Ticket in Haifa*. In: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt: Suhrkamp, 133–142.
- Benabdessadok, Christine (1985): *Femmes et révolution: ou comment libérer la moitié de la société*. In: *Politique Africaine* 20, 54–64.
- Berger, Michael (2004): *Karl Marx: Das Kapital. Eine Einführung*. München: Wilhelm Fink.
- Berman, Bruce J. (1998): *Ethnicity, Patronage and the African State: The Politics of Uncivil Nationalism*. In: *African Affairs* 97/388, 305–341.
- Beti, Mongo (1986): *L'Afrique à l'aube de sa véritable indépendance?* In: Bamouni, Babou Paulin: *Burkina Faso. Processus de la Révolution*. Paris: L'Harmattan, 3–13.

- Blion, Reynald (1996): Migrants internationaux et de retour au Burkina Faso, acteurs et témoins d'une circulation migratoire multiforme. In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (Hg.): *Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne*. Paris: Karthala, 133–155.
- Bollinger, Stefan (2004): *Wiederkehr der Imperialisten? Alte Theorien und neue Herausforderungen*. In: Bollinger, Stefan (Hg.): *Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik*. Wien: Promedia, 7–44.
- Brisset, Claire (1987): Une nouvelle forme de mobilisation sociale au Burkina-Faso. In: *Le Monde diplomatique* 398, 30-31.
- Brittain, Victoria (1985): Introduction to Sankara & Burkina Faso. In: *Review of African Political Economy* 32, 39–47.
- Camacho, Martine (1987): Féminisme sans griffe au Burkina. In: *Jeune Afrique* 1371, 50–51.
- Carayol, Rémi (2012): Burkina Faso: la veuve de Sankara en appelle à François Hollande. <http://www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20120917144919/>
- Chakrabarty, Dipesh (2002): Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte. In: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt/New York: Campus, 283–312.
- CNR (1986a): Déclaration conjointe des organisations membre du CNR. In: Englebert, Pierre: *La Révolution Burkinabè*. Paris: L'Harmattan, 130–132.
- (1986b): Statut des CDR. In: Englebert, Pierre: *La Révolution Burkinabè*. Paris: L'Harmattan, 238–254.

Compaoré, Blaise (1984): Haute-Volta. Premiers morts. [Interview mit Sennen Andriamirado]  
In: Jeune Afrique 1225, 32–33.

Conrad, Sebastian/Randeria Shalini (2002): Einleitung. Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen kolonialen Welt. In: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt/New York: Campus, 9–49.

Coquery-Vidrovitch, Catherine (1994): afrikanische Produktionsweise. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 1. Abbau des Staates bis Avantgarde. Hamburg: Argument, 70–75.

Dahmani, Abdelaziz (1986a): Les Maliens ressoudés. In: Jeune Afrique 1306, 30–32.

— (1986b): Match nul pour les erreurs. In: Jeune Afrique 1306, 32.

— (1986c): Discrète présence des anciens. In: Jeune Afrique 1352, 57.

Davidson, Basil (1992): The Black Man's Burden. Africa and the Curse of the Nation-State. New York: Times Books.

Demirović, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos, 21–41.

Diallo, Siradiou (1983): Sankara. Cet homme qui dérange. In: Jeune Afrique 1188, 42–43.

— (1984a): Sankara. Est-il communiste? In: Jeune Afrique 1194, 30–31.

— (1984b): Sankara contre Houphouët. In: Jeune Afrique 1199–1200, 75–77.

— (1984c): Le grand chambardement. In: *Jeune Afrique* 1209, 37–39.

— (1986): Chadli arbitre le conflit Burkina-Mali. In: *Jeune Afrique* 1325, 34.

Diallo, Hamidou (1996): Gauche marxiste et pouvoir militaire de 1983 à 1991. In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (Hg.): *Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne*. Paris: Karthala, 299–310.

Diawara, Mahamadou (1996): Mouvement associatif et transformations du champ. In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (Hg.): *Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne*. Paris: Karthala, 229–246.

Dubuch, Claude (1985): Langage du pouvoir, pouvoir du langage. In: *Politique Africaine* 20, 44–53.

Eagleton, Terry (2000): *Ideologie. Eine Einführung*. Stuttgart/Weimar: Metzler.

Elst, Hille van (1986): „Auf die eigenen Kräfte bauen“. In: *Die Zeit* 24, 9–10.

— (1987): Der Tod einer Illusion. In: *Die Zeit* 49, 53.

Englebort, Pierre (1986): *La Révolution Burkinabè*. Paris: L'Harmattan.

— (1998): *Burkina Faso. Unsteady Statehood in West Africa*. Colorado/Oxford: Westview Press.

Fall, Aziz Salmone (2012): Le Peuple Burkinabè et la famille Sankara demandent justice. In: Sylla, Ndongo Samba (Hg.): *Redécouvrir Sankara. Martyr de la liberté*. Douala/Berlin/Wien: Editions AfricAvenir/Exchange & Dialogue, 349–354.

Fanon, Frantz (1985): *Schwarze Haut, weiße Masken*. Frankfurt: Suhrkamp.

Fauré, Yves-André (1985): *Ouaga et Abidjan: divorce à l'africaine? Les raisons contre la raison*. In: *Politique Africaine* 20, 78–86.

Faure, Armelle (1996): *Pratiques et politiques foncières en milieu rural*. In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (Hg.): *Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne*. Paris: Karthala, 169–183.

Front Populaire (2012): *Proclamation du Front Populaire après l'assassinat de Sankara*. In: Sylla, Ndongo Samba (Hg.): *Redécouvrir Sankara. Martyr de la liberté*. Douala/Berlin/Wien: Editions AfricAvenir/Exchange & Dialogue, 170–171.

Gaillard, Philippe (1985): *L'affaire Diawara et autres*. In: *Jeune Afrique* 1276, 35.

Gervais, Raymond R./Mandé, Issiaka (2000): *From Crisis to National Identity: Migration in Mutation, Burkina Faso, 1930–1960*. In: *The International Journal of African Historical Studies* 33/1, 59–79.

Gramsci, Antonio (1991a): *Gefängnishefte. Band 1. Heft 1*. Hamburg: Argument.

— (1991b): *Gefängnishefte. Band 2. Hefte 2-3*. Hamburg: Argument.

— (1992): *Gefängnishefte. Band 4. Hefte 6–7*. Hamburg: Argument.

— (1994): *Gefängnishefte. Band 6. Hefte 10–11*. Hamburg: Argument.

— (1996): *Gefängnishefte. Band 7. Hefte 12–15*. Hamburg: Argument.

- Gregor, James A. (1967): African Socialism, Socialism and Fascism. An Appraisal. In: *The Review of Politics* 29/3, 324–353.
- Grigat, Stephan (2007): *Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus*. Freiburg: ça ira.
- Hannequin, Brigitte (1990): Etat, patriarcat et développement: le cas d'un village mossi du Burkina Faso. In: *Canadian Journal of African Studies/Revue Canadienne des Études Africaines* 24/1, 36–49.
- Hargrove, Charles (1986): Cas difficile pour les juges de La Haye. In: *Jeune Afrique* 1332, 38–39.
- Harsch, Ernest (1998): Burkina Faso in the Winds of Liberalisation. In: *Review of African Political Economy* 25/78, 625–641.
- (1999): Trop, c'est trop! Civil Insurgence in Burkina Faso 1998–99. In: *Review of African Political Economy* 26/81, 395–406.
- Hauck, Gerhard (1992): *Einführung in die Ideologiekritik. Bürgerliches Bewußtsein in Klassik, Moderne und Postmoderne*. Hamburg: Argument.
- Haug, Wolfgang Fritz (1995): Bewußtsein. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 2. Bank bis Dummheit in der Musik. Hamburg: Argument, 212–225.
- Haury, Thomas (2004): Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken. In: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt: Suhrkamp, 143–167.

- Heinrich, Michael (2005): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling.
- Hobsbawm, Eric J. (1996): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. München: dtv.
- Hoeltgen, Dominique (1986): La guerre en taxi-brousse. In: Jeune Afrique 1306, 34–35.
- Jaffré, Bruno (1989): Burkina Faso. Les années Sankara. De la révolution à la rectification. Paris: L'Harmattan.
- (2007): Biographie de Thomas Sankara. La patrie ou la mort.... Paris: L'Harmattan.
- Jaglin, Sylvie (1996): De la défense révolutionnaire à la gestion urbaine: „le cercle des CR disparus“ (Ouagadougou: 1983–1991). In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean Pierre (Hg.): Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne. Paris: Karthala, 247–274.
- Jehle, Peter (1994): Alltagsverstand. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 1. Abbau des Staates bis Avantgarde. Hamburg: Argument, 162–167.
- Johnstone, Monty (1995): demokratischer Zentralismus. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2. Bank bis Dummheit in der Musik. Hamburg: Argument, 569–580.
- Jureit, Ulrike (2001): Imagination und Kollektiv. Die „Erfindung“ politischer Gemeinschaften. In: Jureit, Ulrike (Hg.): Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassistischer und ethnischer Gemeinschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–20.

Kabeya-Muase, Charles (1989): Un pouvoir des travailleurs peut-il être contre les syndicats?  
In: *Politique Africaine* 33, 50–58.

Kanse, Mathias S. (1989): Le CNR et les femmes: de la difficulté de libérer „la moitié du ciel“. In: *Politique Africaine* 33, 66–72.

Ki-Zerbo, Joseph (1981): *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*. Frankfurt: Fischer.

Labazée, Pascal (1985a): La voie étroite de la révolution au Burkina. In: *Le Monde diplomatique* 371, 12-13.

— (1985b): Réorganisation économique et résistances sociales. La question des alliances au Burkina. In: *Politique Africaine* 20, 10–28.

— (1985c): Les limites d’une politique volontaire. Burkina: Un bilan d’Actuel-développement. In: *Politique Africaine* 20, 87–90.

— (1986): Une nouvelle phase de la révolution au Burkina Faso. In: *Politique Africaine* 24, 114–120.

— (1987): L’encombrant héritage de Thomas Sankara. In: *Le Monde diplomatique* 404, 15.

— (1988): *Entreprises et entrepreneurs du Burkina Faso. Vers une lecture anthropologique de l’entreprise africaine*. Paris: Karthala.

— (1989): Discours et contrôle politique: les avatars du Sankarisme. In: *Politique Africaine* 33, 11–26.

Le Vine, Victor T. (2004): *Politics in Francophone Africa*. Boulder/London: Lynne Rienner.

- Leigh, Monroe (1987): Case Concerning the Frontier Dispute (Burkina Faso/Republic of Mali) 1986 ICJ Rep. 554. In: *The American Journal of International Law* 81/2, 411–414.
- Lenk, Kurt (1964): Problemgeschichtliche Einleitung. In: Lenk, Kurt (Hg.): *Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie*. Neuwied/Berlin: Luchterhand, 17–59.
- (1986): *Marx in der Wissenssoziologie. Studien zur Rezeption der Marxschen Ideologiekritik*. Lüneburg: Dietrich zu Klampen.
- Lieber, Hans-Joachim (1985): *Ideologie. Eine historisch-systematische Einführung*. Paderborn [u.a.]: Schöningh.
- Marie, Alain (1989): *Politique urbaine: une révolution au service de l'État*. In: *Politique Africaine* 33, 27–38.
- Martens, Ludo (1989): *Sankara, Compaoré et la révolution burkinabè*. Berchem: EPO.
- Martin, Guy (1987): *Ideology and Praxis in Thomas Sankara's Populist Revolution of 4 August in Burkina Faso*. In: *A Journal of Opinion* 15, 77–90.
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1. Der Produktionsprozeß des Kapitals*. In: *Marx-Engels-Werke. Band 23*. Berlin: Dietz, 11–802.
- (1969): *Thesen über Feuerbach*. In: *Marx-Engels-Werke. Band 3*. Berlin: Dietz, 5–7.
- (1971): *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. In: *Marx-Engels-Werke. Band 13*. Berlin: Dietz, 3–160.
- (1976): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. In: *Marx-Engels-Werke. Band 1*. Berlin: Dietz, 378–391.

- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1969): Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. In: Marx-Engels-Werke. Band 3. Berlin: Dietz, 13–530.
- (1972): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke. Band 4. Berlin: Dietz, 459–493.
- Marxhausen, Thomas (1999): Fetischcharakter der Ware. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 4. Fabel bis Gegenmacht. Hamburg: Argument, 343–354.
- McClintock, Anne (1991): „No longer in Future Heaven“: Women and Nationalism in South Africa. In: Transition 51, 104–123.
- McGowan, Pat/Johnson, Thomas H. (1984): African Military Coups d’Etat and Underdevelopment: A Quantitative Historical Analysis. In: The Journal of Modern African Studies 22/4, 633–666.
- Meijenfeld, Roel von/Santiso, Carlos/Otayek, René (1998): La démocratie au Burkina Faso. Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance.
- Naldi, Gino J. (1986): Case concerning the Frontier Dispute between Burkina Faso and Mali: Provisional Measures of Protection. In: The International and Comparative Law Quarterly 35/4, 970–975.
- Nolte, Maik (2011): Kurze Ehrung für Sankara. <http://www.taz.de/!63745/>
- Nucci, Christian (1984): „Sankara, Habré, Bongo et moi“. [Interview mit Jean-Louis Buchet et François Soudan] In: Jeune Afrique 1199–1200, 93–95.

Otayek, René (1985): Avant-propos. In: *Politique Africaine* 20, 3–9.

— (1987): Burkina Faso. „Quand le tambour change de rythme, il est indispensable que les danseurs changent de pas“. In: *Politique Africaine* 28, 116–123.

— (1989a): Burkina Faso: between feeble state and total state, the swing continues. In: *Cruise* O'Brien, Donal B./Dunn, John/Rathbone, Richard (Hg.): *Contemporary West African States*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press, 13–30.

— (1989b): Avant-Propos. Rectification. In: *Politique Africaine* 33, 2–10.

Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (1996): Introduction. Du Burkina, du changement social et de la démocratie. In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (Hg.): *Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne*. Paris: Karthala, 7–19.

Ouédraogo, Pierre (1985): Assurer la marche de la révolution. [Interview mit Sennen Andriamirado] In: *Jeune Afrique* 1280, 28.

Poulantzas, Nicos (1977): *Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien*. Frankfurt: Suhrkamp.

Prairie, Michel (Hg., 2007a): *Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987*. New York [u.a.]: Pathfinder.

— (2007b): Introduction. In: Prairie, Michel (Hg.): *Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987*. New York [u.a.]: Pathfinder, 21–27.

— (2007c): Chronologie. In: Prairie, Michel (Hg.): *Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987*. New York [u.a.]: Pathfinder, 34–51.

- (2007d): Glossaire. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 451–463.
- Rehmann, Jan (2004): Ideologietheorie. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6.1. Hegemonie bis Imperialismus. Hamburg: Argument, 717–760.
- (2008): Einführung in die Ideologietheorie. Hamburg: Argument.
- Rejai, Mostafa (1991): Political Ideologies. A Comparative Approach. Armonk/London: M. E. Sharpe.
- Renan, Ernest (1990): What is a nation? In: Bhabha, Homi (Hg.): Nation and Narration. London: Routledge, 8–22.
- de Saint-Paul, Marc Aicardi (1993): De la Haute-Volta au Burkina-Faso. Tradition et Modernité au „Pays des Hommes Intègres“. Paris: Albatros.
- Samsklejah (2012): Sankara n'est pas le centre de la terre mais il est l'un des rayons du cerceau qui permet ou qui permettra au monde de rouler dans le bon sens. In: Sylla, Ndongo Samba (Hg.): Redécouvrir Sankara. Martyr de la liberté. Douala/Berlin/Wien: Editions AfricAvenir/Exchange & Dialogue, 336–347.
- Sandwidi, Kourita (1996): Syndicalisme et pouvoir politique. De la répression à la renaissance. In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (Hg.): Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne. Paris: Karthala, 325–352.
- Sankara, Thomas (1983a): Conférence de presse à l'issue du sommet France-Afrique de Vittel en octobre 1983. <http://thomassankara.net/spip.php?article1018&lang=fr>

- (1983b): Sankara. Cet Homme qui dérange. [Interview mit Siradiou Diallo] In: Jeune Afrique 1188, 43–46.
- (1986a): Entretiens avec Jean-Philippe Rapp. In: Ziegler, Jean/Rapp, Jean-Philippe: Sankara. Un nouveau pouvoir africain. Lausanne/Paris: Pierre-Marcel Favre/ABC, 51–108.
- (1986b): Sur la littérature. [Interview mit Elisabeth Nicolini]  
[http://thomassankara.net/IMG/pdf/Sur\\_la\\_litterature.pdf](http://thomassankara.net/IMG/pdf/Sur_la_litterature.pdf)
- (1987): Mon dernier message: la tolérance. In: Jeune Afrique 1400, 4–11.
- (2007a): Qui sont les ennemis du peuple? In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 55–69.
- (2007b): Pour l’avenir radieux de notre pays. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 70–73.
- (2007c): Discours d’orientation politique. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 82–117.
- (2007d): Les Tribunaux populaires de la révolution. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 118–127.
- (2007e): Il n’y a qu’une couleur: l’unité africaine. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 128–145.

- (2007f): L'exemple et le soutien de Cuba renforcent notre lutte. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 150–152.
  
- (2007g): Affirmer notre identité, affirmer notre culture. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 153–157.
  
- (2007h): Notre Maison-Blanche se trouve dans le Harlem noir. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 159–165.
  
- (2007i): La liberté se conquiert dans la lutte. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 166–187.
  
- (2007j): Il faut qu'ensemble nous combattions l'impérialisme. [Interview mit Ernest Harsch] In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 188–201.
  
- (2007k): On essaie de déclencher une guerre injuste contre nous. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 248–254.
  
- (2007l): Sur l'Afrique. [Interview mit Mongo Beti] In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 255–265.
  
- (2007m): Les militaires maliens ne sont plus prisonniers, ce sont nos frères. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 266–269.

- (2007n): L'impérialisme est le pyromane de nos forêts et de nos savanes. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 270–276.
- (2007o): Le français nous permet de communiquer avec les autres peuples en lutte. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 283–286.
- (2007p): Nous sommes CDR pour conscientiser, poser des actes, produire. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 287–314.
- (2007q): Aux côtés du Nicaragua. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 315–320.
- (2007r): Que fait le Mouvement des non-alignés. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 321–331.
- (2007s): Nous devons populariser la lutte du Nicaragua à travers le monde. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 340–343.
- (2007t): Contre ceux qui nous exploitent et nous oppriment. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 344–354.
- (2007u): La révolution ne peut pas aboutir sans l'émancipation des femmes. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 355–394.

- (2007v): Un front uni contre la dette. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 395–403.
- (2007w): Nous pouvons compter sur Cuba. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 404–408.
- (2007x): La révolution a besoin d'un peuple de convaincus, pas de vaincus. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 409–424.
- (2007y): Huit millions de Burkinabè, huit millions de révolutionnaires. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 425–443.
- (2007z): On ne tue pas les idées. In: Prairie, Michel (Hg.): Thomas Sankara parle. La révolution au Burkina Faso 1983–1987. New York [u.a.]: Pathfinder, 444–449.

Sankara, Bénéwendé Stanislas/Kientega, Meng-Néré Fidèle (2012): La pensée de Sankara est plus que d'actualité. [Interview mit Ndongo Samba Sylla et Ibrahima Thiam] In: Sylla, Ndongo Samba (Hg.): Redécouvrir Sankara. Martyr de la liberté. Douala/Berlin/Wien: Editions AfricAvenir/Exchange & Dialogue, 241–278.

Savonnet-Guyot, Claudette (1985): Le Prince et le Naaba. In: Politique Africaine 20, 29–43.

Sawadogo, Alfred Yambangba (2001): Le Président Thomas Sankara. Chef de la Révolution Burkinabé: 1983–1987. Portrait. Paris [u.a.]: L'Harmattan.

Schicho, Walter (2001): Burkina Faso. In: Schicho, Walter: Handbuch Afrika. Band 2: Westafrika und die Inseln im Atlantik, Wien: Südwind, 141–159.

- Schmidt, Elizabeth (2005): Top Down or Bottom Up? Nationalist Mobilization Reconsidered, with Special Reference to Guinea (French West Africa). In: *The American Historical Review* 110/4, 975–1014.
- Schmieder, Falko (2006): Für eine neue Lektüre der Feuerbachkritik der Thesen über Feuerbach und der Deutschen Ideologie.  
[http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Schmieder\\_Fur\\_eine\\_neue\\_Lektue.pdf](http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Schmieder_Fur_eine_neue_Lektue.pdf)
- Selhami, Mohamed (1984a): Adieu Haute-Volta. In: *Jeune Afrique* 1232–1233, 34–35.
- (1984b): Bourkina Fâso. Prêt pour la révolution. In: *Jeune Afrique* 1234, 33–35.
- (1984c): Burkina: Entre l’Algerie et la Libye. In: *Jeune Afrique* 1235, 30–31.
- Skinner, Elliott P. (1988): Sankara and the Burkinabe Revolution: Charisma and Power, Local and External Dimensions. In: *The Journal of Modern African Studies* 26/3, 437–455.
- Somé, Valère D. (1990): Thomas Sankara. L’espoir assassiné. Paris: L’Harmattan.
- Soudan, François (1987): Entre Paris et Tripoli, la voie étroite. In: *Jeune Afrique* 1399, 43–44.
- Speirs, Mike (1991): Agrarian Change and the Revolution in Burkina Faso. In: *African Affairs* 90/358, 89–110.
- Sylla, Ndongo Samba (Hg., 2012a): Redécouvrir Sankara. Martyr de la liberté. Douala/Berlin/Wien: Editions AfricAvenir/Exchange & Dialogue.
- (2012b): Introduction. In: Sylla, Ndongo Samba (Hg.): Redécouvrir Sankara. Martyr de la liberté. Douala/Berlin/Wien: Editions AfricAvenir/Exchange & Dialogue, 7–15.
- Taleb, S. (1983): Communisme: mode d’emploi. In: *Jeune Afrique* 1194, 32.

- Tallet, Bernard (1985): Espaces ethniques et migrations: Comment gérer le mouvement? In: *Politique Africaine* 20, 65–77.
- (1989): Le CNR face au monde rural: le discours à l'épreuve des faits. In: *Politique Africaine* 33, 39–49.
- (1996): 1983–1993: Dix ans de politique agricole. In: Otayek, René/Sawadogo, Filiga Michel/Guingané, Jean-Pierre (Hg.): *Le Burkina entre révolution et démocratie (1983–1993). Ordre politique et changement social en Afrique subsaharienne*. Paris: Karthala, 119–132.
- Tanner, Jakob (2001): Nation, Kommunikation und Gedächtnis. Die Produktivkraft des Imaginären und die Aktualität Ernest Renans. In: Jureit, Ulrike (Hg.): *Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 46–67.
- United Nations Security Council (1988): Report of the Security Council. 16 June 1984–15 June 1985. [http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/40/2\(SUPP\)](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/40/2(SUPP))
- Walzer, Michael (2004): Über linke Israel-Kritik. Ein Gespräch. [Interview mit Ulrich Speck] In: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt: Suhrkamp, 52–59.
- Weber, Thomas (1995): Basis. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 2. Bank bis Dummheit in der Musik*. Hamburg: Argument, 28–49.
- Wilkins, Michael (1989): The Death of Thomas Sankara and the Rectification of the People's Revolution in Burkina Faso. In: *African Affairs* 88/352, 375–388.

- Wolff, Rick (2004): ideologische Staatsapparate/repressiver Staatsapparat. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6.1. Hegemonie bis Imperialismus. Hamburg: Argument, 761–772.
- Zagré, Pascal (1994): Les politiques économiques du Burkina Faso. Une tradition d'ajustement structurel. Paris: Karthala.
- Ziegler, Jean (1984): Dans la Haute-Volta du capitaine Sankara. In: Le Monde diplomatique 360, 10-11.
- (1986): Un nouveau pouvoir africain. In: Ziegler, Jean/Rapp, Jean-Philippe: Sankara. Un nouveau pouvoir africain. Lausanne/Paris: Pierre-Marcel Favre/ABC, 15–48.
- Žižek, Slavoj (1997): Multiculturalism, or, the cultural logic of multinational capitalism. In: New Left Review I/225, 7–21.

## **8. Anhang**

### **8.1 Zusammenfassung/Abstract**

Die vorliegende Arbeit widmet sich einer kritischen Analyse des vierjährigen Gesellschaftsprojekts des „Conseil National de la Révolution“ (CNR), das unter der Führung von Thomas Sankara von 1983 bis 1987 in Burkina Faso stattfand. Die burkinische Revolution bedeutete eine präzedenzlose Erfahrung in der Geschichte des jungen westafrikanischen Landes, indem sie eine radikale Transformation der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse herbeiführen wollte. Die hier vertretene Diskussion und Kritik dieser historischen Periode versteht sich als ein Beitrag zur wissenschaftlichen Rekonstruktion der „Révolution Démocratique et Populaire“ (RDP) und ihrer Rezeption.

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, soll auf ausgewählte Paradigmen der materialistischen Ideologiekritik zurückgegriffen werden, die den methodisch-theoretischen Rahmen dieser Untersuchung vorgibt. Mit dieser Herangehensweise werden die gesellschaftlichen Rahmenverhältnisse der RDP skizziert, ihre politisch-theoretischen Inhalte beleuchtet und deren Umsetzung in eine Herrschaftspraxis untersucht. Mit diesem Verfahren soll nicht nur Genese, Ausprägung und Funktion der burkinischen Revolution und ihrer Ideologie sondern ebenfalls die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des CNR herausgearbeitet werden.

Das zentrale Anliegen der RDP war die Errichtung einer neuen, freien, unabhängigen und wohlhabenden Gesellschaft, die eine individuelle und kollektive Emanzipation von Imperialismus und Neokolonialismus ermöglichen sollte. Diese Ambition soll mit der Entwicklung des revolutionären Staats und seines Verhältnisses zu der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft kontrastiert werden. Dieses Vorgehen soll zeigen, dass das Scheitern des CNR-Gesellschaftsprojekts nicht nur auf die ungünstigen ökonomischen Rahmenverhältnisse des Landes zurückging. Es stand ebenfalls im Zusammenhang mit dem autoritären Aufbau der repressiven und ideologischen Staatsapparate (der auf heterogene Widerstandsformen stieß) und dem provokanten Kurs der revolutionären Außenpolitik.

The study at hand is a critical analysis of the four-year "Conseil National de la Révolution" (CNR) society project, which took place in Burkina Faso under the leadership of Thomas Sankara from 1983 to 1987. In aiming to bring about a radical transformation of the economic, political and social conditions, the revolution in Burkina Faso was an unprecedented experience in the history of the young West-African country. This study and critical assessment of this historical period should be seen as a contribution to the scholarly reconstruction of the "Révolution Démocratique et Populaire" (RDP) and its reception.

In order to achieve this purpose, selected paradigms of materialist critique of ideology providing the methodical and theoretical framework of this study are applied. In taking this approach, the relevant social conditions of the RDP are outlined, its political and theoretical contents discussed, and their translation into a ruling practice examined. This procedure is intended not only to highlight the genesis, nature and function of Burkina Faso's revolution(ary ideology) but also to show the discrepancy between the idea and the reality of the CNR.

The central aim of the RDP was the establishment of a new, free, independent and prosperous society enabling people to realize individual and collective emancipation from imperialism and neocolonialism. This ambition is contrasted with the evolution of the revolutionary state and its relation to civil society and the international community. This approach will show that the failure of the CNR society project was not only linked to the unfavorable economic circumstances of the country. It was also the consequence of the authoritarian set-up of the repressive and ideological state apparatuses (which met with heterogeneous forms of resistance) and the provocative bias of the country's foreign policy.

## 8.2 Lebenslauf

### Persönliche Daten

Name: Martin Bodenstein  
Geburtsdatum/-ort: 11.03.1988/Linz  
Staatsbürgerschaft: Deutschland  
E-Mail: [martin.bodenstein@gmx.at](mailto:martin.bodenstein@gmx.at)

### Ausbildung

1994–1998 Volksschule Auhof/Linz  
1998–2006 Akademisches Gymnasium Linz  
Seit 2006 Diplomstudium Internationale Entwicklung an der Universität Wien  
2010–2011 Studienaufenthalt an der Université de Ouagadougou/Burkina Faso

### Berufserfahrung

2008–2009 Tutorium im Rahmen des Proseminars „Transdisziplinäre Entwicklungsforschung“ (TEF 1) an der Universität Wien  
2010 Praktikum bei der „Bibliothèque des Etudes Germanistiques“/Université de Ouagadougou  
2011 Praktikum bei der „Association Pour la Réinsertion sociale de Déshérités“ (APRED) in Ouagadougou  
2011 Volontariat bei dem Koordinationsbüro der „Austrian Development Agency“ (ADA) in Ouagadougou  
2012–2014 Tutorium im Rahmen des Proseminars „Transdisziplinäre Entwicklungsforschung“ (TEF 3) an der Universität Wien